

DM 10,– Nr. 6 Juni 1993 E 8080 E

CODE

Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

S. 24

Deutschland:

Bonner Politik ohne jede Perspektive

Honeckers Schulden-Erbe für den Bonner Staat – Eine heimliche Zeitbombe für die deutsche Wirtschaft

Rußland:

Wo bleibt die westliche Hilfe für Jelzin?

S 55!

Bonn:

Ausländer-Kriminalität überschwemmt Deutschland

Israel:

Das Leben im Lande Zion

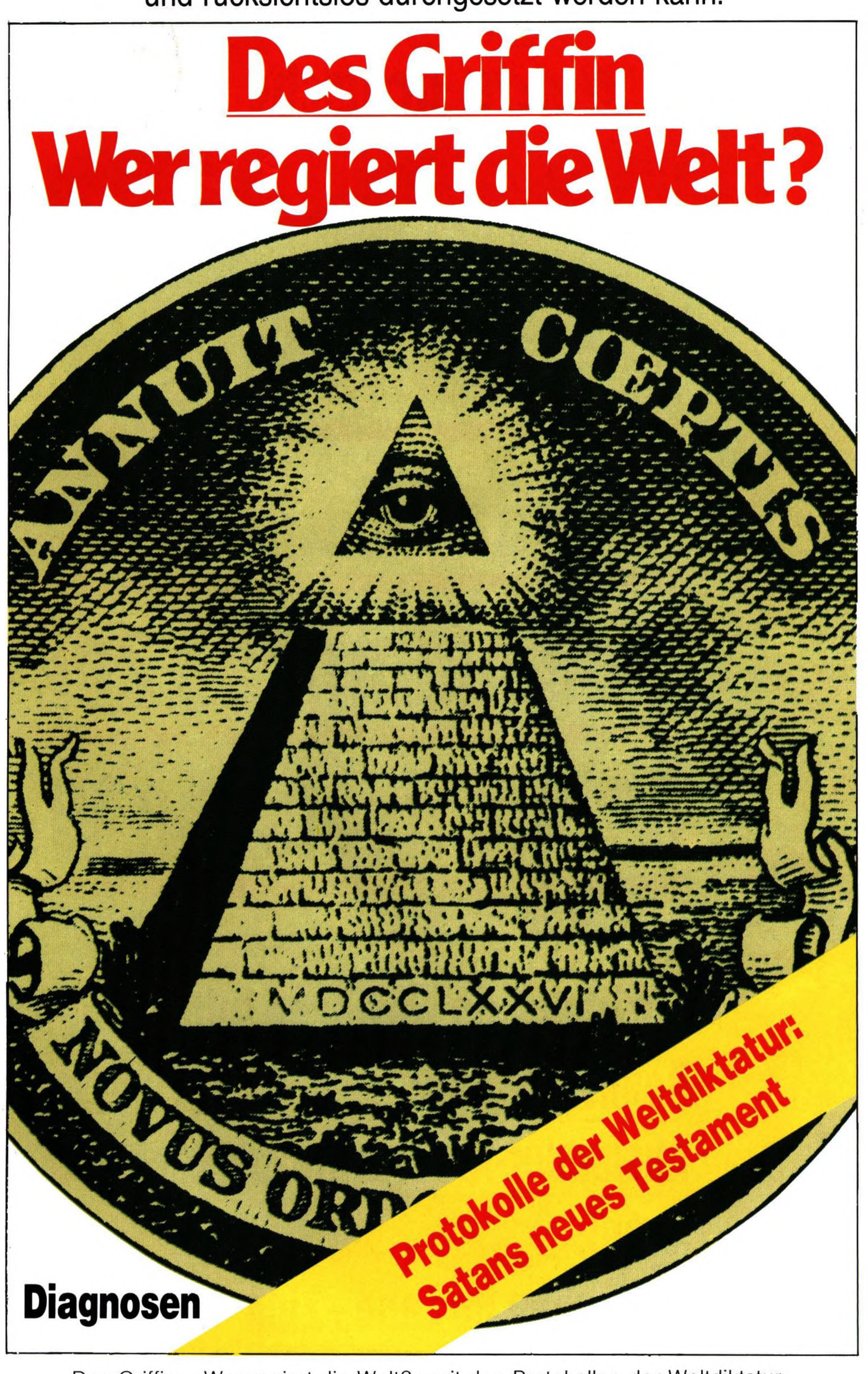
Südostasien:

Wer ergreift für wen Partei?

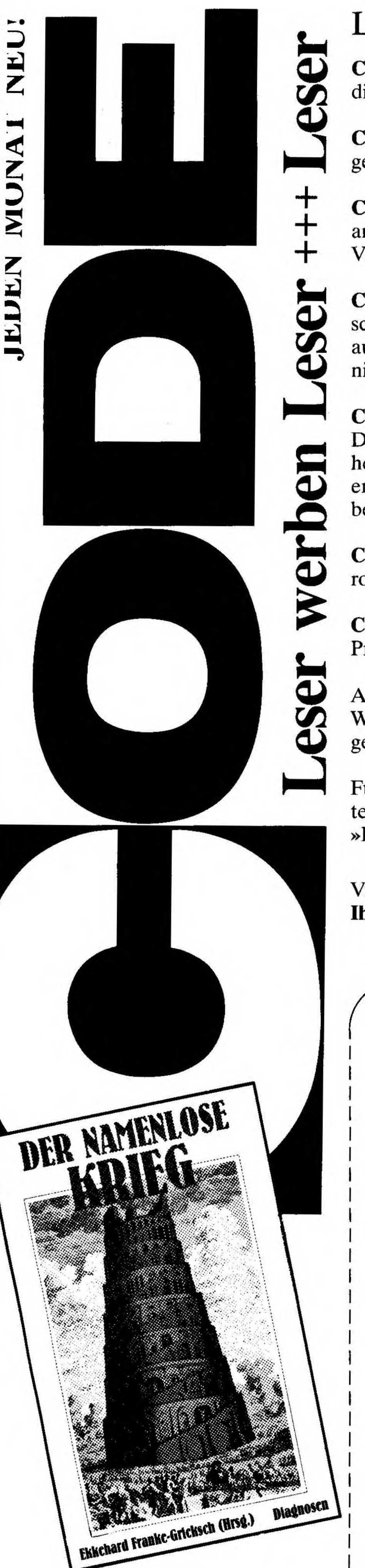
Schweiz

Berns vorbeugender Gehorsam gegenüber der Europäischen Gemeinschaft

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli.
Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 25,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel
Verlagsauslieferung: SPS-Verlagsservice GmbH, D-5400 Koblenz
Telefon 02 61/8 07 06-0, Telex 862 662, Telefax 02 61/8 07 06 54



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementpreis von 90.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

☐ Jährlich DM 90.–

☐ Zweimal jährlich jeweils DM 45.–

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE

Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Deutschland



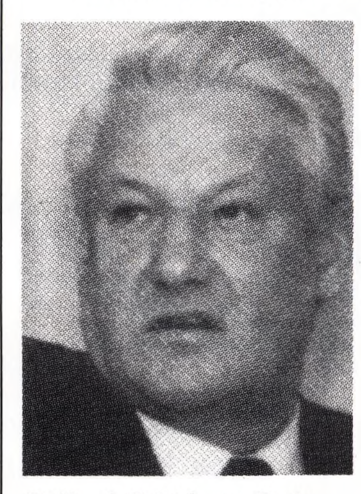
Englands Premier während des Zweiten Weltkrieges hat das Land so geschwächt, daß es unversehens zu einer Mittelmacht absank.

Finanzen



Paul Volcker, ehemaliger Präsident der US-Bundesbank, leitet heute die Trilaterale Kommission, ein Zweig der Schatten-Weltregierung.

Internationales



Rußlands Präsidenten Boris Jelzin wollen die USA mit 1,6 Milliarden Dollar bei seinem Reformkurs unterstützen.



Deng Xiaoping ist noch immer der mächtige alte Mann im Hintergrund der chinesischen Politik.

7. Jahrgang Nr. 6 Juni 1993

Zeitdokument

Ständige Rubriken

Deutschland-Journal

Wenig Bildung in Deutschland

Bund und Länder haben im vergangenen Jahr rund 27 Milliarden Mark für die westdeutschen Hochschulen ausgegeben. Dies ist weit mehr als ein Viertel der gesamten Bildungsausgaben. Dennoch reicht das Geld bei weitem nicht, weil die Anforderungen an das Bildungssystem in den vergangenen 20 Jahren rapide gestiegen ist.

Damit sind die Hochschulen aber zum Sorgenkind der Nation geworden: Zwei Studenten teilen sich nämlich einen Studienplatz, und nicht zuletzt aufgrund der schlechten Studienbedingungen verlassen die Absolventen die Universität im Durchschnitt erst mit 28 Jahren. Ein Uni-Studienplatz kostet den Steuerzahler damit alles in allem fast 81000 Mark.

In dieser Situation ist nach Ansicht von Experten auch der Rotstift gefragt, da enorme Summen ganz offensichtlich fehlinvestiert werden. So liegt etwa die Quote der Studienabbrecher bei weit über einem Drittel. Auch behindert die mangelnde Studierfähigkeit ein zielgerichtetes Studium.

Zudem kann die Unsicherheit der meisten Studienanfänger wegen fehlender Beratungs- und Betreuungsleistungen nicht abgebaut werden: 25 Prozent aller Hochschulneulinge sind sich nicht sicher, ob sie überhaupt studieren wollen. Etwa 30 Prozent aller Studenten fordern Brückenkurse, weil sie den Vorlesungen nicht folgen können. Dabei hat ein Hochschullehrer heute doppelt so viele Studenten zu betreuen wie noch vor 20 Jahren.

Hinzu kommt, daß die in den achtziger Jahren vorangetriebene Akademisierung der Wirtschaft mit dem ausgeweiteten Akademiker-Angebot nicht Schritt hält. Das schafft wachsende Arbeitsmarktrisiken beim Berufseinstieg. Immer häufiger müssen nämlich Hochschulabsolventen auch solche Tätigkeiten übernehmen, deren Anforderung weit unter traditionellen Akademiker-Arbeitsplätzen angesiedelt sind. So sind bereits heute 23 Prozent der erwerbstätigen Hochschulabsolventen als Bürokraft, angelernte Arbeiter, Verkäufer, Facharbeiter, Sachbearbeiter oder Vorarbeiter tätig.

Rund 50 Prozent arbeiten auf Meisterebene oder als qualifizierte Fachkraft, und nur etwa 25 Prozent üben Funktionen aus die im klassischen Sinne als akademikaspezifisch anzusehen sind. Für viele Akademiker erweist sich somit das Hochschulstudium nicht nur als eine volkswirtschaftliche, sondern auch als eine höchstpersönliche Fehlinvestition. □

Billige Ablenkungsmanöver der Politiker

Man muß sich heute wundern, wenn man in die Zeitungen schaut. Dort liest man dann von so großen »Skandalen«, wie etwa, ob der Politiker X vielleicht einen Wagen der Firma Y für drei Wochen umsonst bekommen hat, oder ob der Politiker A von der Fluggesellschaft B zwei Freiflüge hatte, oder ob der Unternehmer H den Politiker I, mit dem er schon seit zig Jahren auf das engste befreundet ist, vielleicht in seinem Privatjet mit nach den Bahamas nahm und ihn dort in seiner 20 Zimmer-Villa drei Wochen umsonst aufnahm.

Angesichts der hunderte oder gar tausende wirkliche Skandale, die derzeit nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt erschüttern, muß man sich unwillkürlich die Frage stellen, was dieser Unsinn denn eigentlich soll? Man kann nur zu einer Antwort kommen: Damit soll von den wirklichen Problemen abgelenkt werden!

Denn so schlimm diese Dinge auch sind, so unwichtig sind sie doch im Vergleich etwa zur ungelösten Asylproblematik, zur immer weiter zunehmenden Kriminalität, zu den Massakern der Serben im ehemaligen Jugoslawien, der immer gefährlicher werdenden Entwicklung in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und nicht zuletzt auch der tiefen Rezession, in die die Bundesrepublik derzeit reinsteuert.

Dies zeigt aber auch auf, daß die Medien alles andere als unabhängig sind und die wahren Verhältnisse in Deutschland aufzeigen. Denn »Otto Normalverbraucher« ärgert sich zwar, wenn ein Politiker mal wieder seine Privilegien ausnutzt oder seine Beziehungen spielen läßt – nur ist dies doch, ehrlich gesagt, nichts anderes als das, was praktisch jeder macht.

Wer läßt sich etwa mal nicht von einem befreundeten Unternehmer, wenn dieser zur Metro fährt, mal etwas zum Großhandelspreis mitbringen? Welcher Polizist hat nicht schon einmal beide Augen fest zugedrückt, wenn er einen Raser stellte und dieser sich als ein Freund entpuppte? Oder wer läßt sich nicht von befreundeten Angestellten irgendwelcher Geschäfte etwas zum Einkaufspreis oder mit schönem Rabatt besorgen?

Diesen Beispielen könnten noch viele weitere folgen. Es soll hier nicht verteidigt werden, was manche Politiker machen – zumal es manchmal schon sehr extrem ist –, auf der anderen Seite stehen die »Vergehen« dieser Personen aber auch in keinem Verhältnis zum Medienrummel, den sie auslösen.

Besonders dann nicht, wenn man bedenkt, daß der Honecker-Skandal nur wenige Monate, nachdem der ehemalige stalinistische Diktator unter sehr dubiosen Umständen in die Freiheit gelangte, heute schon weitgehend aus den Schlagzeilen verschwunden ist.

Das gleiche gilt für den brandenburgischen Ministerpräsidenten Stolpe, der trotz seiner praktisch bewiesenen Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Staatssicherheitsdienst der DDR heute noch im Amt ist.

Oder der saarländische Ministerpräsident Oscar Lafontaine, der trotz zumindest im Raum stehender Verdachtsmomente über Kontakte zur Unterwelt und über 100000 Mark zu Unrecht erhaltener Bezüge – die er inzwischen allerdings zurückbezahlt hat – und einer Freundin, die, obwohl sie seit Jahren nicht mehr gearbeitet hat, eine ihr angeblich nach Beamtenrecht zustehende Beförderung verlangt, noch immer unangefochten auf seinem Ministerpräsidentensessel klebt.
Nicht zu vergessen, der letzte Kanzlerkandidat der SPD und schleswig-holsteinische Ministerpräsident Björn Engholm, dessen Rolle in der sogenannten »Barschel-Affäre« immer seltsamer wird und bei dem mehr und mehr der Verdacht aufkeimt, er könne zumindest einiges mehr hiervon gewußt haben, als er seit Jahren zugibt.

Oder der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder, der an seinem Bundesratsminster Trittin – der heute zwar den Grünen angehört, dem aber starke kommunistische Tendenzen nachgesagt werden – festhält, obwohl dieser sich erdreistete, in einer Talkshow zum Thema Asylproblematik einen Kritiker der multikulturellen Idee mit haßverzerrtem Gesicht die Worte »Halt die Schnauze« entgegenschleuderte.

Dafür wird jeder angeblich rechte Überfall oder Anschlag als die Demokratie bedrohende Aktion dargestellt. Jagt die Rote Armee Fraktion (RAF) aber ein ganzes, mehr als 100 Millionen Mark teures Gefängnis in die Luft, dann wird dies zwar in der Zeitung groß herausgebracht, nach zwei, drei Tagen ist es aber vergessen.

Das gleiche gilt, wenn sich mal wieder linke Chaoten Straßenschlachten mit der Polizei liefern, gegenüber denen die Krawalle in Rostock und Hoyerswerda Minischarmützel waren. Ein vier Zeilen langer Einspalter und eine 20 Sekunden lange Meldung in Radio und Fernsehen sind alles, was der »mündige Bürger« erfährt.

Dafür hagelt es aber ellenlange böseste Kommentare, wenn ein total betrunkener 17jähriger, bislang nicht vorbestrafter Jugendlicher einen Molotowcocktail auf ein Asylantenheim geworfen hat, dieses zwar um dutzende Meter verfehlt hat, dafür dann aber »nur« eine einjährige Haftstrafe ohne Bewährung erhält.
Analysiert man dies genau, dann fällt jedem auch nur halbwegs in-

telligenten Menschen auf, daß alles, was links ist, heutzutage in den Medien verharmlost wird, während alles, was auch nur den Anschein hat, rechts zu sein, als staatsgefährdend dargestellt wird.

Lichterketten werden gegen »rechte« Gewalttaten gegen Ausländer gebildet. Gegen die Kriminalität der Ausländer, die besonders beim Drogenhandel und bei der Schwerkriminalität immer mehr das Monopol haben, liest man zwar ab und zu in bürgerlichen Zeitungen etwas, der Protest der Bevölkerung und vor allem der Berufsdemonstranten bleibt aber aus. Und dies obwohl alleine durch Drogen in einem Monat weit mehr Menschen getötet werden als durch alle »rechten Anschläge« seit Kriegsende zusammen umgekommen sind!

Die Absicht ist klar. Man will alles tun, um das auch in Deutschland wiederaufkeimende Nationalbewußtsein unten zu halten und den Schuldkomplex des Nationalsozialismus auch die nächsten 100 Jahre weiterhin aufrecht zu erhalten.
Wie ist es denn anders zu erklären, wenn die Bundesregierung auch heute noch jährlich viele Millionen Mark dafür ausgibt, irgendwelche Museen und Gedenkstätten, in dem die Geschichte des Dritten Reichs »dokumentiert« wird – natürlich so, wie sie die Siegermächte geschrieben haben, die bekanntlich nicht viel mit der Wirklichkeit zu tun hat; so ist es heute schon bewiesen, daß Deutschland nicht die Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hat und Hitler einem sowjetischen Überfall auf Deutschland durch eine völkerrechtlich gedeckte Prävention zuvorgekommen ist, hiervon ist aber in diesen vom Staat geförderten Projekten nichts zu erfahren –, für viel wichtigere Dinge, wie etwa Kindergartenplätze, aber kein Geld mehr da ist.?

Das einzig Positive an diesen Dingen ist, daß jede Lüge weitere Lügen erfordert, um das einmal aufgebaute Lügengebilde aufrecht zu erhalten. Irgendwann wird dies aber so unglaubhaft, ja regelrecht utopisch, daß es urplötzlich in sich selber zusammenbricht. Und diesem Zustand nähern wir uns immer mehr.
Der Bürger kann zwar lange für dumm verkauft werden, irgendwann kommt aber auch bei ihm das Erwachen. Die Wahlerfolge der Republikaner kennzeichnen dies, selbst wenn das Programm dieser Partei viele Wünsche offen läßt. Die geistige Wende ist da – auch wenn diese anders ausfällt, als von den Etablierten gewollt. □

Unverhohlene Sympathie für RAF

Während heute schon ein konservatives Blatt die Angst haben muß, als »nationalistisches Kampfblatt« beschimpft zu werden, wenn es auch nur eine genaue Analyse des sogenannten Rechtsextremismus versucht, nämlich darzustellen, daß sich bei den Krawallen zumeist frustrierte Jugendliche, nicht aber ideologisch gefestigte Nationalisten beteiligen, können linke Blätter unbehelligt von den Medien unverhohlene Sympathie für die terroristische »Rote Armee Fraktion« (RAF) äußern.

So schrieb eine Elke Schmitter in der »Tageszeitung« (TAZ) nach dem Bombenanschlag auf das neuerbaute Darmstädter Gefängnis: »Daß Menschen nicht verletzt oder gar getötet wurden, ist in der RAF-Strategie ein entscheidender neuer Schritt, und wenn die erste Hysterie vorbei ist, wird dies vermutlich auch gewürdigt. Jenseits politischer Fragen aber ist die Perfektion der Sprengung zu bewundern: Hier standen Aufwand und Wirkung, Risiko und Folgen in einem optimalen Verhältnis.« □

Schröder neuer SPD-Kanzlerkandidat?

In der SPD könnte es in den nächsten drei, vier Monaten zu einer Sensation kommen. In der Bonner Baracke halten sich nämlich hartnäckig Gerüchte, daß bei einer Ablösung des bisherigen Kanzlerkandidaten Björn Engholm dieser durch den derzeitigen niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder ersetzt werden könnte.
Bei den Sozialdemokraten macht sich nämlich zunehmend die Sorge breit, daß die Partei durch den sogenannten Barschel-Skandal und die offenkundige Verwicklung der SPD und ihres damaligen schleswig-holsteinischen Spitzenkandidaten Engholm tiefer in die Krise geraten und damit die Wahlchancen der SPD im Oktober 1994 noch tiefer als ohnehin schon sinken. Denn die Figur, die Engholm in den vergangenen Wochen machte, war, trotz sehr positiver Medienhilfe, alles andere als gut.

Schröder wäre aber im Moment, heißt es in der Baracke weiter, der einzige, der dies noch abfangen könnte. Bei Umfragen sei nämlich festgestellt worden, daß die Person Schröder sehr gut bei den Wählern ankomme. Schröder ist aber auch in etwa, zumindest nach außen, der gleiche Typ wie Engholm. So macht dann auch bereits der Witz die Runde: »Der eine Yuppie geht, der andere kommt.«

Zudem sei sonst weit und breit niemand zu finden, der wenigstens etwas Erfolg versprechen könnte. Stolpe sei zwar vom Grundsatz her der richtige Mann, sei derzeit aber noch zu sehr durch den Stasi-Skandal belastet. Sollte sich dieser aber einmal legen und die »Unschuld« Stolpes nachgewiesen werden – man weiß ja, möglich ist alles, selbst dies –, dann sei er der kommende Mann bei den Sozialdemokraten. Der frühere Spitzenkandidat Johannes Rau ist inzwischen gänzlich abgemeldet. □

Serbische Terrorakte in Deutschland möglich

Deutsche Sicherheitskreise schlagen Alarm. Nun, wo auch die NATO und die EG bereit sind, dem Morden der Serben nicht weiter tatenlos zuzusehen, befürchten die Experten nämlich, daß der Krieg in Restjugoslawien sich nun beträchtlich auch nach Mittel- und Westeuropa ausdehnen könnte.

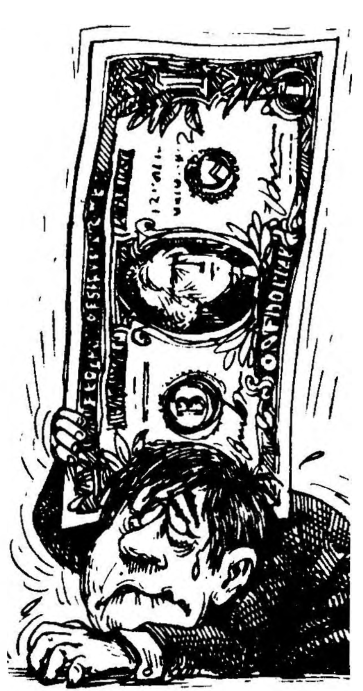
Hierzulande befinden sich nämlich tausende, auch von ihrer Regierung überzeugte Serben, die, wenn das Vaterland ruft, quasi als Fremdenlegion tätig würden. Entsprechende Aufbauarbeiten soll es in den in Frage kommenden Ländern bereits seit einiger Zeit geben.

Auch ein großer Teil der Verbrechen dieser Personenkreise habe keinen kriminellen Grund, sondern vielmehr einen politischen. Damit würde dann nämlich die Bewaffnung mit allen möglichen Waffen und vor allem mit Sprengstoff finanziert werden.

Damit sollen dann Anschläge gegen politische Einrichtungen, vor allem Ministerien, Parteigebäude und gegen Ziele der Serben und sich offen widersetzende Organisationen zerstört werden. Auch Anschläge gegen einzelne »imperialistische« Führer der westlichen Welt sind möglich.

Aus diesem Grunde ist jetzt, den Informationen zufolge, mit der gezielten Beobachtung verdächtiger serbischer Gruppierungen, aber auch moslemischer und kroatischer, begonnen worden.

Die Sicherheitskräfte wollen versuchen, damit bereits im Vorfeld zu verhindern, daß auch Deutschland sich zu einem Tummelplatz von serbischen, kroatischen und moslemischen Sympathisanten entwickeln könnte. □



Bonner Politik ohne Perspektive

Alfred König

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich derzeit in einer der sowohl politisch als auch wirtschaftlich größten Krisen seit ihrer Gründung 1949. Wo konkrete Zielvorgaben und eine hierauf reagierende Politik gefragt wären, findet sich heute aber nur Perspektivlosigkeit. In praktisch jedem gesellschaftspolitisch wichtigen Bereich wird heute nur noch reagiert, aber nicht mehr agiert.

Die Hauptschuld hieran tragen Bundesregierung, Opposition, Gewerkschaften, aber auch Arbeitgeber. Es ist im wahrsten Sinne des Wortes erschreckend, wie sehr sich die Bundesregierung in internen Streitigkeiten ergeht, anstatt ihr Hauptaugenmerk nicht auf die Kurierung des Symptoms, sondern auf die Bekämpfung der Krankheit selber zu richten.

Endloses Diskutieren über Asylanten

Man nehme doch als Beispiel nur die derzeitige innenpolitische Lage. Im September 1991 (!) war es zum ersten Krisengipfel zur Eindämmung der (Schein-)Asylantenflut gekommen – geschehen ist bislang jedoch nichts. Vielmehr sind in den bislang vergangenen eineinhalb Jahren weitere hunderttausende Asylbetrüger nach Deutschland gekommen. Alleine im März dieses Jahres erreichte die Asylantenzahl mit über 50000 Personen einen neuen Höchststand.

Obwohl bewiesen ist, daß mehr als 95 Prozent derjenigen, die einen Asylantrag stellen, in ihren Heimatländern nicht politisch verfolgt werden, damit also nichts anderes als Asylbetrug begehen, unternimmt die Bundesregierung nichts Ernsthaftes hiergegen. Selbst das am 1. April in Kraft getretene sogenannte Asylbeschleunigungsgesetz war schon vor seinem Beginn zum Untergang verurteilt.



Die Politiker sind schuld, daß Ausländer verallgemeinernd mit vielen Kriminellen in einen Topf geworfen werden.

Daß die Bundesregierung selber nicht ernsthaft an einen Erfolg dieses Gesetzes gedacht hat, läßt sich auch an folgendem erkennen: Bei der von Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) vorgelegten Sparliste war nicht in einer einzigen Zeile etwas über niedriger als ursprünglich erwartet ausfallende Asylkosten zu lesen.

Dabei weiß jeder, daß die offiziell genannten Beträge von rund acht Milliarden Mark, die angeblich dieses Jahr für Asylanten anfallen, der reinste Hohn sind. Selbst Schätzungen von SPD-Oberbürgermeistern geben inzwischen auch offiziell zu, daß die wahren Kosten bei über 30, wahrscheinlich sogar bei weit mehr als 40 Milliarden Mark liegen. Die Bundesregierung hat nämlich schlicht und einfach »vergessen«, die Asyl-Nebenkosten, wie zum Beispiel Krankheits-, Gerichts- und Anwaltskosten (Armenrecht), in die offizielle Rechnung miteinzubeziehen. Diese sind in anderen Haushaltsposten so schön versteckt worden, daß niemand sie findet.

Besonders katastrophal ist dabei, wie sich die Opposition verhält. Statt an der Lösung dieses derzeit innenpolitisch schlimmsten Problems aktiv mitzuarbeiten, wird bei der SPD und den Grünen, aber auch weiten Teilen der FDP der Wahn des Multikulturellen gepflegt und Deutschland damit dem Untergang preisgegeben.

Der Wahn des Multikulturellen

Denn die derzeitige wirtschaftliche Krise ist sehr eng mit dem Asylproblem verbunden. Würden die 30 bis 40 Milliarden Mark, die jährlich mit steigender Tendenz der Staatskasse betrügerisch entlockt werden, nämlich zur Stärkung der Wirtschaft verwendet, könnten viele der schlimmsten Probleme zumindest gemildert werden.

So wäre damit zum Beispiel das Gesundheitsreformgesetz überflüssig geworden. Eingespart werde sollen durch dieses Gesetz sieben bis acht Milliarden Mark. Dieses ist aber genau der Betrag, der nach Ansicht von Experten für Scheinasylanten ausgegeben wird.

Angesichts der schlimmen Konjunkturkrise, in der sich Deutschland derzeit befindet, wären jährliche Minderausgaben beim Asyl in zweistelliger Größenordnung schon fast »die halbe Miete«.

Absolut notwendig ist es nämlich, den Industriestandort Deutschland attraktiver zu machen. Sicherlich sieht es hierbei nicht so schlecht aus, wie von den Arbeitgebern stets dargestellt – allerdings kann man die Lage als größter Optimist nicht mehr als rosig bezeichnen. Denn die deutschen Lohnnebenkosten haben im internationalen Vergleich einen absoluten Spitzenstand erreicht.

Notwendig wären deswegen Steuererleichterungen, speziell auf dem Gebiet der Gewerbe- und der Kapitalertragssteuer. Diese Mindereinnahmen könnten aber völlig unproblematisch aufgefangen werden, wenn der Gesetzgeber dafür sorgen würde, daß die Bestimmungen des Asylgesetzes konsequent eingehalten werden und nicht inzwischen Millionen Menschen aus aller Herren Länder trotz abgelehnten Asylantrags und Ausweisungsbeschlusses sich nach wie vor ungestört in Deutschland aufhalten dürfen.

Zur Verschärfung der Konjunkturkrise haben in nicht unbeträchtlichem Maße auch die Gewerkschaften beigetragen. Wenn man sich anschaut, welche Tariferhöhungen in den vergangenen Jahren durchgesetzt wurden, muß die Frage erlaubt sein, wo da das rechte Augenmaß blieb? Dies betrifft jetzt in erster Linie nicht unbedingt die monatlichen Bruttogehälter, sondern vielmehr die zum Teil an der Wirklichkeit vorbeigehenden Nebenleistungen, wie etwa mehrjährige Arbeitsplatzgarantie für Mütter.

Das Augenmaß im Tarifpoker

Dieses ist zwar für Familien eine gute Absicherung, stellt aber gerade mittelständische Unternehmen des öfteren vor eine schier unlösbare Aufgabe. Diese können sich oft nur durch teure Aushilfen oder die Inanspruchnahme von Zeitarbeitsdiensten über Wasser halten. Neueinstellungen wären nämlich zu riskant; was soll das Unternehmen denn machen, wenn plötzlich nach fünf Jahren sich sechs Frauen zurückmelden?

Doch auch die Arbeitgeber tragen zur Verschlechterung der ohnehin schon nicht gerade sonderlich guten Stimmung in der Arbeitnehmerschaft bei. Es ist unverständlich, mit welcher Begründung die sogenannten Osttarifverträge – gemeint sind die Tarifverträge in Mitteldeutschland – von den Arbeitgebern gekündigt wurden.

Im Gegensatz zu den von ihnen herausgegebenen Stellungnahmen waren sie sich sehr wohl im klaren darüber, was sie seinerzeit unterschrieben. Denn die noch vor der Unterschrift herausgegebenen Gutachten etwa der sogenannten Fünf Weisen oder anderer Institute sagten recht gut die später auch wirklich eingetretene Entwicklung voraus.

Tohuwabohu der Bundesregierung

Daß die Tariferhöhungen damals völlig überteuert waren und die Arbeitgeber wahrscheinlich auch von einer besseren konjunkturellen Entwicklung ausgingen, ist unbestritten. Statt jetzt aber zwar medienwirksam, aber psychologisch äußerst unklug die Tarifverträge einseitig zu kündigen, wäre mehr Aufklärungsarbeit vonnöten gewesen. Denn durch die direkt ausgesprochene und ohne Vorwarnung gekommene einseitige Kündigung der Tarifverträge wurde die Stimmung angesichts der ohnehin schon sehr hohen Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern nur unnötig angeheizt.

Betrachtet man alles genauer, dann kann man aber nur zu dem Schluß kommen, daß der Auslöser für dieses derzeit die Republik durchströmende Tohuwabohu die katastrophale Politik der Bundesregierung ist. Widersprüchliche Verlautbarungen, sogenannte »konservative« oder »liberale« Politiker, wie etwa Blühm oder Fink, die selbst auf dem linkesten Flügel der SPD mit Genuß aufgenommen würden, Entscheidungen, die auf kurzfristiger Wählerzustimmung, aber nicht an der Realität ausgerichtet sind, eine immer geringere Qualifikation der Regierungsmitglieder – bestes Beispiel hierfür ist der neue Forschungsminister Wissmann, der nach Meinung von Bonner Insidern vor allem durch Protektion und Angebiedere an die Mächtigen nach oben gekommen ist, über dessen »Qualifikation« sogar ganz offen Witze gemacht werden – und vor allem der »europäische«, in Wirklichkeit aber multikulturelle »rote Faden«, der sich derzeit durch die Regierungspolitik zieht, haben zu einem Wirrwarr sich zum Teil sogar offen widersprechender Beschlüsse geführt, die das Land erst richtig in die Krise haben fahren lassen.

Gefragt ist heute eine parteienübergreifende Koalition von wirklichen Fachleuten. Denn hiermit haben die heutigen Parteien nichts zu tun. Vielmehr ähneln sie einem Haufen wild zusammengewürfelter Interessenvertreter, die nur das Geld und die Macht zusammenhält, für die der für Politiker eigentlich wichtigste Grundsatz »Allgemeinwohl geht vor Eigennutz« aber keinen Wert mehr hat. □



CODE

Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Christine Olschewski.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Nicole Franke-Gricksch.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 10.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 90.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Ausländerkriminalität überschwemmt Deutschland

Alfred König

Trotz jahrelanger Warnungen verantwortungsvoller Experten, daß die immer weiter zunehmende Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland nicht nur zu sozialem Sprengstoff, sondern auch zu einem deutlichen Anstieg der Kriminalitätsrate führen wird, ist dies von der Bundesregierung völlig ignoriert worden. Den schönen Worten, es müsse unbedingt etwas getan werden, sind bis heute keine Taten gefolgt. Folge ist, daß man sich schon heute in großen Teilen der deutschen Städte nachts nicht mehr auf die Straße trauen kann, ohne die Gefahr einzugehen, im besten Falle »nur« um sein Geld gebracht zu werden.

Wie schlimm es hierzulande wirklich ist, geht aus bislang unveröffentlichtem Material des Bundeskriminalamtes (BKA) hervor, das jetzt erstmals an die Öffentlichkeit gelangte. Danach befanden sich unter den insgesamt 1,83 Millionen Tatverdächtigen des Jahres 1992 genau 550583 sogenannte »Nichtdeutsche«, also Ausländer. Dies entspricht einem Anteil von rund 30 Prozent. Ein Jahr zuvor hatte diese Quote dagegen nur bei 25,9 Prozent gelegen – 415737 Ausländer bei rund 1,6 Millionen Tatverdächtigen –. Derzeit liegt der Anteil der Ausländer an der deutschen Gesamtbevölkerung dagegen nur bei acht Prozent!

1984 hatte es dagegen nur 16,6 Prozent ausländische Tatverdächtige gegeben – 207.612 von 1,25 Millionen Tatverdächtigen –. In allen Fällen handelte es sich dabei um Tatverdächtige, deren Akten nach Abschluß der polizeilichen Ermittlungen an Staatsanwaltschaft oder Gericht abgegeben worden sind. Nicht enthalten hierin sind Verkehrs- und Staatsschutzdelikte.

Während die Steigerung zwischen 1984 und 1989 recht moderat verlief – von 16 Prozent auf 21,8 Prozent –, stieg sie seitdem explosionsartig auf nunmehr rund 30 Prozent an. Als Ursache nennen Kriminalexperten die Öffnung der Ostgrenzen in jenem Jahr.

Nach Auskunft des baden-württembergischen Innenminister Frieder Birzele (SPD) lassen die »Vergleichsanalysen zur Tatverdächtigenstruktur der achtziger Jahre erkennen, daß die Zunahme der registrierten Kriminalität fast ausschließlich aus osteuropäischen Staaten importiert worden ist. Seit 1989 hat sich der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen kontinuierlich erhöht.

Auffällig ist der hohe Anteil an Staatsangehörigen aus Ost- und Südosteuropa, insbesondere bei Diebstahlsdelikten; 53,9 Prozent aller Ausländer, die eines Diebstahlsdeliktes verdächtigt wurden, kamen 1992 aus dem früheren Jugoslawien, aus Rumänien und aus Polen.

Insbesondere stieg der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger an der Gesamtzahl aller Tatverdächtigen (in Baden-Württemberg) von 32,8 auf 37,6 Prozent an. Der Anteil der Asylbewerber an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen liegt bei 11,8 Prozent (Vorjahr 7,6 Prozent). Etwa ein Drittel aller Delikte, die dieser Tätergruppe zur Last gelegt werden, sind Verstöße gegen das Ausländer- und Asylverfahrensgesetz.«

Die Ausländer-Kriminalität ist ein Tabu

Das brandenburgische Innenministerium machte folgende Angaben: »Insbesondere bei Diebstahl (21,5 Prozent), Erschleichen von Leistungen (46,4 Prozent), Urkundenfälschung (57,7 Prozent) und allgemeinen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz (21,4 Prozent) liegt der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen über dem Durchschnitt. Betrachtet man die Staatsangehörigkeit der als Tatverdächtigen ermittelten Ausländer, ergibt sich folgendes Bild: 37,4 Prozent sind Rumänen, 33,5 Prozent Polen, 8,6 Prozent Bulgaren, 6,4 Prozent kommen aus den GUS-Staaten und 4,0 Prozent sind Vietnamesen…

Deutliches Anzeichen ist der Anstieg bei Straftaten im Zusammenhang mit dem Nachtleben und die zunehmende internationale Kfz-Verschiebung. Als Besonderheit in Brandenburg ist neben dem Auftreten straff organisierter polnischer Straftäter das Agieren von Tätergruppen unterschiedlicher ehemaliger sowjetischer Nationalitäten.«

Dabei entwickelt sich die Ausländerkriminalität immer mehr zu einem Tabu. Welche seltsamen Blüten dies inzwischen treibt, kennzeichnet sehr gut folgendes: So ist es in Braunschweig jetzt verboten, daß die Polizei in ihren Presseberichten die Nationalität der Tatverdächtigen angibt. »Es soll der Ausländerfeindlichkeit nicht Vorschub geleistet werden«, heißt die offizielle Begründung.

Verfügt wurde diese Anordnung von niemand anderem als dem niedersächsischen Innenminister Gerhard Glogowski persönlich. So darf dann zum Beispiel nicht offiziell bekanntgegeben werden, daß die Rumänen mittlerweile das Monopol bei dem Delikt Parkuhrenplünderung haben.

Der Direktor des Hessischen Landeskriminalamts Klaus Jürgen Timm, bestätigte, daß das, was er Anfang Mai 1991 äußerte, auch heute noch zutrifft. Timm sagte damals:

»Es bleibt der Fakt, daß Ausländer in der Kriminalität im Vergleich zu den Deutschen ungefähr doppelt so stark belastet sind. Diese Quote ergibt sich trotz einer zweifachen Bereinigung. Das heißt: Auch wenn wir erstens die Verstöße der Ausländer gegen das Ausländergesetz und gegen das Asylverfahrensgesetz abziehen und zweitens bei den Tatverdächtigen die Stationierungsstreitkräfte, Touristen, Durchreisende und illegal Aufhältliche unberücksichtigt lassen, beträgt die sogenannte Kriminalitätsbelastungsziffer (KBZ) – Tatverdächtige bezogen auf 100000 Einwohner – bei Ausländern gegenüber Deutschen das Doppelte.

Dabei bleibt allerdings eine weitere, jedoch nicht quantifizierbare Minderung der Kriminalitätsbelastungszahlen Nichtdeutscher durch unterschiedliche Alters- und Geschlechts-Strukturen im Verhältnis zu Deutschen unberücksichtigt.«

Dieses ist auch kein Wunder. Während zu Beginn der ausländischen Einwanderung nach Deutschland überwiegend arbeitswillige Menschen herüberkamen – schließlich war seinerzeit auch das soziale Netz nicht so stark ausgebaut wie heute –, ist es heute anders. Um die Richtigkeit dessen zu erkennen, braucht man sich bloß die Statistiken anzusehen, inwieweit von den in den vergangenen zwei, drei Jahren nach Deutschland gekommenen Ausländern das soziale Netz mißbraucht wird und wie hoch die Kriminalitätsrate besonders bei diesem Personenkreis ist.

So dürfte es dann eigentlich keinen – bis auf die ganz unverbesserlichen Befürworter eines multikulturellen Chaos – wundern, daß sich in Westdeutschland 71 Prozent und in Mitteldeutschland sogar 93 Prozent der Bevölkerung von der zunehmenden Kriminalität bedroht fühlen.

Umso erschreckender ist es dann, wenn sich die verantwortlichen Politiker hierum anscheinend überhaupt nicht kümmern, sondern weiter eine Politik betreiben, die dieses Chaos sogar noch verstärkt. □

Honeckers Schulden-Vermächtnis

John Springfield

Eine verborgene, von einem toten kommunistischen Regime hinterlassene Zeitbombe steht kurz davor, über Deutschland zu explodieren.

Im vergangenen Halbjahr wurde im Deutschen Bundestag sehr viel Energie investiert, um ein breites Allparteien- und staatliches Notprogramm, Solidarpakt genannt, abzuschließen. Das Mysterium in diesem Tumult ist die Tatsache, daß der Pakt, der gerade unterzeichnet wurde, erst 1995, nach den allgemeinen Wahlen von 1994, in Kraft treten soll. Warum die ungewöhnliche Verzögerung? Das Argument, es würde eine schwache deutsche Wirtschaft weiter in die Krise treiben, würde man ihr jetzt neue Steuerlasten aufbürden, ist politisches Täuschungsmanöver. Das neue Steuerpaket tritt deswegen erst 1995 in Kraft, weil dann die Schulden-Zeitbombe der alten DDR-Wirtschaft, die »Erblast« wie sie genannt wird, laut Gesetz ans Tageslicht kommen und die deutsche Regierung – das heißt, die Steuerzahler – damit beginnen muß, diese Schulden abzutragen.

Die seltsamen Machenschaften im Juli 1990

Sehr viel ist grotesk an dieser sogenannten Schuld, die deutsche Staatsbürger ab Januar 1995 zurückzahlen müssen. Erstens hat bislang noch niemand genau gesagt, wie hoch die Schulden der alten DDR-Kolchosen, staatseigenen Firmen und anderen Rechtsträgern des kommunistischen Regimes sich eigentlich belaufen. Wenn der Bundesfinanzminister Theodor Waigel dies wissen sollte, dann weigert sich die regierende Koalition unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl, dies bekanntzugeben. Mitglieder der oppositionellen SPD haben sich entschlossen, dem Solidarpakt beizutreten, ohne ein Wort des Widerspruchs über die Rechtmäßigkeit der DDR-Schulden von sich zu geben.
Aber Schätzungen aus Bankkreisen veranschlagten die Gesamtschulden auf 400 bis 600 Milliarden DM. Auf diese Summe muß der deutsche Steuerzahler ab 1995 einen jährlichen Schuldendienst von 40 Milliarden DM, vielleicht sogar 60 Milliarden DM, wenn die Ziffer 600 Milliarden DM stimmt, leisten. Wofür?

Es ist wichtig, sich an den schnellen Ablauf der Ereignisse in den dramatischen Wochen nach Öffnung der Berliner Mauer im November 1990 zu erinnern. Bereits im März 1990 hätte die Bonner Regierung beinahe einer Parität von einer DDR-Mark zu einer Deutschen Mark zugestimmt. Am 6. Februar traf der Präsident der Deutschen Bundesbank, Karl-Otto Pöhl, in Berlin-Ost mit dem Präsidenten der DDR-Staatsbank und dem Wirtschaftsminister der DDR zusammen, um die Bedingungen für die Währungsunion zu erörtern.

Am gleichen Tage in der gleichen Stadt, und wie es heißt ohne Vorwarnung für Pöhl, gab Bundeskanzler Kohl überraschend bekannt, daß Bonn der DDR eine volle wirtschaftliche und politische Union – nicht nur ein Schritt zur Konvertierbarkeit der Währung – anbieten werde.

Vielleicht unter Druck der gewaltigen Straßendemonstrationen in Leipzig, Dresden und anderen Städten Mitteldeutschlands, vielleicht aufgeschreckt durch den wachsenden Strom Mitteldeutscher in Richtung Westen, reagierte die Bonner Regierung politisch, ohne ihre Kollegen von der Deutschen Bundesbank zu Rate zu ziehen. Dies ist im Schmelztiegel eines einmaligen historischen Ereignisses durchaus verständlich. Was aber nicht verständlich ist, sind die Bedingungen zu denen Bonn sich dazu bereit erklärte, das gesamte Geld- und Wirtschaftswesen der DDR – mit allen Schulden – schon in dem besagten Monat Juli einzugliedern.

Die kritische Frage der »Erbschuld«

Von der Kohl-Regierung wurde dadurch, mit stillschweigender Zustimmung der SPD-Opposition, eine Lage herbeigeführt, die, wenn sie nicht unverzüglich korrigiert wird, nicht nur die derzeitige deutsche Regierung, sondern, nach italienischer Art, alle politischen Institutionen der Bundesrepublik zu Fall zu bringen droht. Die Frage der »Erbschuld« der DDR ist dazu programmiert, mindestens für den Rest dieses Jahrzehnts zur dominierenden Frage der europäischen Finanzpolitik zu werden.

Es gibt noch sehr viele unbeantwortete Fragen um die dramatischen Ereignisse herum, die zum Vertrag der Wirtschafts- und Währungsunion vom 1. Juli 1990 führten. Wurde der Kanzler von dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow und der Stasi – der gefürchteten Geheimpolizei der DDR – mit der Drohung des Verlustes der historischen Chance der Wiedervereinigung Deutschlands erpreßt, falls er ihren drakonischen Finanzbedingungen nicht zustimmen würde? Zielte der Mordversuch an dem Verhandlungsführer bei den Einigungsgesprächen, Wolfgang Schäuble, darauf ab, Bonn eine Botschaft zukommen zu lassen? War der Kanzler auf euphorische Weise überzuversichtlich hinsichtlich der Macht einer starken bundesdeutschen Wirtschaft, alle Probleme zu lösen, sobald der Druck der allgemeinen Wahlen im Dezember 1990 erst einmal vorüber war?

Aus wohlunterrichteten Kreisen in Bonn verlautet, daß sich die Elite des alten Regimes in Berlin-Ost bereits Mitte der achtziger Jahre oder so darüber im klaren war, daß es nur noch eine Frage von Monaten war, bis der Warschauer Pakt und ihr Regime zusammenbrechen würden. Fast so wie die Nazi-Elite nach dem Fall von Stalingrad, begannen diese Stasi- und SED-Kreise klammheimlich damit, sich auf das gute Leben nach dem Kommunismus vorzubereiten. Alexander Schalck-Golodkowski, ein Generalmajor im Staatssicherheitsdienst, war für alle »Hartwährungs«-Affären des Honnecker-Regimes aus seinem Kommisariat im Außenhandelsministerium heraus verantwortlich.

Der Parteichef der SED, der Stasi-Chef Markus Wolf und andere kommunistische Großkopferte begannen in den Jahren vor der Öffnung der Berliner Mauer Ende 1989 mit einem umfangreichen Prozeß der Ausplünderung der Wirtschaft der DDR. Geheime Bank-Häfen wurden in der Schweiz, Gibraltar, Luxemburg und anderswo von Schalck und der Stasi-SED-Elite eingerichtet. Schalck allein verfügte weltweit über ein Netzwerk von 148 Firmen. Einem Bericht der »Bild-Zeitung« vom 30. Januar 1990 zufolge verkaufte die SED heimlich ihre Goldreserven, um harte Währung in der Größenordnung von 2,1 Milliarden Dollar zu bekommen.

Es war nur noch eine Frage von Monaten

Was Honecker und seine Komplizen in der ehemaligen DDR zurückließen, war eine verrottete Infrastruktur, eine veraltete Industrie, verseuchte Flüsse, kaputte Maschinen – und eine der kostbarsten Reserven von Facharbeitern in der heutigen Welt. Dazu die sogenannte »Erblast«. Was stellt diese gewaltige neue Schuldenlast dar?

Wir bestreiten nicht die Rechtmäßigkeit der 30 Milliarden DM Auslandsschulden der DDR-Regierung. Diese wurden zum größten Teil mit westlichen Banken abgeschlossen und müssen zurückgezahlt werden. Wir lassen hier die annähernd zehn Milliarden DM an Kosten zur Deckung der DDR-Verpflichtungen nach dem 1. Juli 1990, auf der Basis von Transfer-Rubeln, über die man sich geeinigt hatte, einmal

Deutschland

Honeckers Schulden-Vermächtnis

außer Acht, obwohl noch viel dazu gesagt werden könnte. Wir greifen auch nicht die Sache der annähernd 90 Milliarden DM an Schulden für sogenannte Ausgleichsentschädigungen für die Währungsumstellung auf.

Eine große Gefahr für Bonn

Stattdessen richten wir den Scheinwerfer auf das, was das Finanzministerium in Bonn ab Oktober 1992 auf rund 250 Milliarden DM an übernommenen Schulden der Firmen und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), die jetzt der Treuhandanstalt, der Wirtschaftsgesellschaft, die das vereinigte Deutschland von der kommunistischen Deutschen Demokratischen Republik übernahm, unterstehen, kalkuliert hat. Wenn wir die höhere Ziffer für die übernommene Gesamtschuld von 600 Milliarden DM als der Wahrheit näher kommend betrachten, dann wird der Treuhand-Anteil an diesen Schulden bis spätestens Januar 1995, wenn die dann noch vorhandenen Schulden der Treuhand per Gesetz direkt als Teil des Bundeshaushalts und nicht mehr als »außerhalb der Bilanz« übernommen werden, sich nicht auf 250 Milliarden DM sondern eher auf 450 Milliarden DM belaufen. Dies ist der Albatroß, der die steuerliche Redlichkeit und Zahlungsfähigkeit der Bundesrepublik zu versenken droht.
Nach den endgültigen Bedingungen über die Bonn und Berlin-Ost sich wegen der Währungsunion vom Juli 1990 einigten, übernahm Bonn die Buchschulden der Industrie und Landwirtschaft der DDR zu einer Parität von zwei DDR-Mark gleich eine Deutsche Mark. Ersparnisse von Privathaushalten wurden nach viel politischer Agitation von Bonn schließlich 1:1 akzeptiert. Die betreffenden Ersparnisse von Privatpersonen sind nicht belastend, die 2:1-Konvertierung aber doch.

Das Problem liegt bei den alten Industrieschulden der staatseigenen Unternehmen und landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaften (LPG) bei der Staatsbank in Berlin-Ost. Durch Annahme eines Bewertungsverhältnisses von 2:1 übernahm die Bundesregierung am 1. Juli 1990 die Haftung für rund 130 Milliarden DM an »Altlasten«. Aber, da die Treuhand der Schirm war, der einige Wochen zuvor von der immer noch kommunistischen Modrow-Regierung von Mitteldeutschland aufgespannt wurde, um sämtliche staatseigenen Industriebetriebe und Agro-Unternehmen in die Hand zu bekommen, wurden diese 130 Milliarden DM damals rechtsgültig von der Treuhand übernommen.

Krebsartige Wucherung der Schulden

Mit einem kaum bemerkten Akt der kommunistischen Volkskammer in Berlin-Ost wurde ein Gesetz verabschiedet, das Bankinstituten in der DDR – in Wirklichkeit der Staatsbank und deren Zweigstellen – die Option einräumte, die auf »westlichen Märkten« gültigen Zinssätze, statt des äußerst niedrigen Zinsfußes von 0,5 Prozent, die die DDR ihren staatseigenen landwirtschaftlichen Kooperativen und LPGs für ihre »Schulden« zu berechnen pflegten, zu erheben. Nur wenige Stunden, bevor die Währungsunion vom 1. Juli 1990 in Kraft trat, stiegen die Zinssätze auf die »Schulden« staatseigener Betriebe in der ehemaligen DDR um das acht- bis zehnfache.

Gleichzeitig war die relative Belastung ihres DDR-»Schulden«-Übertrags für die alten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der DDR, abgesehen davon, daß sie eine um das 20fache höhere Zinslast tragen müssen, jetzt in Westwährung zu einem Wechselkurs von 2:1 zu bezahlen, obwohl die Struktur der mitteldeutschen Industrie und Landwirtschaft vom Export in die Wirtschaften in der Rubel-Zone unter dem Warschauer Pakt abhängig war, die über keine Reserven in harter Währung verfügten mit der sie bezahlen konnten. Exporte aus den vertikal integrierten LPGs, der Kombinate, brachen im Verlauf des Jahres 1990 als Folge davon fast völlig zusammen.

Nicht aber die Schulden in den Büchern der landwirtschaftlichen Kombinate der DDR, die nun nach dem 1. Juli 1990 zur Treuhandanstalt gehörten – die selbst dem Bundesfinanzministerium von Theo Waigel unterstellt wurden. Verborgen von der Sicht der Öffentlichkeit, begannen diese Schulden krebsartig zu wuchern.

Wie Bonn übers Ohr gehauen wurde

Auf welcher Grundlage wurden die »Schulden« dieser alten Firmen auf 2:1 festgelegt? Der damalige Präsident der Deutschen Bundesbank Pöhl protestierte zu Recht, soweit sein öffentliches Amt dies zuließ, als die Parität von 1:1 für die Schulden der Agrar-Kombinate zur Sprache gebracht wurde.

Aber selbst wenn man von einer rechtmäßigen Nennschuld ausgehen würde, die es, wie wir noch sehen werden, gar nicht gibt, wäre ein Wert von 2:1 absurd. Auf dem Berliner Schwarzmarkt wurde einige Monate vor Juli 1990 DDR-Mark für DM zum Kurs von 10:1 verkauft. Wenn wir den Pro-Kopf Ausstoß durchschnittlicher Industriebetriebe der DDR insgesamt betrachten, dann hätte ein Vergleich mit der Wirtschaftsproduktivität der Bundesrepublik einen Umtauschkurs von näher an 13:1, auf keinen Fall 2:1 suggeriert.

Hätte man ein realistischeres Verhältnis für die Firmenschulden angewendet, dann hätten sich die Gesamtschulden der staatseigenen Betriebe zum Zeitpunkt der Währungsunion in der Größenordnung von 20 Milliarden DM, nicht aber von 130 Milliarden DM bewegt – obwohl selbst dies noch Schwindel wäre, wie wir noch sehen werden.

Ein Beispiel zur Erhellung dieser Dinge: Eine Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft in der ehemaligen DDR hatte 150 Mitgliederbetriebe und vor der Wiedervereinigung einen Jahresumsatz von etwa 15 Millionen DDR-Mark sowie sogenannte Staatsschulden-Obligationen, auf die sie durchschnittlich ein Prozent an Zinsen pro Jahr oder einen jährlichen Schuldendienst von 28000 DDR-Mark, oder etwa 0,2 Prozent des Gesamtumsatzes zu tragen hatte. Nach der Wiedervereinigung, jetzt mit 30 Prozent weniger Beschäftigten und einem Jahresumsatz von fünf Millionen DM, muß die LPG jährliche Zinskosten von zehn Prozent, oder 140000 DM tragen.

Wenn bundesdeutsche moderne Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe gezwungen würden, unter solchen finanziellen Drücken zu operieren, wie sie den mitteldeutschen Firmen unter den Bedingungen nach dem 1. Juli 1990 auferlegt wurden, dann kann mit Sicherheit gesagt werden, daß kein Konzern überleben würde. Und das genau ist den mitteldeutschen Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben seit Juli 1990 widerfahren. Die reale Arbeitslosigkeit, unter denen die fünf neuen Länder hinweg ganztägig arbeiten wollen, überschreitet heute 40 Prozent. Die meisten staatseigenen Firmen wurden auf eine Weise »privatisiert«, die zu einer Entindustrialisierung Mitteldeutschlands geführt hat.

Aber Honeckers Aushilfsgenosse Modrow und seinen Freunden gelang es, in Bonn eine Parität von 2:1 durchzusetzen. Mit einem einzigen Federstrich am 1. Juli 1990 übernahm Bonn die Treuhand und mit ihr kombinierte Altschulden von LPGs und staatseigenen Fabriken in der Größenordnung von 130 Milliarden DM, zum größten Teil jetzt zahlbar zu westlichen Zinssätzen von neun bis zehn Prozent pro Jahr. Aber wie kommen wir zu einer Ziffer von 450 Milliarden DM im Jahre 1996 für die zusammengefaßten Schulden, einschließlich Zinsen, der Treuhand?

Die Umorganisation der Treuhand

Helmut Kohls Auswahl zum ersten Chef der Treuhand, Carsten Detlev Rohwedder, war ein Geschäftsführer mit tiefgreifender Erfahrung bei der Umwandlung der Stahlindustrie bei Hoesch und jahrelang in Bonn unter dem ehemaligen Wirtschaftsminister Karl Schiller und anderen tätig gewesen. Kurz vor seiner Ermordung im April 1991 war sich Rohwedder darüber klar geworden, daß die Politik der Treuhandanstalt geändert werden müsse. Er traf kurz vor den Wahlen im Jahre

1990 mit Kohl zusammen, und Kohl stimmte einer Politik der »Modernisierung statt Privatisierung« als Priorität für die Treuhand zu. Dies bedeutete, daß die Treuhand als rettender Schutzengel, mit Aufsichtspflicht über Investitionen in die mitteldeutsche Industrie, zu deren wirksamer Umorganisation und vor allem Modernisierung verpflichtet gewesen wäre, selbst wenn dies bedeutet hätte, daß mitteldeutsche Betriebe zehn Jahre oder länger staatseigen bleiben müssen, bevor sie stark genug sind, die Drücke westlicher Märkte auszuhalten. Nach Rohwedders Konzept sollte Stahl aus Mitteldeutschland zum Beispiel zum Wiederaufbau des dortigen Eisenbahnnetzes oder zum Bau neuer Häfen verwendet werden.

Aber nach dem Mord an Rohwedder wurde das Mandat ins Gegenteil verkehrt. Die englandfreundliche Tochter eines Hamburger Bankiers mit jahrzehntelangen intimen Bindungen zu führenden Kreisen der Hochfinanz der City of London und der Wall Street, wurde auf den anspruchsvollsten und schwierigsten Posten der gesamten deutschen Wirtschaft berufen. Birgit Breuel machte sich fast vom ersten Tage ihrer Amtszeit ans Werk, die festgefügte Politik der Treuhand ins Gegenteil zu verkehren.

Nach zahlreichen Berichten aus erster Hand von Geschäftsleuten, die sich mit diesen Dingen eingehend befaßt haben, operiert die Treuhand unter der schlimmsten angelsächsischen Ideologie des »freien Marktes«. Die Kapitalanlagebank ihrer Familie, Schroeder, Münchmeyer, Hengst – jetzt im Besitz der Londoner Lloyd's Bank –, wurde sogar als eine der Berater für die Treuhand-Privatisierung unter Frau Breuel angeheuert.

Ausländische Berater helfen der Banker-Tochter

Vom Sommer 1991 an, mit Frau Breuel am Steuerrad, wurden amerikanische und britische Management Consultants (Berater) hereingeholt, um die Treuhandanstalt, Firma für Firma, bei der Privatisierung zu beraten. Wie aus einer Studie des Düsseldorfer Instituts für Wirtschaft des DGB, die im Oktober 1992 veröffentlicht wurde, hervorgeht, hat die Treuhand diese radikale Veränderung in ihrer Politik mit Buchhaltungstricks vorsätzlich verschleiert. Geld, nicht die Erhaltung wertvoller Industriekonzerne, regiert die Treuhand unter Frau Breuel.

In ihrem offiziellen Bericht für 1991 unter der Überschrift »Ausgaben für Modernisierung, Privatisierung und Schließungen« prahlt die Treuhand mit einer eindrucksvollen Ausgabe von 77,5 Milliarden DM. Aber nach einer Untersuchung des Kleingedruckten durch den DGB hat die Treuhand nur fünf Milliarden DM für das ausgegeben, was, streng genommen, »Modernisierung« oder Neuaufbau der Produktionsanlagen und der Management-Struktur ehemaliger DDR-Betriebe genannt werden muß. Der Rest wurde zum größten Teil ausgegeben, um Betriebe mit dem gleichen verfallenen Maschinenpark am Leben zu halten, wobei Milliarden von DM monatlich verloren gingen – während Berlin sich weigerte, auch nur einen Pfennig für Neuinvestitionen in jene Firmen auszugeben.

Als Folge bläht sich die Gesamtschuld der Treuhand Monat für Monat weiter auf. Dies wird als reale Basis für das geschätzte Wachstum von ursprünglich 130 Milliarden DM an Treuhand-»Schulden« im Juli 1990 auf schätzungsweise 450 Milliarden DM bis spätestens 1995 angesehen.

Die seltsamen Schulden der ehemaligen DDR

Die Treuhand führt »Modernisierung« überhaupt nicht auf, es sei denn in Verbindungen, wie »Modernisierung und Verlustausgleiche«, »Darlehen für Investitionen und für Verlustausgleiche«.

Mit derartigen Tricks erfüllt die Treuhand anscheinend die Politik von Rohwedders Treuhand, baut aber in Wirklichkeit die größte Steuerkrise in der Geschichte des heutigen Deutschland auf, die unweigerlich 1995 ausbrechen wird. Niemand, vielleicht abgesehen von einem inneren Kreis von Leuten, die Frau Breuel beraten, weiß genau, wie stark die Treuhand-Schulden wegen der falschen Politik seit 1991 wie Pilze aus dem Boden schießen.

Aber das Absurdeste an dieser ganzen Geschichte über Torheit und Betrug ist die Tatsache, daß die gesamte Schuld unrechtmäßig ist. Wie kann ein Staat, dem unter dem DDR-System sämtliche Produktionsmittel gehörten, sich selbst etwas schulden? Die sogenannten Schulden der DDR-Firmen und Agrar-Komplexe waren ganz einfach politische Fiktion. Der »Gläubiger« und der »Schuldner« waren nach DDR-Gesetz einunddieselbe juristische Person, nämlich die fünf SED-Staaten. Nach dem alten DDR-System wurden »Schulden« von staatseigenen Produktionsbetrieben in den Bilanzen der staatseigenen Deutschen Kreditbank, die ihrerseits voll und ganz im Besitz der Ostberliner Staatsbank war, als Darlehen verbucht. Nach dem 1. Juli 1990 wurde die Treuhandanstalt die gesetzliche Nachfolgerin der Staatsbank.

Unter dem kommunistischen Regime gab es kein Kreditwesen. Stattdessen waren als »Schulden« bezeichnete Buchhaltungseinträge politischer Planungs- und Kontrollmechanismus eines kommunistischen Staates über die staatseigene Industrie. Weil das Zentralkomitee der SED willkürlich die Preise festlegte, die die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften verlangen durften, wurden die Firmen willkürlich mit »Schulden« an die Kreditbank, dem Unterschied zwischen künstlich niedrig gehaltenen Staatspreisen und den Forderungen unter dem Staatsplan nach Einkommen»steuer« an den Staat, überlastet.

Als die Volkswirtschaften des Warschauer Paktes Ende der achtziger Jahre immer tiefer ins Chaos stürzten, stiegen diese fiktiven Buchführungsangaben, genannt Firmen»schulden«, rapide an. Aber es waren nicht alles »Kredite« nach bundesdeutscher Rechtsauffassung zum Kauf von wirklicher Ausrüstung oder zur Verbesserung der Einrichtungen. Es gab praktisch keine reinen Neuinvestitionen, wie wir sie heute kennen. Auch waren es keine Kredite in dem Sinne, daß die »Anleihen« aus den staatlichen Ersparnissen heraus aufgenommen wurden. Es waren lediglich willkürlich festgesetzte Summen, die benutzt wurden, um den Zusammenbruch des zentralen Planungsprozesses zu kaschieren, oder um innerhalb der Planwirtschaft Hilfsmittel zuzuteilen. Es gab keine legale Form von Schulden. Es waren die »Schulden« des Volkes – an den Kommunisten Honnecker.

Zeit für eine gründliche Überprüfung der Treuhand

Seit Juli 1990 hat die Bundesrepublik Deutschland diese Fiktion jedoch stillschweigend als legitim anerkannt und die »gegenseitige Anerkennung von Gesetzen und Gerichtsentscheidungen« seitens Deutschlands als Garantie für deren Rückzahlung akzeptiert. Dieser Fehler, wenn auch unter den außergewöhnlichen politischen Drücken der Jahre 1989 bis 1990 verständlich, wird Deutschland und seine gesamte Wirtschaft so sicher in den Ruin führen, wie die Nacht dem Tage folgt, wenn er nicht auf besonnene Weise korrigiert wird – und sei es durch Entscheidung der ordentlichen Gerichte hinsichtlich der juristischen Rechtmäßigkeit der übernommenen Schulden, vor allem der Schulden der Treuhand.

Lösungen sind sicherlich möglich, wenn man sich dem Problem direkt stellt. Eine Ablösung der derzeitigen Schuldeneinträge in den Büchern von Gläubigerbanken durch neue Staatsbürgschaften, man könnte sie »Wiederaufbau-Bürgschaften« nennen, in einem vereinbarten Verhältnis, dann aber vorgesehen für direkte Investitionen in den neuen Ländern zum Wiederaufbau der Infrastruktur und Neuinvestitionen in die Industrie, würde jede Milliarde DM, die jetzt in einem Faß ohne Boden voller Kosten für Schuldenrückzahlungen und Arbeitslosengelder verloren geht, in ein echtes »mitteldeutsches Wirtschaftswunder« verwandeln. Um das Vertrauen der enttäuschten Bürger Mitteldeutschlands zurückzugewinnen, muß eine wahrhaft unparteiische nationale Kommission, von allen parlamentarischen Parteien ernannt, eine gründliche Rechnungsprüfung, auch der Treuhand unter Birgit Breuel, durchführen. □



Deutschland

Die Position Deutschlands im sich wandelnden Europa

Emil Schlee

»Deutschland – Rückkehr in die Mitte« ist für unseren Mitarbeiter, Professor Emil Schlee, Mitglied des Europäischen Parlaments, ein Thema mit einem großen Fragezeichen.

»In Deutschland und Europa haben wir im letzten Jahrhundert, das jetzt ausklingt, viele politische Wechselbäder, zwei Weltkriege, Staatszusammenbrüche, Staatszusammenschlüsse, Kräfteverschiebungen, Teilungen und extrem neue Lagen gehabt. Wir könnten das Thema »Die Position Deutschlands im sich wandelnden Europa« auch umformulieren in »Die sich wandelnden Positionen Deutschlands in Europa« und damit die historisch alte und zugleich aktuell neue »deutsche Frage« erneut ins Spiel bringen. Wir müssen aber auch bedenken, daß das Thema »Deutschland – Rückkehr in die Mitte« zugleich mit der für manche Staaten brisanten Frage verbunden ist, die lautet: »Deutschland – Objekt oder Subjekt in der Politik?«

Die Mittellage ist die Schicksalslage

Ohne Zweifel entsteht das allseitige Interesse in Europa an der jeweiligen Position Deutschlands im sich wandelnden Europa aus der schicksalshaften Mittellage des zahlenmäßig großen Volkes der Deutschen in Europa. Die Mittellage ist die Schicksalslage von Volk und Staat der Deutschen!

Professor Emil Schlee ist parteiloser Abgeordneter des Europäischen Parlaments.

Sebastian Haffner schrieb am 30. April 1983 in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« bezüglich der ständigen Einflußnahme anderer europäischer Staaten in die Schicksalslage von Volk und Staat der Deutschen: »Wir dürfen zweierlei nicht übersehen. Erstens, die berühmte Mittellage, die immer Veranlassung gewesen ist, daß die deutsche Politik nicht ohne europäische Einmischung, man kann auch sagen, nicht ohne ein Zusammenwirken mit europäischen Mächten und Strömungen möglich gewesen ist: Deutschland als das Gebiet, dessen Partikularstaaten zum Austarieren europäischer Machtverhältnisse und Machtgleichgewichte dienten...

Das zweite war die unglückliche Größe der deutschen Nation. Sie war zahlenmäßig größer und angesichts ihrer technischen und geistigen Intelligenz daher auch stärker als jede andere Nation.«

Und so meinte auch Leibnitz schon vor über 300 Jahren zur besonderen geopolitischen Lage Deutschlands: »Deutschland ist der Ball, den sie einander zuwerfen, die um die Weltherrschaft spielen. Es ist die Arena, darauf um die Meisterschaft von Europa gefochten wird.«

Diesen und vielen anderen Äußerungen ähnlicher Art über die ständigen Versuche der Einflußnahme anderer Staaten auf Deutschland in der Mitte Europas sei exemplarisch die erkenntnisreiche Feststellung Prinz Eugens in einem Brief vom 22. Mai 1719 an den Herzog von Marlborough entgegengestellt: »Die Allianz, so nur der Zufall oder ein augenblickliches Interesse sie herbeiführt, bewirken kein Vertrauen. Wenn aber die Mächte gemeinsam einsehen und einmal überzeugt sind, daß von der Erhaltung Deutschlands die Ruhe Europas ganz allein abhänge, alsdann kann man sagen, daß ein gemeinsames Interesse einem Staatenbunde zugrunde liege!« Welch eine Weitsicht in damaliger Zeit!

Das entscheidende Ereignis in unserer Zeit war ohne Zweifel das Auseinanderbrechen des kommunistischen Ostblocks.

Das wichtigste Ergebnis dieses Ereignisses war die Beendigung des Ost-West-Gegensatzes, des Kalten Krieges.

Die wichtigste Folge dieses Ergebnisses war das Zusammenbrechen der Prämissen für die Stabilität der politischen Lage in Europa seit 1945.

Das entscheidende Ereignis in unserer Zeit

Aus der entstandenen Instabilität der politischen Lage in Europa, oder, auf den tatsächlichen Punkt gebracht, aus der entstandenen Instabilität der politischen Kontrolle über Deutschland, ergibt sich für Deutschland die Möglichkeit, aus der seit 1945 bestehenden Lage, geteilt in West und in Ost gelegen zu sein, nun wieder zwischen West und Ost und Nord und Süd, also wieder in der Mitte Europas seine traditionelle Rolle als Mittler und Brücke wahrnehmen zu können.

Und aus dieser Möglichkeit der Rückkehr Deutschlands in die politische Mitte Europas ergibt sich die Frage, ob Deutschland, das seit 1945 Objekt der Politik ist, wieder Subjekt in der Politik werden kann. In dieser Lage liegen für unser Volk und Land, für Nation und Staat der Deutschen, Chancen und Risiken zugleich.

Denn die »Rückkehr in die politische Mitte Europas« ist nicht automatisch, geschieht ganz und gar nicht selbstverständlich, sondern wir erleben gegenwärtig, von der Mehrheit der Menschen und ihrer Politiker gar nicht bemerkt, den auf vielen Ebenen und in vielen Kanälen laufenden massiven Versuch, die Rückkehr Deutschlands in die politische Mitte Europas, die Erlangung der tatsächlichen Souveränität, die Gleichberechtigung in einer europäischen Friedensordnung, also die Position Deutschlands als souveränes Subjekt in der Politik erneut zu verhindern.

Der heutige Mangel an politischem Durchblick

Unverkennbar ist deutsche Geschichte auch immer europäische und europäische auch stets deut-

sche Geschichte gewesen. Wer die Position Deutschlands im sich wandelnden Europa durch die Jahrhunderte und in der Gegenwart erkennen will, muß schon global, weltgeschichtlich und ganzheitlich denken können.

Vielleicht erklärt sich der heutige Mangel an politischem Durchblick im Hinblick auf Deutschland und Europa durch das Fehlen solchen Denkens, zumal es weder gelehrt noch geübt wird. Daher ist für viele auch unerkennbar geblieben, daß Geschichte in Deutschland seit 1945 von den Siegern geschrieben und umgeschrieben wird. Es ist daher auch kein Zufall, daß in Deutschland der historische Revisionismus bekämpft wird und selbst wissenschaftliche Forschung an gesetzliche Willkürgrenzen stößt.

Und es kommt hinzu, daß wir Deutschen trotz NATO-Partnerschaft und EG-Freundschaft die Akten und Archive des Deutschen Reiches, die immer noch in den Archiven in Washington, London, Paris, Warschau, Petersburg und Moskau lagern, ohne daß wir sie gründlich durchforschen dürfen, nicht zurückbekommen haben, die Feindstaatenklauseln in der Charta der Vereinten Nationen noch weitgehend gelten und die Kontrolle über Deutschland noch weitgehend intakt ist. Zusätzlich stellt sich zunehmend die Frage, ob die EG für die Bundesrepublik Deutschland nun eine »Europäische Gemeinschaft« oder eine »Europäische Gefangenschaft« darstellt.

Aufschlußreich in diesen Fragen sind zwei Zeitungsbeiträge. Der eine Beitrag erschien am 17. Dezember 1983 (Seite 8) in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« und gibt eine Ansprache des früheren französischen Botschafters in Bonn, Henri Froment-Meurice, wieder – 1982 bis 1983 in Bonn –, die dieser Ostexperte des Quai d'Orsay und Kenner der deutschen Ostpolitik auf einer Tagung der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Cadenabbia über die deutsche Frage aus französischer Sicht gehalten hat. Darin heißt es:

»Ich glaube, wenn ein Franzose vor den Einheimischen in Deutschland von der Wiedervereinigung Deutschlands ernst spricht, muß er in die Geschichte zurückblicken und an die Geschichte der anderen erinnern. Die ganze Geschichte Frankreichs könnte seit dem Ende des Reiches Karl des Großen sehr gut beschrieben werden als ein Kampf, die deutsche Einheit zu verhindern und die Deutschen in einem Stand zu lassen, den ich multipolar nennen würde.



Finanzminister Henry Morgenthau (links) mit US-Präsident Franklin D. Roosevelt im Januar 1940.

In einem solchen Europa hat sich die französische Monarchie unter Ludwig XIV. und Ludwig XV. sehr erfolgreich entwickelt und entfaltet. Deshalb ziehen die Franzosen daraus gern den Schluß, daß es einen direkten Zusammenhang zwischen einerseits der Macht und dem Wohlstand Frankreichs und andererseits der politischen Lage Deutschlands gibt, und daß das französische Interesse darin besteht, daß Deutschland nicht zu stark, also nicht zu sehr vereinigt sei.

Offene Worte eines französischen Diplomaten

Die Tatsache, daß die Niederlage Frankreichs durch Preußen von der Ausrufung des Deutschen Reichs zugunsten Preußens begleitet worden war und dies auch noch im Spiegelsaal von Versailles geschah, Schauplatz französischer Grandeur, hat das französische Bewußtsein sehr stark geprägt. Die deutsche Einheit schien die Folge des Sturzes Frankreichs zu sein. Unter diesen Umständen war es ziemlich natürlich, daß daraus viele Franzosen umgekehrt den Schluß zogen, es sei Frankreichs Grandeur mit der deutschen Einheit unvereinbar. Dazu kommt auch, daß für eine große Mehrheit der Franzosen Deutschland die Verantwortung für die zwei Weltkriege trägt. Deshalb ziehen sie auch den Schluß, wenn Deutschland nicht vereinigt gewesen wäre, hätten diese Kriege nicht stattgefunden. Nach jedem dieser Weltkriege gab es deswegen immer Franzosen, die den Sieg Frankreichs ausnutzen wollten, um das Wiederauftauchen der deutschen Gefahr zu verhindern, eine Gefahr, die in einem zu starken Deutschland besteht. Zu stark, weil vereinigt.

Daher die Kriegsentschädigungen, daher besonders die militärischen Einschränkungen. 1945 aber hat General de Gaulle in einer ersten Periode versucht, weiterzugehen: Anschluß des Saarlandes an Frankreich, Trennung des linken Rheinufers, Internationale Kontrolle über das Ruhrgebiet und Verweigerung der Wiederherstellung von zentralen Verwaltungen, die für das gesamte Gebiet des Reiches zuständig wären, Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.«

Selten hat ein Diplomat die Dinge so offen angesprochen und das historische deusch-französische Verhältnis erläutert, dessen Problematik immer noch nicht überwunden ist.

Der andere Beitrag stammt von Henry A. Kissinger, der am 1. März 1992 in der Zeitung »Welt am Sonntag«, Seite 5, erschien und schon in der Überschrift deutlich feststellte: »Die Einigung Europas darf nicht auf Kosten der NATO erfolgen. – Die Prämissen, aus denen die Atlantische Allianz ihre Existenzberechtigung ableitet, brechen zusammen.«

Dieser Aufsatz läßt klar die Kontrollabsicht über Deutschland erkennen, zu deren »Instrumenten« auch NATO und EG gehören, und erklärt eine engere Zusammenarbeit mit Rußland im Sinne eines Bündnisses als bedrohlichen Vorgang, den niemand wollen oder gutheißen kann! Hier einige Auszüge:

Die Kontrollorgane gegenüber Deutschland

»Die Bedeutung der NATO nahm mit der Aufgabe zu, das sich wiederbewaffnende Deutschland in einem größeren Rahmen als dem nationalstaatlichen zu verankern.«

Abgesehen davon, daß Deutschland sich nicht wiederbewaffnen wollte, sondern gedrängt wurde, und erst nach Ehrenerklärungen von General Eisenhower am 23. Januar 1951 und von Bundeskanzler Dr. Adenauer vor dem Deutschen Bundestag am 3. Dezember 1952 für den Soldaten der deutschen Wehrmacht, erklärten sich die Deutschen bereit, eine Bundeswehr aufzubauen, wird hier die Kontrollfunktion der NATO – »in einem größeren Rahmen ... zu verankern« – über Deutschland in der Diplomatensprache festgestellt. Lord Ismay sprach es als früherer Generalsekretär der NATO in seinen Memoiren knapper und deutlicher aus, indem er als Aufgabe der NATO beschrieb, »die Amerika-

Deutschland

Die Position Deutschlands im sich wandelnden Europa

ner in Europa zu halten, die Sowjets aus Europa herauszuhalten und die Deutschen niederzuhalten«.

In diesem Zusammenhang spricht Kissinger die Rolle der EG ebenfalls verblüffend klar an: »Ähnliches galt für die Europäische Gemeinschaft, erdacht als Nebenstruktur zur Atlantischen Allianz, die versuchte, ein wieder erstarkendes Deutschland zu integrieren.«

UN, NATO und EG sind die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kontrollorgane gegenüber Deutschland!

»Die Wiedervereinigung Deutschlands und der daraus resultierende Machtzuwachs haben die unausgesprochene Prämisse der Atlantischen Institution zum Einsturz gebracht. Solange zwei deutsche Staaten existierten, besagte das stillschweigende Abkommen, daß die Bundesrepublik ihre wachsende wirtschaftliche und militärische Stärke nicht in politisches Gewicht ummünzen ... würde. Die sogenannte französische Führung der EG resultierte aus der Bonner Abstinenz von machtpolitischen Herausforderungen. Unter diesen Umständen könnte aus der auch zur Beschränkung Deutschlands gedachten EG ein Mechanismus werden, der die deutsche Vorherrschaft über Europa akzeptabler macht.« Dieser »Mechanismus« der Beschränkung und Kontrolle ist heute und weiterhin voll in Funktion und niemand denkt daran, das vorerst zu ändern.

Deutschland und Rußland Verbündete?

Und noch eine weitere Offenbarung gibt Kissinger zum besten: »Zweimal im Zeitraum von nur einer Generation führte Amerika Kriege, weil amerikanische Staatsführer davon überzeugt waren, daß die Vorherrschaft einer einzelnen feindseligen Macht in Europa eine Bedrohung der amerikanischen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen darstellte.

An dieser Realität hat sich nichts geändert. Auch wenn es heute scheinbar keine für Amerika feindlichen Mächte in Europa mehr gibt, könnte die Entstehung einer neuen hegemonialen Mächtekonstellation schnell als feindlich angesehen werden. Herausforderungen könnten sich aus ... der Neudefinition der Rolle Deutschland ergeben. Deutschland ist so stark geworden, daß die existierenden europäischen Institutionen alleine nicht mehr ausreichen, um ein Gleichgewicht zwischen Deutschland und seinen Partnern und noch weniger zwischen Deutschland und der ehemaligen Sowjetunion zu gewährleisten.

Es kann in niemandes Interesse liegen, wenn sich Deutschland und Rußland gegenseitig als Hauptverbündete betrachten. Wenn sich beide Mächte zu nahe kommen, besteht die Gefahr der Hegemonie.

Ohne Amerika sind Großbritannien und Frankreich nicht in der Lage, das politische Gleichgewicht in Europa zu gewährleisten; Deutschland hätte keinen Anker, um nationalistischen Versuchungen und möglichem Druck von außen entgegenzuwirken. ...Wenn Rußland sich einen Partner im Westen sucht, wird es sich wohl eher für Deutschland als für Frankreich und am ehesten für die Vereinigten Staaten entscheiden. Sollten sich alle oder auch nur einige dieser Möglichkeiten ereignen, hätte das Streben Frankreichs nach Identität den Alptraum wahrwerden lassen, den es seit den Tagen Richelieus vor 300 Jahren zu verhindern sucht: Ein Frankreich, das sich mächtigen Nachbarn unterordnen muß.«



Winston Churchill wollte mit aller Macht die USA in den Zweiten Weltkrieg hineinziehen. Pearl Harbor war eine Gelgenheit dazu.

Die Position Deutschlands im sich wandelnden Europa gleicht der des gefesselten und angepflockten Gulliver. Diese Politik gegenüber Deutschland hat eine mehrhundertjährige Vorgeschichte. Grundlagen hierfür waren und sind die sogenannten Testamente von Richelieu und Peter dem Großen sowie die »Balance of Power« Englands, von dem nun die USA, wie Kissinger erkennen ließ, diese Aufgabe übernommen habe. Aus dem Grund, Deutschland in der Mitte Europas klein und kontrolliert zu halten, wurden drei dreißigjährige Kriege gegen Deutschland, gegen die Mitte Europas, geführt.

Das Testament Richelieus

Diese Trilogie der dreißigjährigen Kriege und ihre Zusammenhänge, von den meisten Historikern nicht erfaßt, ist in englischer Denkungsart und Argumentation zum Beispiel bei Lord Gladwyn in seinem Buch »Plädoyer für Europa« (Europa Union Verlag, Köln 1967) nachzulesen. Auf den Seiten 29 ff. heißt es:

»Heute kann man den sogenannten Ersten Weltkrieg als das ansehen, was er tatsächlich war, nämlich als den Beginn des dritten europäischen Bürgerkrieges (1914 bis 1945); der erste war der Dreißigjährige Krieg, der zweite die Französische Revolution und die Zeit Napoleons. Bei allen diesen Kriegen ging es um die Grundfrage: Wie sollte Europa regiert werden? Sollte es irgendeine zentrale Autorität geben? Alle drei Kriege waren von der grundsätzlichen Annahme ausgegangen, daß eine solche Autorität nur bei einem der neuen Nationalstaaten liegen könne.«

Ganz ausführlich befaßt sich Professor Dr. Friedrich Grimm in seiner Schrift »Das Testament Richelieus« (Berlin 1942) mit den drei dreißigjährigen Kriegen, von denen er unter anderem schrieb: »Der erste Dreißigjährige Krieg, der zunächst um konfessionelle Fragen geführt wurde, endete mit der restlosen Zerstörung der deutschen Einheit. Der zweite Dreißigjährige Krieg, der Europa von 1789 bis 1815, also 26 Jahre, in Spannung hielt, begann aus der Ideenwelt der Französischen Revolution, weckte das deutsche Nationalgefühl, hielt aber im Ergebnis das Prinzip des Westfälischen Friedens, die deutsche Zerstückelung noch einmal aufrecht. Wir leben also auch heute in einem Dreißigjährigen Kriege, wobei belanglos ist, daß Deutschland nicht in der ganzen Zeit von 1914 ab mit militärischen Waffen zu kämpfen gezwungen war. Im ersten Dreißigjährigen Krieg wurde auch nicht ununterbrochen militärisch gekämpft, gab es Waffenruhen, Änderungen unter den Beteiligten und Teilfrieden. Die Zeit der scheinbaren Waffenruhe von 1919 bis 1939 ist ja auch für Deutsch-



General de Gaulle kehrte 1945 als Sieger nach Frankreich zurück und galt als Inbegriff vaterländischer Gesinnung.

land durch fortgesetzte Kämpfe ausgefüllt gewesen. Wir hatten doch keinen Frieden!«

Die Deutschen müssen historische Zusammenhänge kennen

Zum Verständnis der heutigen Europapolitik und der Rolle Deutschlands als Objekt oder Subjekt inmitten Europas ist das Thema der drei Dreißigjährigen Kriege in den letzten 400 Jahren in Europa gegen Deutschland von großer Gedeutung. Die Deutschen müssen die historischen Zusammenhänge und Hintergründe kenne, um gegenwärtige Politik in ihrer wahren Motivation und Zielsetzung richtig einschätzen zu können.
Darum nochmals folgende Gedanken: Die Politik Frankreichs, Großbritanniens und Rußlands gegenüber der Mitte in Europa (Deutschland) in den letzten 400 Jahren wurde nicht unwesentlich von folgenden Vorstellungen bestimmt.

Frankreich: »Testamentsvollstreckung« im Geiste des Testaments Richelieus als durchgehende Linie französischer Politik, das heißt, traditionelle Politik der Aufsplitterung Deutschlands nach dem Vorbild des Westfälischen Friedens von 1648. De Gaulle zum Beispiel hatte »Pläne zur Parzellierung Deutschlands nach dem Muster des Wiener Kongresses von 1815«.

Ernst Weisenfeld berichtet in seinem Buch »Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945« (Beck, München 1986): »Der langjährige Außenminister de Gaulles, Maurice Couve de Murville, hat in seinen Erinnerungen an diese Zeit ... gesagt, daß die Europa-Politik seiner Vorgänger auf ›einer unendlich fortdauernden Teilung des ehemaligen Reiches aufgebaut war... Deutschland-Politik sollte so lange wie möglich nicht auf der Basis der Gleichberechtigung gemacht werden... Frankreich sollte immer die Möglichkeit haben, die deutsche Entwicklung zu kontrollieren«. Dieses Bemühen ist noch überall zu spüren.

Großbritannien: Nach Feststellung auch Churchills verfolgt England seit 400 Jahren die Politik des »Gleichgewichts der Kräfte«, des Ausbalancierens der Mächte auf dem europäischen Festland. Welche Macht auch immer den Interessen Großbritanniens entgegenstand und welche Macht auf dem europäischen Festland mit Anspruch auf Führung und Vormacht in Erscheinung trat, wurde zum Gegner Großbritanniens, daher mit allen Mitteln bekämpft, zerschlagen und wieder in das »Gleichgewicht der Kräfte«, entsprechend geschwächt, eingeordnet. An dieser Politik hat sich auch heute im Grundsatz nichts geändert. Nur sind Großbritannien wie Frankreich durch den dritten dreißigjährigen Krieg von 1914 bis 1945 selbst so geschwächt worden, daß sie unversehens zu Mittelmächten absanken, auf deren Schultern und Kosten dann die USA und die UdSSR zu Weltmächten aufsteigen konnten.

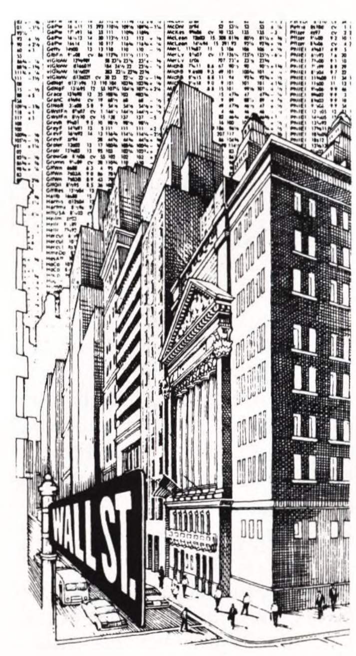
Die Deutschen sind aufgerufen

Rußland – UdSSR – GUS: Als Rußland mit Peter dem Großen sich nach Europa öffnete, hatte es schon eine reiche Kriegserfahrung hinter sich und noch viele Kriege vor sich. Katharina II. bekannte freimütig: »Der Krieg ist für Rußland ein altgewohntes Metier, durch das es nur zu immer größerer Blüte gelangt ist.«
Die russische Politik zielte wegen des »Dranges zu den Meeren« auch auf Einfluß und Erfolg in Europa und konnte dabei an Mitteleuropa, an Deutschland nicht vorbei. Diesem Druck waren wir Deutschen aus dem europäischen Osten ebenfalls ausgesetzt. Zugleich aber gilt festzuhalten, was Dieter Cycon über das Verhältnis von Deutschland und Rußland in seinem im Verlag Busse + Seewald, Herford 1991, erschienenen Buch »Die glücklichen Jahre. Deutschland und Rußland« über das deutsch-russische Zusammenwirken seit Peter dem Großen in Erinnerung bringt:

Wie Peter der Große mit Hilfe einer vorwiegend technischen, deutschen Intelligenz Rußland erneuerte; wie unter den Zarinnen deutsche Diplomaten, Offiziere, Verwaltungsbeamte und Ingenieure das russische Reich organisieren halfen und aus Oldenburg und Westfalen stammende Staatsmänner den Staat vor dem Zerfall bewahrten; mit welcher Empfindsamkeit das gebildete Rußland Dichtung und Philosophie der deutschen Klassik aufnahm und welche Bewunderung die großen Dichter Rußlands bis hin zu Solschenizyn für Deutschland und die Deutschen empfanden, daß es Preußen nur dann gelang, sich nicht im Netz seiner Rivalen zu verfangen, wenn und so lange es festhielt an der Freundschaft mit Rußland oder mindestens an der Neutralität.

Auch die Befreiung von der napoleonischen Fremdherrschaft mit der Unterstützung von Zar Alexander I. oder die Möglichkeit für Bismarck, 1871 die staatliche Einheit der Deutschen im Rahmen des Erreichbaren herbeizuführen, wären ohne flankierende Maßnahmen oder Verhaltensweisen Rußlands so nicht möglich gewesen.

Wir Deutschen sind aufgerufen, uns unserer Rolle als Volk und Land, als Nation und Staat in der Mitte des sich wandelnden Europas wieder bewußt zu werden, uns für geistige, historische und politische Aufgaben gut vorzubereiten und pragmatisch und zielbewußt unseren Platz in einer europäischen Friedensordnung als gleichberechtigter Partner angemessen mitzubestimmen. □



Mehr auf Kredite

Obwohl die Ausgaben des Bundes von 1992 auf 1993 nur um knapp drei Prozent steigen, bleibt der mittelfristige Zuwachs zweistellig. Seit 1989 legte der Bundes-Etat jährlich um durchschnittlich 11 Prozent zu. Von den 440 Milliarden DM, die der Bund 1993 ausgibt, entfallen 64 Milliarden DM auf Investitionen und rund 225 Milliarden auf Zuschüsse – aus diesen beiden Töpfen speisen sich vor allem die Transfers für Mitteldeutschland.

In erster Linie einigungsbedingt ist auch der siebenprozentige Anstieg der Personalausgaben. Noch kräftiger, nämlich fast 11 Prozent, kletterten die Ausgaben für Zinsen. Dafür gibt der Bund 1993 fast 50 Milliarden DM aus. Um die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben zu schließen, muß der Staat in diesem Jahr 51 Milliarden DM auf dem Kapitalmarkt aufnehmen. Damit sind fast 12 Prozent der Bundesausgaben fremdfinanziert – fast doppelt soviel wie vor der innerdeutschen Wirtschafts- und Währungsunion. □

Kapital weltweit mobil

Reine Finanzgeschäfte spielen in der deutschen Außenwirtschaft eine immer größere Rolle. Der langfristige Kapitalverkehr erreicht heute mehr als den doppelten Umfang des Warenhandels, vor zehn Jahren war es erst die Hälfte.

Einen starken Schub erhielt der Kapitalverkehr im Jahr 1992. Das Transaktionsvolumen stieg gegenüber dem Vorjahr um rund 50 Prozent auf fast drei Billionen DM. Das entspricht wertmäßig der Höhe des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts.

Ursache für den Zuwachs um etwa eine Billion DM war vor allem der Boom bei grenzüberschreitenden Wertpapieranlagen. Die hohe Wachstumsdynamik der Finanztransaktionen ist auch in den anderen Ländern zu beobachten. Sie ist Folge der allgemeinen Internationalisierung der Finanzmärkte und der Liberalisierung des Kapitalverkehrs in den letzten Jahren. Mit dem Boom des Kapitalverkehrs steigt auch die wechselseitige Abhängigkeit der Volkswirtschaften untereinander. □

Noch immer agrarlastig

Die Europäische Gemeinschaft plant für 1993 Ausgaben von 65,5 Milliarden ECU. Über 90 Prozent davon steuern die zwölf Mitgliedstaaten bei. Der Rest, knapp eine halbe Milliarde ECU, sind sonstige Einnahmen wie Zinserträge, Gebühren und Abgaben. Deutschland, Frankreich und Italien bringen fast zwei Drittel aller EG-Einnahmen auf.

Nach wie vor gibt die Gemeinschaft über die Hälfte ihres Etats für die gemeinsame Agrarpolitik aus: 35 Milliarden ECU. Den zweitgrößten Brocken bilden die Aufwendungen für Strukturpolitik; die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der EG schlägt mit knapp 21 Milliarden ECU zu Buche. Verwaltung und Personal kosten die Gemeinschaft 1993 rund 3,4 Milliarden ECU – das sind zwar nur etwa fünf Prozent des Budgets, aber 400 Millionen ECU mehr, als die EG für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und anderen Drittländern ausgibt. □

IWF versucht sein Image zu verbessern

Indem er sich darüber beschwerte, daß »Manipulationen von Nachrichten« den Internationalen Währungsfonds als verantwortlich für eine fehlgeschlagene Wirtschaftspolitik »satanisiert« hätten, gab Miguel Bonangelino, Berater für den Generaldirektor des IWF Michel Camdessus, auf einem internationalen Seminar in Cartagena, Kolumbien, bekannt, daß der IWF beschlossen habe, ein Public Relations-Kampagne zu starten, um sein »schwarzes Image« zu beseitigen, das mehrere Male »den Erfolg der Reformpolitik gefährdet hat«.

Als Beispiel für diese Satanisierung, berichtete Bonangelino, daß zu dem Zeitpunkt, als er während der Regierungszeit von Belisario Betancur Bogota besuchte, die Wände der Stadt mit dem Slogan beschmiert waren: » Lang lebe das Christuskind; nieder mit dem IWF.«

Die tatsächlichen Slogans an der Wand lauteten: »Der IWF hat das Christuskind, die Andeanische Arbeiterpartei, erstochen.« Roberto Brauning, Leiter des Informationsbüros des IWF, äußerte auf dem Seminar über »Die derzeitige nationale und internationale Wirtschaftslage« auch, daß »die Epoche, in der der Fonds als Satan und die Beamten der Institution als dessen Büttel betrachtet werden, schon bald überwunden sein wird.« Warum? Weil Camdessus Anweisungen erteilt hat, daß die einzelnen Landesregierungen die Verantwortung für den Fehlschlag oder Erfolg ihrer Wirtschaftspolitik übernehmen müssen »und nicht ganz einfach die internationale Organisation dafür verantwortlich machen können, die in politischen Dingen nur empfiehlt oder überzeugt«, jammerte Brauning. □

Anpassungszwänge in der Stahlindustrie

Die Stahlkrise ist kein nationales Phänomen. Weltweit klaffen Kapazitäten und Produktion der Stahl-Industrie weit auseinander. So hätten 1992 eigentlich 970 Millionen Tonnen Stahl hergestellt werden können – tatsächlich aber betrug die Produktion weltweit nur 690 Millionen Tonnen. In Deutschland allein lagen 13 Millionen Tonnen oder 25 Prozent der Rohstahl-Kapazitäten brach. Mit prozentual ähnlich großen Überkapazitäten müssen die Gemeinschaft Unabhängige Staaten (GUS), Japan und die USA fertig werden. Das Problem der mangelnden Kapazitätsauslastung existiert schon seit Mitte der siebziger Jahre. Die Gründe dafür sind neue Werkstoffe und Fertigungsverfahren; außerdem verschiebt sich die Nachfrage in den reichen Ländern zu den Dienstleistungen. Die meisten Staaten haben jahrelang versucht, die nationale Stahl-Produktion durch Subventionen am Leben zu erhalten. Auf lange Sicht jedoch macht der Strukturwandel den Abbau von Stahl-Kapazitäten unerläßlich. □

Brasiliens Probleme mit der Gesundheitspolitik

»In ganz Brasilien haben wir das epidemiologische Profil des vorigen Jahrhunderts«, stellte Roberto Chabo fest, der Minister für öffentliche Wachsamkeit Brasiliens, als er über die alarmierende Verbreitung von Cholera im Land, vor allem im Staate Rio de Janeiro, sprach. Chabo hob hervor, daß die heikle Gesundheits-Infrastruktur des Landes dazu führt, daß die Krankheit zur Epidemie wird. In den ärmeren Gebieten des Staates Rio, haben nur 30 Prozent der Bevölkerung Zugang zu der Gesundheits-Infrastruktur. In der Metropole Rio haben 40 Prozent der Bevölkerung (vier Millionen Menschen) kein Trinkwasser.

Im April 1991 bewilligte das Gesundheitsministerium 400 Millionen Cruzeiros zur Bekämpfung der Cholera, aber diese Gelder wurden erst irgendwann im Jahre 1992 freigegeben. In den acht Monaten seiner Amtszeit konnte der ehemalige Superintendent für allgemeine Gesundheitspflege, Luciano Toledo, nicht einen Cruzeiro des Anti-Cholera-Haushalts ausgeben, anscheinend weil die Gelder in Finanzmärkte investiert wurden. Dies verhinderte die Schaffung einer strategischen Reserve von medizinischen Geräten, Arzneien und Chlorpillen, die den städtischen Gemeinden zur Verfügung stehen sollten.

Heute weist Toledo, ein Professor im National Endemic Center, warnend darauf hin, daß »Cholera keine Sache ist, die vorübergeht. Sie verschwindet nicht mit dem März-Regen. Er kalkuliert, daß 400 000 Bürger von Rio infiziert werden könnten, 10 000 davon schwer, und 100 könnten sterben. □

Nicht nur Tulpen aus Amsterdam

Blumen aus Holland, Schinken aus Dänemark, Wein aus Frankreich, Nudeln aus Italien – das sind nach gängigen Klischees die Haupterzeugnisse, die Deutschland von seinen elf EG-Partnern importiert. Die amtliche Statistik zeichnet aber ein viel facettenreicheres Bild.

Die Bundesrepublik ist im innergemeinschaftlichen Warenhandel die Nummer eins – als Lieferant und als Abnehmer. Reichlich 50 Prozent des deutschen Außenhandel stammen von den EG-Partnern oder gehen an deren Adresse. Ein Viertel des gesamten EG-Handelsvolumen entfällt auf Deutschland.

Für die meisten EG-Staaten ist Deutschland der wichtigste Absatzmarkt – allein für Spanien und Irland liegt Deutschland auf dem zweiten Platz der Kunden-Rangliste.

Jeder EG-Partner, der Deutschland beliefert, hat spezielle Menüs auf der Export-Speisekarte.

Aus Dänemark, den Niederlanden und aus Irland bezieht die Bundesrepublik, EG-frisch auf den deutschen Tisch, insbesondere Nahrungs- und Genußmittel. Der Anteil dieser Waren an den deutschen Gesamtimporten aus diesen Ländern reicht von rund 21 Prozent bis zu 28 Prozent. Aus Dänemark stammen vor allem Fleisch und Fisch, aus den Niederlanden Blumen, gleichfalls Fleisch sowie Fisch und Gemüse.

Aus den Niedriglohnländern Griechenland und Portugal kaufen die Deutschen hauptsächlich Bekleidung, vornehmlich Strickwaren. Sie betrugen zwischen 31 und 52 Prozent aller Einfuhren aus diesen beiden Ländern.

Spanien, Benelux und Großbritannien versorgen die Deutschen in erster Linie mit Kraftfahrzeugen und entsprechendem Zubehör. Aus diesen Ländern stammen über 40 Prozent aller deutschen Importe von Autos und Kraftfahrzeug-Teilen – doppelt soviel wie aus Japan.

Unter Frankreichs Lieferungen nach Deutschland stehen Flugzeuge an der Spitze. Über 60 Prozent aller Import-Flieger kommen vom westlichen Nachbarn.
Aus Italien importiert Deutschland insbesondere Maschinen – immerhin ein Zehntel aller deutschen Maschineneinfuhren.
Die Spezialisierung der Lieferländer hat mehrere Ursachen. Klassische Vorteile der internationalen Arbeitsteilung bestehen in den natürlich gewachsenen Wirtschaftsstrukturen. Das zeigt sich bei den Nahrungsmittel-Exporten aus Dänemark und den Niederlanden. Oder aber die Vorteile liegen in niedrigen Arbeitskosten, wofür die Bekleidungs-Importe aus Europas Süden stehen.

Der intra-industrielle Handel ist typisch für die Import-Export-Beziehung Deutschlands beispielsweise zu Italien, Großbritannien oder Frankreich. Hochentwickelte Industrieländer tauschen nämlich gegenseitig hauptsächlich technologisch und qualitativ ähnliche Produkte aus.
Grenzüberschreitende Arbeitsteilung als Folge der weltweiten Kapitalverflechtung begünstigen die multilaterale Produktion: Die Zulieferung der britischen und belgischen Ford-Töchter an das Kölner Werk oder die Beziehungen zwischen der Volkswagen-Mutter und SEAT, der Tochter in Spanien, prägen diese Handelsbeziehung.

Im Blickpunkt der multinationalen Zusammenarbeit steht aber das wichtigste Produkt im deutsch-französischen Handel, der Airbus. □

Mehr Probleme als Lösungen bei der Pflegeversicherung

Ungeachtet der gravierenden Einwände wird in Kürze der Gesetzentwurf zur Pflegeversicherung auf den parlamentarischen Weg gebracht. Das Blüm-Modell bietet bei ungewissen Vorteilen eine Reihe von sicheren Nachteilen.

Gegenwärtig erhalten Bundesbürger, denen die Kosten der ambulanten oder stationären Pflege über den Kopf wachsen, die erforderliche Unterstützung von der Sozialhilfe.
Die Pflege in Heimen und zu Hause kostet die Sozialhilfe in Westdeutschland 1991 rund 11 Milliarden DM. Das Geld kam aus den Kassen der Länder und Gemeinden.
Darüber hinaus haben die Krankenkassen im Jahr 1992 in Zusammenhang mit der Pflege weitere 2,8 Milliarden DM ausgegeben.

Die tatsächlichen Pflegekosten liegen allerdings noch wesentlich höher. Denn ein Teil der Pflegefälle wird im Familienverbund betreut. Darüber hinaus tragen wohlhabende Pflegebedürftige die Kosten ihrer Umsorgung aus eigenen Mitteln.
Das umlage-finanzierte Modell der Bundesregierung soll für alle eine Art Grundversorgung im Pflegefall sicherstellen. Die Argumente für eine Pflegeversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer stehen gleichwohl auf wackeligen Füßen.
Kaum ein Mehr an Menschenwürde: Auf die Sozialhilfe angewiesen zu sein, wird als Beeinträchtigung der Menschenwürde angesehen. Damit wird das Blüm-Modell jedoch keineswegs ausgeräumt.
Die Kosten der stationären Pflege betragen derzeit fast 3.700 DM im Monat – weit mehr also, als die 2.100 DM, die von der Pflegeversicherung vergütet werden.

Die fehlenden 1.600 DM können die meisten Betroffenen nicht aufbringen. Nur ein Drittel der Rentner bekommt mehr als 1.500 DM. Denn bei vielen Pflegefällen handelt es sich um Witwen, die geringere Altersbezüge haben.

Die Mehrzahl der Pflegefälle muß also weiterhin das Sozialamt beanspruchen. Was sich ändert, sind allein die Angaben auf dem Antrags-Formular, das der Pflegebedürftige zu unterschreiben hat. Ein Mehr an Menschenwürde wird damit nicht geboten.
Anreiz zur häuslichen Pflege: Die angestrebte Entlastung der Pflegeheime durch die Zuschüsse für häusliche Pflege scheint ebenfalls eher ein Hoffnungswert zu sein.

Für die angebotenen höchstens 1.200 DM im Monat wird kaum ein Familienmitglied bereit sein, seine Berufstätigkeit aufzugeben.

Für eine bezahlte Fachpflegekraft reicht das Geld allenfalls in den weniger schweren Fällen aus, die keine Rundum-Betreuung benötigen.

So ungewiß die Vorteile des Blüm-Modells sind, so sicher seine drei wichtigsten Nachteile.
Erstens: Unerwünschte Mitnahme-Effekte. Hier findet zweifellos eine Umverteilung von unten nach oben statt. Durch die gezahlten Sockelbeiträge werden die Erben wohlhabender Heim-Pflegefälle jährlich um rund 25.000 DM entlastet. Mit Abstrichen gilt dies auch für die Pflege zu Hause, sofern sie durch eine bezahlte Kraft erfolgt.
Zweitens: Erhöhung der Lohnzusatzkosten. Schon heute liegen die Lohnzusatzkosten je Arbeitsstunde mit nahe 19,50 DM in der deutschen Industrie so hoch, wie nirgends in der Welt.
Die Pflegeversicherung würde bereits im ersten Jahr die Sozialabgaben der Arbeitgeber um weitere 15 Milliarden DM erhöhen. Eine befriedigende Kompensation für diese Kosten ist nicht in Sicht. Gemessen am Lohn für geleistete Arbeit würden die Zusatzkosten in der Industrie dann 85,2 Prozent erreichen. Diese Belastung käme zu einer Zeit, in der auch die klassischen Sozialversicherungs-Systeme mit Finanzierungsprobleme zu kämpfen haben.

Schon jetzt steht fest, daß die Beiträge zur Rentenkasse zum 1. Januar 1994 um 1,5 Prozentpunkte angehoben werden. Noch offen ist, wie die Finanzlücke der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit auf mittlere Sicht gedeckt werden sollen.

Drittens: Lockerung des Sparkurses. Die Entlastung der öffentlichen Haushalte bei der Sozialhilfe verringert den Druck auf Kämmerer und Finanzminister, sich bei den Ausgaben zurückzuhalten. Die westdeutschen Länder und Gemeinden holen sich ihren Zehn-Milliarden-Betrag zum Aufbau Ost durch die Pflegeversicherung zurück.

Das erklärt möglicherweise, warum der Solidarpakt entgegen aller Erwartungen relativ rasch zustande gekommen ist. □

Wirtschaftsprognose

Der Westen fällt zurück

Die westdeutsche Konjunktur steht 1993 unter zweifachem Druck: Zum einen mindern die Rezession wichtiger Handelspartner und die Höherbewertung der D-Mark gegenüber den EWS-Währungen die deutschen Exportchancen. Zum anderen verschlechtern hausgemachte Kosten- und Stabilitätsprobleme die Angebotsbedingungen im Inland.

Im laufenden Jahr muß mit einem Rückgang des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts um rund eineinhalb Prozent gerechnet werden.

Binnennachfrage wird sich ungünstig entwickeln

Nennenswerte Impulse aus dem Ausland sind vorerst nicht in Sicht. Denn das Konjunkturbild der westlichen Industrieländer hat sich im Winterhalbjahr 1992/93 nur teilweise aufgehellt.

Positiv: Die wirtschaftlichen Perspektiven in den USA und in Großbritannien sind mittlerweile etwas freundlicher geworden.

Negativ: Vor allem die kleineren westeuropäischen Industrieländer, nämlich die Beneluxstaaten, Dänemark, die Schweiz und Österreich, stehen im Sog der westdeutschen Konjunkturschwäche. Das gilt mit abstrichen auch für Frankreich und Italien.

Damit kann Westdeutschland nicht auf Anstoßeffekte von den europäischen Handelspartnern setzen – vielmehr warten die Nachbarn auf eine Erholung der westdeutschen Konjunktur.
Eine Besserung an der außenwirtschaftlichen Front zeichnet sich vorerst kaum ab. Somit erscheint ein Rückgang der westdeutschen Exporte von etwa einem halben Prozent unausweichlich. Gleichzeitig bleiben die Importe insgesamt hoch. Das bedeutet:

Etwa ein Viertel des Rückgangs des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts wird auf das Außenwirtschafts-Konto zu buchen sein.

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	Westdeutschland 1992	Westdeutschland 1993	Ostdeutschland 1992	Ostdeutschland 1993
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts				
Erwerbstätige	+1	–1½	–12	–2
Arbeitsvolumen	+1½	–2	+ ½	– ½
Produktivität	0	+ ½	+ 6½	+7½
Bruttoinlandsprodukt	+1½	–1½	+ 7	+6½
Verwendung in konstanten Preisen				
Privater Verbrauch	+1	– ½	+ 5½	+ 1
Staatsverbrauch	+2½	0	+ 4½	0
Anlageinvestitionen	+1½	–4	+24	+16½
– Ausrüstungen	–2½	–9	+13	+10½
– Bauten	+5½	+1	+34½	+21½
Export	+3	– ½	+15	+12½
Import	+3½	+ ½	+12	+ 5½
Bruttoinlandsprodukt	+1½	–1½	+ 7	+ 6½
Verwendung in jeweiligen Preisen				
Privater Verbrauch	+ 5	+3	+15½	+ 9½
Staatsverbrauch	+ 6½	+3	+23	+10
Anlageinvestitionen	+ 5½	0	+31	+23½
– Ausrüstungen	– 1	–7½	+14	+12½
– Bauten	+11	+5½	+47½	+31½
Export	+ 4	+1	+16½	+14
Import	+ 2	+2	+14½	+ 7
Bruttoinlandsprodukt	+ 6	+2	+26½	+20½
Preisentwicklung				
Privater Verbrauch	+4	+3½	+10	+ 8½
Bruttoinlandsprodukt	+4½	+4	+18½	+13½

Die Frühjahrsprognose 1993 für die deutsche Wirtschaft.

Auch die Binnennachfrage wird sich deutlich ungünstiger entwikkeln, als noch im Herbst abzusehen war.

Tiefste Rezession der Nachkriegszeit

Die Ausrüstungsinvestitionen dürften preisbereinigt um fast ein Zehntel zurückgehen: Unter Einbeziehung des Vorjahres-Minus von 2,5 Prozent ist der Niedergang bei den Investitionen ähnlich stark wie in der Rezession der Jahre 1981/82. Ursachen:

Die westdeutsche Industrie – allen voran das Investitionsgütergewerbe als wichtigster Abnehmer der hierzulande produzierten Ausrüstungsgüter – steckt in der tiefsten Rezession der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Die Lohnstückkosten in der westdeutschen Industrie lagen Ende 1992 um 16,5 Prozent über dem Stand von Ende 1990.

Die Investitionsbelebung setzt nach aller Erfahrung mit früheren Konjunkturzyklen einen Aufschwung der Auslandsnachfrage voraus. Das ist jedoch frühestens gegen Jahresende 1993 zu erwarten.

In dieser Situation wird die Baunachfrage zum Hoffnungsträger. Im Gegensatz zur letzten Rezession 1981/82, als ein scharfer Einbruch der Baukonjunktur den gesamtwirtschaftlichen Investitionsabschwung zusätzlich verstärkte, werden die realen Bauinvestitionen, ausgehend von einem sehr hohen Niveau, voraussichtlich nochmals um ein Prozent zulegen. Dahinter verbergen sich gegenläufige Entwicklungen:

Der gewerbliche Bau dürfte sich im Schlepptau der rückläufigen Ausrüstungskonjunktur im zweiten Halbjahr 1993 spürbar abschwächen.

Der öffentliche Bau wird sich aufgrund des sinkenden Steueraufkommens und einheitsbedingter Finanzengpässe im Rückwärtsgang bewegen.

Der Wohnungsbau erweist sich demgegenüber als Konjunktur-Stütze. Positive Impulse gehen vom Mietwohnungsbau und vom Ein- und Zweifamilienhausbau aus. Der kräftige Rückgang der Hypothekenzinsen im ersten Vierteljahr 1993 hat die Nachfrage stabilisiert.

Rauher Wind für das Konsumklima

Die absehbare Entwicklung für Beschäftigung und Einkommen in den alten Bundesländern wird deutliche Spuren beim privaten Verbrauch hinterlassen.

Die Zahl der Arbeitslosen in Westdeutschland wird sich durchschnittlich um mindestens 400000 auf rund 2,2 Millionen Personen erhöhen – rauher Wind für das Konsumklima.

Die Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten wird mit rund drei Prozent erheblich langsamer zunehmen als in den Vorjahren (1990/92: 5,5 Prozent).
Die Preisentwicklung des privaten Verbrauchs wird sich aufgrund der gedämpften Lohnkostenentwicklung im Jahresverlauf deutlich beruhigen – auf etwa drei Prozent.

Die Zunahme des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte in der Größenordnung von 2,5 Prozent wird nicht ausreichen, um den realen privaten Verbrauch auf Vorjahres-Niveau zu halten – trotz der konjunkturbedingt allgemein rückläufigen Sparquote.

Die Dämpfung des inländischen Kosten- und Preisauftriebs bleibt zentrale Voraussetzung für eine Überwindung der Rezession in Westdeutschland. Dabei ist ein Erfolg aus heutiger Sicht aber keineswegs selbstverständlich.

Der Staat muß auf Steuererhöhungen verzichten

Denn die hohen Teuerungsraten sind hauptsächlich auf kräftig steigende Mieten, Preise für Dienstleistungen und höhere Verbrauchssteuern zurückzuführen. In dieser Situation sind zwei Weichenstellungen unerläßlich:

Der Staat muß in absehbarer Zeit auf weitere Verbrauchssteuererhöhungen verzichten.

Die inländischen Löhne als entscheidende Determinante der Entwicklung der Dienstleistungspreise müssen auf einen stabilitätskonformen Pfad einschwenken.

Werden beide Bedingungen erfüllt, kann die Bundesbank mit weiteren Zinssenkungen das Konsum- und Investitionsklima im Inland stimulieren und auch den Investitions-Attentismus in den EWS-Partnerländern beseitigen. Unter diesen Bedingungen dürfte der Tiefpunkt der konjunkturellen Entwicklung im Sommer des laufenden Jahres erreicht werden.

Danach könnten sich erste Aufschwungkräfte bemerkbar machen. Allerdings mit Einschränkung:

Eine zügige und durchgreifende Belebung der westdeutschen Konjunktur ist selbst unter diesen Umständen noch lange nicht in Sicht.

Grund: Auf vielen Wirtschaftszweigen lasten Überkapazitäten. Daher werden die Investitionen in den Industrieländern auch im Falle eines Aufschwungs der Weltwirtschaft nur vergleichsweise schwach steigen. Zudem ist kaum mit einer für den Export ähnlich günstigen Wechselkursentwicklung zu rechnen, wie das in der ersten Hälfte der achtziger Jahre der Fall war.

Im Gefolge der Rezession in Westdeutschland hat sich auch das Stimmungsbild der mitteldeutschen Wirtschaft seit Herbst 1992 spürbar eingetrübt. Dies und die von Westdeutschland ausstrahlenden rezessiven Tendenzen sprechen für eine eher vorsichtige Abschätzung der kurzfristigen Wachstumschancen in den neuen Bundesländern.

Dennoch: Die Zunahme des mitteldeutschen Bruttosozialprodukts lag im vergangenen Jahr deutlich über der Rate, die noch im Herbst 1992 als Grundannahme für die Prognose 1993 des IW Köln diente.

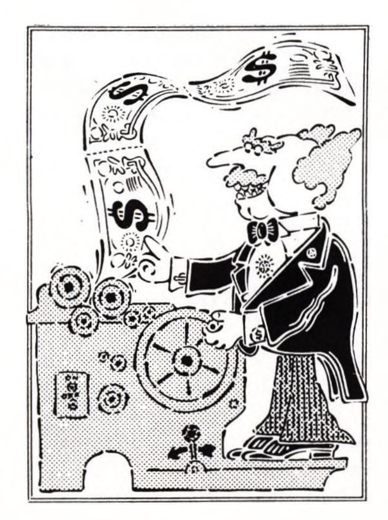
Auch getrübte Stimmung in den neuen Bundesländern

Insbesondere das unerwartet stürmische Wachstum der Bauinvestitionen von real knapp 35 Prozent in 1992 spricht dafür, daß in den neuen Bundesländern ein autonomer Investitionsprozeß in Gang gekommen ist. Er stellt eine tragfähige Grundlage für eine vergleichsweise robuste Produktionsentwicklung dar.

Das mitteldeutsche Bruttoinlandsprodukt dürfte im laufenden Jahr mit rund 6,5 Prozent kaum weniger stark zunehmen als im Vorjahr.

Die Hauptimpulse für die mitteldeutsche Konjunktur stammen weiterhin von der einheimischen Baunachfrage und von der Ausrüstungstätigkeit west- und mitteldeutscher Investoren.

Dagegen wird der private Verbrauch in den neuen Bundesländern bei noch immer verhältnismäßig hohen Preissteigerungsraten real annähernd stagnieren. □



Mitteldeutschland

Kosten und Folgekosten der Lohnpolitik

Die Tarifpartner haben in Schlüsselbereichen der mitteldeutschen Industrie Anfang 1991 eine rasante Aufholjagd programmiert: Das mitteldeutsche Tariflohnniveau sollte von damals rund 60 Prozent des westdeutschen Niveaus zum 1. April 1993 auf 80 und zum 1. April 1994 auf 100 Prozent angepaßt werden. Die seither über das Land hereingebrochene Struktur-Krise zeigt aber, daß die sozial gut gemeinte tarifpolitische Tat ins ökonomische Gegenteil umzuschlagen droht.

Eine Bestandsaufnahme der mitteldeutschen Wirtschaft zeigt zwei kardinale Fehlentwicklungen:

Die gesamtwirtschaftliche Produktivität je Stunde liegt in Mitteldeutschland bei knapp 40 Prozent des westdeutschen Niveaus; die Relation der Arbeitskosten beträgt etwa 2:3. Das bedeutet nach dem Inlandskonzept:

Mehr als 60 Prozent wurden entlassen

Die mitteldeutschen Lohnstückkosten übertreffen den Stand in Westdeutschland um reichlich 70 Prozent. Die Zahl der mitteldeutschen Erwerbstätigen hat zwischen dem vierten Quartal 1990 und dem vierten Quartal 1992 um 1,8 Millionen auf 6,3 Millionen Personen abgenommen. Dies entspricht einem Beschäftigungsrückgang von mehr als 22 Prozent. Besonders stark betroffen war von dieser Entwicklung das Verarbeitende Gewerbe.

In der Industrie wurden mehr als 60 Prozent der Ende 1990 beschäftigten Arbeitnehmer entlassen.

Es gibt Indizien dafür, daß der Absatz- und Beschäftigungsrückgang in Mitteldeutschland zu einem guten Teil auf der Lohnkostenentwicklung beruht.



Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Regierung schauen hilflos der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern zu.

Nach einer Befragung von DIW (Berlin) und IfW (Kiel) betrachten drei Viertel der mitteldeutschen Unternehmen den Lohnanstieg als ein sehr großes oder

Mitteldeutschland

Kosten und Folgekosten der Lohnpolitik

wichtiges Problem. Nicht ohne Grund: Denn die Lohnquote, also der Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, betrug Ende 1992 in Westdeutschland 76,6 Prozent – in Mitteldeutschland aber 106,4 Prozent.

Bei einer Lohnquote von über 100 Prozent wird die gesamte Wertschöpfung durch die Personalkosten aufgezehrt. Darüber hinaus müssen noch Subventionen fließen – oder es geht an die Substanz der Betriebe.

Verschlechterung der Wettbewerbsposition

Auf jeden Fall fehlen die elementaren Voraussetzungen für eine eigenständige Investitionsentwicklung und die Schaffung neuer Produkte. Eigenes Geld für Investitionen ist nur zu haben, wenn Abschreibungen verdient und darüber hinaus Gewinne erzielt werden.

In einer solchen Situation führt die Aufholjagd bei den Löhnen zu einer weiteren drastischen Verschlechterung der mitteldeutschen Wettbewerbsposition – vor allem in der Metall- und Elektro-Industrie.

So liegen die monatlichen Durchschnittseinkommen bei M+E schon heute mit 2710 DM an zweiter Stelle hinter dem Spitzenreiter, dem Baugewerbe, mit 3100 DM.

Ähnlich sieht es bei den Stundenlöhnen aus: Sie betrugen zuletzt in der M+E-Industrie 17,08 DM. Höhere Löhne zahlen nur das Baugewerbe und die Druckereien, die fast ausschließlich auf den deutschen Markt ausgerichtet sind.

Bemerkenswert: Während die IG Metall auf einer Lohnerhöhung um 26 Prozent beharrt, haben sich viele andere Industriezweige mit einstelligen Zuwachsraten begnügt – obwohl sie niedrigere Löhne zahlen als M+E.

Ein Festhalten an der Hochlohnstrategie in Mitteldeutschland würde gravierende Folgen auf Beschäftigung, öffentliche Kassen und die allgemeine Wohlfahrt haben.

Höhere Kosten für die Bundesanstalt für Arbeit

Die volkswirtschaftlichen Kosten einer schnellen Ost-West-Angleichung der Löhne sind gewaltig.

Allein im Zeitraum 1993 bis 1996 würde die Hochlohnstrategie in Mitteldeutschland rund 750000 Arbeitsplätze kosten.

Denn die mitteldeutschen Betriebe können einen größeren Anteil an der Inlandsversorgung erst dann erreichen und auf den westlichen Exportmärkten nur Fuß fassen, wenn die ungünstige Relation der Lohnstückkosten zwischen Mittel- und Westdeutschland entscheidend verbessert wird.

Eine übereilte Anpassung der mitteldeutschen Löhne an das Westniveau erhöht sowohl die offene als auch die verdeckte Arbeitslosigkeit. Längerfristig würden so die öffentlichen Transferleistungen in immer neue Rekordhöhen geschraubt.

Bei rund 750000 verlorenen Arbeitsplätzen bis 1996 kämen auf die Bundesanstalt für Arbeit rund 30 Milliarden DM an zusätzlichen Ausgaben zu – für Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und AB-Maßnahmen.

Überhaupt noch nicht berücksichtigt sind dabei die Mehrausgaben für den bereits bestehenden Sockel an Arbeitslosigkeit, ABM, Qualifizierung und Vorruhestand. Denn die Höhe der Tariflöhne ist Richtschnur für die Dynamisierung der Lohnersatzleistungen.

Diese Folgekosten der Hochlohnstrategie würden die Bundesanstalt für Arbeit bis 1996 noch einmal mit über 70 Milliarden DM belasten.

Arbeitslosigkeit in solchen Größenordnungen zu finanzieren statt neue Arbeitsplätze zu schaffen, führt in eine volkswirtschaftliche Sackgasse. Es werden Milliarden-Mittel gebunden, die eigentlich zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen und für beschäftigungswirksame Investitionen benötigt werden.

Die Folgen überhöhter Lohnerhöhungen

Die Folgen: Die Strukturschwäche würde noch verschärft, die mitteldeutsche Wirtschaft verkäme zu einem deutschen Mezzogiorno.

Die Hochlohnstrategie macht darüber hinaus die bisherigen Annahmen über das langfristig mögliche Investitions- und Produktivitätswachstum in Mitteldeutschland zur Makulatur.

Überzogene Lohnerhöhungen mindern die Investitionsanreize. Die Festschreibung schlechter Rentabilitätsaussichten verscheucht Investoren.

Die Investitionen werden aus Mitteldeutschland verlagert. Die Investoren würden sich noch stärker als bisher in die Niedriglohnländer der EG oder in osteuropäische Staaten zurückziehen.

Selbst wenn die ursprünglich geplanten Investitionen in voller Höhe verwirklicht werden, bliebe ihr Beschäftigungseffekt begrenzt.

Denn die im Verhältnis zum Kapital zu teuer gewordene Arbeit erzwingt Rationalisierung. Dann werden mit einem realisierbaren Investitionsvolumen vergleichsweise weniger Arbeitsplätze geschaffen, als im Falle einer moderaten Lohnpolitik möglich wäre.

Die schnelle Aufholjagd bei den Löhnen bietet die ökonomisch ungünstigere Alternative. Sie zerstört nämlich mittel- und langfristig die Grundlagen für möglichst viele wettbewerbsfähige Arbeitsplätze.

Der Patient wird eher noch kranker

Aber auch die sozialpolitische Seite der Medaille vermag nicht zu glänzen. Der Abwanderungsdruck aus den neuen Bundesländern wegen unterschiedlich hoher Löhne in Ost und West wird durch eine Anpassung keineswegs geringer.

Hintergrund: Die Zunahme der Arbeitslosigkeit hat nach einhelliger Einschätzung der Experten eine erheblich größere Schubkraft für den Wegzug aus einer Region als ein Lohngefälle.

Lohnerhöhungen nach dem Rezept der Kaufkrafttheorie machen den Patienten eher noch kranker.

Löhne und Lohnersatzleistungen fließen über den Konsum nur zu einem geringen Bruchteil in die Kassen der Betriebe, die mit den stark steigenden Kosten konfrontiert werden. Die Bürger in den neuen Bundesländern kaufen vor allem Produkte, die nicht aus Mitteldeutschland stammen. Daher kommt das Gros der Nachfrage westdeutschen und ausländischen Anbietern zugute.

Vielfach übersehen wird in der Einkommensdebatte übrigens: Die D-Mark hat für einen durchschnittlichen mitteldeutschen Arbeitnehmer gegenüber dem westdeutschen Kollegen immer noch einen Kaufkraft-Vorteil von rund sieben Prozent: Um diesen Satz ist der mitteldeutsche Warenkorb derzeit preiswerter als der westdeutsche.

Im Konflikt zwischen dem in den neuen Bundesländern ökonomisch Möglichen und sozialpolitisch Gebotenen ist ein zeitlich befristeter Einkommensrückstand gegenüber Westdeutschland das kleinere Übel. Es dürfte leichter zu tragen sein als anhaltende und sich noch verstärkende Massenarbeitslosigkeit.

Auf diese Weise ließe sich den Mitteldeutschen auch das Gefühl nehmen, noch auf lange Zeit finanziell an der Nabelschnur der Westdeutschen zu hängen – gerade in einer Zeit, in der es zusehends schwieriger wird, das System der Sozialen Sicherung zu finanzieren. □



Wirtschaftsprognose

Tristesse auf dem Arbeitsmarkt im Westen

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist von unterschiedlichen Tendenzen geprägt. Im Westen sorgt die Rezession für eine kräftige Zunahme der Arbeitslosigkeit. In Mitteldeutschland verlangsamt sich dagegen allmählich das Tempo des Beschäftigungsabbaus. Insgesamt werden in Deutschland 1993 voraussichtlich 3,56 Millionen Personen arbeitslos gemeldet sein. Ohne die entlastende Wirkung der Arbeitsmarktpolitik wären es 6,5 Millionen Personen.

Westdeutschland: Im Verlauf des zweiten Halbjahres 1992 geriet der westdeutsche Arbeitsmarkt ungewöhnlich rasch in den Sog nachlassender Produktionstätigkeit. Dies signalisiert der konjunktur-reagibelste Indikator, die Kurzarbeit. Im August 1992 gab es in Westdeutschland erst knapp 3400 kurzarbeitende Betriebe, am Jahresende waren es schon 9300.

Die Zahl der Beschäftigten sinkt

Im März 1993 kürzten wegen fehlender Aufträge bereits 17288 Betriebe ihre Beschäftigungszeiten. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg von 128000 im August 1992 auf knapp 1,1 Millionen im März 1993.

Eine Vielzahl von Unternehmen kann mittlerweile den Auftrags- und Produktionsrückgang nicht mehr allein durch Kurzarbeit auffangen. So sinkt die Zahl der Beschäftigten: Im Februar 1993 wurden in Westdeutschland 324000 Erwerbstätige weniger gezählt als ein Jahr zuvor. Das spiegelt sich in der registrierten Arbeitslosigkeit wider, die zum Jahresende 1992 die Zwei-Millionen-Grenze überschritt und im Februar 1993 annähernd 2,3 Millionen erreichte.

Vor allem das Verarbeitende Gewerbe hat Personal abgebaut – von Juli bis Dezember 241000 Beschäftigte. Auffällig ist der Beschäftigungs-Abbau in den großen Branchen der Investitionsgüter-Industrie, also im Maschinenbau, in der Elektrotechnik und im Straßenfahrzeugbau – aber auch in der Chemischen Industrie.

Der Dienstleistungsbereich hat dagegen zumindest bis Jahresende 1992 die Belegschaften noch ausgeweitet.

Für den weiteren Verlauf des Jahres 1993 ist in Westdeutschland der Beschäftigungspfad durch die schwache Auftragssituation und den daraus resultierenden Produktionsrückgang vorgezeichnet. Allerdings darf das Tempo des industriellen Beschäftigungsabbaus nicht auf die Gesamtwirtschaft übertragen werden. Nach wie vor wirkt der Dienstleistungssektor als Bollwerk.

Mit den Produktionsrückgängen im Verarbeitenden Gewerbe werden jedoch auch die mit der Industrieproduktion verbundenen Dienstleistungssparten Handel und Verkehr betroffen sein. Daher ist 1993 ein spürbarer Beschäftigungsrückgang unvermeidlich, obwohl die Unternehmen auf einen Zuwachs der Produktivität verzichten.

Denn für 1993 ist eine Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts um rund eineinhalb Prozent zu erwarten.

Die Erfahrungen aus früheren Rezessionen sprechen dafür, daß das hohe Niveau der Kurzarbeit im weiteren Jahresverlauf kaum mehr gehalten werden kann. Viele Betriebe müssen sich dann von Mitarbeitern trennen.

Der Dienstleistungssektor ist das Bollwerk

Für den Jahresdurchschnitt 1993 ist daher nur mit 700000 Kurzarbeitern zu rechnen – nach 1,1 Millionen im März 1993. Die Zahl der Erwerbstätigen sinkt voraussichtlich um 400000.

Das entspräche einem Rückgang von knapp eineinhalb Prozent.

Damit überschreitet die registrierte Arbeitslosigkeit 1993 im Jahresdurchschnitt die 2,2-Millionen-Marke. Im Jahr 1992 waren 1,8 Millionen Personen arbeitslos gemeldet. Ohne den Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wie Fortbildung, Umschulung, Arbeitsbeschaffung und Kurzarbeit läge die westdeutsche Arbeitslosenzahl sogar bei 2,7 Millionen. Hinzu kommt ein Aufbau der Stillen Reserve um 150000 auf 1,2 Millionen Personen.

Im Westen weitere 400000 Arbeitslose

Die registrierte Arbeitslosenquote beträgt 1993 in Westdeutschland voraussichtlich 7,7 Prozent nach 5,8 Prozent im Jahr 1992.

Das Unterbeschäftigungs-Volumen, das sich aus offener und verdeckter Arbeitslosigkeit zusammensetzt, beläuft sich im laufenden Jahr auf 8,8 Prozent aller Erwerbspersonen.

Mitteldeutschland: In den neuen Bundesländern gibt es mittlerweile untrügliche Anzeichen für eine Verlangsamung des Beschäftigungsabbaus. Zur Jahresmitte 1992 lag die Zahl der Beschäftigten im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe um 181000 niedriger als zum Jahresbeginn.

Im Verlauf des zweiten Halbjahres 1992 kam der Beschäftigungsrückgang zwar immer noch nicht zum Stillstand, aber zwischen Juli und Dezember gingen in der Industrie nur noch 78000 Arbeitsplätze verloren. In der Bauwirtschaft wurden im Jahr 1992 im Durchschnitt bereits mehr Beschäftigte gezählt als ein Jahr zuvor.

Wird in Mitteldeutschland das gesamtwirtschaftliche Wachstumstempo des Vorjahres in etwa gehalten, geht die Erwerbstätigenzahl 1993 voraussichtlich nur um gut zwei Prozent oder 140000 Personen zurück. Noch im vergangenen Jahr betrug die Abnahme 12 Prozent oder 840000 Personen. Die registrierte Arbeitslosigkeit stieg in Mitteldeutschland 1992 nur um 257000 Personen. Das war in erster Linie den arbeitsmarktpolitischen Begleitaktionen zu verdanken – wie Vorruhestand, Fortbildung, Umschulung und Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung. Kennzeichen der ostdeutschen Beschäftigungsentwicklung im Jahr 1992 war aber auch, daß die Kurzarbeit spürbar von 1,6 Millionen auf 370000 abgenommen hat.

Zusammengenommen verhinderte 1992 das arbeitsmarktpolitische Bündel in den neuen Ländern zusätzliche Arbeitslosigkeit in der Größenordnung von knapp 1,9 Millionen.

Trotz dieser Stabilisierung der Beschäftigungslage ist mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahl um 180000 auf 1,35 Millionen zu rechnen, denn die Entlastungswirkungen der Arbeitsmarktpolitik fallen 1993 geringer aus als 1992. Allein die Zahl der Teilnehmer an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen nimmt voraussichtlich um 125000 Personen auf 1,45 Millionen ab.

Die Stille Reserve, wozu in Mitteldeutschland vor allem Personen im Vorruhestand gehören, wird 1993 mit 770000 geringer ausfallen als im Vorjahr (810000 Personen).

Demographisch bedingt steigt die Zahl der Lehrstellenbewerber voraussichtlich um 22000 Personen. Deshalb muß für den Sommer nach Beendigung der Schulzeit mit einem Lehrstellen-Defizit gerechnet werden. Aufgrund der Rezession im Westen pendeln 1993 rund 40000 Mitteldeutsche weniger nach Westdeutschland. □

Geld

Auf die Trends achten

C. Gordon Thether

Das Verhalten der internationalen Reserven, die als eine Art Wirtschaftsthermometer fungieren, pflegte bei der Gestaltung der Regierungspolitik eine entscheidende Rolle zu spielen. Was ist mit ihnen geschehen?

Es wird in den Medien beinahe ständig über die Art und Weise diskutiert, wie Veränderungen im Zinssatzverhältnis zwischen einzelnen Ländern jene Regierungen, die diese Trends außer Acht lassen, in Gefahr bringen.

Die Defizite in der Zahlenbilanz

Was jedoch praktisch keinerlei Aufmerksamkeit – zumindest außerhalb der weniger entwickelten Welt – auf sich zieht, ist die potentielle Bedrohung für die internationalen Reserven eines Landes als Folge schwerwiegender Defizite in ihrer Auslandsbilanz. Solche Vermögenswerte wurden schließlich aufgebaut, um mit derartigen Situationen fertigzuwerden.

Sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Britannien häufen sich seit einiger Zeit gewaltige Defizite an, ohne daß jemand danach fragt, ob größere Veränderungen in ihrer jeweiligen Wirtschaftspolitik angebracht sind.
Es war ganz anders, wie ältere Leser von CODE sich erinnern werden, in den ersten 20 bis 25 Jahren nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Damals konnte man beinahe sofort damit rechnen, daß irgendwelche Hinweise darauf, daß eine Verschlechterung in der Außenbilanzsituation dabei war, einen beunruhigenden Rutsch bei den Reserven hervorzurufen, die Alarmglocken anschlagen ließ. Das Ergebnis war gewöhnlich eine offizielle Entscheidung, schnell nach den wirtschaftlichen Bremsen zu greifen, mit dem Hintergedanken, ein gesünderes Verhältnis zwischen Ausfuhren und Einfuhren herbeizuführen.

Die beharrliche Stop-Start-Stop-Methode, die in der Zeit von 1945 bis 1970 weltberühmt wurde, liefert ein treffendes Beispiel dafür, wie wirksam das Verhalten des Thermometers der internationalen Reserven sein konnte, um das offizielle Wirtschafts-Management auf Vordermann zu bringen. Denn die »Stops«, die von den »Starts« abgelöst wurden, waren immer wieder das Produkt der steigenden offiziellen Besorgnis über den Druck, den ein bevorstehendes Defizit in der Zahlungsbilanz dem Land auferlegte, der die Reserven irgendwie abschwächte.

Die Erfahrung der Vereinigten Staaten war insofern etwas anders, als diese aus dem Zweiten Weltkrieg mit ungeheuren externen Reserven herausgekommen waren, die diejenigen aller anderen fortgeschrittenen Länder zusammen genommen überschritten. So konnten sie zunächst sogar verhältnismäßig gut mit einem ernsthaften Rückschlag in der Zahlungsbilanz fertig werden. Aber dieser holte sie schließlich wieder ein.

Als die amerikanische Zahlungsbilanz sich in den sechziger Jahren auf ein chronisches Defizit-Spending zu bewegte, war es eine Zeitlang möglich, die Kluft zu überbrücken, indem man andere Länder dazu brachte, zusätzliche Dollar aufzustapeln. Aber als die Außenwelt zu fürchten begann, daß die auf den internationalen Märkten umlaufende Dollarmenge das Land auf beunruhigende Weise verwundbar machte, trat eine große Wende zum Schlechteren ein.

Immer mehr Länder gingen zum amerikanischen Schatzamt (das sogenannte Goldfenster), um ihre Dollar-Anteile in Gold umzutauschen, zu dem seinerzeit offiziellen Preis von 35 Dollar pro Unze. Die Folge war ein Abschwung im Goldbestand der Amerikaner, der so gewaltig war, daß das Weiße Haus entschied, das Fenster zu schließen. Bis zu dem Zeitpunkt waren die amerikanischen Reserven – sie bestanden gänzlich aus Gold – auf 11 Milliarden Dollar, auf die Hälfte zu Beginn der sechziger Jahre, gefallen.

So wurde sogar der allmächtige Dollar schließlich durch die Korrektur des Verhaltens der Reserven gedemütigt. Unglücklicherweise löste das Vorgehen Washingtons, um ihn zu beschwichtigen, eine Umwälzung im internationalen Finanzwesen aus. Diese Explosion führte dazu, daß die Bedeutung des Korrektivs, fortschrittliche Länder davon abzuhalten, von dem geraden und engen Pfad auf wirtschaftlichem Gebiet abzuweichen, heruntergespielt wurde.

Wie ist dies zu erklären? Die Schließung des amerikanischen Gold-Fensters versetzte dem System der festen Wechselkurse, dem sich die Welt seit Ende des Zweiten Weltkriegs unter der Agide des Internationalen Währungsfonds verschrieben hatte, einen tödlichen Schlag. Denn die Verbindung des festen Kurses von 35 Dollar pro Unze zwischen dem Dollar und Gold war dessen Rettungsanker gewesen. Die Folge war, daß veränderte Devisenkurse zur Tagesordnung wurden.

Man hat sich einfach daran gewöhnt

Und es wurde bald festgestellt, daß man, wenn man es den veränderlichen Devisenkursen überlassen konnte, die Belastungen, die der Währung eines Landes durch aufkommende Defizite in ihrer Zahlungsbilanz auferlegt wurden, abfing, dann waren die Reserven für derartige Rückschläge nicht mehr so verwundbar.

Zwei andere Entwicklungen haben dazu beigetragen, die stufenweise Verringerung der Bedeutung von Reserven als Wirtschaftskorrektiv zu beschleunigen. Eine ist die gewaltige Expansion der Menge auf den Geldmärkten der Welt umlaufenden Kredite in den achtziger Jahren. Denn dies hatte es den einzelnen Ländern erleichtert, Zugang zu den Geldern zu bekommen, die sie zur Deckung der Zahlungsbilanz-Defizite benötigten, ohne ihre Reserven anzugreifen.

Die andere ist die wachsende Zusammenarbeit zwischen Zentralbanken zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ordnung auf den Devisenmärkten. Denn dadurch waren die Länder in der Lage, ihre Reserven mit offiziellen Beständen der Devisen anderer Länder aufzustocken.

Die Erfahrung der Amerikaner durch das vergangene Jahrzehnt hindurch spricht für sich selbst. Während dieses ganzen Zeitraums hat Amerika den Abbau von Defiziten von Rekord-Dimensionen, die bis auf Hunderte von Milliarden pro Jahr anstiegen, blockiert. Und dennoch ergibt eine Untersuchung des Verhaltens der Reserven des Landes über die gleiche Zeitspanne hinweg, daß Amerikaner sich weitgehend der Immunität von den Drücken erfreuen konnten, die diese Situation ihnen sonst auferlegt hatte.

Der Goldvorrat befindet sich immer noch auf dem gleichen Stand, gemessen in Millionen von Unzen, auf dem er war, als das Gold-Fenster vor etwa 22 Jahren geschlossen wurde. Devisen-Holdings sind im Schnitt tatsächlich nach oben statt nach unten gegangen. Die Verringerungen, die von Zeit zu Zeit eingetreten sind, wurden durch anschließende Erholungen mehr als ausgeglichen. Nach der jüngsten offiziellen Bewertung belaufen sie sich auf 45 Milliarden Dollar, nahe bei dem Stand auf dem sie sich ein Jahr zuvor befanden.
Für die meisten anderen fortschrittlichen Länder ist die Geschichte weitgehend die gleiche. In einigen Fällen fanden größere Schwankungen bei den Reserven statt als in Amerika. Aber sie wurden kaum beachtet und selten scheinen sie selbst bedeutende Änderungen im Verhalten der offiziellen Wirtschafts-Management-Politik ausgelöst zu haben. Was einst der bedeutsamste Wirtschafts-Polizist der Welt war, er ist daher scheinbar schlafen gegangen und das höchstwahrscheinlich für immer. □

Kirchen

Tätige Nächstenliebe

Christen zeigen sich, wenn im Gottesdiensst der Klingelbeutel die Runde macht, keineswegs zugeknöpft – ob es sich nun um Protestanten oder Katholiken handelt. Kollekten bringen, in schöner konfessioneller Eintracht, Jahr für Jahr hohe Millionen-Summen. Von finanziell eher untergeordneter Bedeutung ist heute dagegen die älteste Kollekte, der bereits im zehnten Jahrhundert zunächst als Kopfsteuer erhobene Peterspfennig.

Kollekten werden teils weltweit, teils bundesweit, teils auf der Ebene der Diözesen/Landeskirchen oder auch nur in einzelnen Pfarreien gesammelt. Grundlage für die Kollekten der katholischen Kirche bildet der Codex Iuris Canonici, Canon 1266. Danach können sie auf Empfehlung vom Papst und der Deutschen Bischofskonferenz vom Diözesanbischof angeordnet werden. In der Praxis hat sich eine wiederkehrende feste Terminierung im Kirchenjahr herausgebildet.

Allgemeine Aufrufe ziehen nicht

Die evangelische Kirche findet die Basis für Kollekten in ihrer Grundordnung gemäß Artikel 20(2). Die Zahl der von ihr veranstalteten Kollekten soll sich, im Unterschied zur katholischen Kirche, auf drei beschränken.

Als Faustregel gilt: Je klarer und verständlicher der Zweck einer Kollekte im Vorfeld für die Gemeinden angekündigt wird, desto größer ist die Bereitschaft der Gottesdienstbesucher, ein finanzielles Opfer zu bringen. Allgemein umschriebene Aufrufe hinterlassen im Klingelbeutel eher Ebbe.

Die in Kollekten gesammelten Gelder können durch Spenden aufgestockt werden. So können sich auch Menschen, die nur selten einen Gottesdienst besuchen, hinter den Zweck einer Sammelaktion stellen und ihr Scherflein dazu beitragen – unter anderem durch Überweisungen.

Die gesammelten Mittel bleiben nicht immer ausschließlich beim Träger der Aktion. Beispielsweise fließen die Geld-Gaben aus Anlaß des Welttags der sozialen Kommunikation zu zwei Drittel an den veranstaltenden Verband der Diözesen Deutschlands, ein Drittel bleibt in der jeweiligen Diözese.

Die beiden finanzstärksten Kollekten der katholischen Kirche sind aus dem wirtschaftlichen und sozialen Aufbruchprozeß Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre in Deutschland erwachsen. Beide fühlen sich der Verwirklichung der Beschlüsse des II. Vatikanischen Konzils (1961-1965) verpflichtet: Sie wollen Hilfsprojekte sowohl in Deutschland als auch in der Dritten Welt aufbauen und unterhalten. Auch die Aktion Brot für die Welt hat ihren Ursprung in der Phase des wirtschaftlichen Aufstiegs.

Schwerpunkt der Adveniat-Aktion bildet Lateinamerika. Die Gelder werden auf Antrag verteilt. Anträge können alle in Lateinamerika am kirchlichen Leben Beteiligten bei der Adveniat-Geschäftsstelle in Essen einreichen, nachdem sie zuvor vom zuständigen Ortsbischof geprüft und empfohlen wurden. Im Jahr 1991 waren es ungefähr 7000 Anträge.

Die Zahl der »Umweltflüchtlinge« nimmt weltweit zu. Gleichzeitig sind es die Armen, die in ihrem Überlebenskampf kaum in der Lage sind, die notwendige Rücksicht auf den Schutz der Umwelt zu nehmen.

Über die Anträge entscheidet die Bischöfliche Kommission für Adveniat. Sie begutachtet streng Notwendigkeit, Dringlichkeit und Zweckdienlichkeit eines Projektes, sparsame und realistische Finanzplanung des Projektträgers. Der Empfang einer Hilfe verpflichtet zu einem detaillierten Rechenschaftsbericht. Ein Teil der bewilligten Gelder wird in Raten überwiesen, wobei der Rechenschaftsbericht über die Verwendung der jeweils ausgezahlten Rate eine Bedingung für die Überweisung der weiteren Rate ist.

Die Bischöfliche Kommission setzt sich selbst unter Sparzwang: Die Verwaltungskosten liegen unter fünf Prozent.

Die 31 Weihnachtskollekten der deutschen Katholiken erbrachten im Zeitraum 1961 bis 1991 rund 2,65 Milliarden DM.
Die größten Posten dieser Summe entfallen auf Pfarrseelsorge (809 Millionen DM), Beschaffung von Transportmitteln (294 Millionen DM), Kirchliches Bildungswesen (283 Millionen DM); Laienapostolat und Katechese (279 Millionen DM), Orden und religiöse Gemeinschaften (236 Millionen DM) sowie Seelsorge und Sozialreformen (176 Millionen DM).

Die Bilanz zeugt von großer Freigebigkeit

Das Bischöfliche Werk Misereor soll dazu beitragen, Not und Elend vorwiegend der Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika zu lindern und ihnen ein Leben in Würde zu ermöglichen.
Die Mittel werden ähnlich wie bei Adveniat vergeben, wobei nur Initiativen einheimischer Gruppen dieser Länder bedacht werden. Die Gelder sollen Hilfe zur Selbsthilfe bewirken und die Lebensverhältnisse dauerhaft verbessern. Kollekten und Spenden sollen grundsätzlich allen Menschen zugute kommen, die Not leiden – ungeachtet von Rasse, Geschlecht, Religion und Nation.

Für dieses Ziel hat Misereor von 1959 bis 1991 Fördermittel in Höhe von 5,3 Milliarden DM freigemacht. Die Ergebnisse allein

der Fastenkollekten seit 1980 summieren sich auf über eine Milliarde DM.

Misereor bewilligt Projekte nach acht Sachbereichen: Bildungs- und Informationswesen, Gesundheitswesen, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Gewerbeförderung und Berufsausbildung, Sozialwesen und Hauswirtschaft, Schulung von Fachkräften, Trägerstrukturen und Notstandshilfe.

Auch die Bilanz für das vergangene Jahr zeugt von großer Freigebigkeit: Die Misereor-Aktion 1992 brachte insgesamt 319,6 Millionen DM – davon gut 86 Millionen aus der Kollekte.

Derzeit stehen Misereor-Gelder in Höhe von 355 Millionen DM zur Verfügung – so in Afrika, Lateinamerika und Asien/Ozeanien.

Die Verwendung der Mittel wird geprüft

Die finanzstärkste Aktion innerhalb der evangelischen Kirche ist Brot für die Welt. Auch sie vergibt die gesammelten Gelder aufgrund von Anträgen. Dafür bieten sich zwei Anlaufstellen: Anträge direkt an die Hauptgeschäftsstelle in Stuttgart. Diesen Weg wählen vor allem nichtkirchliche Selbsthilfe-Gruppen und Organisationen, die dem Ökumenischen Rat der Kirchen und dem Lutherischen Weltbund in Genf nicht angehören.

Anträge an die Genfer Weltbünde. Diesen Weg schlagen auch kirchliche Einrichtungen ein, die keine direkten traditionellen Verbindungen zu den finanzstärkeren Kirchen des Westens haben. Die Genfer Weltbünde prüfen den Antrag, der zuvor von einer ökumenischen Einrichtung des Antragslandes empfohlen wurde, und leiten ihn zum endgültigen Beschluß an die Hilfswerke ihrer Mitgliedskirchen.

Über alle Anträge, die bei Brot für die Welt eingehen, entscheidet der Ausschuß für Ökumenische Diakonie – zugleich Verteilungsausschuß.

Die Förderung ist in neun Sachbereiche eingeteilt: Katastrophenhilfe, Förderung wirtschaftlicher Eigenständigkeit, Förderung sozialer Maßnahmen, Gesundheit, Bildung, Menschenrechtsschutz/Rechtshilfe/Rechtsentwicklung, Personalhilfen, projektvorbereitende Maßnahmen und technische Hilfen und allgemeine übergreifende Maßnahmen.



Hunger in Afrika ist ein Dauerproblem, nicht nur in Somalia, auch in Äthiopien, im Sudan, in Angola und Mosambik.



Welche Zukunft erwartet die Kinder in den Großstadtslums der Dritten Welt?

Die Verwendung der Mittel wird durch örtliche Instanzen geprüft, die Brot für die Welt einen jährlichen Finanzbericht schulden. Dieser Bericht muß von einem unabhängigen Buchprüfer oder einem Finanzkomitee der Kirchen bestätigt werden.

Brot für die Welt hat von 1959 bis Ende 1991 insgesamt 1,7 Milliarden DM an Kollekten und Spenden zusammengebracht.

Allein im Jahr 1991 wurden knapp 110 Millionen DM gesammelt. Davon entfallen 37 Millionen DM auf 22 Projekte der internationalen Ausbildung und Hilfe mit Medikamenten, 34 Millionen DM auf 244 Projekte in Lateinamerika, gut 26 Millionen DM auf 262 in Asien sowie knapp 26 Millionen DM auf 207 Projekte in Afrika. □

Trilaterale Kommission

Die heimliche Sitzung in Washington

James P. Tucker

Die Trilaterale Kommission, ein Zweig der Schatten-Weltregierung, die sich aus politischen, kulturellen, akademischen, industriellen und Medien-Führungspersönlichkeiten zusammensetzt, trat kürzlich in Washington zusammen, um eine Tagesordnung auszuordnen, damit die nationale Souveränität verschiedener westlicher Industrienationen noch weiter ausgewaschen wird und um die Autorität nationaler Regierung den Vereinten Nationen zu unterwerfen.

Die Trilaterale Kommission (TK) setzt die Vereinigten Staaten unter Druck, zwei Riesenschritte in Richtung auf das Ziel einer Weltregierung zu vollziehen:

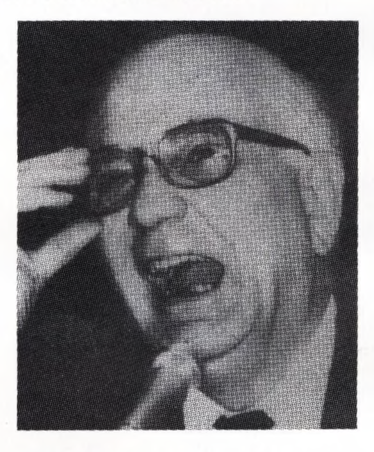
Zustimmung zur Bildung einer dreistufigen Weltarmee unter der Autorität der Vereinten Nationen, einschließlich einer ständigen Streitmacht. Diese neue Militärmacht der UNO würde sich anstelle ihrer herkömmlichen Rolle als »Friedensgestalter« in die Angelegenheiten souveräner Staaten einmischen.

Es geht um die Eine-Welt-Regierung

Und die Vereinten Nationen dazu ermächtigen, die Einwanderungspolitik souveräner Staaten zu bestimmen, unter der sie die Provinz der Vereinigten Staaten anweisen könnten, ungeachtet der Wünsche des Kongresses und des amerikanischen Präsidenten absolut jeden zu akzeptieren, der kommen will.

Diese Forderungen wurden auf einer dreitätigen Sitzung der TK hinter verschlossenen Türen im Park Hotel in Washington erhoben. Von diesen Entscheidungen in persönlichen Besprechungen unterrichtet wurden Präsident Bill Clinton, Außenminister Warren Christopher und US-Finanzminister Lloyd Bentsen.

Sie sind samt und sonders Mitglieder der TK. Clinton und Bentsen gehören auch dem anderen Flügel der globalen Regierung, der Bilderberg-Gruppe an, die einige Wochen später in Europa zusammentrat.



Paul Volcker, ehemaliger Vorsitzender der US-Bundesbank, ist heute Chef der Trilateralen Kommission.

Die Trilateralen trafen sich mit Christopher am Abend des 28. März dieses Jahres und frühstückten am darauffolgenden Morgen mit Bentsen.

Sie teilten dem US-Präsidenten und hohen Führungspersönlichkeiten auf Regierungs- und Kongreßebene auch mit, daß das North American Free Trade Agreement (NAFTA) ratifiziert werden müsse, und man nicht versuchen sollte, die Vernichtung amerikanischer Arbeitsplätze, die durch niedrig bezahlte Mexikaner herbeigeführt wird, durch »Nebenvereinbarungen« zu begrenzen, die das ganze Paket aus dem Gleis werfen könnten. Daß Verluste von Arbeitsplätzen in den USA unvermeidlich sind, gaben die Herren freimütig zu, im Gegensatz zu irreführenden Presseberichten und Wirtschaftswissenschaftlern. Es sind Voraussagen, die die Gespräche in der Öffentlichkeit im vergangenen Jahr vergiftet haben.

Es wurde auch hervorgehoben, daß der Handelsvertrag der erste Schritt zur Bildung einer Gemeinschaft der Westlichen Hemisphäre, ähnlich wie die Europäische Gemeinschaft, mit völliger politischer und wirtschaftlicher Einheit, sein müsse.

Zur Verschleierung der Tatsachen nehmen Journalisten teil

Andere, die diese Befehle von der Schatten-Weltregierung erhielten, waren die US-Senatoren John Chafee, William Cohen, John Rockefeller IV., William Roth, der Sprecher des Repräsentantenhauses Thomas Foley und Amory Houghton.

Mehrere Journalisten und andere Medienvertreter des Establishments wohnten den geschlossenen Sitzungen unter der Bedingung bei, nur das zu berichten, was ausdrücklich genehmigt wird:

Katharine Graham, Vorstandsvorsitzende der Washington Post Co., der Leitartikler der »Washington Post« John Anderson, die Reporter der »Washington Post« Jim Hoagland und Hobart Rowen; Flora Lewis von der »New York Times«; George Melloan, stellvertretender Redakteur des »Wall Street Journal« und David Gergen, Herausgeber des »U.S. News and World Report«, waren auch anwesend.

Ausländische Journalisten, die unter den gleichen Bedingungen teilnahmen, waren Sergio Romano von »La Stampa« in Mailand; Jorgen Schleimann von der dänischen Zeitung »Morgenavisen Jyllands-Posten«; Theo Sommer, Mitherausgeber des Hamburger Blattes »Die Zeit«; Ian Davidson, Londoner »Financial Times«; Jacqueline Grapin, »Le Figaro«, Frankreich; Fredrico Rampini, stellvertretender Redakteur von »Il Sole 24 Ore« in Mailand und Akira Kojima, Chefakteur der »Nihon Keizai Shimbun«, einer japanischen Finanzzeitung.

Alle Journalisten des Establishments versprechen, nichts über das preiszugeben, was hinter den verschlossenen und bewachten Türen vor sich geht und nur das zu berichten, was von den Trilateralen genehmigt wird. Ihre Aufgabe besteht darin, die Tagesordnung der TK auf subtile Weise zu verkaufen, meistens durch Verschleierung ihrer Tätigkeiten.

Die Trilateralen begannen ihre Jahressitzung mit Reden von Leon Panetta, Direktor des Office of Management and Budget; Mickey Kantor, Handelsvertreter der USA, und John Deutsch, der zum US-Staatssekretär für Verteidigung ernannt wurde. Später führte Foley den Vorsitz über ein Gremium, das sich mit dem amerikanischen Kongreß befaßte.

John Roper, Leiter der Westeuropäischen Union in Paris und ehemaliges Mitglied des britischen Parlaments, erstattete einen längeren Bericht, indem er sowohl das Wachstum der Streitkräfte der Vereinten Nationen zu einer Weltarmee feierte als auch zu einer noch stärkeren globalen Rolle für diese aufrief.

Es sind mehr als 3000 amerikanische Soldaten in Somalia stationiert, »wo der Oberkommandierende der Streitkräfte der Vereinten Nationen der türkische General Cevik Bir mit einem amerikanischen Stellvertreter sein wird«, sagte Roper. Amerikanische Streitkräfte dienen auch in Mozambique »unter einem Kommandeur der Vereinten Nationen«, stellte er fest.

»Es ist interessant, daß im Jahre 1993 amerikanische Streitkräfte unter die Befehlsgewalt eines Kommandeurs der Streitkräfte der Vereinten Nationen gestellt werden, der dem UNO-Sicherheitsrat untersteht«, sagte Roper.

Dieser Akt, amerikanische Soldaten unter ausländische Befehlsgewalt zu stellen, ist eine Aufgabe der Souveränität ohne Präzedenzfall. Es ist daher wichtig für die Schaffung einer Weltregierung, die ihren Willen mit Hilfe einer Weltarmee durchset-

zen kann. Der Schritt stand in Evian, Frankreich, im vergangenen Jahr auf der Tagesordnung der Bilderberger ganz obenan (CODE berichtete seinerzeit darüber).

Die ständige UNO-Streitmacht

»Die Vereinten Nationen sollten eine gut ausgebildete Bereitschaftsarmee von vier bis fünf Bataillonen – jeweils mit etwa 600 bis 700 Soldaten – zur Verfügung haben, die aus einem oder zwei Ländern rekrutiert und zum Einsatz als eine einzige Einheit ausgebildet werden«, sagte Roper.

»In einer zweiten Stufe sollten die Vereinten Nationen über Schnelleinsatzgruppen, gebildet aus den bewaffneten Streitkräften der Mitgliedstaaten, verfügen, die mit Vorwarnung von wenigen Tagen ausschwärmen könnten«, forderte er.

Kleine Länder könnten sich zusammenschließen, um Streitkräfte in Brigadegröße zu bilden, während größere Länder jeweils 5000 Männer für die Vereinten Nationen verpflichten könnten, zu einer Unterstützungsstreitmacht von insgesamt 50000 Soldaten.

Eine dritte Stufe ist für Großeinsätze erforderlich, wie zum Beispiel der Krieg am Persischen Golf, wo eine Koalition größerer Streitkräfte gebildet wird, sagte Roper.

Wie im Krieg am Persischen Golf demonstriert wurde, macht die Charter der Vereinten Nationen die NATO zu einem Arm der Vereinten Nationen. Roper führte auch die Zusammenarbeit bei den Bemühungen der UNO im ehemaligen Jugoslawien als Beweis dafür an, daß die NATO ihre Rolle als Streitmacht der Vereinten Nationen durchaus akzeptiert.

Die Armee der Vereinten Nationen sollte einen ständigen Planungsstab und Hauptquartier haben, forderte er.

Enid B. Schoettle, ein hochstehender Fellow im Council on Foreign Relations (CFR) – ein Propagandawerkzeug der Schatten-Weltregierung – rief dazu auf, die Kostenbemessung der UNO sofort zu erhöhen und dann »unabhängige Ressourcen« bereitzustellen.

Er schlug »internationale Steuern auf den internationalen Luftverkehr, die Schiffahrt, die weltweiten Verkehrsströme und so weiter« vor.

In souveräne Länder unaufgefordert einfallen

Olara Otunnu, aus Uganda gebürtig und jetzt Präsident der International Peace Academy in New York, sagte, die Armee der Vereinten Nationen werde bald unaufgefordert souveräne Länder betreten können, um ihren Willen durchzusetzen.

»Es findet auf der Ebene der internationalen öffentlichen Meinung eine bedeutende Evolution in der Denkweise statt, die nicht mehr hinnehmen kann, daß massives und dramatisches Leiden hinter den Wällen der Souveränität abgeschirmt werden soll«, sagte er. »Tatsächlich unterzieht sich die Vorstellung, was ›innere Angelegenheiten‹ eines Staates sind, einer gewissen Veränderung.«

Er führte die unerbetene Intervention in Somalia als Präzedenzfall für zukünftige Eingriffe an, in denen einzelne Parteiungen der kriegführenden Rivalen die Vereinten Nationen aufforderten, Streitigkeiten zu schlichten und die Ordnung wiederherzustellen. Ein anderer umfangreicher »Diskussionsentwurf« rief zu einem »internationalen Regime« für Wanderungsbewegungen unter den Vereinten Nationen auf, um zu bestimmen, wer in welches Land einreisen darf.

»Ein solches Regime wird neue gesetzliche Instrumente beinhalten und über die Einsatzkapazität verfügen, um auf die volle Bandbreite internationaler Wanderungssituationen reagieren zu können«, heißt es in dem Bericht.

»Ein entscheidendes Merkmal solcher Arrangements ist, daß Landesbehörden bei ihren Entscheidungen internationale Normen und Untersuchungen nachgeben werden«, heißt es weiter in dem Bericht.

Die Vereinigten Staaten wurden lautstark dafür kritisiert, daß sie zu viele Einwanderer zurückweisen, ihnen nicht genügend finanzielle Unterstützung gewähren, wenn sie zugelassen werden, und wegen des Fehlens »multikultureller Programme«. Amerika habe eine »Nicht-Politik« für Einwanderung, beschwerten sich die Verfasser des Berichts.

Keine der amerikanischen Führungspersönlichkeiten, die an diesen Sitzungen teilnahmen, legte gegen diese dramatischen Vorschläge zur Aufgabe der nationalen Souveränität auf einer Reihe von entscheidenden Gebieten Widerspruch ein.

Der Vorsitzende der Trilateralen Kommission, Paul Volcker, ehemaliger Leiter des Federal Reserve Board, sagte bei einer der vielen Gelegenheiten, bei denen wir in die Sitzung eindringen konnten, in einem vollbesetzten Aufzug:

»Wir halten an der Substanz fest, wo wir alle einer Meinung sind.«

Die Weltregierung ist auf dem Weg

Paul Volcker, ehemaliger Vorsitzender der Federal Reserve Bank, Vorsitzender der Trilateralen Kommission für Nordamerika, bestritt, daß eine Weltregierung unmittelbar bevorsteht, gab aber zu, daß diese möglicherweise »unterwegs« (down the road) sei.

Das Eingeständnis erfolgte auf einer »Liebling«-Pressekonferenz, als die Gruppe internationaler Finanziers und Politiker ihre dreitägige Jahressitzungen in Washington beendeten.

»Mr. Volcker, in dem Bericht über die Vereinten Nationen wird zur Bildung einer ständigen UNO-Streitmacht aufgerufen, die vom Sicherheitsrat überall in der Welt eingesetzt werden kann.

In dem Bericht wird die Tatsache gefeiert, daß 3000 amerikanische Soldaten unter einem türkischen Kommandeur, der den Vereinten Nationen, nicht den Vereinigten Staaten gegenüber Rechenschaft ablegen muß, in Somalia bleiben werden.

Ist diese bislang noch nie dagewesene Erosion der nationalen Souveränität die Basis einer Weltregierung?«, fragten wir.

Volker zeigte sich über diese Frage überrascht.

»Dies ist ein psychologischer Schritt, noch mehr für die Vereinigten Staaten«, erwiderte er. Dann nahm er sich anscheinend etwas zusammen und setzte hinzu: »Vielleicht ... ein Paar Jahrzehnte die Straße hinunter, aber es ist noch weit von einer Weltarmee entfernt.«
»Anstatt, daß jede Operation ad hoc ist«, und Streitkräfte aus Mitgliederstaaten zusammengestellt werden, müssen die Vereinten Nationen in der Lage sein, unverzüglich militärisch zu reagieren, meinte er.

Die Welt in zwei Regionen aufgeteilt

Über die »Unterstützung« für das Nord American Free Trade Agreement (NAFTA) durch die Trilateralen befragt – diese sind eigentlich die Urheber dieses Gedankens (CODE berichtete darüber) – sagte Volcker verbindlich, dies werde keine »radikale« Veränderung mit sich bringen.
»Die Verteilung von Industrien und Verlagerungen sind jetzt schon im Gange ... weil Barrieren verringert worden sind«, so Volcker, »NAFTA wird dies nicht radikal ändern.«

Es liegt eine »Logik in der Erweiterung« des Handelsabkommens durch die ganze westliche Hemisphäre hindurch, »wenn NAFTA in die Tat umgesetzt wird«, meinte Volcker.

Ein Ziel der Trilateralen besteht darin, eine wirtschaftliche und politische Union, ähnlich wie die Europäische Gemeinschaft, in der ganzen westlichen Hemisphäre zu errichten. Es muß in der Zukunft eine »Pacific Rim Community« (»Gemeinschaft am Rand des Stillen Ozeans«) geben, da die Welt zwecks Verwaltung durch eine Weltregierung in zwei große »Regionen« aufgeteilt wird.

In einem Teil einer kurzen offiziellen Erklärung sagten die Trilateralen, daß »regionale Abmachungen, einschließlich Europäische Gemeinschaft und NAFTA, konstruktiv zur Weltwirtschaft beitragen«. □

Europa-Journal

Vier Wochen Kündigungsfristen für alle

Die Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte sollen vereinheitlicht werden. Das sieht ein Gesetzentwurf vor, der auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zurückgeht. Die Grundkündigungsfrist beträgt demnach vier Wochen. Sie kann aber per Tarifvertrag verändert oder durch Einzelvertrag aufgestockt werden.

Die gesetzlichen Regelungen sehen zur Zeit für Angestellte eine Kündigungsgrundfrist von sechs Wochen vor. Außerdem kann nur jeweils zum Schluß eines Kalendervierteljahres gekündigt werden. Diese Kündigungsregelung geht zurück auf das 19. Jahrhundert, als es noch keinen materiellen Kündigungsschutz gab. Sie war daher die einzige Absicherung für die Angestellten.

Demgegenüber steht die Kündigungsfrist für Arbeiter: Sie beträgt derzeit zwei Wochen und ist an keinen bestimmten Kündigungstermin gebunden. Auch diese Regelung hat eine vergleichbar lange Tradition.

Für die neuen Bundesländer gibt es noch eine Sonderregelung. Dort gilt Paragraph 55 Arbeitsgesetzbuch weiter: Die Kündigungsfrist für Arbeiter und Angstellte beträgt in Mitteldeutschland einheitlich zwei Wochen (Grundkündigungsfrist).

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Beschluß vom 30. Mai 1990 festgestellt, daß die westdeutsche Regelung mit der Verfassung nicht in Einklang steht, soweit keine besonderen Gründe für die Ungleichbehandlung zugrunde liegen. Es hat daher den Gesetzgeber verpflichtet, eine Neuregelung zu schaffen, und zwar bis spätestens zum 30. Juni 1993.

Eine Möglichkeit, den Auftrag des Verfassungsgerichts zu erfüllen, wäre die Differenzierung der Kündigungsfristen nach beruflicher Qualifikation oder nach betrieblichen Tätigkeitsbereichen. Darauf ist jedoch jetzt verzichtet worden, weil es dafür keine überzeugenden praktikablen Kriterien gibt.

In der Diskussion ist deshalb jetzt eine einheitliche Kündigungsfrist von vier Wochen für alle Arbeitnehmer.

Während der ersten zwei Jahre der Beschäftigung wird die Kündigung genau vier Wochen nach dem Zugang wirksam. Dabei gilt eine Ausnahme: In der Probezeit kann mit verkürzter Frist gekündigt werden.

Nach diesen zwei Jahren kann nur zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden. Außerdem verlängert sich die gesetzliche Kündigungsfrist um jeweils einen Monat nach zwei, fünf, acht, zehn, zwölf, fünfzehn und zwanzig Arbeitsjahren. Eine solche einheitliche Regelung für Arbeiter und Angestellte ist interessengerecht. Denn Angestellte suchen nicht länger als Arbeiter nach einer neuen Stelle. Das haben statistische Erhebungen ergeben.

Für die Gruppe der Arbeiter wäre die Neuregelung eine deutliche Verbesserung. Die Betriebe haben dagegen das Nachsehen: Ihre personalwirtschaftlichen Bewegungsspielräume werden deutlich eingeschränkt. Bei Auftragseinbrüchen können sie künftig nicht mehr so flexibel reagieren wie bisher.

Allerdings könnte die Neuregelung für Arbeiter auch zum Einstellungs-Hindernis werden. Denn viele Firmen werden bei Kapazitätsengpässen künftig möglicherweise vorsichtiger disponieren – und neue Arbeiter nicht mehr so schnell einstellen.

Die Abkehr von Quartals-Kündigungsterminen ist bei einer einheitlichen Regelung für Arbeiter und Angestellte unverzichtbar.

Eine Kündigung zu den bisherigen vier Kündigungsterminen für alle Arbeitnehmer würde zu einem noch größeren Stau an den jeweiligen Quartalsenden führen.
Die Arbeitsämter haben schon heute Probleme, den stoßweisen Andrang der Angestellten zu verkraften.

Tarifvertragliche Regelungen, die in bestimmten Wirtschaftsbereichen die Kündigungsfristen über den gesetzlichen Standard hinaus verlängern, sind nach dem vorgelegten Gesetzentwurf auch in Zukunft möglich.

Einige Gewerkschaften sprechen wegen der verkürzten Frist für Angestellte von einer Demontage des Kündigungsschutzes. Davon kann jedoch keine Rede sein. Denn es besteht schon bisher die Möglichkeit, einzelvertraglich die Kündigungsfrist für jeden Angestellten zu verkürzen – nämlich auf einen Monat zum Monatsende. Davon wird in der Praxis häufig Gebrauch gemacht – und zwar auf Veranlassung beider Seiten: Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Eine einzelvertragliche Verkürzung soll demgegenüber künftig nicht mehr möglich sein. Erlaubt werden soll jedoch, in Einzelverträgen die gesetzliche Kündigungsfrist zu verlängern und darin bestimmte Kündigungstermine zu vereinbaren.

Für die Gruppe besonders qualifizierter Angestellter, die nach einer Kündigung länger nach einem neuen Arbeitsplatz suchen als einfache Angestellte, dürfte diese Regelung interessant sein.

Außerdem wird von den Kritikern häufig übersehen: Das Kündigungsschutzgesetz bleibt unangetastet. Nach wie vor stellt sich in jedem Einzelfall die Frage, ob eine Kündigung überhaupt berechtigt ist. □

Personalberatung noch immer in der Grauzone

Private Personalberater haben das Monopol der Bundesanstalt für Arbeit vor allem im Segment der qualifizierten Führungskräfte geknackt. Allerdings fehlt diesem Wachstumsmarkt noch immer eine gesetzliche Grundlage.
Die Bundesanstalt für Arbeit verfügt seit ihrer Gründung im Jahr 1952 über das Monopol für die Vermittlung von Arbeitnehmern. Diese Dienstleistung wird den Betrieben kostenlos angeboten. Dieser Vorteil ist jedoch auf einem speziellen Segment des Arbeitsmarktes nur von begrenztem Wert: Der starre Verwaltungsapparat der Arbeitsämter ist nicht in der Lage, alle Anforderungen der Unternehmen bei der Suche nach Führungskräften zu erfüllen.

Der Arbeitsmarkt für Führungskräfte ist wachstumsintensiv:

In Deutschland werden etwa fünf Prozent aller Beschäftigten den Führungskräften der mittleren und oberen Ebene zugerechnet – mithin also rund zwei Millionen.

Deshalb schalten die Unternehmen bei der Suche nach Führungskräften flexible private Dienstleistungsfirmen ein. Sie sind bereit, dafür teilweise beträchtliche Erfolgshonorare zu zahlen.

Bereits 1954 haben sich die Bundesanstalt für Arbeit und der Bundesverband Deutscher Unternehmensberater auf die Rahmenbedingungen verständigt.

Erstens dürfen die privaten Personalberater nur im Auftrag von Unternehmen aktiv werden.

Zweitens bleibt die Vermittlung aller Arbeitnehmer ohne Führungskräfte-Status ausschließlich den staatlichen Arbeitsämtern vorbehalten.

Seit 1990 dürfen sich die Personalberater auch aktiv in die Jobsuche von Nachwuchs-Managern einschalten. Allerdings fehlt noch immer eine gesetzliche Grundlage.

Anders die Situation in den meisten EG-Ländern. Dort sind sogar spezielle Agenturen für Facharbeiter zugelassen. Inzwischen haben die Personalberater den rechtsfreien Raum juristisch klären lassen: Im Jahr 1991 forderte der Europäische Gerichtshof die Bundesregierung auf, das Vermittlungsmonopol der deutschen Arbeitsämter faktisch aufzuheben. Noch im selben Jahr legte der Bundesgerichtshof einen Vorlagebeschluß zur Aufhebung beziehungsweise Lockerung des Vermittlungsmonopols der Arbeitsämter vor. Damit steht das

höchste Verfassungsorgan im Obligo.

Denn der Markt für Personalberater ist ein Wachstumsmarkt. Rechtssicherheit ist daher dringend geboten.

Im Jahr 1992 waren in der Bundesrepublik über 1000 Personalberatungsunternehmen aktiv – 1989 waren es erst 800.

Etwa jedes dritte Unternehmen dieser Service-Branche besteht jedoch aus einem Ein-Mann-Betrieb – mit hoher Fluktuation. Gut die Hälfte aller Personalberatungsunternehmen betreibt Personalberatung im engeren Sinne. Die andere betreibt dieses Geschäft nur als Ergänzung zu anderen Aufgaben – etwa der Managementberatung oder der Auswahl geeigneter Kandidaten durch ein Assessment.

Seit Ende der achtziger Jahre verzeichnet die Branche zweistellige Wachstumsraten: Insgesamt waren im Jahr 1992 in der Personalberatung rund 3000 Berater und 3000 weitere Mitarbeiter tätig. Der Gesamtumsatz lag bei etwa 1,5 Milliarden DM.

Die großen Unternehmen erzielten dabei einen Jahresumsatz von bis zu 50 Millionen DM.

Ein Viertel ihrer Umsätze verbuchen die Personalberater bei den Finanzdienstleistungen, ein weiteres Sechstel in der Investitionsgüterindustrie.

Ein Spezialfall innerhalb der Personalberatung ist das Executive Search – besser als Headhunting bekannt: Der Personalberater befragt Führungskräfte nach ihrem Interesse, sich neuen beruflichen Herausforderungen zu stellen.

Executive Searcher werden erst dann von Unternehmen mit der Suche nach geeigneten Führungskräften beauftragt, wenn diese ein Jahreseinkommen von wenigstens 150000 bis 180000 DM erzielen.

Derzeit sind etwa 50 Unternehmen mit einem Gesamtumsatz von 300 Millionen DM diesem Teilbereich der Personalberatung zuzurechnen. Jedes zweite Unternehmen verbucht ein jährliches Honorarvolumen von über zwei Millonen DM. □

Mobil mit EG-Qualifikationsbuch

Der Gemeinsame Binnenmarkt bringt Probleme: Die nationalen Nachweise über die beruflichen Qualifikationen sind in den einzelnen Mitgliedstaaten noch nicht anerkannt. Der Rat der Europäischen Gemeinschaft hat deshalb in dieser Sache einen neuen Vorstoß unternommen. Er plädiert für die Einführung eines Qualifikationsbuches.

Der Europäische Binnenmarkt garantiert zwar seinen Bürgern, das Recht auf Freizügigkeit, doch blockieren immer noch Barrieren die Mobilität der Fachkräfte. Das sind zum einen fehlende Sprachkenntnisse der Arbeitnehmer, zum anderen die mangelnde Anerkennung der in einem Mitgliedstaat erworbenen formalen Qualifikationen.

Wer jenseits der nationalen Grenzen einen Job übernehmen will, stößt noch auf Schwierigkeiten. Er muß seinem künftigen Arbeitgeber nachvollziehbar seine Qualifikation nachweisen, die er sich im Laufe von Ausbildung und Beruf erworben hat.
Diese Transparenz ist in den grenznahen Regionen der Mitgliedstaaten kein Problem. Denn hier werden traditionell ausländische Arbeitnehmer in größerem Umfang eingestellt – die Ausbildungsgänge des Nachbarlandes sind im wesentlichen bekannt.

Probleme und neue Anforderungen stellen sich aber, wenn die Mobilität der Fachkräfte über den grenznahen Bereich der Mitgliedstaaten hinaus gewährleistet werden soll.
Die Gründe: In den Mitgliedstaaten gibt es unterschiedliche Ausbildungssysteme. Sie reichen vom Training-on-the-job über das duale System bis zur Ausbildung in Berufsschulen.

Beispiel duales System: In der Bundesrepublik verfügen 61 Prozent der 25jährigen über einen qualifizierten dualen Abschluß, in Großbritannien sind es 31 Prozent, in den Niederlanden sechs Prozent.

Reglementierte und nicht-reglementierte Berufe in den einzelnen Staaten erschweren die Transparenz.

Reglementierte Berufe: Sie setzen zum Berufszugang und zur Berufsausübung ein Diplom oder ein Prüfungszeugnis voraus. Für die Anerkennung reglementierter Berufe hat die EG 1989 eine Hochschulrichtlinie erlassen. Ergänzt wurde sie durch eine zweite allgemeine Anerkennungs-Regelung vom Juni 1992. Sie gilt für alle reglementierten Berufszugänge und Berufsausübungen unterhalb der Hochschulebene.

In der Bundesrepublik sind die meisten Berufe nicht reglementiert, nur wenige Berufe werden von dieser Richtlinie erfaßt – wie etwa die Heil- und Hilfsberufe sowie die Gesundheitshandwerke.
Nicht-reglementierte Berufe: Zur Förderung der Transparenz von Befähigungsnachweisen hatte die EG bereits 1985 ein Entsprechungsverfahren geschaffen. Danach werden Berufsprofile miteinander verglichen und bestimmten Ausbildungsabschlüssen zugeordnet.

Mit dieser Aufgabe war das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung in Berlin betraut. Es hat 15 Sektoren untersucht, die insgesamt 173 Berufsprofile umfassen und deren Entsprechungen festgelegt – beispielsweise für die Branchen Hotel/Gastronomie, Kfz-Reparatur, Bau, Elektrotechnik/Elektronik, Metalltechnik, Handel, Büro/Verwaltung/ Banken/ Versicherungen und Tiefbau.

Probleme der Experten: Die EG-Berufsprofile sind künstliche Konstruktionen und entsprechen häufig nicht den realen Berufsbildern. Wesentliche Teile der Ausbildung und zusätzliche, etwa in der Weiterbildung erworbene Qualifikationen bleiben ebenso unberücksichtigt wie die Berufserfahrungen. Für Entscheidungen im Arbeitsmarkt sind aber Kenntnise über die gesamten Berufsqualifikationen eines Arbeitnehmers ausschlaggebend.

Wegen dieser Mängel will die EG-Kommission die Arbeit am Entsprechungsverfahren einstellen. Bis Ende 1993 soll es abgeschlossen sein und nur noch die vier Sektoren Eisen und Stahl, Druck und Medien, Leder, Holz mit insgesamt 36 Berufen umfassen.

Einen neuen Anstoß in Richtung Transparenz von Qualifikationen hat der EG-Rat mit seinem Vorschlag gegeben, einen Berufsbildungspaß in Form eines Qualifikationsbuches für Arbeitnehmer einzuführen. Die Unternehmen sind an einem solchen Ausweis sehr interessiert. Denn damit ließen sich Berufsausbildung, Weiterbildung und Berufstätigkeit, aber auch Spezialkenntnisse und Sprachkenntnis international einheitlich und nachvollziehbar dokumentieren. □

Die Kommunisten nach dem Wahlsieg in Litauen

Algirdas Brazauskas, Litauens kommunistischer »Reform«-Führer, trug bei den Wahlen um die Präsidentschaft in dem baltischen Staat im Februar einen erdrutschartigen Sieg davon. Brazauskas, Leiter der Demokratischen Arbeiter-Partei, erhielt 60 Prozent der Stimmen, gegen 38 Prozent für seinen Hauptgegner, den ehemaligen Botschafter für Washington, Lozaraitas. Berichte aus der Hauptstadt Wilna besagen, daß dieser Wahlsieg sogar die Erwartungen von Brazauskas eigenen Beratern übertroffen habe. Die Demokratische Arbeiter-Partei verfügt im litauischen Parlament über die absolute Mehrheit.

Diese Ergebnisse legen die Tiefe der Unzufriedenheit in der litauischen Bevölkerung mit der Wirtschaftspolitik des ehemaligen Landsbergis-Regimes, das durch sein Festhalten an die Sparrezepte des Internationalen Währungsfonds dem Lande eine wirtschaftliche Verwüstung bescherte, offen. In einer deutschen Fernseh-Sendung wurde dokumentiert, daß die Bevölkerung von Wilna im letzten Winter ohne Heizöl leben mußte. □



Schweiz

Die Beziehungen zwischen Bern und der EG

M.-A. Salamin

Die Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft (EG) nach dem Referendum vom 6. Dezember 1992 stellt der Minister M.-A. Salamin, beigeordneter Chef der Vertretung der Schweiz bei der EG, in einer Erklärung vom 11. Februar 1993 dar. Die Schweizer EWR-Befürworter, die durch die Abstimmung eine deutliche Absage durch die Schweizer Bürger erhielten, bezeichnen den Abstimmungstag als »schwarzen Sonntag«, obwohl die EG-wütigen EWR-Politiker die obsiegende Mehrheit eines demokratischen Landes nicht zu kritisieren hat. Nun wird eine zweite EWR-Abstimmung angestrebt. Glücklicherweise gibt es in der Schweiz viele Befürworter, die die Zwängerei der Schweizer Bürger ablehnen. Da man mit Umfallern bei den Gegnern zum EWR-Beitritt rechnet, bereiten sich die Schweizer auf einen zweiten Abstimmungskampf vor. Eine offensichtliche Schlappe für die EWR-Befürworter war die Tatsache, daß der Schweizer Franken sich nach der Abstimmung sehr gut hielt. Die Börsen blieben fest bei ansteigender Tendenz, es bestehen Aussichten auf eine Hypothekenzins-Senkung und das alles ohne EWR. Der gefährdete Finanzplatz Schweiz – Lesart der Befürworter – zieht fremdes Kapital an, das nicht besonders hoch verzinst zu werden braucht. Das kann in der Schweiz zu Zinssenkungen – neben anderen Einflüssen – führen und die Baukonjunktur ankurbeln. Dies wiederum dürfte die ganze Volkswirtschaft befruchten. Dagegen steigt die Arbeitslosigkeit im EG-Raum. Aber das kommt alles nicht in dem nachstehenden Bericht von Minister Salamin zum Ausdruck, der für die Europa-Politiker in Brüssel und Straßburg erstellt wurde.

Auf Ihrer letzten Zusammenkunft am 16. Dezember 1992 hat Ihnen der Botschafter von Tscharner die neue Situation, die durch das negativ ausgefallene Referendum vom 6. Dezember über den EWR zustande gekommen ist, vorgestellt. Ich habe vor, Ihnen jetzt die Entwicklungen vorzustellen, die seit dieser Zusammenkunft stattgefunden haben. Mehreres hat sich ereignet:

16. Dezember: Das Schweizer Parlament bewilligt einen Kredit von 477 Millionen Franken für die Teilnahme der Schweiz an den Forschungs- und Erziehungsprogrammen der EG für die Zeitdauer 1993 bis 1996.

1. Januar: Das Abkommen Schweiz-EG über die direkten Versicherungen (nicht Lebensversicherungen) wird wirksam.

13. Januar: Die Schweizer Regierung nimmt eine Nach-EWR-Integrations-Strategie an.

20. Januar: Die Schweizer Regierung nimmt ein Bündel von Reformen an, die darauf ausgerichtet sind, die Wirtschaft weniger zu regulieren und bestimmte Teile unserer internen Gesetzgebung euro-kompatibel zu machen.

22. Januar: Das Abkommen über den Alpen-Transit zwischen der Schweiz und der EG wird wirksam.

5. Februar: Erstes Treffen nach dem 6. Dezember des gemischten Ausschusses über das Freihandelsabkommen Schweiz-EG von 1972.

Gesamt-Europa-Strategie der Schweiz

Am 13. Januar hat der Bundesrat formal die Konsequenzen aus der negativ ausgefallenen Abstimmung vom 6. Dezember gezogen und eine Strategie für die Zukunft gefunden. Ziel ist es, eine Isolierung der Schweiz in Europa zu verhindern.

Der Bundesrat hat beschlossen, alle Optionen offen zu lassen für eine aktive Kooperation der Schweiz mit der EG. Diese Optionen sind drei an der Zahl: Die Anlagerung an die EG, einen späteren Beitritt zum EWR-Abkommen und eine Verstärkung der bilateralen Beziehungen mit der EG. Betrachten wir sie einzeln:

Anlagerung: Unser Gesuch zur Anlagerung wurde nicht zurückgezogen und wird nicht zurückgezogen. Aber die Schweiz wird den Beginn der Verhandlungen nur dann beantragen, wenn die innere und äußere Situation es zulassen, in jedem Falle nicht dieses Jahr.

EWR: Ein späterer Beitritt zu dem Abkommen wurde nicht ausgeschlossen. Aber der Bundesrat hat nicht die Absicht, die Initiative in diesem Sinne zu ergreifen. Diese Option wird schlußendlich nur unter der Bedingung gewählt werden, daß sie Unterstützung in einer starken Volksbewegung erhält. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt tut die Schweiz ihr möglichstes um das schnelle Wirksam-Werden des Abkommens mit Ihren Partnern zu erleichtern. Es sind Gespräche zwischen der Schweiz und Liechtenstein im Gange, um zu untersuchen, wie das Abkommen über die Zollunion der beiden Länder von 1923 verändert werden könne, damit Liechtenstein am EWR teilhaben könne.

Verstärkung der bilateralen Beziehungen mit der EG: Diese pragmatische Annäherungspolitik ist gegenwärtig aus innenpolitischer Sicht die einzig praktikable.

Diese Gesamt-Annäherung enthält eine interne Dimension, die wesentlich ist, nämlich ein Programm struktureller Angleichung, das man in zwei Teilen darlegen kann:

1. Teil – Wiederbelebung des marktwirtschaftlichen Systems: Dieser Teil umfaßt eine Serie von Maßnahmen, die die Attraktivität des ökonomischen Standortes Schweiz und die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen steigern sollen. Die angepeilten Reformen berühren solche Gebiete wie die Wettbewerbspolitik, den Arbeitsmarkt, die öffentlichen Märkte, das Finanzwesen, die öffentlichen Finanzen.

2. Teil – Einseitige Anpassungen an das Gemeinschaftsrecht von nahezu vierzig Bundesgesetzen: Dieser Teil umfaßt eine Serie von Anpassungen in der Gesetzgebung in den Bereichen wie die Versicherungen, der Umweltschutz, die Verbraucher, die Banken, das Gesundheitswesen usw.

Das Programm wurde von der Regierung am 20. Januar in seiner Gesamtheit gestoppt und wird Anfang März dem Parlament zur Entscheidung vorgelegt werden. Das Parlament wird darüber nach einem beschleunigten Verfahren verhandeln.

Ziel dieses Programmes ist es, die Schweizer Wirtschaft so weit wie möglich zu wappen, einer europäischen Konkurrenz gegenüberzustehen, um Diskriminierungen zu vermeiden, die das EWR-Abkommen hätte ausräumen sollen. Dieses Programm ist eine Weise, an der europäischen Integration teilzuhaben.

Vorrang einer kurzfristigen Integrationspolitik

Wir haben in der gegenwärtigen Situation keine andere Wahl, als eine pragmatische und partielle europäische Integrationspolitik zu betreiben. Diese Politik ist einfach in ihrem Konzept, aber schwierig in ihrer Umsetzung. Sie zielt darauf ab zu versuchen, mit der EG Abkommen in allen Bereichen, in denen es möglich ist, auszuhandeln und zu schließen. Von Seiten der Schweiz haben wir seit langem die Gebiete, wo solche Abkommen interessant sind, festgestellt. Wir haben sie der Kommission der EG am 5. Februar vorgestellt auf einer Sitzung des gemischten Ausschus-

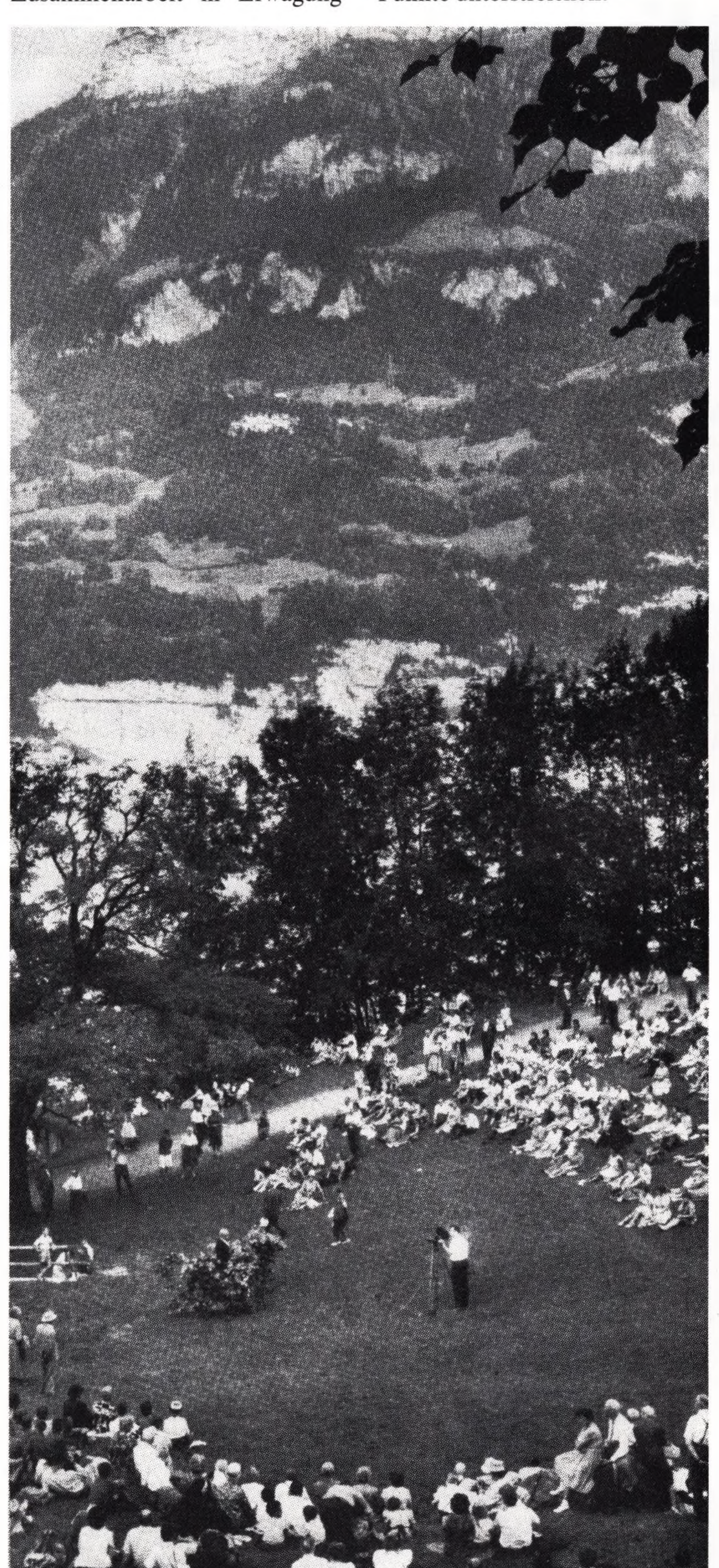
ses, der durch das Freihandelsabkommen von 1972 einberufen wurde. Das war die erste Sitzung des Ausschusses nach dem Referendum vom 6. Dezember. Welche sind diese Bereiche?

Bereiche, die dem Freihandelsabkommen von 1972 unmittelbar angegliedert sind: Es sind die Herkunftsbestimmungen und die verarbeiteten Agrarprodukte. Der Grundgedanke ist, die Bestimmungen des Protokolls 3 und des Protokolls 2 über den Freihandel auf der Grundlage, wie es der EWR angenommen hat, zu modernisieren und anzupassen. Ein Expertengremium zur Untersuchung dieser Fragen wurde geschaffen.

Bereiche, die dem Freihandelsabkommen von 1972 angegliedert sind (aber nicht unmittelbar): Das sind Bereiche wie technische Hindernisse des Austausches, die öffentlichen Märkte, das geistige Eigentum, sanitäre und phytosanitäre Fragen, die faktische Verantwortung für die Produkte. Der Grundgedanke ist, daß der Austausch zwischen der EG und der Schweiz in diesen Bereichen denselben Bestimmungen unterworfen werden soll wie sie für den Binnemarkt gelten.

Bereiche außerhalb des Freihandelsabkommen von 1972: Das sind schließlich alle Bereiche, die nicht den freien Warenverkehr betreffen. Die Schweiz hat ein Interesse für einige von Ihnen festgestellt. Sie hat den Wunsch ausgedrückt, an den Forschungsprogrammen der EG teilnehmen zu dürfen. Wie ich schon gesagt habe, hat das Schweizer Parlament zu diesem Zweck einen Kredit bewilligt. Die Kommission und die Schweiz sind übereingekommen, über diese Teilnahme auf einer Zusammenkunft des gemischten Ausschusses über das Rahmen-Abkommen Schweiz-EG von 1986 über die wissenschaftliche Zusammenarbeit, die für den 3. März vorgesehen ist, zu sprechen.

Ein anderer Bereich, der uns interessiert, ist der des Straßen- und Flugverkehrs. Der Ausgangspunkt ist das Transitabkommen Schweiz-EG, das am 22. Januar in Wirkung trat, das im Falle der Absage der Schweiz zum EWR vorsieht, daß die EG und die Schweiz Verhandlungen über den Flugverkehr und den Straßenverkehr führen würden (Zugang zum Markt). Erste Gespräche sollten im März stattfinden.
Selbstverständlich gibt es noch andere Bereiche, in denen eine Zusammenarbeit in Erwägung gezogen werden kann: Zum Beispiel das Programm MEDIA, die Umwelt, die Statistiken, die Anerkennung von Diplomen...
Diese Schweizer Vorschläge betreffend, möchte ich folgende Punkte unterstreichen:



Nationaler Wallfahrtsort ist der Rütli am Vierwaldstätter See, den die Schweizer am 1. August, dem Unabhängigkeitstag, aufsuchen.

Was die Schweiz wünscht, ist, weiterhin am Prozeß der europäischen Integration teilhaben zu dürfen, genauer gesagt, mit der EG ein Netz zu entwickeln von Abkommen, die schon existieren. Eine globale europäische Annäherung ist nach der Abstimmung vom 6. Dezember in dem Stadium nicht möglich. Außerdem würde sie die EG nicht wollen (kein bilateraler EWR, so sagt man). Daher diese Strategie von partiellen Verhandlungen.

Was die Schweiz angeblich wünscht

Die Schweiz kann nicht darauf verzichten, enge Beziehungen mit der EG zu unterhalten. Eine so große Wirtschaftsmacht wie die EG braucht zweifelsohne weniger die Schweiz. Aber wir glauben auch, daß die Schweiz ein interessanter Partner ist, der etwas anzubieten hat.
Die »Philosophie« dieser Annäherung ist die der Gegenseitigkeit und des Gleichgewichts der Rechte und Pflichten. Wir wollen nicht – und außerdem könnten wir niemals – nur die Vorteile aus dem Markt ziehen und den Rest liegen lassen. Man kann stabile Beziehungen nur aufbauen, wenn jeder auf seine Rechnung kommt. Es muß ein gegenseitiges Interesse geben und daher Wechselseitigkeit.

Unsere europäische Politik befindet sich heute in einer schwierigen Kehre. Diese neue Annäherung, die wir versuchen, hat natürlich Grenzen. Der Weg ist schmal und man muß realistisch bleiben. Daher ist es schwierig, sich vorzustellen, daß es das letzte Wort in unserer Integrationspolitik sein soll, besonders zu einem Zeitpunkt, zu dem die EG sich erweitert und ihre Integration vertieft. Grund genug, die gegenwärtige Situation als eine Zeit des Überdenkens und des Abwartens zu sehen für eine spätere Rückkehr zu einer Politik mit mehr Ambitionen.

In diesem Kontext ist es sehr wichtig, die Brücken zwischen Bern und Brüssel/Straßburg nicht zu zerschneiden und die bestehenden Kontakte zwischen der Schweizer Regierung und der Kommission sowie den Mitgliedsstaaten und auch zwischen den Abgeordneten der Schweiz und Europas beizubehalten. □

Wo bleibt die westliche Hilfe für Boris Jelzin?

Andrew Arnold

Im Kielwasser des Zusammenbruchs des alten kommunistischen Systems in der ehemaligen Sowjetunion haben kriminelle Banden, angeführt von den ehemaligen Parteichefs, in Rußland und in den anderen seit kurzem unabhängigen Staaten von der alten Sowjetunion einen Großteil der kommerziellen Tätigkeiten übernommen.

US-Präsident Bill Clintons Plan, dem russischen Präsidenten Boris Jelzin 1,6 Milliarden Dollar zu geben, kommt einer direkten Hilfsleistung an Rußlands Verbrecherschicht gleich.

Die Macht der Syndikate

Mächtige Syndikate des organisierten Verbrechens beherrschen, wie berichtet wird, 90 Prozent der Privatunternehmen in der ehemaligen Sowjetunion. Diese Syndikate sind in Drogenhandel, Mord und weiße Sklaverei verwickelt, und praktisch jedes Handelsunternehmen, privat oder regierungseigen, in der ehemaligen Sowjetunion hat über die letzten zwei Jahre hinweg Hilfe aus dem Westen in der Größenordnung von zehn Milliarden Dollar erhalten.

In der Zwischenzeit haben Rußlands Verbrecherbanden 15 Milliarden Dollar auf Bankkonten im Ausland deponiert, ein Hinweis darauf, was mit zukünftigen Hilfsleistungen geschehen wird. Die Verbrecherbanden stehen im ehemaligen »Arbeiter-Paradies« an der Spitze der politischen Szene und der Geschäftswelt. Außerdem mischen einige Organisationen des Verbrechens legitime Geschäftsunternehmungen, wie zum Beispiel Öl- und Gesteins-Abbaurechte, in ihrem Geschäftsbereich miteinander.

Es gibt derzeit mehr als 4000 kriminelle Gruppen, die von hochrangigen »Unberührbaren« in der Welt der Politik und des Geschäftslebens geleitet werden. Sie üben einen ebenso festen Würgegriff auf die gerade flügge gewordenen Wirtschaften der osteuropäischen Länder aus wie die Kommunistische Partei früher auf das jeweilige politische System ausübte.

Ehemalige Parteibonzen an der Spitze der Syndikate

Nach den Feststellungen eines Akademikers, der seit 1987 das sowjetische organisierte Verbrechen untersucht, steht eine Gruppe ehemaliger Parteiführer, »die sich auf Grund ihrer diversen Verbindungen niemals selbst die Hände schmutzig zu machen brauchen«, in Wirklichkeit an der Spitze der russischen Syndikate des organisierten Verbrechens.

»In solchen Ländern wie Italien und die Vereinigten Staaten wuchs das organisierte Verbrechen zusammen mit dem System auf und drang in dieses ein«, sagte er. »Aber in der ehemaligen Sowjetunion ist es nicht so, daß Banden in das System eindringen – sie sind das System.«

Da diese Personen das Verbrechen und das private Unternehmertum beherrschen, wird damit gerechnet, daß mehr und mehr Bürger die Weisheit des Versuchs von Bill Clinton, Boris Jelzin mit der Zahlung von 1,6 Milliarden Dollar einen Rettungsanker zuzuwerfen, in Frage stellen. Verbrecherbanden aus Usbekistan, Turkmenistan, Kasachstan und Tadtschikistan kontrollieren, wie es heißt, den Drogenhandel in der ehemaligen UdSSR. Sibirien befindet sich in der Gewalt von Vorbestraften aus den alten Strafarbeitslagern. Schmuggler geben St. Petersburg und den baltischen Staaten den Vorzug.

Wolgograd und Saratow tragen im Süden der alten Sowjetunion den gemeinsamen Titel »Mord-Hauptstädte«. Banden aus Tschechtschien, angrenzend an Georgien und Aserbaidschan, bilden die Basis für die berüchtigtste Gruppe, von der man glaubt, daß sie sich auf Aktivitäten im Ausland konzentriert, nachdem sie ihren festen Griff auf Moskau aufgegeben haben.

Die neue Macht in Moskau

Jede Woche werden in der Hauptstadt vier oder fünf führende Geschäftsleute in Bandenkriegen ermordet.

Die neue Macht in Moskau ist die Dagestan-Mafia, gefolgt in ihrem Einfluß von den Georgiern, den Abchasis und den Aserbaidschanis, die 80 Prozent des Drogenhandels in der Stadt beherrschen sollen. In Usbekistan befinden sich 3000 Schlafmohn-Plantagen, die von einheimischen Verbrecherorganisationen geleitet werden. In Turkmenistan und Kasachstan sind riesige Ländereien dem Anbau von Marijuana und Schlafmohn gewidmet, während in dem vom Krieg zerrissenen Tadtschikistan Opium und Marijuana den Dollar als Hartwährung abgelöst haben.

In Ukraine stellen Kleinbauern ihre Feldfrüchte von Obst und Gemüse auf den Anbau von Drogen um. Gangster in Armenien und Tschertschenien, die reich an Öl und Bodenschätzen sind, verkaufen sowohl falsche als auch echte Bohrrechte an Ausländer.

Insassen der sibirischen Gulags haben die Herrschaft über das Gebiet im terroristischen Stil etabliert, während die sowjetischen Rüstungsfabriken im Ural sich umgestellt haben, um die Nachfrage von Verbrechern nach Waffen zu befriedigen.

Russische Mafia beherrscht den ehemaligen Ostblock

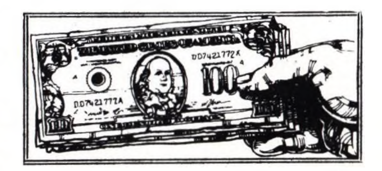
Die russische Mafia hat indessen ihre Macht über die kriminelle Unterwelt im alten Ostblock gefestigt und Prag zu ihrer Operationsbasis gemacht. Die Stadt diente im vergangenen Jahr als Tagungsort eines »Gipfeltreffens« zwischen führenden Verbrechern aus Rußland, Italien und den Vereinigten Staaten.

Russische Gangster haben in Budapest hunderte von Spielkasinos eröffnet. Polen ist zu einem Handelszentrum für illegale Waren und weiße Sklaverei geworden. Die Russen haben Berlin zu ihrer Operationsbasis in Westeuropa ausgewählt.

Bemerkenswert daran ist, daß diese Aktivitäten alle von der Spitze aus gesteuert werden. Die Regierungen in diesen osteuropäischen Ländern sind entweder nur Marionetten der Mafiosi oder die Beamten sind selbst Anführer von Verbrecherbanden und operierten somit straflos.

Eines der erbarmungslosesten, verbrecherischen Elemente hat bereits verlockendere Horizonte in den Vereinigten Staaten entdeckt. Russisch-zionistische Verbrecherbanden sind in großer Anzahl in die Vereinigten Staaten eingewandert, wo ihre Neigung zur Gewalt sogar ihre Konkurrenz, die Mafia und die organisierten Drogenbanden aus Jamaica, von denen viele von den Neuankömmlingen aus ihren alten Jagdgründen vertrieben wurden, in Angst und Schrecken versetzt.

Die Möglichkeit, daß andere Banden aus der ehemaligen Sowjetunion in die Vereinigten Staaten übersiedeln und den Kampf mit den sich bereits dort befindlichen Banden aufnehmen, ist für die amerikanischen Gesetzesvollzugsbehörden eine erschrekkende Aussicht. □

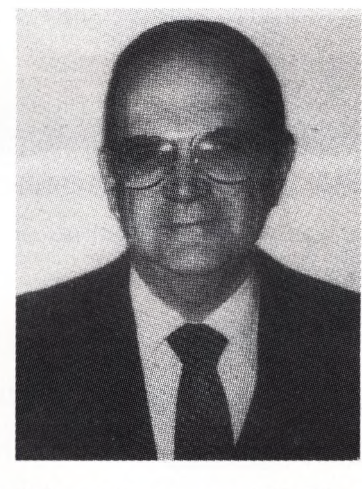


Beginnt jetzt der Terror mit Mini-Atom-waffen?

War der kürzliche Bombenanschlag auf das World Trade Center tatsächlich eine Atomexplosion in geringem Ausmaß? Wer hatte die Fähigkeit, diese Art von Explosion durchzuführen? Diese provokativen Fragen sind das Thema eines Interviews mit dem Atomwissenschaftler Galen Winsor, der 42 Jahre lang an verschiedenen Forschungsvorhaben in der amerikanischen Atomindustrie beteiligt war. Das Interview führte Tome Valentine; seine Fragen sind Fett gedruckt.

Nach allen vorliegenden Berichten war die Explosion im World Trade Center sehr gewaltig. Uns wurde gesagt, es seien 1200 Pfund Dynamit in der Bombe gewesen, das angeblich diesen Schaden verursachte. Was glauben Sie, Galen Winsor, war diese Bombe?

Winsor: Ich bin sicher, daß es genau das war, was John McPhee vor 20 Jahren in seinem Buch »The Curve of Binding Energy« voraussagte, wo er Theodore B. Taylor, einen theoretischen Physiker aus Los Alamos zitierte, der gesagt hat, daß eines Tages jemand das World Trade Center mit einer kleinen Atomvorrichtung in der Größe eines Stück Kaugummis in die Luft sprengen wird.



Galen Winsor war 42 Jahre lang an verschiedenen Forschungsvorhaben der US-Atomindustrie beteiligt.

Atombomben in Aktentaschen

McPhees Buch wurde 1975 veröffentlicht, obwohl die Voraussage erstmals 1973 in der Zeitschrift »New Yorker« veröffentlicht wurde. Taylor arbeitete auf dem Gebiet der Verkleinerung von Atomwaffen – mit anderen Worten, um Atomwaffen so klein zu machen, daß Israelis sie in einer Aktentasche mitführen können.

Warum erwähnen Sie die Israelis? Sind sie die ersten, die Atomwaffen in Aktentaschengröße herstellen?

Winsor: Nein, aber die Israelis waren optimistisch genug, auf diese Technologie abzufahren.

Tatsächlich, sehen Sie, sind die kleinsten Atombomben als »israelische Aktentaschen-Bomben« bekannt.

Taylor sagte, ein Streifen Uran-235 in der Größe eines Kaugummis konnte das World Trade Center in die Luft sprengen?

Winsor: Das ist richtig. Vor 20 Jahren suchte Taylor sich nicht nur das Ziel, sondern auch die Mittel aus.

Wie würde das funktionieren?

Winsor: Es ist genug Kraft vorhanden. Im CNN hieß es, 1200 Pfund Dynamit seien verwendet worden. Soviel Dynamit würde einen großen Lkw nicht einen Lieferwagen des Typs, der, wie gesagt wird, zum Transport der Bombe benutzt wurde, füllen.

Es wäre auch ziemlich schwierig, 1200 Pfund TNT in ein abgesichertes Gebäude wie das World Trade Center hineinzuschmuggeln.

Winsor: Das ist richtig. Warum sollte man das alles tun, wenn man die Sprengladung in einer Aktentasche in das World Trade Center hineintragen kann? Das Einzige was 50000 Menschen davor bewahrt hat, an jenem Tage zu sterben, ist die Tatsache, daß sie die Bombe an der falschen Stelle hochgehen ließen. Sie wollten einen Turm des World Trade Center in den anderen Turm umkippen lassen und mehr als 50000 Menschenleben auslöschen.

Eine Aktentasche voller Sprengkraft

Was hatte Taylor, der von McPhee zitiert wurde, über einen Bombenanschlag auf das Handelsgebäude zu sagen?

Winsor: Er sagte, eine Bombe mit geringen Maßen, die in einem der Türme des World Trade Center zur Explosion gebracht wird, würde diesen umstürzen.

Er war ein theoretischer Physiker, der Anfang der siebziger Jahre schrieb?

Winsor: Das ist richtig.

Die meisten Leute haben die Vorstellung, daß eine Atombombe groß ist, und daß sie eine ganze Großstadt – wie Nagasaki oder Hiroshima – zerstören kann. Die Menschen haben Visionen von pilzförmigen Wolken und Strahlungen überall.

Winsor: Denken Sie daran, daß die Bomben über Nagasaki und Hiroshima in einer Höhe von 620 Metern gezündet wurden, um die größtmögliche Wirkung zu erzielen. Wenn man jedoch eine unter der Erdoberfläche zündet, dann ist es wie die Rauchstöße, die man über der Erdoberfläche sieht, wenn in Nevada 125 Atomvorrichtungen zur Explosion gebracht werden.

Die Atomvorrichtung, die vielleicht im Trade Center zur Explosion gebracht wurde, wäre nicht annähernd so stark wie die von Nevada, nicht wahr?

Winsor: Das stimmt ganz und gar nicht. In meiner Hand halte ich ein Modell für eine Miniatur-Atomvorrichtung in der Größe von etwa zweieinhalb Zoll. Wir hatten in den sechziger Jahren Atomvorrichtungen, die man in einen Rucksack stecken konnte. Diese Vorrichtungen sind seitdem ein gängiger Posten im Jahreshaushalt des Kongresses, obwohl dies nicht weithin bekannt ist. Die Angaben in McPhees Buch wurden jedoch von der »New York Times« und der Zeitschrift »New Yorker« veröffentlicht.

Die Angst vor den Strahlen

Wenn im World Trade Center tatsächlich eine Atomvorrichtung explodiert wäre, hätten dann Experten nicht alle Arten von nuklearer Strahlung am Ort der Explosion aufspüren können?

Winsor: Es gibt leicht tragbare Strahlungsspürgeräte unter Verwendung von ultraviolettem Licht, die man zum World Trade Center bringen kann, um die dort zurückgebliebenen Kernspaltungsprodukte zu finden. Wenn man einen präzisen Test durchführt, kann man sogar sagen, ob es eine Plutonium-Waffe oder eine U-235-Waffe war. Ich kann Ihnen versichern, daß das National Bureau auf Standards (Normenbehörde) bereits dort war, und daß man das Spektrum bereits ermittelt hat. Die Leute können Ihnen das sagen, aber sie haben einen Hang, zu lügen.

Sie suggerieren, daß sie ihre Untersuchungsergebnisse nicht freigegeben haben, weil jeder sofort Angst hätte, von all den Strahlen Krebs zu bekommen?

Winsor: Dreißig Prozent der nuklearen Strahlen, die am 17. Juli 1944 während der Explosion in Port Chicago in Pittsburg, California, hervorgerufen wurden, sind immer noch am Standort vorhanden. Sie sind immer noch

meßbar. Deshalb machte die Navy gewissen Leuten – mich eingeschlossen – soviel Schwierigkeiten, als sie dort hineingehen und die Strahlenemission messen wollten.

Die Waffe, die in Port Chicago explodierte, hatte einen Druchmesser von fünf Zoll. Sie hatte 37 Pfund, auf 93 Prozent angereichertes U-235 in sich. Ich habe mit dem Mann gesprochen, der das Uran für genau diese Waffe aufbereitet hat, bei der es sich um eine Geschützrohr-Waffe mit glatter Bohrung handelte.
Die Explosion in Port Chicago baggerte in weniger als einer Sekunde 14 Millionen Kubikfuß Felsgestein aus dem Flußbett des Sacramentos heraus. Sie können darauf wetten, daß es eine Atombombe war.

Eine »kleine, niedliche« Uhr

Diese kleinen Atombomben, die wir heute haben, können nicht entdeckt werden, bevor sie hochgehen, aber man kann sie mit Sicherheit nach der Explosion durch Ablesung der ultravioletten Lichtspektren oberhalb von ihnen aufspüren.

Nun sagen Sie, die kleisnte Atomwaffe, die es gibt, sei als israelische Aktentaschen-Bombe bekannt. Wie lange gibt es diese Waffe schon?

Winsor: Seit 1972, als sie eine isotopische Trennung zustande brachten, wobei sie 99,99 prozentig reines Plutonium-239 herstellen konnten.

Der Schlüssel zur Herstellung dieser Miniaturbomben ist also die Fähigkeit, diesen besonderen reinen Treibstoff herzustellen?

Winsor: Das Modell einer Miniatur-Atombombe, das ich besitze, das zweidreiviertel Zoll lang ist, wurde mit 94prozentig reinem Pu-239 hergestellt. Wer weiß, wie klein eine Waffe ist, die 99,99 prozentig reines Pu-239 enthält?

Sie haben tatsächlich das Modell einer solchen Waffe?

Winsor: Was ich habe, ist eine kleine Aluminiumkugel, die gegossen wurde, um die Gießform für eine solche Waffe herzustellen. Man kann diesen Gegenstand nicht an seiner Form erkennen.

Ich habe das Ding in den letzten zehn Jahren wahrscheinlich 100mal an den feinsten Sicherheitssystem der Bundesregierung und der verschiedenen Fluggesellschaften vorbeigetragen, und sie haben es nicht entdeckt. Wenn sie es aufspüren, dann schauen sie es sich an und sagen: »Das ist aber eine niedliche kleine Uhr«, weil es eine Timex-Uhr auf der Oberfläche hat.

Es ist tatsächlich viel größer als die israelischen Aktentaschen-Bomben. Ich trug es in ein Gebäude der Bundesbehörde in Portland, Oregon, hinein, als ich das Büro des Senators Mark Hatfield aufsuchte.

Die Löcher im Kontrollsystem

Als langjähriger Atomwissenschaftler kennen Sie diese Fähigkeit, aber ich habe nirgendwo in den Medien gelesen, daß diese auch für Atomwaffen verfügbar ist. Warum nennt man dies die israelische Aktentaschen-Bombe?

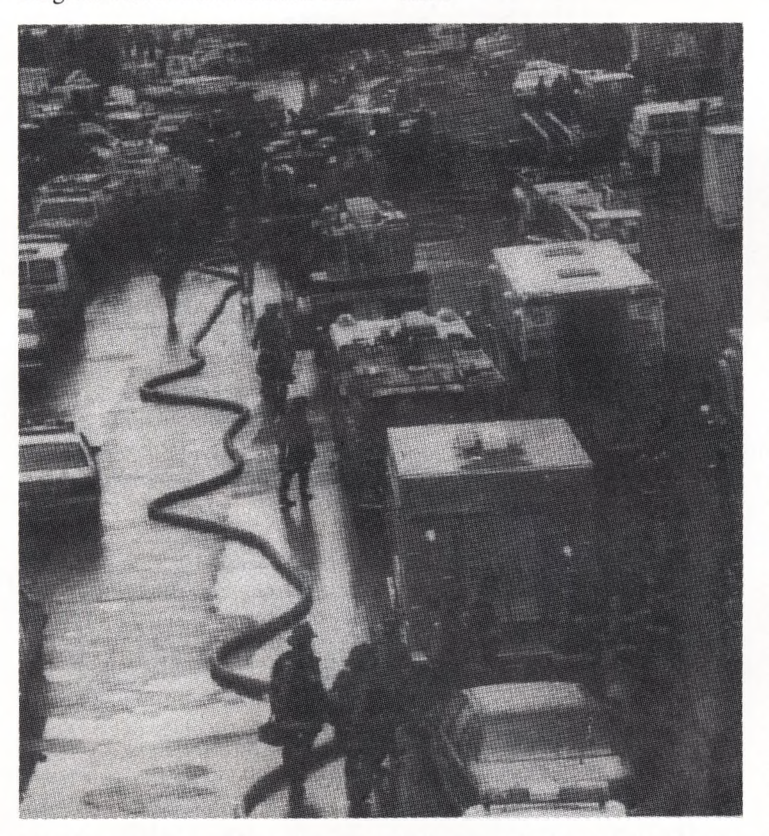
Winsor: Weil die Israelis von Anfang an einen wesentlichen Anteil an dieser Technologie hatten. Mir wurde meine erste geheime Waffe 1967 von einem Burschen auf dem Dach eines Gebäudes in Augusta, Georgia, angeboten.

Er sagte mir, ich könne sie in weniger als drei Wochen in Händen halten.

Es sind Löcher in diesem System – ganz große Löcher. Die Israelis haben vorgegeben, dieses Material unter Kontrolle zu haben, und das war jahrelang nicht der Fall.

Mit anderen Worten, Sie sagen, es habe eine große Weiterverbreitung dieser Atomwaffen gegeben, und daß dies viel schlimmer ist, als uns bewußt ist?

Winsor: Das ist richtig. Erinnern Sie sich an Robert Maxwell, der englische Verleger-Magnat, der auf geheimnisvolle Weise ums Leben gekommen war, als seine Leiche in der Nähe seiner Jacht im Wasser treibend aufgefunden wurde? Er war der Hauptvermarkter dieser Waffen. Maxwell hatte einen Normen-Katalog. Man brauchte die Waffe nur an Hand seiner besonderen Nummer auszuwählen. Sie waren nach ihren Leistungen eingestuft.



Der Einsatz der Rettungsmannschaften nach der Explosion im World Trade Center in New York.

In Ihren 42 Jahren im Atomgeschäft waren Sie dafür verantwortlich, eine Menge nuklearer Treibstoff für Firmen zu kaufen.

Winsor: Dieser Treibstoff ist in viele verschiedene Richtungen gegangen. Nicht nur das, sondern ein Großteil des sogenannten Atom-Mülls, der hierzulande vergraben ist, ist 72prozentiges Pu-239. Es ist leicht, dieses auf 99,99 Prozent zu bringen.

Miniatur-Atombomben sind über den ganzen Erdball verbreitet

Mit anderen Worten, wenn Sie es auf Grund Ihrer Talente als Atomwissenschaftler tun können, dann können andere es auch tun.

Winsor: Taylor, der in McPhees Buch zitiert wird, sagt: »Die Herstellung einer Atombombe erfordert nicht unbedingt die Fertigkeit und den Erfindungsgeist, der in Bee, Hornet und Skorpion – das heißt, kleinere Atomwaffen – gesteckt wurde. Die Rohanfertigung einer Waffe mit geringer Leistung könnte Tausende von Menschen töten und hohe Gebäude zum Einsturz bringen.«

Es war vor 1956, daß diese Waffen – Bee, Hornet und Scorpion – hergestellt wurden.

Einer unserer Leser hat früher im Laboratorium von Los Alamos gearbeitet. Er sagt, dort wurden vor rund 20 Jahren kleine Rucksack-Waffen hergestellt. Eine Detonationsvorrichtung muß daher nicht unbedingt ein umständlicher Mechanismus sein?

Winsor: Natürlich nicht. Der Kern der Nagasaki-Bombe bestand nur aus 13 Pfund Plutonium – etwa die Größe eines Baseball-Balles. Alle übrigen Bomben waren nur Schabracken. Man mußte die Illusion erwecken, daß diese Bomben sehr groß waren. In jenen Anfangstagen konnte man diese Atombomben nicht ungestraft über die ganze Erdoberfläche bewegen.

Und jetzt sind diese Miniatur-Atombomben über den ganzen Erdball verbreitet. Diese Waffen kann man in Diplomatenkoffern von Botschaft zu Botschaft, von einem Land in ein anderes, bei sich führen. □

Terrorismus

Wer profitiert von der Angst?

Victor Marchetti

Jetzt, wo die Untersuchung über den Bombenanschlag auf das World Trade Center (WTC) voranschreitet und weitere Tatsachen an die Öffentlichkeit durchsickern, wird die ganze Angelegenheit immer merkwürdiger. Der Bombenanschlag scheint das Werk einer Gruppe von Amateur-Terroristen zu sein, die durch ihre Hingebung zur islamischen fundamentalistischen Ideologie und von daher gesehen ihrem Haß auf das zionistische Israel und dessen Verbündeten, die USA, motiviert werden. Und obwohl die meisten der Täter geschnappt wurden, ist die Angelegenheit weit davon entfernt, daß sie zu den Akten gelegt werden kann, sagen die Untersuchungsbeamten.

Es gibt mehrere rätselhafte Spuren, die die Fahndung sehr komplizieren. an erster Stelle steht die »Afghanzi Connection«. Afghanzi ist der Begriff, der benutzt wird, um jene Eiferer des islamischen Fundamentalismus zu bezeichnen, die von der CIA und anderen angeworben – und von diesem Geheimdienst und dem Mossad ausgebildet – wurden, um zusammen mit den Mudjahedin-Rebellen gegen die Sowjets und deren Marionetten in dem langen, blutigen Bürgerkrieg von einem Jahrzehnt zu kämpfen.

Wieder einmal wiederholt sich die Geschichte

Wie in der Vergangenheit – Kuba, Vietnam und mehrere andere Abenteuer, bei denen verdeckte paramilitärische Operationen eine große Rolle spielten – wurden die von Amerika geförderten Guerillas im Stich gelassen, sobald die Krise vorbei war und ihre Dienste nicht mehr benötigt wurden. Viele dieser Freiheitskämpfer setzten jedoch ihre Kreuzzüge fort und bereiteten allen Beteiligten – einschließlich der amerikanischen Regierung – große Schwierigkeiten. Nun wiederholt sich anscheinend wieder einmal die Geschichte. Der angebliche Rädelsführer des Anschlags auf das WTC, Mahmud Abohalima, war ein Afghanzi, der als von dem CIA unterstützter Guerilla im afghanischen Krieg kämpfte.

20000 bis 40000 Fanatiker des islamischen Fundamentalismus wurden als Afghanzis angeworben, und viele von ihnen laufen nun in der gesamten moslemischen Welt – und im Westen – frei herum. Dies stellt für Amerika ein Problem dar, mit dem die amerikanische Regierung gerade erst beginnt, fertigzuwerden. Indessen macht sich der israelische Geheimdienst bereits, die Angst, die dies in den USA hervorruft, zum Vorteil des Judenstaates zunutze.

Informanten aus Israel berichten, daß das Intelligence Evaluation Office (IEO), Geheimdienst-Auswertungsbehörde der israelischen Armee, Journalisten anspornt, die Parole zu verbreiten, daß der Iran bei der Organisation der verschiedenen moslemischen terroristischen Gruppen, die im Nahen Osten und im Westen, einschließlich USA, operieren, zu einer gemeinsamen Kommandostruktur unter der Kontrolle der Mullahs in Teheran zu organisieren, die Führung übernommen habe. Laut IEO sind iranische Agenten auch stark in die Anwerbung der Afghanzi verwickelt, von denen nicht wenige jetzt in den Vereinigten Staaten leben.

Israel beschuldigt den Iran

Das IEO hebt auch die Rolle von Unterstützungsgruppen hervor, die, wie es behauptet, in den USA stationiert seien und die Aktivitäten der palästinensischen Rebellen, wie zum Beispiel die Hamas, in den besetzten Gebieten Israels finanzieren. Der israelische Geheimdienst sagt, das entstehende weltweite Terror-Netzwerk werde von Irans Außenministerium koordiniert, und dieses Netzwerk schließe die Moslemische Bruderschaft, die Hisbollah, Hamas und andere extremistische Organisationen ein.

In den USA verbreitet der israelische Geheimdienst das gleiche Thema durch seine Agenten in der zionistischen Lobby. Einer der Teilnehmer an der Konferenz des American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) in Washington war Shimon Erem, ein ehemaliger Ausbilder am israelischen National Security College. Erem, dessen Name in der Pollard-Affäre auftauchte, operiert derzeit aus Los Angeles heraus.

Laut Mitteilung eines Informanten in der zionistischen Gemeinde sagt Erem, seine »Hauptaufgabe« bestehe darin, die US-Regierung auf die Bedrohung des islamischen Fundamentalismus aufmerksam zu machen – und eine »zentralisierte koordinierende Behörde« im Weißen Haus Clintons zur Bekämpfung des Terrorismus zu arrangieren. Erem verbrachte mehrere Tage auf der AIPAC-Konferenz und setzte von dort aus den amerikanischen Kongreß in dieser Sache unter Druck. Er sagte, die Republikaner seien entgegenkommender gewesen als die Demokraten, mit denen er gesprochen habe.

Die Spur führt zum CIA-Hauptquartier

Aber selbst Erem bezog sich ausdrücklich auf den Abgeordneten Dave McCurdy, den ehemaligen Vorsitzenden des House Intelligence Committee (Ausschuß, der sich mit den Geheimdiensten befaßt), als sehr starken Verbündeten und »sehr guten Freund Israels«. Am Tage, nachdem er mit Erem zusammengetroffen war, wurde er beobachtet, als er mit Präsident Bill Clinton joggte.

Erem hatte jedoch noch eine zweite Aufgabe, wie unser Informant sagt. Diese bestand darin, Beamte des US-Justizministeriums zu überreden, die strafrechtliche Verfolgung der Anti-Defamation League (ADL) durch das FBI und das Polizeipräsidium in Los Angeles wegen des Diebstahls von amtlichen Akten niederzuschlagen. Erem vertritt irgendwie unlogisch die Auffassung, daß die Ausspionierung amerikanisch-arabischer Gruppen ebenso wie örtlicher Polizeistationen und des FBI durch die ADL für die nationalen Interessen Amerikas lebenswichtig seien.

Der israelische Agent sagt, der ehemalige Leiter des CIA, Robert Gates, habe das Problem mit dem islamischen Terrorismus begriffen, Präsident Bush aber nicht. Erem setzt hinzu, der Leiter des FBI, William Sessions, und seine Dienststelle tappten in dieser Angelegenheit »100prozentig im Dunklen«, und der neue Generalstaatsanwalt Janet Reno sei sich des Problems nicht bewußt.

Obwohl er zugibt, daß ein Großteil der islamischen terroristischen Tätigkeiten auf den Raum New York-New Jersey konzentriert ist, behauptet Erem, das Geld hinter diesen Aktivitäten werde an Schlüsselstellen – Chicago, Detroit und in den Vororten von Washington –, die alle große moslemische Minderheiten beherbergen, aufgetrieben.
In Nordvirginia befindet sich das Hauptquartier des CIA und dort war auch der Tatort eines terroristischen Zwischenfalles einen Monat vor dem Bombenanschlag auf das WTC in New York. Noch interessanter ist die Tatsache, daß der angebliche Revolverheld bei den Tötungen des CIA, Mir Aimal Kansi, aus der Stadt Quetta in Pakistan stammt – die während des Krieges in Afghanistan Standort einer großen Operationsbasis des CIA war. □



Wer hat Martin Luther King wirklich getötet?

Michael Collins Piper

Es gibt viele Menschen in der Welt, die das Andenken von Dr. Martin Luther King jun. nicht hochhalten. Es gibt viele Dinge in Kings Vorgeschichte, an denen sich manche Leute stoßen. Nichtsdestoweniger steht außer Frage, daß Kings Leben in der Geschichte der Vereinigten Staaten eine große Rolle gespielt hat.

Beweise haben ergeben, daß King das Opfer einer Verschwörung - dazu einer solchen auf hoher Ebene - war. James Earl Ray, der Mann, der wegen des Mordes an King eine lebenslängliche Haftstrafe absitzt, sagt, er sei unschuldig. Ray sagt, man habe ihn über den Tisch gezogen und dann unter Druck gesetzt, das Verbrechen einzugestehen.

Vertuschung durch die Medien

Mark Lane, der als Rays Anwalt diente und selbst ein Freund und Gefährte von Dr. King war, und der Komiker und Bürgerrechtsführer Dick Gregory - auch ein enger Freund von King -, glauben beide an Rays Unschuld. Sie haben die Beweise offengelegt, die dies belegen. Sie haben auch Beweise, die auf eine Verschwörung auf hoher Ebene in der Mordsache King hindeuten. Ihr Buch »Murder in Memphis« (»Mord in Memphis«) erzählt die ganze Geschichte.

Wer irgendwelche Vorbehalte hinsichtlich des Lebens und der Arbeit von Dr. King hegt, sollte diesen Band lesen, denn er enthält ein intimes Porträt von King, dargestellt von zwei Männern, die ihn gut kannten und die sich mit dem Establishment angelegt haben, um Gerechtigkeit für James Earl Ray zu erlangen und Kings wirkliche Mörder zur Rechenschaft zu ziehen. Man kann nicht umhin, nach der Lektüre dieses Buches ein tieferes Verständnis dafür zu haben, wer Martin Luther King in Wirklichkeit war, und was er zu erreichen versuchte.

Interessant an dieser Sache ist, daß, obwohl die Medien des Establishments King weiterhin als soetwas wie einen Heiligen darstellten, die gleichen Medien merklich ruhig sind, wenn es darum geht, die Wahrheit über seine Ermordung aufzudecken. Dies ist natürlich eine Ironie, aber leicht zu verstehen, wenn man die Tatsache erkennt, daß es innerhalb des Establishments Kräfte gab, die King den Tod wünschten - und die ihr Ziel auch erreicht haben.

King war keineswegs das Opfer einer Ku-Klux-Klan- oder »Haß-Gruppen«-Verschwörung. Er fiel einer Verschwörung des Establishments zum Opfer, wahrscheinlich genau aus dem Grund, daß er das Boot des Establishments ins Wanken brachte.

Eine Bedrohung für Meyer Lansky

King - zusammen mit einem anderen schwarzen Führer, Malcolm X., der auch, wie King, unter geheimnisvollen Umständen ums Leben kam - drohte damit, die schwarze Gemeinde von der Knute mächtiger Kräfte innerhalb des Establishments, die es vorzogen, die Schwarzen unter Kontrolle zu halten - sozusagen in einem Korral - zu befreien.

Es gibt mehr als ein paar Leute, die argwöhnen, daß auch das organisierte Verbrechen bei der Verschwörung zum Mord an King eine Rolle gespielt hat, denn die kriminelle Unterwelt, am besten durch den Angelpunkt des internationalen Mobs, Meyer Lansky, personifiziert, scheffelte von der schwarzen Gemeinde Milliarden durch Drogen, Spielhöllen, Prostitution, Vermarktung von illegalen Arbeitskräften und Erpressung.

Kings Vorstoß zur Selbstbehauptung der Schwarzen war für Lansky und seine Kumpels, ebenso wie für ihre Partner des Verbrechens im FBI und im CIA, beides Gebilde, von denen wir wissen, daß sie von einer durch die Unterwelt beeinflußten Korruption durchsetzt sind, eine Bedrohung.

Aus den Propagandamühlen des FBI und CIA

Darüber hinaus stellte Kings wachsende Achtung unter Führern der Dritten Welt für die internationalen Intrigenspiele des CIA eine Bedrohung dar. Viele der Behauptungen, daß King und gewisse Führer der Dritten Welt, Schwarze wie Weiße, »Kommunisten« seien oder unter dem Einfluß des Kommunismus stünden, kommen direkt aus den Propagandamühlen des FBI und des CIA.

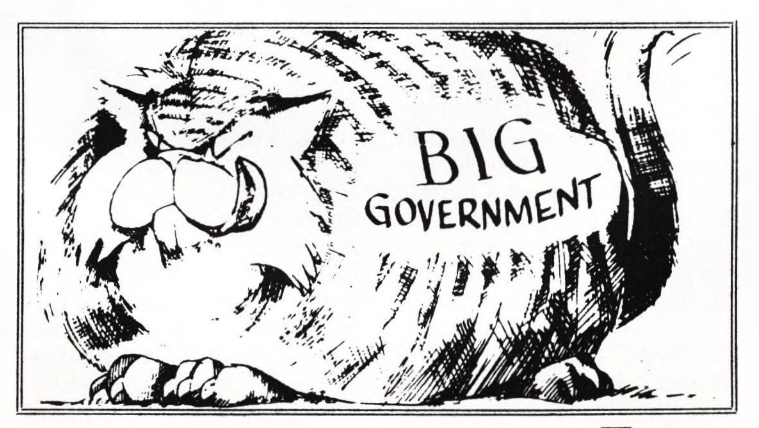
Dies alles müssen diejenigen im Gedächtnis behalten, die dazu neigen, eine negative Ansicht über King zu vertreten. Man kann einen Mann durchaus nach seinen Feinden beurteilen.

Auf jeden Fall eröffnet »Murder in Memphis« von Mark Lane und Dick Gregory eine neue Perspektive über King und über die Intrige, die zu seiner Ermordung führte.

In seinen Memoiren unter dem Titel »Tennessee Waltz« erzählt Ray seine Geschichte mit seinen eigenen unzensierten Worten - ein erregender »Insider«-Bericht darüber, wie Ray in die Verschwörung verstrickt wurde, die zu dem Mord an King und zu Rays eigener falscher Haftstrafe für das Verbrechen führte. Liberty Lobby hat noch einen begrenzten Vorrat an diesem historischen Buch - das offiziell jetzt vergriffen ist -, und das auf der Grundlage, wer zuerst kommt, wird zuerst bedient, zum Preis von 35 Dollar pro Exemplar erhältlich ist.

Rays Erstausgabe von »Tennessee Waltz« ist eigentlich viel besser als eine überarbeitete und später veröffentlichte Fassung des gleichen Buches, die unter der Überschrift »Who Killed Martin Luther King?« neu herauskam. Letzteres ist jedoch insofern interessant, als es auch ein Vorwort von Mark Lane und eine Einführung von Jesse Jackson enthält. »Who killed Martin Luther King?« ist zum Preise von $ 23,95 von Liberty Lobby zu beziehen.

»Murder in Memphis: The FBI and the Assassination of Martin Luther King« von Mark Lane und Dick Gregory, 310 Seiten, Paperback. Erhältlich, wie die anderen Bücher bei Liberty Library, 300 Independence Ave., SE, Washington, D. C. 20003, Preis $ 15,95. □



Franklin D. Roosevelt

US-Soldaten als Versuchs-kaninchen

Mike Blair

US-Präsident Franklin Delano Roosevelt, der musterhafte, fortschrittliche Demokrat und Born der Leidenschaft, befahl, daß Giftgas an amerikanischen Soldaten ausprobiert wurde und diese nicht davon unterrichtet werden sollten.

Der Chemical Warfare Service des Kriegsministeriums während der Regierung von US-Präsident Franklin D. Roosevelt benutzte 60000 amerikanische Soldaten dazu, die Wirksamkeit verschiedener Giftgase, die gegen Deutschland und Japan eingesetzt werden sollten, zu testen.

Der stellvertretende US-Verteidigungsminister William Perry erklärte kürzlich einen Eid der Geheimhaltung, der seit mehr als einem halben Jahrhundert besteht und ahnungslosen Teilnehmern an diesen grauslichen Versuchen auferlegt wurde, für null und nichtig. Pläne werden entworfen, Zehntausende von streng geheimen Dokumenten, die sich auf die hundsgemeinen Experimente beziehen, die an den Soldaten des eigenen Landes ausprobiert wurden, aus der Geheimhaltung herauszunehmen. Dies, so glaubt man, wird denjenigen, die in diese Tests verwickelt waren, helfen, das Anrecht auf eine Kriegsrente zu erwerben.

Mit Giftgas gegen die Deutschen und Japaner

Aus Militärarchiven geht hervor, daß mehrere Male während des Zweiten Weltkriegs Präsident Roosevelt und der britische Premierminister Winston Churchill in Erwägung gezogen haben, sowohl gegen deutsche als auch gegen japanische Streitkräfte Giftgas einzusetzen.

Die Enthüllung, daß die Versuche sich von einem Tropfen der tödlichen Chemikalien, auf den Arm eines GIs geträufelt, bis zum Befehl an Soldaten, auf dem Bauch über verseuchte Felder zu kriechen, erstreckten, ist einem Bericht zu entnehmen, der nach einer vom Institute of Medicine, das zur National Academy of Sciences (Staatliche Akademie der Wissenschaften) gehört, durchgeführten Studie herausgegeben wurde.

Die Versuche wurden von der Armee und der Kriegsmarine in den Staaten Alabama, Alaska, California, Florida, Louisiana, Mississippi, Maryland und Utah sowie auf Versuchsstationen in der Panama-Kanal-Zone durchgeführt. Tests wurden sogar in der amerikanischen Hauptstadt Washington unternommen.

»Was wir gefunden haben, sind Beweise für Verrat und ein trauriges Legat«, sagte Dr. David P. Rall, der die Studie leitete. »Sie haben sich den Versuchen unterzogen, und dann wurden sie ignoriert. Sie wurden zweimal mißhandelt«, sagte Rall von den Opfern, von denen Tausende jetzt böse Nachwirkungen erleiden, »zuerst bei den geheimen Versuchen und dann durch das Bestreiten von offizieller Seite, das jahrzehntelang anhielt«.

Bei der Gesamtzahl der Fälle handelt es sich um 4000 Experimente an Soldaten und Seeleuten, einschließlich der Versuche in Gaskammern und unter Feldkampfbedingungen, in einigen Fällen sogar ebenso schwerwiegend als seien die Betroffenen tatsächlich Chemikalien auf dem Schlachtfeld ausgesetzt.

Vier Tausend schwere Fälle

Zu den bei diesen Versuchen verwendeten tödlichen Gasen gehörte Senfgas, ein Blasen hervorrufendes Mittel, und Lewisit, ein aus Arsen hergestelltes giftiges Gas.

In dem Bericht wurden die Militärbehörden wegen der Art und Weise, in der die Experimente durchgeführt wurden, und für das Fehlen einer langfristigen Be-



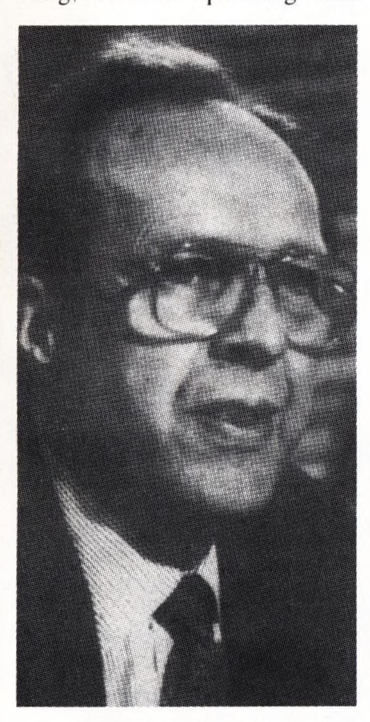
US-Präsident Franklin D. Roosevelt experimentierte mit Giftgas an 60000 amerikanischen Soldaten.

wertung der Opfer, um festzustellen, wie sich dies auf ihre Gesundheit ausgewirkt hat, kritisiert.

In vielen Fällen erhielten die Soldaten und Seeleute als Gegenleistung für ihre Teilnahme an den Versuchen ein paar Tage Urlaub. Sie wurden jedoch nicht über die Natur dessen, was sie taten, in Kenntnis gesetzt.

»Meine gesundheitlichen Probleme begannen alle, nachdem ich jene Dämpfe eingeatmet hatte«, sagte Joseph Butash, 71, aus Scranton, Pennsylvania.

Er litt an Asthma, Aufblähung, chronischer Kehlkopfentzündung, erhöhte Spannung und



William Perry, stellvertretender US-Verteidigungsminister, brach das Schweigen über die grauslichen Versuche.

Doppelsichtigkeit als Folge davon, daß er 1943 im Edgewood Arsenal in Maryland Giftgas ausgesetzt wurde.

»Die Regierung hat mir niemals gesagt, daß man mich Giftgas ausgesetzt hatte«, erläuterte Butash.

Außer den 60000 Soldaten gibt es Hunderte, vielleicht Tausende von anderen Personen, die Giftgasen ausgesetzt wurden, darunter Arbeiter, die Mittel zur Chemie-Kriegsführung herstellten.

»Obwohl man spätestens 1933 Erkenntnisse darüber hatte, daß Senfgas und Lewisit langfristige Gesundheitsschäden hervorrufen können, besonders bei denjenigen, die dadurch schwere Verbrennungen und Einatmungsverletzungen erleiden, sorgten die Militärbehörden nicht einmal für eine kurzfristige Beobachtung der Männer«, heißt es in dem Bericht.

Schweigen über die grausamen Experimente

Die Experimente mit Senfgas und Lewisit wurden bis Juni 1991, als das Department of Veterans Affairs (DVA), das Ministerium, das sich mit Angelegenheiten der



Winston Churchill zeichnete sich im Zweiten Weltkrieg durch Zynismus, Skrupellosigkeit, Erbarmungslosigkeit und Heuchelei aus.

Kriegsteilnehmer befaßt, eine Entschädigung für sieben Krankheiten genehmigte, von denen man glaubt, daß sie mit den Experimenten in Zusammenhang stehen, darunter Asthma, Kehlkopfentzündung, chronische Bronchitis, Emphysem (Aufblähung) und drei Augenleiden gehören. In der Studie wird verlangt, daß Atmungsstörungen und Hautkrebs, eine Art von Impotenz und psychologische Störungen mit auf die Liste gesetzt werden. Die Experimente wurden in erster Linie durchgeführt, um die Wirkung von Senfgas und Lewisit zu verhindern oder zu mildern.

Die Beteiligten, darunter viele, die schwere Verbrennungen und andere Verletzungen davontrugen, wurden unter Androhung von Haftstrafen zur Geheimhaltung vereidigt, und es wurde ihnen sogar befohlen, ihren Familien oder Ärzten niemals etwas über die Ursache irgendwelcher sich daraus ergebenden Leiden zu erzählen.

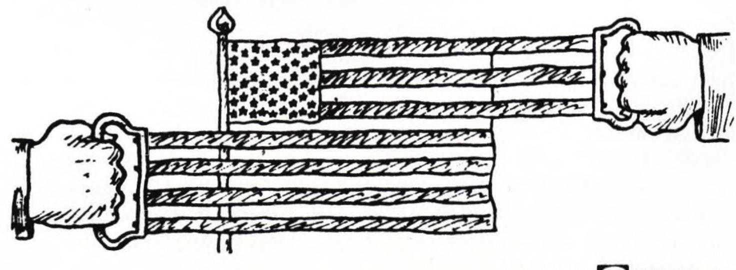
Als Folge davon forderte das DVA die Studie des Institute of Medicine zu einem Kostenpunkt von 600000 Dollar. Das Institut stellte ein 15köpfiges Gremium zusammen, um nahezu 2000 Berichte und Dokumente über die Experimente und deren Auswirkungen auf die zu Versuchszwecken benutzten Menschen zu studieren.

Das Ergebnis dieser Studie ist, daß das DVA ärztliche Versorgung und monatliche Krankengelder bis zu 1730 Dollar an die mehr als 4000 Opfer der umfangreichen Kammer- und Feldversuche gewähren wird. Bislang ist noch nicht genau festgelegt worden, welche böse Auswirkungen über lange Zeit hinweg diejenigen erlitten haben, denen man Tropfen von Substanzen auf den Arm träufelte

»Die Jahre des stillen Leidens sind für diese Veteranen des Zweiten Weltkriegs, die während ihrer Militärzeit an geheimen Versuchen beteiligt waren, zuende«, sagte Anthony Principi, amtierender Sekretär des DVA in der verflossenen Regierung von US-Präsident George Bush.

»Jetzt«, setzte Rall hinzu, »Jahre später, ist es höchste Zeit, die Dinge in Ordnung zu bringen.«

Perry hat Beamte des US-Verteidigungsministeriums angewiesen, bis zum 31. Juli 1993 spezifische Informationen über die unmenschlichen Versuche zu sammeln, unter anderem über die Standorte, wo die Versuche stattfanden, über die dort seinerzeit stationierten Militäreinheiten, sowie über spezifische Einzelheiten bezüglich der Herstellung der Gase, unter Angabe der Namen und Dienstnummern aller Beteiligten. □



Wer ergreift für wen Partei?

Mike Blair

Könnten Amerika und damit seine Verbündeten in einen weiteren Krieg in Südostasien hineinschlittern? Dieses furchterregende Szenario wird immer wahrscheinlicher, nur daß diesmal Amerikas Verbündeter das kommunistische Vietnam und der Feind Rotchina wäre.

Amerikanische und vietnamesische Verhandlungspartner haben insgeheim über »einen gegenseitigen Sicherheitspakt« diskutiert, der der Aufhebung des amerikanischen Handelsembargos gegen Vietnam und der Normalisierung der Beziehungen zwischen Washington und Hanoi folgen wird.

Wieder geht es um Öl

Ein solcher Pakt könnte schließlich zu einer Militärhilfe der USA für Hanoi im Falle einer Auseinandersetzung zwischen Vietnam und Rotchina führen. Amerikanische Soldaten könnten sich wieder einmal in einem Krieg in den Dschungeln von Südostasien wiederfinden.

Die Chinesen haben mit einem gewaltigen Aufbau ihrer militärischen Streitkräfte begonnen, und falls es bei den Streitgesprächen über die ölreichen Regionen im Südchinesischen Meer zu einem Krieg kommen sollte, soll Vietnam eingekreist werden. Die Gewässer, in denen sich die Ölfelder befinden, an deren Entwicklung – durch Joint-Ventures mit amerikanischen Ölgesellschaften – Vietnam interessiert ist, werden auch von Rotchina als territoriale Gewässer des kommunistischen Imperiums beansprucht.

Ein paarhundert Meilen östlich des alten US-Militärstützpunktes Danang, im einstigen Südvietnam gelegen, haben die Rotchinesen in aller Stille auf Woody Island, eine der vielen Inseln der Paracel-Kette, die Vietnam vor Jahren von Rotchina entrissen wurde, einen großen Flughafen und eine Werft gebaut.



Das kommunistische Regime von Deng Xiaoping könnte Ziel einer militärischen Auseinandersetzung werden, in der die USA und Vietnam Partner sind.

Bei Chan-chiang, auf der Halbinsel der Provinz Kwangtung, nördlich der Insel Hainan, die zum Festland China gehört, haben die Rotchinesen, knapp eine Flugstunde von Vietnam entfernt, einen Luftstützpunkt ausgebaut.

Ein Stützpunkt zum Auftanken

Die dort stationierten Flugzeuge können Düsenbomber in der Luft auftanken, wodurch deren Reichweite nach überall in Asien hin erweitert wird.

Die Rotchinesen haben kürzlich längs ihrer südlichen Grenze zu Vietnam, im gleichen allgemeinen Gebiet, in das sie 1979 einmarschiert sind, drei Divisionen, unterstützt von schwer gepanzerten Einheiten und schwerer Artillerie, ausschwärmen lassen.

Unsere Korrespondenten erfuhren, daß das amerikanische Militär den Vietnamesen bereits hochauflösende Satellitenbilder der rotchinesischen Truppenkonzentrationen zur Verfügung gestellt hat, ein Schritt, der, wie berichtet wird, die Rotchinesen in Harnisch gebracht hat.

Westlich der Halbinsel Indochina in der Bucht von Bengalen haben die Rotchinesen Zugang zu einem Marinestützpunkt, den sie für Burma – jetzt Myranmar – auf der Insel Hanggyl gebaut haben. Die Rotchinesen haben dort auch eine große elektronische Überwachungsstation eingerichtet.

Zum Süden hin hat die Kriegsmarine der Volksrepublik China eine Marine-Einsatzgruppe, bestehend aus Dutzenden von Schiffen, auf und um die Spratley-Inseln herum, die sich über hunderte von Quadratmeilen südlich des Südchinesischen Meeres erstrecken und ungeachtet von Ansprüchen, die andere Länder, einschließlich Vietnam, die Philippinen, Malaysia, Indonesien und Brunei auf sie erheben, voll und ganz von Rotchina beansprucht werden, ausschwärmen lassen.

Die Stationierung der rotchinesischen Kriegsmarine auf den Spratley-Inseln schließt drei diesel-elektrische U-Boote sowjetischer Bauart der Romeo-Klasse ein.

Werden Vietnam und die USA Partner?

CODE erfuhr, daß Admiral Charles Larson, Chef des US-Pacific Command, an diesen Verhandlungen zur gegenseitigen Verteidigung teilgenommen hat.

Wie berichtet wird, gehörten die Rückgabe der Camh Ranh Bay, einer riesigen Anlage der US-Navy während des Vietnam-Krieges, an die Vereinigten Staaten zu den Gesprächsthemen. Sie wäre dann ein Ersatz für die Subic Bay Navy Base auf den Philippinen, aus der sich die amerikanischen Streitkräfte im vergangenen Jahr zurückgezogen haben.

Die amerikanische Regierung stand unter Druck, das Handelsembargo aufzuheben und amerikanischen Firmen zu gestatten, mit Vietnam Geschäfte zu tätigen, vor allem mehrere große US-Ölgesellschaften, die begierig darauf sind, in Ölfeldern vor der Küste Vietnams mit Bohrungen zu beginnen.

Zu den interessierten Ölgesellschaften zählen Mobil, Unocal, Amoco, Exxon, Conoco und Marathon. Mobil hat nicht einmal auf die Aufhebung des Handelsembargos gewartet, um sich in den großen Ansturm auf das Öl zu stürzen, nachdem es sich mit der japanischen Arabian Oil Co., die mit Vietnam einen Vertrag für Bohrrechte abgeschlossen hat, zusammengetan hat.

Auf der Suche nach Öl

Peking hat der Crestone Energy Corp. aus Denver einen Vertrag zugesprochen, um auf den Spratley-Inseln nach Öl zu suchen und zu bohren, und hat versprochen, die Ölbohrungen notfalls mit seiner ganzen Flotte zu schützen.

Das Problem besteht darin, daß die Gebiete, die von Vietnam zur Verpachtung an amerikanische Ölgesellschaften vorgesehen sind, sich auf dem Territorium befinden, das von den Rotchinesen beansprucht wird, und ein Teil der von den Vietnamesen beanspruchten Ölfelder auf den Spratley-Inseln liegen gefährlich nahe an der Stelle, wo Crestone im Namen Rotchinas nach Öl sucht.

Die Rotchinesen und Vietnamesen lagen sich schon 1988 in den Haaren, als rotchinesische Schiffe drei vietnamesische Kanonenboote versenkten.

Malaysia ist inzwischen über das Eindringen und den Vorstoß von Marinestreitkräften auf den Spratley-Inseln so beunruhigt, daß es dem wiedervereinigten Deutschland 37 Schiffe der Kriegsmarine der ehemaligen DDR, darunter mehrere Fregatten und eine große Anzahl von Kanonenbooten und Lenkraketenbooten, von denen die meisten in der ehemaligen Sowjetunion gebaut wurden, abgekauft hat.

Unter Anwendung der List, Rechenschaft dafür zu verlangen, daß es immer noch amerikanische Kriegsgefangene und Vermißte aus dem Vietnam-Krieg

gibt, zu erreichen, unterhält die US-Regierung in Vietnam die Joint Task Force for a Full Accounting (JTFFA-Einsatzgruppe zur vollen Rechenschaft).

Das doppelte Spiel in Vietnam

Berichten zur Folge ist JTFFA jedoch mit Infanterie- und Artillerie-Offizieren mit militärischen Erfahrungen aus dem Krieg am Persischen Golf bemannt, die dafür ausgebildet sind, sich mit der Forschung nach Kriegsgefangenen und Vermißten zu befassen.

Aus einer Informationsquelle verlautet, daß, sobald mit den Vietnamesen ein Arrangement zur gemeinsamen Verteidigung getroffen worden ist, JTFFA-Personal zu einem Kader wird, um den herum die »Joint US-Militäry Assistance Group Vietnam« organisiert wird.

Aus Geheimdienstkreisen verlautet, daß unter dem Vorwand, ihre im benachbarten Kambodscha lebenden Bürger zu verteidigen, Vietnam sich bereits darauf vorbereitet, erneut in das Nachbarland einzufallen, was ein eklatanter Verstoß gegen internationale Vereinbarungen wäre, die es unterzeichnet hat, um die territoriale Unverletzlichkeit und die internen Angelegenheiten Kambodschas zu respektieren.

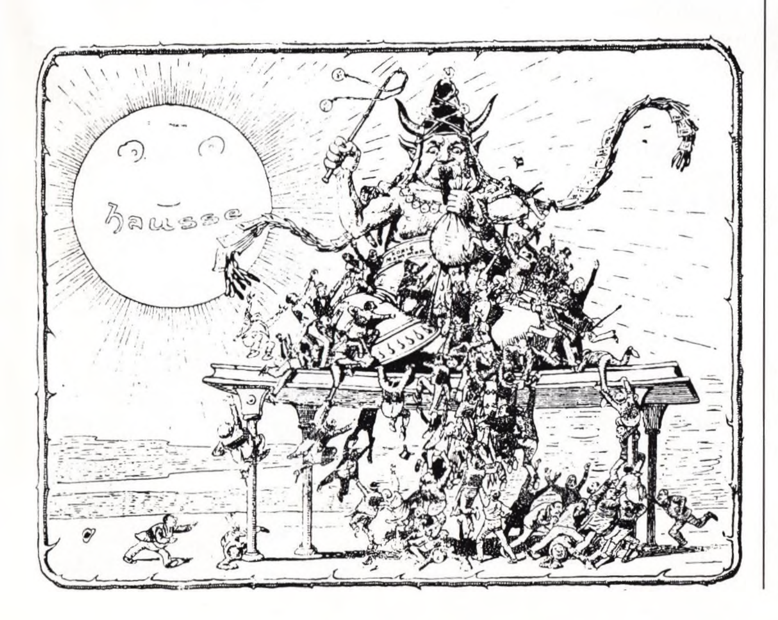
Die amerikanische Regierung besteht seit Jahren auf eine Lösung der POW-MIA-Sache (Kriegsgefangene und Vermißte) und auf dem Abzug vietnamesischer Truppen aus Kambodscha als Vorbedingung zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Washington und Hanoi.

CODE erfuhr jedoch, daß die amerikanische Regierung Vietnam zu verstehen gegeben habe, daß sie »nicht negativ darauf reagieren würde«, wenn Vietnam nach Kambodscha hineingeht, um seine dort lebenden Bürger zu verteidigen – ein offensichtliches Signal für die Vietnamesen, in ihr Nachbarland einzufallen.

Rotchina unterstützt die Roten Khmer

Die Vietnamesen hielten Kambodscha jahrelang besetzt, nachdem die brutalen Roten Khmer 1975, nach dem Zusammenbruch Südvietnams, die Macht über das kleine Land westlich von Vietnam an sich gerissen hatten. Mehr als eine Million Kambodschaner wurden in dem anschließenden Holocaust getötet. Die Bevölkerung beläuft sich jetzt auf 6,6 Millionen.

Rotchina hat die Roten Khmer, die kürzlich an Macht zugenommen und durch gewalttätige Angriffe auf Friedensbewahrer der Vereinten Nationen den Friedensprozeß, der den Krieg, der seit Jahren in Kambodscha wütet, beenden sollte, stören, jahrelang unterstützt. Rotchina unterstützt die Roten Khmer nach wie vor und würde zweifellos alles dransetzen, um diesen zur Hilfe zu eilen, wenn Vietnam noch einmal in Kambodscha einfallen sollte. □



Irak

Das Überleben Saddam Husseins

Alec de Montmorency und Fred Blahut

Der ehemalige US-Präsident George Bush ist von der politischen Bildfläche verschwunden. Saddam Hussein hat überlebt, ungeachtet der bestehenden Bemühungen der Vereinigten Staaten, ihn zu stürzen. Wie hat Hussein das geschafft, und wie baut er den Irak angesichts eines internationalen Boykotts wieder auf?

Man nehme irgendeine große Tageszeitung oder Nachrichtenmagazin in den Vereinigten Staaten zur Hand, und man wird unweigerlich darin eine Story finden, in der Saddam Hussein und seine irakische Regierung schlecht wegkommen. Man liest, daß sie am Abgrund des Zusammenbruchs stehen, und den Internationalisten werden für ihre Bemühungen, den Irak aus der Weltgemeinschaft auszuschließen, große Verdienste eingeräumt.

Den Respekt vieler Europäer erworben

Das klingt alles sehr plausibel. Aber wenn man einmal zurückschaut, stellt man fest, daß die gleiche Geschichte erzählt wurde, als George Bush die militärische Zerstörung des nahöstlichen Landes befahl. »Saddam muß verschwinden«, schrien die Schlagzeilen im amerikanischen Blätterwald des Establishments, als irakische Zivilisten zu Tausenden getötet und die Infrastruktur des Landes bei dem von den USA angeführten Angriff zerstört wurde.

Aber jetzt ist Busch verschwunden und Hussein noch da, eine Situation, die in der ganzen Welt nicht unbeachtet geblieben ist. Hussein hat sich tatsächlich für seine Errungenschaften den widerwilligen Respekt vieler Europäer erworben, und die Clinton-Regierung hat endlich damit aufgehört, seinen Sturz zur Bedingung für eine Beendigung des Boykotts zu machen.

Von der Völkergemeinschaft abgeschnitten, ist Hussein zu einer Wirtschaftspolitik zurückgekehrt, die man gewöhnlich als Autarkie, das heißt, nationale Selbstversorgung, bezeichnet, wie sie vor einigen Jahren von dem britischen Wirtschaftswissenschaftler E. F. Schumacher im einzelnen erläutert wurde. In seinem Buch »Small Is Beautiful« verdammt Schumacher einen großen Regierungsapparat zugunsten von »Economics as if People Mattered« (»Wirtschaft, als ob es auf die Menschen ankäme«), der Untertitel seines sehr populären Werkes.

Ein Wunder des Überlebens

Die heutige Lage in Bagdad wurde kürzlich in »Diario 16«, einer in Madrid erscheinenden angesehenen Zeitung im einzelnen beschrieben. In der spanischen Zeitung heißt es:

»Die Menschen in Bagdad kommen heutzutage ohne Bier, ohne Süßigkeiten und ohne teure Kleidung aus, und sie schaffen es, mit Tee, Reis und Weizen zu existieren. Hochzeitkuchen ist verboten. Hochzeitsfeierlichkeiten, die früher von Saddam Hussein subventioniert wurden, einschließlich eines Empfangs in einem Fünf-Sterne-Hotel, werden jetzt auf die schlichte Unterzeichnung von Dokumenten im Rathaus beschränkt.«

Es ist ein asketisches Leben, aber es funktioniert. »Der Irak ist ein Wunder des Überlebens«, schreibt die spanische Zeitung, »ebenso wie Saddam Hussein selbst.«

Hussein verbindet Religion und ein Selbstversorgungsprogramm von Autarkie miteinander, mit dem Ziel, den Menschen ein gutes Gefühl über sich selbst zu verleihen. Es ist der Irak gegen die ganze Welt; und George Bush, nicht Saddam Hussein, ist der Bösewicht. Wenn Hussein zu seinen Bürgern sagt, er sei dafür verantwortlich gewesen, daß Bush bei den Wahlen verloren hat, wer will das bezweifeln?

Hinzu kommen noch Geschichten darüber, daß Allah für Hussein eingegriffen und ihn gegen persönliche Angriffe der USA und des alliierten Militärs unverwundbar gemacht habe. Je länger er an der Macht bleibt, desto größer wird sein persönlicher Charme und desto glaubwürdiger wird seine Behauptung, er sei persönlich unverwundbar.

Ein Sieg über seine Feinde

Hinter den Kulissen deckt Hussein sich natürlich ab; zum Beispiel die Armee, die Hussein verteidigt und die seinen Befehlen gehorcht, war in den letzten anderthalb Jahren das verwöhnte Kind des Regimes, ebenso wie die Geheimpolizei, die von den Leuten aus Tikrit, Husseins Heimatstadt, beherrscht wird.
Diese privilegierten Leute entgehen den Entbehrungen, dank der hohen Gehälter und anderer materieller Zuwendungen, die aus der südlichen Türkei kommen – ungeachtet gegenteiliger Berichte in den westlichen Medien des Establishments.

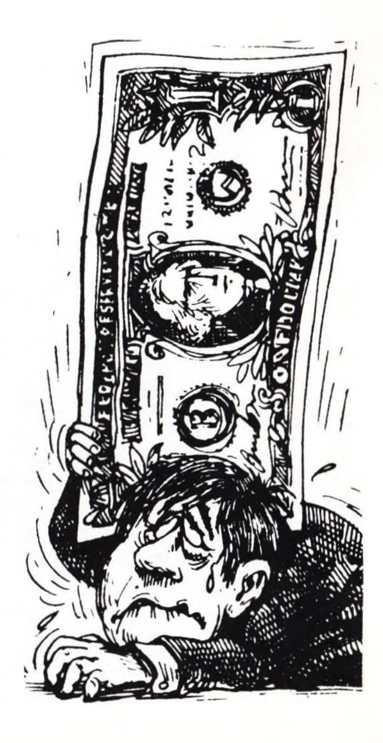
Laut »Diario 16« gibt es eine blühende Untergrund-Wirtschaft und Lieferungen von außerhalb des Landes kommen ungeachtet der Sanktionen nach wie vor herein.

Aber die gewöhnlichen Menschen sehen entweder nicht oder nehmen die Tatsache nicht zur Kenntnis, daß die gleichen Leute weiterhin ein bevorzugtes Leben führen. Sie sind zu sehr damit beschäftigt, zu beweisen, daß sie es schaffen – das heißt, überleben können – trotz Störungen seitens der Untreuen.

Um das von den Vereinten Nationen erlassene Embargo zu bekämpfen, hat Bagdad eine Liste von 157 nicht unbedingt notwendiger Produkte aufgestellt, deren Verbrauch verboten ist. Dazu gehören Bier, Süßigkeiten, alkoholfreie Getränke und Gebäck. Die Irakis haben, wie die meisten Araber, kollektiv einen großen süßen Zahn, so daß es für sie eine größere Last ist, ohne Zucker auszukommen, als man meinen sollte.

Weit davon entfernt, ein Entgegenkommen anzustreben, um die wirtschaftliche Isolation seines Landes zu beenden, verkündet Hussein, seine Politik der Autarkie sei ein Sieg über seine Feinde. Eine Schlagzeile in einer irakischen Zeitung nach den amerikanischen Wahlen verkündete: »Gestern waren es Margaret Thatcher, Michail Gorbatschow und Norman Schwarzkopf; heute Bush.« Die Zeitung schrieb weiter: »Morgen werden König Fahd von Saudi-Arabien und Hosni Mubarak von Ägypten an der Reihe sein.«

Was Berichte in den Medien des amerikanischen Establishments darüber, daß ein militärischer Schlag bevorstehe, anbelangt, so nimmt »Diario 16« wie folgt dazu Stellung: »Illusion ist kein Monopol der Haschisch-Raucher des Nahen Ostens.« □



Ägypten

Wirtschaftshilfe in Milliarden-Höhe

Lawrence Wilmot

Ägypten ist der größte Empfänger amerikanischer Entwicklungshilfe in der Welt. Das Land bekam im Steuerjahr 1991 mehr als 12 Milliarden Dollar vom amerikanischen Steuerzahler. Warum wird diese unterdrückende, korrupte Diktatur von den Politikern der USA so bevorzugt?

Der ägyptische Führer Hosni Mubarek, der sich kürzlich in Washington aufhielt, um sein Geldgeschenk von dem amerikanischen Steuerzahler zu kassieren, führt den Vorsitz über eine erbarmungslose und korrupte Regierung, die von immer gewalttätiger werdenden internen Aufständen militanter Moslems gebeutelt wird, die das Regime verabscheuen und zweifellos ihren Zorn auf die Vereinigten Staaten auslassen werden und dies möglicherweise schon getan haben.

Es geht nur um Israel

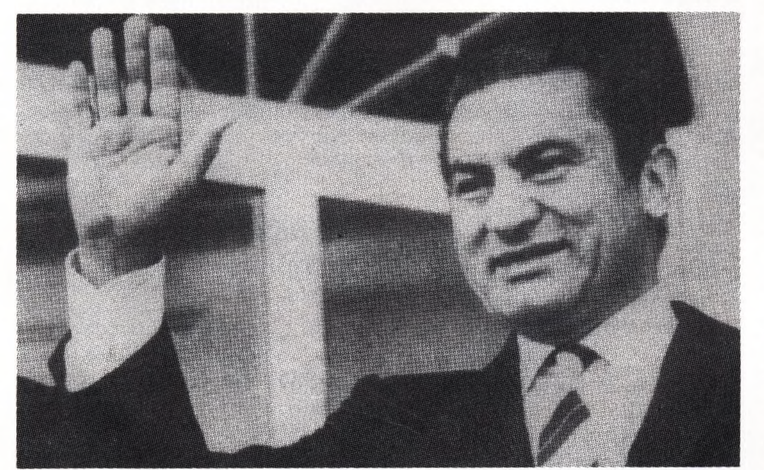
Gewöhnliche Amerikaner, die ausländischen Besuchern, die durch Washington schwärmen, kaum Beachtung schenken, täten gut daran, sich den Ehrengast des Weißen Hauses einmal etwas näher anzuschauen. Mubarek hat in den letzten Jahren mehr Hilfsgelder aus den Taschen der amerikanischen Steuerzahler abgesaugt als irgendein anderer auf der offiziellen Geschenkliste – trotz einer langen Vorgeschichte korrupter und verschwenderischer Fehlausgaben und erbarmungsloser politischer Unterdrückung im Inland. Der Schlüssel für diese bevorzugte Behandlung durch die Politikmacher in den USA ist die Tatsache, daß Ägypten das einzige arabische Land ist, das offiziell mit Israel im Frieden lebt und somit die arabische Opposition durchbringt. Israels Interessen werden hier wieder einmal vom amerikanischen Außenministerium, dem Kongreß und dem Präsidenten über die der Vereinigten Staaten gestellt.

Gewiß, insgesamt gesehen – wenn man die zehn Milliarden Dollar an Anleihegarantien, Sonderbewilligungen und Transfers unter dem Tisch einschließt – ist Israel immer noch der größte Nutznießer amerikanischer Großzügigkeit. Aber aus einer neuen europäischen Studie über internationale Hilfsleistungen, ausgearbeitet von internationalen Geldverleihungsinstituten, denen die Vereinigten Staaten den Löwenanteil an Gelder zufließen lassen, geht hervor, daß Ägypten 1991 so ungefähr ein Drittel der amerikanischen Entwicklungshilfe – atemberaubende 5,2 Milliarden Dollar – kassiert hat.

Dies ist zusätzlich zu den sieben Milliarden Dollar Schulden, die die Vereinigten Staaten als Belohnung für Ägyptens Kooperation während des Golfkrieges gegen den Irak »erlassen« haben.



Camp David: Israels Premierminister Menachem Begin umarmt Ägyptens Präsident Anwar Sadat und US-Präsident Jimmy Carter klatscht Beifall.



Der ägyptische Führer Hosni Mubarak erhält jährlich ungefähr ein Drittel der amerikanischen Entwicklungshilfe.

Im Vergleich dazu erhielt Israel nur 8,3 Prozent dieser besonderen Art von Schenkungen, wie sich aus der jüngsten Studie der Organization of Economic Cooperation and Development (OECD), dem endgültigen Überblick über weltweite Ausgaben für Entwicklungshilfe, ergibt.

Korruption verschlang die meisten Hilfsgelder

Aus dem OECD-Bericht geht auch hervor, daß der Golfkrieg, der seinerzeit im Gange war, nicht der wirkliche Grund für dieses unbesonnene Hineinfließenlassen von öffentlichen Geldern in das, was sogar der »Economist« »das ägyptische Rattenloch« nannte, war. Ein Jahrzehnt zuvor, im Steuerjahr 1981, führte Ägypten bereits die Liste der überseeischen Entwicklungshilfeempfänger mit 12,6 Prozent der Gesamtsumme an.

»Was solche außergewöhnlichen Ausgaben noch schwieriger zu rechtfertigen macht«, stellte der »Economist«, die führende internationale Wochenzeitung der Weltfinanzmärkte, fest, ist die Tatsache, daß Korruption und bürokratische Ränkespiele einen Großteil der von der Mubarek-Regierung eingeheimsten Auslandshilfe absorbiert zu haben scheinen.«

Ägypten

Wirtschaftshilfe in Milliarden-Höhe

Die ägyptische Regierung »arbeitet mit Gaunereien«, erläuterte Edwin Wilson, der legendäre CIA-Agent und vorbestrafte Waffenschmuggler, 1987 in einem Exklusiv-Interview mit »The Spotlight«, das im Gefängnis geführt wurde. »Bestechung und Diebstahl sind an der Tagesordnung, sie haben amerikanische Beamte, die mit Ägypten zu tun haben, infiziert.«

Korrupte Intrigen, unter anderem die Veruntreuung von Milliarden an amerikanischen Hilfsgeldern, könnte das eigentliche Motiv für den sogenannten Camp-David-Vertrag gewesen sein, meinte Wilson. Am 17. September 1978 von US-Präsident Jimmy Carter, dem israelischen Ministerpräsidenten Jitzhak Shamir und Ägyptens damaligen Präsidenten Anwar Sadat unterzeichnet, brach dieser Pakt Ägypten aus der Arabischen Liga heraus und stellte es an die Seite Israels zur Beibehaltung einer bewaffneten verfahrenen Situation im Nahen Osten.

Die Washingtoner Beamten auf hoher Ebene, die den Boden für die Vereinbarungen von Camp David bereitet und diese inszeniert haben, verschworen sich gleichzeitig, um aus der gewaltigen Goldgrube von Hilfsgeldern, die der Pakt für Ägypten eröffnete, Millionen in die eigene Tasche zu stecken,behauptete Wilson. Der damalige stellvertretende Leiter des CIA, Theodore Shackley, war in diese kriminellen Machenschaften verwickelt, zusammen mit Erich von Marbod, damals der höchste Verwalter für Auslandshilfe des US-Verteidigungsministeriums, und Generalmajor Richard Secord, der die Dienststelle des US-Verteidigungsministeriums für nahöstliche Angelegenheiten leitete, sagte Wilson.

Jene hochrangigen Bürokraten sind entlassen worden – Marbod gab seinen Posten auf und floh nach Europa, nachdem seine Mittäterschaft bei dieser Masche erstmals in einem exklusiven »Spotlight«-Untersuchungsbericht bekannt wurde –, aber die Korruption in Ägypten ist »schlimmer als je zuvor«, meint Dr. Martin Tette, ein ehemaliger Beamter der amerikanischen Agency for International Development in Afrika.

Der Groll des Volkes

»Präsident Sadat, der den Camp-David-Vertrag unterzeichnete, wurde selbst durch ihn in den Abgrund gestürzt«, sagte Tette.

Sadat wurde während einer Militärparade von seinen eigenen Offizieren niedergeschossen. Die Mörder erklärten später vor Gericht, sie hatten von der »dreisten Korruption« der Regierung, angeregt durch das Hineinströmen immer größerer Geldgeschenke nach dem Camp-David-Deal, die Nase voll gehabt.

Jetzt »sind sowohl die Gaunereien als auch der Groll des Volkes über dieses Vorgehen dermaßen angestiegen, daß Ägypten sich in einem Zustand des Bürgerkriegs befindet«, äußerte dieser Experte. »Nach offiziellen Zahlen wurden in den letzten Wochen 200 Ägypter bei Razzien der Polizei gegen islamische Gruppen getötet. Aber die wirkliche Zahl der Toten soll näher bei 500 liegen«, so Tette.

Kommt es zu einem Bürgerkrieg?

»In Wirklichkeit sind die 50 Milliarden Dollar, die die Vereinigten Staaten seit 1979 für Ägypten ausgegeben haben, überhaupt keine Auslandshilfe; es handelt sich um Dollar-Intervention«, sagt Anthony Faulkner, ein Berater der Vereinten Nationen für internationale Hilfsleistungen. »Wie anderswo, hat dieser finanzielle Eingriff im Leben des gewöhnlichen Ägypters keine greifbaren Verbesserungen mit sich gebracht.

Er hat das Land den schlüpfrigen Abhang zur zermahlenden Armut, gnadenlosen Ausbeutung, Chaos, brutalen Unterdrückung und kurz bevorstehendem Bürgerkrieg hinabgleiten lassen«, setzte er hinzu. »Nur Israel hat von dem befleckten Vertrag von Camp David profitiert.« □

ADL

Die zionistische Anti-Defamation League

Victor Marchetti

Eine weitere polizeiliche Durchsuchung des Büros der Jewish Anti-Defamation League (ADL, Jüdische Liga zur Bekämpfung von Verleumdung) in San Francisco und Los Angeles im April dieses Jahres ergab weitere Beweise für ein landesweites Spionagenetzwerk, das von dem sogenannten Fact Finding Department (Tatsachenfeststellungs-Abteilung) der ADL aus New York heraus betrieben wird. Unter den von der Polizei beschlagnahmten Dokumenten befinden sich Akten über mehr als 950 politische Gruppen, Zeitungen und Gewerkschaften.

Im Dezember 1992 brachten Razzien auf diese ADL-Büros Beweise dafür ans Tageslicht, daß die zionistische Agentur Akten – darunter geheime Polizei- und FBI-Daten – über mehr als 12000 amerikanische Bürger führte. Zu der Zeit behaupteten Offizielle der ADL, sie würden mit der Polizeiuntersuchung zusammenarbeiten. Aber der Bezirksstaatsanwalt von San Francisco, Ario Smith, sagt, die zweite Runde der Durchsuchungen sei notwendig gewesen, weil die Polizei ihm mitgeteilt habe, daß die zionistische Agentur bei den ersten Untersuchungen zahleiche sachdienliche Dokumente unterschlagen habe.

Polizeibeamte als Spione

Nach der zweiten Serie von Razzien gab die Polizei bekannt, daß die ADL in mindestens sieben großen Polizeipräsidien verdeckte Agenten zur Ausspionierung von amerikanischen Bürgern unterhält. Außer San Francisco und Los Angeles operieren ADL-Agenten in New York, Chicago, Atlanta, St. Louis und mindestens einer weiteren Großstadt.

David Gurvitz, der im vergangenen Jahr in dem Fact Finding Department im Büro der ADL in Los Angeles arbeitete, bestätigte einen Großteil dessen, was die Polizei über die Spionagetätigkeiten der ADL in anderen amerikanischen Städten erfahren hatte. Obwohl alle ADL-Agenten, die in den Polizeidienststellen dieser Städte arbeiten, nur mit Decknamen identifiziert werden – Cal, Chi-1, 2 und 3 –, sind die Fahnder zuversichtlich, zu wissen, wer die Spione in Wirklichkeit sind.

Zu den Organisationen, die im Brennpunkt der Spionage-Operationen der ADL stehen, gehören arabisch-amerikanische, afro-amerikanische und eine Vielzahl von am linken und rechten Flügel des politischen Flügel angesiedelte Gruppen. Sie erstrecken sich vom Ku-Klux-Klan über die National Association for the Advancement of Colored People bis zu Greenpeace und den United Farm Workers.

Auch das Mills College im nördlichen Kalifornien und der Vorstand der öffentlichen Fernsehstation KQED in San Francisco, stehen auf der Liste. Der ehemalige Abgeordnete »Pete« McCloskey und der inhaftierte politische Aktivist Lyndon LaRouche zählen zu den Tausenden von Einzelpersonen, über die die ADL Akten führte.

Ein Großteil der von den ADL-Spionen gesammelten Daten wurde an den israelischen Geheimdienst weitergeleitet, sagen Polizeifahnder. Ein Teil der Informationen wurde an die Regierung von Südafrika – die enge politische und militärische Bindungen zu Israel unterhält – verkauft.

Es wird damit gerechnet, daß die zuständigen Behörden in San Francisco gegen die oberste Führung der ADL und einige ihrer Geheimagenten in den kommenden Wochen Anklage erheben werden. Die von Steuern befreite Organisation – die 1991 32 Millionen Dollar einnahm – muß mit 48 Anklagepunkten rechnen, weil sie ihre Zahlungen an einen Agenten, Roy Bullock, der seit 1985 nahezu 170000 Dollar von der ADL erhielt, nicht ordnungsgemäß erklärt hat.

Der Handel mit Nachrichten und Namen

Aus Dokumenten, die von der Polizei beschlagnahmt wurden, geht hervor, daß Bullock insgeheim und illegal über den Anwalt Bruce Hochman von der ADL bezahlt wurde. Hochman ist ein ehemaliger Präsident des Jewish Federation Council of Greater Los Angeles und einer der prominentesten Steueranwälte Kaliforniens.

Bullock bestreitet nicht, für die ADL spioniert zu haben, behauptet aber, die von ihm – mit Hilfe des ehemaligen Polizeibeamten von San Francisco und des Außenagenten des CIA, Tom Gerard, der inzwischen nach den Philippinen entflohen ist – gesammelten Informationen seien harmlos. »Es ist keine Bedrohung für die Bürgerrechte irgendeiner Person, daß ihr Name in meinen Akten erscheint«, gab er bekannt.

Bullock, ein Homosexueller, sagte auch zur Polizei: »Ich bin vielleicht schwul, aber ich bin ein ehrlicher Mensch.«

Die ADL spioniert schon seit 50 Jahren amerikanische Bürger aus und leitet die eingeholten Informationen an die US-Regierung weiter. Die gleichen Informationen, oft von zweifelhafter Zuverlässigkeit – zum Beispiel Hörensagen und Klatsch aus paranoiden Quellen –, werden auch regelmäßig an leichtgläubige Reporter und Freunde der Liga in den Nachrichtenmedien weitergegeben.

Es ist dieser Gesichtspunkt der Spionagetätigkeit der ADL – ihr Verleumdungsprogramm –, das für Amerikaner und die amerikanische Regierung die größte Gefahr darstellt. Es ist ein Verbrechen, daß die zionistische Gruppe Polizeidienststellen und das FBI zum Vorteil fremder Regierungen ausspioniert, aber es ist noch schlimmer als kriminell, daß es dieser bösartigen Agentur gestattet wird, den Bundes- und staatlichen Gesetzesvollzugsbehörden verzerrte und falsche Informationen zuzuleiten.

1947 befaßte sich der amerikanische Kongreß kurz mit dieser Sache, wurde aber von der Exekutive abgewehrt. Das House Committee on Expenditures in the Executive Departments führte eine »Untersuchung zur Feststellung der Befugnis der Civil Service Commission, Bundesgelder zur Verfügung zu stellen und auszugeben, um eine ›Investigator Leads File‹ (Spurenakte für Fahnder) zusammenzustellen und zu führen, die Tatsachen, Gerüchte und Klatsch in bezug auf die Ansichten, Meinungen und Handlungen von Einzelpersonen, die weder Bundesangestellte noch Bewerber um Stellungen waren, die unter die Gerichtsbarkeit der Civil Service Commission fallen, durch. Auch um zu erfahren, welchem Zweck die ›Akte‹ dienen sollte.«

Der einträgliche Handel mit Gerüchten

Der Ausschuß war besonders über die Tatsache beunruhigt, daß die Kommission zur Ablagestelle für Tausende von Akten über amerikanische Bürger wurde, die die ADL angelegt hatte. Einige der Akten befaßten sich mit amerikanischen Senatoren und deren Ehefrauen. Die in den darin enthaltenen Informationen – »weitgehend Gerüchte, Hörensagen« – besagten, daß die Subjekte Nazis oder Nazi-Sympathisanten sein sollen.

Aus den Anhörungen ging hervor, daß sich 6000 bis 7000 Namensakten in der Datenbank der Kommission befanden, die von der ADL und deren Fassaden-Organisationen Friends of Democracy Inc. stammten. Jede Akte trug den Vermerk: »Obige Angaben wurden aus der subversiven Akte im Besitz der Anwaltspraxis Mintzer & Levy, 39 Broadway, NYC, entnommen. Deren Akten wurden in Zusammenarbeit mit dem Jewish Committee und der Anti-Defamation League zusammengestellt. Die Quellen dieser Informationen dürfen unter keinen Umständen genannt oder zitiert werden. Weitere Informationen bezüglich des Obigen können jedoch über die Anwaltspraxis Mintzer & Levy eingeholt werden.«

Außerdem ging aus den Untersuchungen hervor, daß die ausfüh rende Zweigstelle (executive branch) bereitwillig mit der ADL und deren fieberhaften Freunden zusammengearbeitet hatte und dazu entschlossen war, zweifelhafte Akten »als Spuren für ihre Fahnder« zu verwenden. Ein enttäuschtes Ausschußmitglied sagte: »Ich möchte gerne wissen, was sich Civil Service Commission dabei gedacht hat, als sie diese Informationen von der ADL einholte.« Er bekam jedoch niemals eine annehmbare Antwort von den Bürokraten.

Jedoch fast 40 Jahre später, 1985, wies der damalige Leiter des FBI, William Webster – der bald darauf Leiter des CIA wurde –, seine Außenstellen an, bei der Erfüllung ihrer Aufgabe voll und ganz mit der ADL zusammenzuarbeiten.

Der Streifzug der ADL während des Zweiten Weltkriegs in die Spionage und ihr Einschleichen in das Informationssammelsystem der amerikanischen Bundesregierung führte schließlich zu größeren und schlimmeren Dingen. Heute betreibt das sogenannte Fact Finding Department der Liga, geleitet von dem unheimlichen Irwin Suall in der Hauptgeschäftsstelle in New York, eine Vielfalt von geheimdienstähnlichen Operationen – von der Durchdringung von Polizeidienststellen bis zur Verbreitung von Desinformationen und Verleumdungen an die Nachrichtenmedien und die US-Bundesregierung.

Eine bevorzugte Taktik Sualls und seiner Getreuen bestand darin, für amerikanische Polizeichefs und Sheriffs kostenlose Reisen nach Israel zu organisieren. Aber im Mai 1991 wurde eine derartige Vergnügungsfahrt mit Dekkung aller Auslagen für eine auserwählte Gruppe von »arbeitenden Polizisten« arrangiert. Mira Lansky Boland vom Fact Finding Department des Büros der ADL in Washington betreute die Gruppe, zu der Tom Gerard aus dem Polizeipräsidium von San Francisco – Roy Bullocks Partner im Verbrechen – zählte.

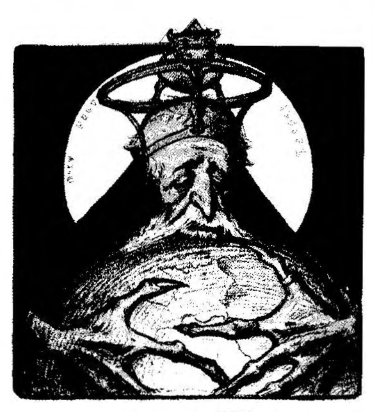
Desinformation und Verleumdung

Don Moore, damals Hilfssheriff im Büro des Sheriffs von Loudoun County in Virginia – nicht weit von Washington –, gehörte ebenfalls zu der Gruppe. Im vergangenen Jahr wurde Moore in Philadelphia wegen seiner Beteiligung an der Verschwörung zur Entführung eines Erbens des DuPont-Vermögens festgenommen.

Der Zweck des von der ADL geförderten Besuchs in Israel bestand nach eigenen Aussagen der Liga darin, »die emotionellen Bindungen zwischen dem Judenstaat und amerikanischen Polizeibeamten zu vertiefen«.

Einer der rätselhafteren Gesichtspunkte der Untersuchung der Spionagetätigkeiten der ADL, in die auch das Polizeipräsidium von San Francisco verwikkelt war, ist die Rolle des FBI.

Wie es heißt, wurde die Untersuchung zunächst durch das FBI eingeleitet und später an die Polizei von San Francisco abgegeben, weil das FBI befürchtete, es müsse geheime Quellen preisgeben, falls der Fall vor Gericht kommen sollte. Aber jetzt hat das FBI die Untersuchung wieder aufgenommen. □



Israel

Das Leben im Lande Zion

Nadia Shamsedin

Viele unserer israelischen Informationsquellen, sowohl als auch einige innerhalb der amerikanischen Judenheit, haben uns oft erzählt, daß die eifrigen pro-israelischen Aktivisten in den USA keine Berührung mit den Ereignissen im Judenstaat haben. »Diese Leute repräsentieren nicht Israel. Sie vertreten ihre eigenen Interessen innerhalb des amerikanischen politischen Systems«, behauptete ein israelischer Journalist kürzlich. »Wir weisen ihre Einmischung in unsere Angelegenheiten zurück. Sie glauben, weil sie vom US-Kongreß Milliarden an Hilfsleistungen für uns herausschlagen, daß sie uns damit einen großen Gefallen erweisen, und sie versuchen, dies gegen uns auszuspielen. Wir brauchen keine amerikanische Hilfe. Diese begünstigt nur die Korruption in der israelischen Politik. Wir lieben diese amerikanischen Juden nicht besonders«, sagte er, und machte keinen Hehl aus seiner Verachtung. Wie viele andere Israelis, lud der Journalist uns in den Judenstaat ein, um selbst zu sehen, wie es dort ist. Wir kamen auf sein Angebot zurück. Nachstehend einige der Beobachtungen von Frau Nadia Shamsedin.

Jerusalem zieht viele Arten von Menschen an, aus ebenso vielen unterschiedlichen Gründen. Touristen strömen in die Innenstadt. Für sie ist Israel biblisch und wundervoll. Tatsache ist jedoch, daß viele Besucher die harte Wirklichkeit in Israel, die hinter seiner historischen Fassade verborgen ist, nicht zu sehen bekommen.

Als David Ben Gurion die Verwirklichung des zionistischen Traumes, die Gründung Israels verkündete, ahnte niemand, was daraus nach 40 Jahren wird.

Ein Land, das an einem Faden hängt

Dies war meine erste Reise nach Israel. Die zehn Tage, die ich damit zugebracht habe, Israelis zu befragen, sie in ihren Wohnungen zu besuchen und zu sehen, wie sie leben, stand im scharfen Gegensatz zu dem fantasiereichen Image des Judenstaates, das von den israelfreundlichen Medien in aller Welt gepflegt wird. In Wirklichkeit ist Israel ein Land, das an einem Faden hängt – und die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen weisen auf eine potentielle Katastrophe hin.

Während meines Aufenthalts in Israel interviewte ich drei Mitglieder der Knesseth – alle zur oppositionellen Likud-Partei gehörend –, einen Autoren und Journalisten, einen sowjetischen Filmproduzenten, einen Wirtschaftswissenschaftler und mehrere Hausfrauen. Aber das Erste, was man feststellt, wenn man versucht in Jerusalem etwas zu erreichen ist, daß die Dinge nicht so reibungslos verlaufen wie in Amerika. Nichts – keine Dienststelle, Geschäft oder Schule – operiert nach einem geregelten Plan.

Am ersten Dienstag in jedem Monat ist im arabischen Ost-Jerusalem ein Streik zum Andenken an die Intifada. Dann kommen alle Aktivitäten in diesem Viertel zum Stillstand. Während meines kurzen Aufenthalts gab es noch andere Streiks, diese als Protest gegen die andauernde Weigerung Israels, die 415 palästinensischen Deportierten, die der Hamas-Bewegung nahestehen, nach Hause zu holen.

Am Freitagnachmittag schließt jedes Büro und Geschäft in West-Jerusalem und im Judenviertel der Altstadt wegen des moslemischen heiligen Tags, und sie öffnen wieder am Sonntagmorgen. Samstag, der heilige Sabbat, bringt eine weitere Runde von Schließungen. Und am Sonntag schließen die meisten Christen ihre Betriebe und Geschäfte.

Viele sind unzufrieden und frustriert

Ich besuchte die Wohnungen mehrerer israelischer Berufstätiger. Ihre Häuser hatten keine Zentralheizung; die Familien müssen sich im Winter auf kleine mit Gas betriebene Raumerhitzer verlassen. Diese Art von Wohnungen sind feucht und werden sogar von Schimmel geplagt. In Jerusalem kann es vorkommen, daß eine fünfköpfige Familie ein Zweibetten-Zimmer mit nicht mehr als etwa 65 qm Wohnfläche bewohnen. Stromausfälle sind an der Tagesordnung.

Viele der Israelis, die ich getroffen habe, schienen unzufrieden und frustriert zu sein. Sie leben in einem System, das Konkurrenzkampf und Wirtschaftswachstum entmutigt. Obwohl sie einen Lebensstand genießen, der weit über ihre Verhältnisse hinausgeht – dank der amerikanischen Hilfe –, ist es nichtsdestoweniger eine armselige Nachahmung des Lebensstils, an den Amerikaner gewöhnt sind.

Israel leidet auch unter einem stetigen Brain-Drain (Abwanderung von Wissenschaftlern) nach dem Westen. Ärzte, Ingenieure und andere Professionelle haben Israel hinter sich gelassen auf der Suche nach besseren wirtschaftlichen Möglichkeiten. Es leben schätzungsweise eine halbe Million Israelis in Amerika. Es gibt noch sehr viele mehr, die das Land gerne verlassen möchten.

Den Autor, den Filmproduzenten und Wirtschaftswissenschaftler, die ich interviewte, traten alle an mich heran, ihnen dabei behilflich zu sein, Geschäftsmöglichkeiten in den USA anzuknüpfen.

Einige der hochgebildeten israelischen Bürger, mit denen ich zusammentraf, sagten zu mir, sie möchten gerne, daß jegliche amerikanische Hilfe an Israel eingestellt wird. Dies sind Menschen, die innerhalb des Systems leben und arbeiten und auf die Zukunft ihres Landes bauen, weil sie erleben wollen, daß sich die Dinge für sich und ihre Kinder verbessern. Sie haben nicht die Absicht, alles hinter sich zu lassen und nach Amerika oder Europa davonzulaufen, wenn sich die Dinge nicht bessern, wie es so viele andere Israelis bereits getan haben. Tatsächlich haben viele von ihnen aliah zum Judenstaat gemacht, das heißt, sie sind heimgekehrt.

Diese Israelis glauben, daß Reformen des freien Marktes die Korruption und Verschwendung seitens der Regierung beseitigen würde. Wenn Israel gezwungen würde, sich auf seine eigenen Hilfsmittel zu verlassen, dann würde das Talent und der Unternehmergeist seines Volkes befreit, um eine echte nationale Wirtschaft aufzubauen. Jedem, mit dem ich sprach, einschließlich der hochrangigen Knesseth-Mitglieder, räumte ein, daß eine ernsthafte Wirtschaftsreform notwendig ist, aber es gibt nur wenige Politiker, die bereit sind, die

erforderlichen Korrekturmaßnahmen zu ergreifen – bis sie gezwungen werden, etwas zu tun.

Es ist viel leichter, von den Geldern des amerikanischen Steuerzahlers zu leben, als die Forderung zu erheben, daß die Kinder von Zion auf eigenen Füßen stehen sollen.

Mehrere Bürger Israels, die ich in ihren Wohnungen besuchte, erzählten eine trostlose Geschichte über das Leben im Judenstaat. Wohnungen sind knapp und teuer, und der Bau von Häusern ist zweitklassig. Die persönliche Sicherheit ist eine alltägliche Sorge sowohl für Israelis als auch für Araber, wegen des kürzlichen Emporschnellens von Gewalt und Vergeltungsmaßnahmen auf beiden Seiten.

Das Fernsehen ist staatlich und wird stark zensiert; das Inlandsprogramm ist eine Beleidigung für jedermanns Intelligenz. In Israel produzierte Verbrauchsgüter sind von geringer Qualität, teuer und ihre Vielfalt ist begrenzt. Gesundheitsfürsorge und Abwasserentsorgung, Verkehrs- und Straßensicherheit sind samt und sonders weit unter westlichem Niveau.

Israels staatliches Gesundheitswesen ist der Traum eines Bürokraten und der Alptraum eines Patienten. Etwas mehr als die Hälfte der israelischen Bevölkerung gehört der Histadrut – der halbamtlichen Mammut-Gewerkschaft des Landes an, und wird somit durch den Clalit-Gesundheitsplan versorgt. Obwohl Mitglieder der Gewerkschaft und deren Arbeitgeber zu dem Plan beitragen, deckt die Regierung einen Großteil der Kosten. Clalit betreibt 1200 Kliniken – 80 Prozent der Gesamtzahl des Landes – und verfügt über rund 40 Prozent aller Krankenhausbetten in Israel.

Probleme im staatlichen Gesundheitsdienst

Arbeiter, die nicht Mitglied der Gewerkschaft sind, zahlen hohe monatliche Prämien für einen der beiden privaten Gesundheitsfürsorgepläne. Clalit-Bürokraten müssen schon auf üppige Anreize zurückgreifen, um Ärzte davon abzuhalten, zu privaten Gesundheitspflege-Organisationen überzuwechseln. Barry Chamish, ein israelischer Journalist und Autor schreibt: »Die anderen Pläne zahlen den Ärzten bessere Gehälter, daher hat Clalit einen schwerwiegenden Abgang von Ärzten erlitten. Um sie zu entschädigen, stellt die Histadrut ausgewählten Ärzten freie Wohnungen zur Verfügung. Clalit ist Eigentümer von eintausend Wohnungen im Lande, die von den Ärzten meistens anderweitig vermietet werden, um die Hypotheken auf den Häusern in denen sie tatsächlich leben, bezahlen zu können.«



Lord Balfour (links), ein britischer Verbündeter des Zionismus, bei der Einweihung der Hebräischen Universität; In Universitätstracht Sir Herbert Samuel, Juda Magnes, der Rektor, und rechts Chaim Weizmann.



Unter den Teilnehmern des 6. Zionistenkongresses 1903 sitzt Theodor Herzl (zweite Reihe mit gekreuzten Armen), Begründer des politischen Zionismus.

Mitglieder der Clalit-Gesundheitsversorgung müssen zu den ihnen zugewiesenen Kliniken gehen, selbst wenn sie in einem ganz anderen Teil des Landes krank werden. Patienten müssen von 7.30 Uhr bis 8 Uhr morgens vorsprechen, um sich einzutragen und sich dann anstellen – ungeachtet der Dringlichkeit des medizinischen Problems –, wobei sie oft einen ganzen Arbeitstag verlieren. Medizinische Tests werden in einem Clalit-Labor durchgeführt, doch wenn die Ergebnisse anzeigen, daß eine stationäre Behandlung erforderlich ist, dann werden die Tests im Krankenhaus wiederholt. Der Patient darf sich seinen Arzt, Krankenhaus oder Chirurgen nicht selbst aussuchen. Er muß die ihm vorgeschriebenen Arzneien in der Apotheke des Krankenhauses kaufen.

Das System wird weiter durch apathische Ärzte und Schwestern gehemmt. Gehälter beruhen auf dem höheren Dienstalter, nicht auf Fertigkeit oder Spezialisierung. Ein Herzchirurg kann das verdienen, was ein Facharzt für Fußleiden verdient – so wenig wie fünf Dollar pro Stunde. Dies hat zu einer weitverbreiteten Praktizierung »der schwarzen Medizin« geführt – Ärzte stecken Bestechungsgelder unter dem Tisch ein, um chirurgische Eingriffe an Patienten vorzunehmen, die zu krank sind, um zu warten bis sie an der Reihe sind.

Schwestern und Ärzte streiken oft. Während dieser Streiks müssen Operationen annulliert und Patienten nach Hause geschickt werden, bevor die Behandlung beendet ist. Soldaten und Freiwillige sind hereingeholt worden, um sich um die zurückgelassenen Patienten zu kümmen.

Die übermächtige Bürokratie

Sauberkeit und Hygiene sind in Israel ebenfalls mangelhaft. Die behördlichen Normen für Trinkwasser, Abwasserentsorgung und der Gebrauch von Insektenvertilgungsmitteln liegen weit unter denen von Entwicklungsländern.

In einem Beispiel des bürokratischen Gerangels, das typisch für die Regierung ist, beschuldigt der Generaldirektor des Ministeriums für Umweltschutz den Wasser-Beauftragten, der »die volle Befugnis dazu hat, Wasserverschmutzung zu verhindern. Er hat nichts getan. Es gab keine Bestimmungen, keine Bestrafung von Verursachern der Verschmutzung«, sagt der Generaldirektor. »Bestürzend daran ist die Tatsache, daß Regierungsbehörden zu denen gehören, die hauptsächlich gegen die Umweltschutzpolitik verstoßen.«

Das ungesetzliche Abkippen von Unrat entlang der Mittelmeerküste ist ein Problem. Dr. Leah Mushkat führte eine umfassende Untersuchung der wasserführenden Schicht an der Küste durch. In ihren Untersuchungsergebnissen dokumentierte sie Schmutzstoffe, die das 3000fache des zulässigen Niveaus darstellen. In einem Trinkbrunnen fand sie »Pestizide, Industrie-Abfall und chloro-organische Lösungen.«

Israel

Das Leben im Lande Zion

Zu den ausgebrochenen Krankheiten gehören Typhus, amöbische Ruhr, Hirnhautentzündung und eine Polio-Epidemie, die 1988 ausbrach. Nach einem Bericht des Gesundheitsministeriums »liegen die Möglichkeiten, mit einer ansteckenden Krankheit infiziert zu werden, in Israel 18mal höher als in den Vereinigten Staaten«.

Wie der Bürger zur Kasse gebeten wird

Die Israelis werden mit schwerer Besteuerung belastet, die viele Formen hat, darunter Einkommensteuern, Grundstückssteuern, Landverbesserungssteuern, Verbrauchssteuern, Stempelsteuern, Gemeindesteuern, Sozialversicherungssteuern und viele mehr. Ezra Sohar, ein israelischer Wirtschaftswissenschaftler und Verfasser des Buches »Israel's Dilemma« stellt fest: »Obwohl die Einkommensteuer nicht mehr als 25 Prozent des Staatseinkommens einbringt, schädigt sie die Wirtschaft und die öffentliche Moral schwer. Israels Steuereintreibungsapparat hat Tausende von Angestellten und ist typisch für das Nichtvorhandensein von Professionellen, für zahlreiche Irrtümer, unkontrollierte Belästigung und Schaden für die Öffentlichkeit.«

Die hohen Kosten für den Besitz und das Führen eines Pkw ist ein weiteres Problem. Der Durchschnitts-Israeli muß 3000 Dollar an Gebühren für Registrierung, Fahrerlaubnis, Sicherheitsinspektion und Versicherung zahlen, um einen Wagen auf die Straße zu setzen. Barry Chamish schreibt in seinem Buch »The Fall of Israel«: »Israelis zahlen wegen der hohen Steuern das Dreifache des amerikanischen Preises für Benzin, aber nur 1,5 Prozent der Steuergelder werden zur Instandsetzung von Straßen verwendet.«

Was kaum überraschend ist, Israels Straßensicherheits-Register ist eines der schlechtesten der Welt. In einer kürzlichen Artikelserie in der populären Presse



Ein Haus in Nablus, West Bank, wurde von israelischen Soldaten als Vergeltung angezündet.

wird dieses »Blutbad« auf den Straßen des Landes in Bausch und Bogen verdammt.

Das Fernsehen in Israel ist auf zwei Kanäle beschränkt – beide gehören dem Staat und werden zensiert. Die Fernsehzuschauer müssen eine Lizenzgebühr zahlen, um ihre Geräte zu besitzen und zu betreiben. Selbst mit einem Programm-Haushalt von sechs Millionen Dollar pro Jahr sind die Kanäle von minderwertiger Qualität, und es gibt keinen Zugang zu Satelliten-Programmen.

Jetzt, wo die Intifada in ihr sechstes Jahr eingetreten ist und noch heftiger zu werden droht, leben Israelis in einem Zustand ständiger Angst, wofür sie ihre Regierung wegen deren Unvermögens, den Aufstand niederzuschlagen, verantwortlich machen.

Wahllose Gewaltakte geschehen häufig, und kürzlich wurden mehrere Israelis von Palästinensern erstochen, die als Gruppe gewalttätigen Repressalien ausgesetzt sind. Israelische Araber sind besorgt darüber, daß ihre Autos in Brand gesteckt werden. Ein junger israelischer Araber berichtete über die Schrecken, von einer Bande von israelischen Soldaten verfolgt und verprügelt worden zu sein. Man ließ ihn bewußtlos und blutend auf der Straße in der Nähe seiner Wohnung in Jerusalem liegen. In jüngerer Zeit gab es vermehrt Käufe von Angriffswaffen von jüdischen Siedlern, und Politiker haben Juden aufgerufen, sich zu bewaffnen und Milizen zu bilden.

Sowjetische jüdische Einwanderer nach Israel halsen einem bereits überlasteten Sozialfürsorgewesen und einer Gesellschaft, die nicht annähernd so groß und so vielfältig ist, um sie aufzunehmen, weitere Belastungen auf. Interviews mit sowjetischen Einwanderern malen ein Bild der Enttäuschung und Frustration für die Neuankömmlinge, die von der Regierung erwartet hatten, daß sie ihre Versprechen zur Beschaffung von Arbeitsplätzen und Wohnungen hält.

Der Mangel an Berufen mit Aufstiegsmöglichkeiten für diejenigen sowjetischen Einwanderer, die hoch gebildet sind, hat zu bitterer Enttäuschung geführt. Ein sowjetischer Arzt sagte, daß 90 Prozent der »Wissenschaftler der Weltklasse«, die in den letzten drei Jahren in Israel eintrafen das Land schon wieder verlassen hätten, entweder um heimzukehren oder um nach Europa oder Amerika weiterzuziehen. Wie dieser Arzt sagte, konnten diejenigen, die wieder weggezogen sind, keine Möglichkeit finden, um sich einzuleben oder um ihre Forschungsarbeit hier fortsetzen zu können. Und das ist eine Tragödie.

Er berichtete auch über die Erfahrung einiger sowjetischer Arbeiter, die zweieinhalb Monate lang keinen Lohn erhielten. »Niemand trat für ihr Recht auf Lohn ein. Als einige Arbeiter sich beschwerten, kam ein Repräsentant der Histadrut, der Gewerkschaft, zu ihnen und sagte: ›Seht, ihr habt Arbeit und werdet weiterhin Arbeit haben, macht also eure Situation nicht schlimmer. Viele Leute sind arbeitslos‹. Man nutzt jene Neuankömmlinge aus.«



Arabische Schulkinder auf dem Heimweg in der Stadt Nablus. Sie werden von israelischen Soldaten bewacht.

Nachdem er drei Jahre gewartet hatte, um aliah aus der Sowjetunion zu machen, das heißt, ins Heimatland zu ziehen, kamen dieser Mann und seine Familie mit großen Erwartungen ins Land. Er sagte, die sowjetische Regierung habe böse Propaganda gegen Israel betrieben.

»Wir wußten, daß alles Lügen waren, und wir glaubten das Gegenteil: An eine Art Paradies«,

sagte er zerknirscht. Er beschwerte sich darüber, daß russischen Einwanderern nichts anderes übrig bleibt, als Mülltonnen nach verfaulten Nahrungsmitteln zu durchsuchen.

Dieser Arzt sagte, »die Sowjets glaubten, sie hätten ein sozialistisches System hinter sich gelassen; stattdessen finden sie sich in einer nicht konkurrenzfähigen jüdischen Gesellschaft wieder, die in mancherlei Hinsicht sehr stark dem Feudalsystem des Mittelalters ähnelt. Wegen der Korruption des Staates Israel, der sozialistischen Bürokratie, glaube ich, arbeitet nur die Hälfte der Bevölkerung, und die andere Hälfte lebt wie Parasiten. Deshalb ist die israelische Wirtschaft nicht konkurrenzfähig.«

Schlechte Häuser zu hohen Preisen

In bezug auf die Anleihegarantien der USA, die vorgeblich dazu verwendet werden sollen, die sowjetische Einwanderungsbevölkerung zu absorbieren, sagte er: »Die israelische Regierung vergoß Krokodilstränen über die neuen Einwanderer. Sobald sie die Darlehen bekommen, vergessen sie diesen Teil der israelischen Bevölkerung im gleichen Augenblick.« Er verglich dies mit Jordaniens Reaktion auf eine ähnliche Situation, das mit 300000 Palästinensern fertig wurde, die nach dem Krieg am Persischen Golf aus Kuwait nach Jordanien ausgewiesen wurden. »Niemand hörte, daß Jordanien sich beschwert und die Vereinigten Staaten um Anleihegarantien für jene Palästinenser ersucht hätte.«

Ein anderer unzufriedener Zeitgenosse ist ein sowjetischer Filmproduzent, der seit fast sechs Jahren in Israel lebt und einen Film über einen Zwischenfall gemacht hat, in den mehrere Neueinwanderer verwickelt waren. Der Film erzählt von einer Gruppe sowjetischer Ingenieure, Bauunternehmer und Bauleute, die ihre Bemühungen koordinierten und je eine Wohnungseinheit für sich selbst bauten. Nachdem die Sowjets ihre Häuser selbst gebaut hatten – zu weniger als die Hälfte der gängigen Kosten und von weit besserer Qualität –, ordneten Regierungsbeamte den Abriß an, weil der Bau eine Bedrohung für örtliche israelische Bauunternehmer darstelle.

Er sagte: »Der Wohnungsbau ist wirklich eine Krise. Die gewaltigen Bauprojekte im vergangenen Jahr haben das Problem nicht gelöst, weil die Bauunternehmer sehr, sehr schlechte Häuser zu sehr, sehr hohen Preisen bauten.«

Ich machte einen Film darüber«, sagte der Produzent. »Ich fand heraus, wer in diese Korruption verwickelt war. Es waren nicht nur die israelischen Bauunternehmer, sondern der Wohnungsbauminister, Banken und sogar das Oberste Gericht, die ihre Entscheidungen nicht im Interesse der Bauunternehmer trafen.«

Nachdem er zunächst zur Aufnahme ins Programm angenommen worden war, wurde die Ausstrahlung des Filmes im staatlichen Fernsehen Israels blockiert. Als der Filmproduzent versuchte, seinen Film wiederzubekommen, mußte er feststellen, daß die israelischen Zensoren ihn vernichtet hatten.



Ein 14jähriger Palästinenser wurde von israelischen Soldaten an der West Bank erschossen und von seinen Angehörigen weggebracht.

Das Leben in einem sozialistischen Land

Unter dem Aspekt des Wohnungsbaus ist der Judenstaat ein Land der Extreme. Während sowjetische Einwanderer verzweifelt nach Wohnungen suchen und gewöhnliche Israelis sich mit minderwertigen Wohnungen abfinden müssen, leben wohlhabende Israelis und reiche amerikanische Juden wie Könige in pompösen Luxusvillen und Eigentumswohnungen in Jerusalem, Tel Aviv und in Seebädern.

In der internationalen Ausgabe der »Jerusalem Post« und in anderen englischsprachigen Zeitschriften wird für diese skandalös teuren Wohnviertel als Ferienbeziehungsweise Ruhestandswohnungen für amerikanische und andere gut betuchte Juden geworben. In Anbetracht der Tatsache, daß Israel immer noch ein sozialistischer und theokratischer Staat ist, sind solche Diskrepanzen im Wohnungsbau, gelinde gesagt, eine bittere Ironie. Aber das ist auch die Tatsache, daß die israelische Regierung und deren Eiferer in Amerika das Weiße Haus und den Kongreß unter Druck setzen, um zehn Milliarden Dollar an Steuergeldern locker zu machen, um Wohnungen und Infrastruktur zur Aufnahme der sowjetischen jüdischen Einwanderer bereitzustellen. Jetzt, wo diese Anleihegarantien verfügbar sind, hat die israelische Regierung anscheinend nicht die Absicht, sie für diese Zwecke zu verwenden. Stattdessen werden die Garantien benutzt, um Käufe auf dem Börsenmarkt in Amerika abzusichern und Auslandsinvestitions-Projekte im Judenstaat anzuspornen.

Die Gattin des Filmproduzenten versorgt ihre fünfköpfige Familie durch Arbeit in zwei verschiedenen Büros, obwohl sie in Rußland 16 Jahre lang Wissenschaftlerin war. Sie kamen nach Israel und glaubten, jegliche Diskriminierung hinter sich gelassen zu haben, und sind jetzt entsetzt darüber, daß sie in Israel existiert, wo sie dies am wenigsten erwartet hatten. Viele sowjetische Schulkinder beklagen sich darüber, daß sie von anderen Kindern und Lehrern geschnitten und beleidigt werden.

Die Probleme junger Einwanderer

»Viele der Kinder wollen hier wegen der Belästigungen nicht zur Schule gehen und wollen nach Rußland zurück.« Von Freunden und Verwandten, die in Israel leben, erfahren Juden, die noch in Rußland sind, wie trostlos das Leben im Judenstaat ist. »Viele Leute haben ihr Kommen nach Israel verschoben, und sie nutzen jede Möglichkeit, irgendwo anders hinzuziehen, nur nicht nach Israel. Ich kenne Leute, die nach Israel kamen und wieder weggingen und jetzt in Kanada sind und sich dort um Einbürgerung bemühen.«

Selbst unter den günstigsten Umständen ist das aliah-Machen nicht leicht. Es ist besonders hart für die wenigen amerikanischen Familien, die es versuchen, vor allem für diejenigen mit Kindern im Backfischalter. Amerikanischen Halbwüchsigen, sagen israelische Experten, scheint es wirklich schwerzufallen, sich an die israelische Gesellschaft zu akklimatisieren – bildungsmäßig, kulturell und vor allem gesellschaftlich. Sie sind sehr mit ihrer Herkunft verwurzelt, mehr noch als sogar die anderen Englisch sprechenden Teenager, sagen die Experten. Einige kehren sofort nach ihrem Schulabschluß in die Vereinigten Staaten zurück.

Kürzlich wurde in Jerusalem eine Unterstützungsgruppe namens NESTO – New English-Speaking Teen Olim – gebildet, um amerikanischen und anderen Englisch sprechenden Halbwüchsigen zu helfen, sich ihrem neuen Leben in Israel anzupassen. Unter anderen Problemen scheint es viel mehr Reibungen zwischen israelischen und amerikanischen Heranwachsenden und anderen Gruppen von Einwanderern in der gleichen Altersgruppe zu geben. □

Ayatolla Montazeri im Iran festgenommen

Ayatolla Hossein Ali Montazeri wurde kürzlich in Iran festgenommen, nachdem er Ayatollah Ali Khameini, den derzeitigen geistigen Führer des Irans, verurteilt hatte, heißt es in einem Bericht des im Exil lebenden ehemaligen Präsidenten des Iran, Abol Hassan Bani-Sadr. Dieser sagte zu der Presse, die Festnahme sei nach einem bewaffneten Angriff auf Montazeris Haus erfolgt, bei dem drei seiner Gehilfen ums Leben kamen. Montazeri war von Ayatollah Khomeini zum Nachfolger erwählt worden, aber nach dessen Tode wurde er zugunsten des derzeitigen Ayatollah Khameini zur Seite gedrängt.

Montazeris Festnahme erfolgte nach unbestätigten Berichten, die in der Londoner »Times« veröffentlicht wurden, wonach der iranische Präsident Ali Akbar Hashemi Rafsanjani am 10. Februar dieses Jahres in Teheran das Ziel eines Attentatversuchs war. Die im Untergrund arbeitende Oppositionsgruppe Babak Khorramdin soll einen Angriff mit Raketen und Maschinengewehren auf Rafsanjanis Autokolonne versucht haben. Die Angreifer wurden nach einem 20-minütigen Feuergefecht abgewehrt. □

Sowjets hatten Generalplan zur Eroberung Westdeutschlands

Die Sowjetunion und die kommunistische DDR hatten detaillierte Pläne zur Eroberung Westdeutschlands, heißt es in einem Bericht in der »Washington Post«, basierend auf Informationen aus Militärkreisen des wiedervereinigten Deutschlands. Die neuen Geheimdienstnachrichten bestätigen voll und ganz die Bewertung in den achtziger Jahren, daß Moskau eine Politik der »Globalen Kraftprobe«, bis hin zu und einschließlich eines blitzkriegartigen Angriffs auf den Westen, begonnen habe. Diese Anklage wurde im Westen von vielen, die unter den Einfluß der »Gorbymanie« geraten waren, zurückgewiesen.

In dem Bericht der »Washington Post« heißt es: »Die Planung der DDR und der Sowjets für eine militärische Offensive gegen Westdeutschland war so detailliert und schon so weit fortgeschritten, daß die Kommunisten bereits Straßenschilder für westliche Städte, gedrucktes Bargeld für ihre Besatzungsregierung hergestellt und Ausrüstungen gebaut hatten, um östliche Eisenbahnzüge auf westlichen Schienen betreiben zu können, geht aus dem Dokument hervor, das in den Besitz der Bundeswehr gelangt ist.«

Konteradmiral Ulrich Weisser, Chef des Planungsstabs der Bundeswehr, sagte in einem Interview mit der »Washington Post«: »Wir haben festgestellt, daß die Nationale Volksarmee (NVA) alle notwendigen Vorbereitungen zur Eroberung Deutschlands getroffen hatte.« Wenn eine kombinierte DDR- und Sowjet-Streitmacht losmarschiert wäre, um Westdeutschland zu erobern, dann wäre der Westen »zunächst unterbemannt, unterbewaffnet und überwältigt worden ... Die Einsatzplanung war weit fortschrittlicher, als alles was unsere Geheimdienste ins Auge gefaßt hatten. Die NVA war darauf eingerichtet, innerhalb von Stunden nach einer politischen Entscheidung einzumarschieren.«

Zu den Dingen, die seit der Wiedervereinigung Deutschlands entdeckt wurden, gehören:

Riesige Keller mit gewaltigen Arsenalen, die größer waren als diejenigen, die der Bundeswehr zur Verfügung standen; Pläne zur Schließung amerikanischer, britischer und französischer Militärstützpunkte in Westberlin und gleichzeitige Übernahme von Flughäfen, Rundfunk- und Fernsehstationen, Zeitungen, Telefonzentralen und anderer kritischer Bereiche; neue Straßenschilder und Karten für westliche Städte. □

Kritik am »Britischen Mythos«

»Es ist ein von Britannien aus politischen Gründen erfundener Mythos, daß eine Intervention gegen Serbien Hunderttausende von Soldaten, die bereit sind, einen langen Bodenkrieg zu führen, erfordern würde«, sagte ein in Österreich ansässiger Journalist in einer Diskussion. »Dies ist wiederholt gesagt worden, um eine Atmosphäre herbeizuführen, in der man glaubt, daß es nicht möglich sei, irgendetwas gegen Serbien zu tun, obwohl es sehr leicht wäre, den Serben Einhalt zu gebieten.«

»Wie läßt es sich sonst erklären, daß der größte Militärapparat des Westens, der jahrelang mit seiner Fähigkeit prahlte, den Warschauer Block in Schach halten zu können, jetzt soviel Angst vor einer militärischen Streitmacht hat, deren Ausrüstung keineswegs gut ist, und die für wirksame Luftangriffe ausgeklügelter Flugzeuge, die der Westen in seinen Arsenalen hat, äußerst verwundbar ist? Dies alles hat nichts mit militärischem Denken zu tun, aber alles mit Politik, und die Briten und Franzosen spielen lediglich ihre übliche Rolle als ›Münchener‹ Mächte.«
Der Experte hob hervor, daß es seit Monaten einen völlig lebensfähigen Einsatzplan »Balkans Storm« gibt, um Serbien in kurzer Zeit zu besiegen, aber der Plan wurde wegen politischer Obstruktion aus Britannien und anderer Kreise nicht in die Tat umgesetzt. Er meinte, der Plan wäre »unter dem Aspekt des Verlustes an Menschenleben sehr billig«, da er sich weitgehend auf chirurgische Schläge auf leicht identifizierbare serbische Ziele, darunter serbische Stellungen um Sarajewo; serbische Militärstützpunkte, einschließlich der in Bosnien, Brücken über die Drina, die von serbischen Truppen benutzt werden; serbische Benzindepots; den Militärflughafen außerhalb von Belgrad, und das schwach beschützte Hauptquartier des bosnischen Serben-Führers Radovan Karadzik stützen würde.

Das einzige unmittelbare Hindernis gegen die Ausführung dieses Planes sind ironischerweise die Vereinten Nationen selbst, da die Soldaten den Vereinten Nationen am Boden »jetzt Geiseln sind, da sie zur Zielscheibe werden, wenn eine Aktion gegen Serbien unternommen wird, aber es sind von den Vereinten Nationen selbst geschaffene Geiseln.« □

Thailänder für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen

Der Pate der synthetischen »Demokratie-Bewegung« in Thailand, von dem bekannt ist, daß er von westlichen Geheimdiensten geführt wird, Sulak Sivaraksa, ist für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen worden. Der nordirische Friedenskämpfer Mairead Maguire, ein Nobelpreisträger, schrieb in einem Brief an das Nobel-Institut in Norwegen: »Seit mehr als 30 Jahren arbeitet er nun schon gewaltlos für Frieden, soziale Gerechtigkeit und eine Form von Entwicklung, in der die Kultur wahrhaftig zum Ausdruck kommt und die Nöte des gewöhnlichen Volkes befriedigt werden.«

Sulak, damals im Exil lebend, war die Schlüsselfigur hinter den Demonstrationen, die im vergangenen Mai in Gewalttaten ausarteten und zu Auseinandersetzungen mit dem thailändischen Militär führten, bei denen mehrere Hundert Menschen getötet wurden. Die Demonstrationen führten zum Sturz der Regierung und zu einer deutlichen Schwächung des thailändischen Militärs, ein wichtiges Ziel der Anglo-Amerikaner für die Region.

Ein Interview machte deutlich, daß Sulaks Programm zur »Entwicklung« darin besteht, dem thailändischen Volk zugunsten der »Freude« der Rückständigkeit und Armut Zugang auch nur zu den primitivsten Arten von Technologie zu verwehren.

Sulak kehrte sofort, nachdem eine Regierung, die ihm besser zusagt, vereidigt wurde, aus dem Ausland nach Thailand zurück. Er traf zweifellos mit Maguire und anderen Nobelpreisträgern zusammen, die sich im Februar dieses Jahres in Bangkok aufhielten, in der Absicht, Druck auf die

thailändische Regierung auszuüben, Burma als Pariah-Staat zu behandeln – fast in der gleichen Weise wie asiatische Länder angespornt werden, Nordkorea zu behandeln. □

Indien und Taiwan wollen Handelsbeziehungen ausbauen

Führende Geschäftsleute aus Taiwan und Indien, die sich in Taipei, Taiwan, trafen, gaben ihrem Interesse an einer Erweiterung der Handelsbeziehungen, Investitionen und Zusammenarbeit auf technischem Gebiet zwischen ihren beiden Ländern Ausdruck, berichtete UPI. Die Konferenz war die erste dieser Art, seitdem Indien 1949 seine diplomatischen Beziehungen zur nationalistischen Regierung Taiwans abgebrochen hatte.
Etwa 60 führende Geschäftsleute, Mitglieder der Chinese National Association of Industry und des India-Taiwan Economic Cooperation Committee, erläuterten die derzeitige Handelspolitik und erörterten Möglichkeiten zur Förderung bilateraler Handelsbeziehungen.

»Es gibt derzeit keinen bedeutsamen Handel in beiden Richtungen«, sagte Yang Shih-chien, Taiwans Wirtschaftsminister in einer Ansprache vor der Gruppe, »aber wenn wir auf Gebieten wie Technologie und Investitionen kooperieren, dann wird dieser sehr schnell wachsen.«

»Indien ist auf High-Tech-Gebieten wie Raumfahrt, Petrochemie und Verteidigung sehr stark«, setzte er hinzu, »und wir sind bei grundlegenden Verbrauchsgütern und Baumaterialien konkurrenzfähig.«

R.P. Goenka, Führer der indischen Delegation, äußerte, daß die jüngsten Wirtschaftsreformen New Delhis für taiwanesische Geldanleger bessere Möglichkeiten bieten. Pläne zur Einrichtung eines indischen Büros für Tourismus in Taipei werden Visaverfahren für Taiwanesen vereinfachen, setzte er hinzu.

Taiwans Verlangen nach Investitionsbürgschaften aus Indien und Pläne zur Einrichtung eines Handelsbüros in Bombay wurden ebenfalls auf der Konferenz zur Sprache gebracht. Der Zwei-Wege-Handel zwischen Indien und Taiwan belief sich 1992 nach einer offiziellen Statistik auf 392 Millionen Dollar. □

Salvadorianischer Verteidigungsminister klagt Einmischung durch die USA an

Auf einer Pressekonferenz, auf der er bekannt gab, daß er als Verteidigungsminister von El Salvador zurücktreten werde, klagte General René Emilio Ponce die Vereinigten Staaten an, die Souveränität seines Landes verletzt und seinen Rücktritt erzwungen zu haben.

General Ponce verteilte eine 95seitige Broschüre des Verteidigungsministeriums mit dem Titel: »Die Bedrohung für die Souveränität und die Zerstörung des Staates«. Er klagte an, daß »der Kommunismus nicht verschwunden ist. In El Salvador ist sein unmittelbares Ziel die Zerstörung der bewaffneten Streitkräfte, um seinen Ansturm auf die Macht zu vollziehen«. In dem Bericht heißt es weiter, daß nur die Regierung von El Salvador das Recht habe, »die Aktionen der bewaffneten Streitkräfte zu vergleichen und zu beurteilen«.

Flankiert auf der Pressekonferenz von dem gesamten Oberkommando des Militärs in voller Uniform, kam er wie folgt auf die Rolle der Vereinigten Staaten zu sprechen: »Niemand ist über die derzeitigen nationalen und internationalen Pressionen und mögliche Bedrohungen, die in der Zukunft auf uns zukommen könnten, in Unkenntnis geblieben. Die 11 Millionen Dollar an US-Militärhilfe sind bereits suspendiert worden. Dies ist ein Akt der Druckausübung, und es kann noch mehr kommen ... Pragmatische Politiker definieren den Begriff Gerechtigkeit damit, alles zu tun, was für die Stärkeren am bequemsten ist. Das erleben wir in diesen Tagen, wo die Stärksten uns ihre Kriterien auferlegen, die nicht immer funktionieren, ohne die nationalen Interessen der Entwicklungsländer zu berücksichtigen.« □

Mubarak verurteilt islamischen Fundamentalismus

Der ägyptische Präsident Hosni Mubarak schloß sich Israel und den anglo-amerikanischen Medien an, indem er in einem Interview mit der »Washington Post« zu einer internationalen Aktion gegen den islamischen Fundamentalismus aufrief. Mubarak verteidigte die »sehr starke Hand« seiner Regierung gegen islamische Gruppen in Ägypten.

Auf den Bombenanschlag auf das World-Trade-Center in New York zu sprechen kommend, meinte Mubarak: »Dies beweist, daß der Terrorismus in der ganzen Welt zu einer Plage wird, und eine internationale Kooperation erfordert, um dieser ungesunden Erscheinung zu widerstehen.«

»Eine gewisse Zeitlang dachte man, es sei eine Art lokale Erscheinung, die sich auf den Nahen Osten konzentriert. Aber jetzt, glauben wir, ist dies ein Beweis dafür, daß es eben keine lokale Erscheinung ist. Es breitet sich aus«, sagte Mubarak.

Die gleiche Auffassung vertrat Islam Karimov, Präsident der Zentralasiatischen Republik Usbekistan, in einem Gespräch mit ausländischen Korrespondenten. »Der islamische Fundamentalismus bedroht Usbekistan«, sagte er. »Der Fundamentalismus beginnt dort, wo die Religion sich in die Politik einmischt ... Er paßt nicht zu unserem Land.« □

Japanischer LDP-Chef inhaftiert

Japanische Ankläger äußerten, der 78jährige politische Makler der Macht, Shin Kanemaru, und dessen Sekretär, Masahisa Haibara seien wegen Steuerhinterziehung inhaftiert worden. Kanemaru war der Führer der einflußreichsten Fraktion der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP), Mitglied des Parlaments und der Mann, der die letzten drei Ministerpräsidenten Japans, darunter den derzeitigen Ministerpräsidenten Kiichi Miyazawa, an die Macht brachte.

Kanemaru wurde im vergangenen Jahr wegen seiner Rolle bei einem Geldwäsche-Skandal, in den die Transportfirma Sagawa Kyubin verwickelt war, gezwungen, aus dem Parlament auszuscheiden, erhielt aber nur eine fiktive Geldstrafe.

In scharfem Kontrast zu der höflichen Art, mit der die Ankläger ihn im vergangenen Jahr behandelten, wurde Kanemaru diesmal zur Central Booking in Tokio gebracht und beschuldigt, politische Geschenke im Werte von 2,8 Milliarden Yen (24 Millionen Dollar) zu Privatzwecken kassiert zu haben. Die Presse setzt ihm hart zu.

Angeführt von den Sozialisten, wiederholte die Opposition ihren Aufruf an das Parlament, einen Beschluß zu erörtern, der darauf abzielt, auch den Rücktritt und die strafrechtliche Verfolgung des ehemaligen Ministerpräsidenten Noboru Takeshita, Kanemarus langjähriger Verbündeter, zu fordern. »Ich bedaure dies sehr«, sagte Miyazawa zu Reportern. □



Auf der Suche nach dem Ursprung der Israeliten

Peter Blackwood

Die Bibelgeschichte über den Auszug der israelischen Sklaven aus Ägypten hat Archäologen und Gelehrte jahrelang in Entzücken versetzt. »Nach Beweisen suchend«, wie es in einem kürzlich in der »Jerusalem Post« erschienenen Artikel heißt, »brüteten sie über antike ägyptische Berichte, kämmten die Halbinsel Sinai nach physikalischen Überresten durch und verfolgten mögliche Spuren auf Landkarten. Und dennoch gibt es seit einem Jahrhundert des Forschens auch nicht einen Fetzen eines unwiderlegbaren Beweises dafür, daß die Israelis jemals Sklaven in Ägypten waren oder daß sie in der Wüste Sinai umherwanderten.« Das Mysterium bleibt bestehen.

Einige israelische Archäologen sind sich dessen völlig sicher, daß die Israeliten in Sinai waren, daß aber niemand jemals ihre Spur finden wird. Gelehrte stellen jedoch fest, daß es in der antiken ägyptischen Literatur nur einen bestimmten Hinweis auf die Israeliten gebe, und das habe mit der Niederlage der Israeliten – die bereits in Kanaan lebten – durch die Ägypter Anfang des 12. Jahrhunderts vor Christus zu tun. Nach diesem Bericht »wird Israel brach gelegt; seine Saat ist nicht mehr«.

Es ist alles ein Mythos

Das Denken an den Exodus, schreibt die »Jerusalem Post« teilt sich in drei Theorien auf: Es ist alles ein Mythos; es gibt Samenkörner für die Geschichte; und der Exodus ist eine Tatsache. Benjamin Mazar, ein im Ruhestand lebender Professor für Archäologie und Geschichte an der Hebräischen Universität, vergleicht den Exodus mit der griechischen Ilias von Homer.

»Der Exodus ist eine Sammlung von allerlei Elementen, eine wunderbare Sammlung. Am Ende werden sie zu etwas Lebendigem. Teil des Lebens. Sie haben eine Wirklichkeit geschaffen – aber es ist alles nur ein Mythos.«

Eine Synagoge in Kapernaum aus dem 3. Jahrhundert. Nicht weit von hier vollbrachte Jesus Wunder vor galiläischen Juden.

David Ilan, ein Archäologe am Hebrew Union College, sagt, der Bericht über den Auszug aus Ägypten sei zu politischen Zwekken geschrieben worden. Während der Zeit der Monarchie war die israelische Gesellschaft eine Mischung von Stämmen. »Die Führer entschieden, daß sie ein einigendes Dokument benötigten«, schreibt er, »daher bauten sie eine Tradition auf. Die Sklaverei stellte eine gemeinsame Vergangenheit dar. Die Botschaft lautete: ›Wenn wir alle in Ägypten waren, dann sind wir jetzt noch alle Israeliten. Wir sind alle ein Volk‹.«

Ein guter historischer Roman

Aber für die meisten Gelehrten ist ein völliges Bestreiten des Exodus zu radikal. Abraham Malamat, Professor für biblische Geschichte an der Hebräischen Universität, glaubt, es gebe »Indizien dafür, die zumindest Teile der Exodus-Story untermauern. Wenn der Exodus keine historische Tatsache ist, behauptet er, dann könnte er ein guter historischer Roman – ein Fiktion-Bericht in einer realen Aufmachung, unter Einschluß einiger wirklicher Ereignisse sein.

Ze'ev Meshel, ein Archäologe an der Universität von Tel Aviv, glaubt auch, daß es Indizienbeweise gibt, die die Bibelgeschichte untermauern. Er suggeriert, daß »die Israeliten Nomaden waren, die nach Ägypten ziehen mußten. Die Ägypter sagten: ›O.K., arbeitet als Gegenleistung für Wasser.‹ Aber die Nomaden liebten die Wüste und wollten dorthin zurückkehren. Sie zogen später nach Kanaan und vermischten sich dort mit Kanaaniten.«

Rudolph Cohen, stellvertretender Direktor der Israel Antiquities Authority, glaubt zwar, es habe einen Exodus gegeben, verlegt das Datum jedoch 1000 Jahre früher als in der Bibel steht. »Ich habe meine Schlußfolgerung aus zwei Quellen gezogen«, sagt er. »Die Bibel, die sehr ins Einzelne geht, und Standorte in der Wüste Negev aus dem mittleren Bronzezeitalter.« Er habe zahlreiche Anzeichen gefunden, die auf die Präsenz von Menschen hinweisen, was den Bericht über den Exodus plausibler erscheinen lasse.

Professor Emmanuel Anati, ein jüdisch-israelischer Professor und Einzelgänger, hält die Bibelgeschichte für im wesentlichen richtig. Er hat am Berg Karkom in der Wüste Negev Felsenmalereien gefunden, die, wie er glaubt, mit Einzelheiten in der Bibel in Zusammenhang stehen. Seine Kollegen hegen jedoch ernsthafte Zweifel an seinen Beweisen.

Der Archäologe Avner Goren, der von 1968 bis 1982 im Auftrag der israelischen Regierung die Ausgrabungen auf der Halbinsel Sinai leitete, sagt, daß auf Grund des Lebensstils der antiken Nomaden »fast keine Möglichkeit besteht, daß wir irgendwelche Überreste der Israeliten finden werden«. Er versichert jedoch: »Ich glaube fest daran, daß der Auszug stattgefunden hat.«

Das Rätsel bleibt bestehen

Auf jeden Fall, sagt der Archäologe Mazar, der glaubt, daß die große Befreiung aus Ägypten ein Mythos ist, »ist Pesah (Passah) bedeutender als der Exodus. Die Geschichte wurde zur Grundlage eines Volkes, eines Lebens, einer Religion.«

Zweifeln an dem Wahrheitsgehalt der Exodus-Story in Gelehrtenkreisen Israels stand in den letzten Jahren die Herausforderung an den Bericht der Bibel über die Eroberung Kanaans durch die Israeliten ebenbürtig gegenüber. In einem Artikel, der im vergangenen Jahr in der Zeitschrift »Archaeology« erschien, heißt es: »Die antike israelische Föderation erwuchs nicht aus einer göttlich gelenkten Eroberung aus der Wüste heraus, sondern aus einer bemerkenswerten gesellschaftlich-wirtschaftlichen Veränderung im Leben einiger tausend Hirten, Bauern und Dorfbewohnern in Kanaan selbst.«

Die heutigen Archäologen, schrieb die Zeitschrift, sind nicht die ersten, die das Buch Josua anzweifeln. Über seine historische Zuverlässigkeit wird seit mehr als zwei Jahrhunderten gestritten. In dem sie Jericho und mehrere andere Städte in Kanaan zerstörten »und die heidnischen Kanaaniten ausrotteten oder anderweitig aus dem Lande trieben, erfüllten die israelitischen Stämme ihre von Gott gegebene Mission, und jeder erhielt ein Stück des eroberten Territoriums«. Laut »Archaeology« unterminiert das neue Beweismaterial den Mythos. Aber das Rätsel bleibt bestehen.

Wie bei dem Exodus, gibt es hinsichtlich der Israeliten und Kanaans drei Gedankenschulen: Die biblische Eroberungsgeschichte, die Theorie der friedlichen Einwanderung und die neueste Hypothese – das Szenario des Bauernaufstands.

Anfang der fünfziger Jahre glaubte der israelische Archäologe Yohanan Aharoni, er habe auf der Grundlage seiner Arbeit im Oberen Galiläa schlüssige Beweise für die Theorie der friedlichen Einwanderung gefunden. 1978 glaubte Adam Zertal von der Universität von Haifa, der im nördlichen Teil des Westufers arbeitete, er habe eindeutig nachgewiesen, daß die antiken Israeliten von der Wüste her hereinkamen und, nachdem sie ihre Wanderungen aufgegeben hatten, ihr »Verheißenes Land« erbten.

Etwa zur gleichen Zeit demonstrierte John Luke von der University of Michigan jedoch, daß die antiken keilförmigen Archive des mittleren Bronzezeitalters darauf hindeuteten, daß die israelitischen Schäfer und Hirten sowie die kanaanitischen Kleinbauern zur kanaanitischen Gesellschaft gehörten.

George Mendelhall, ein Bibelgelehrter an der University of Michigan, kam zu dem Schluß, daß die einfallenden Hebräer keine bestimmte Volksgruppe, sondern vielmehr eine Gesellschaftsschicht der Kanaaniter waren. So entstand die Theorie des Bauernaufstands.

Die Patriarchen eine zerstreute Gruppe von Hirten

Israel Finkelstein an der Universität von Tel Aviv geht in einer neuen Rekonstruktion der Ereignisse weit über die herkömmlichen chronologischen Grenzen der Bibelgeschichte hinaus. Finkelstein behauptet, daß die Leute, die später als Israeliten bekannt wurden, kanaanitische Kleinbauern waren, die aus dem Herrschaftsbereich ihrer Könige und Prinzen ausbrachen und als Weidehirten am Rande der Wüste lebten.

So werden also die Gründungsväter des israelischen Volkes, die Patriarchen, als zerstreute Gruppen von Hirten gesehen, die in kleinen Familienklans lebten, ihre Herden in dem abgelegenen Gebirgsland Kanaans weideten. Später gesellten sich diesen Prototypen von Israeliten möglicherweise ein paar kanaanitische Flüchtlinge aus Ägypten zu – und stellten somit die Inspiration für die Exodus-Story dar.

»Die Kristallisierung des Volkes Israel in seinem Land«, schreibt Finkelstein, »war nicht ein einmaliges oder wunderbares Ereignis, das einem einzigartigen und eigenartigen Volke widerfuhr, sondern Teil einer breiteren, vertrauten Erscheinung, die viele Völker, die erstmals auf der historischen Bühne auftreten, miteinander teilen.«

Nun, wenn es keinen Exodus und keine Eroberung des Verheißenen Landes gab, was ist nun mit der Heiligen Arche (Schränkchen in einer Synagoge, in der die Gesetzrolle aufbewahrt wird)? Die Arche wird in der Bibel 200 Mal erwähnt. Moses und die Israeliten bauten sie in Sinai, um die Zehn Gebote unterzubringen. David brachte sie nach Jerusalem, und als Salomon den Tempel baute, wurde sie in das Allerheiligste gesetzt. Dann verschwand sie urplötzlich um 700 vor Christus und wird von da an in der Bibel kaum noch erwähnt.

Jeremia sagt, das Volk habe gefragt: »Wo ist die Arche?«. Aber sie gehört nicht zu den Schätzen, die im einzelnen aufgeführt werden als seien sie von Nebukadnezar geplündert worden, als der Tempel ausgeraubt und zerstört wurde.

Professor Menachem Haran von der Hebräischen Universität vertritt die Theorie, daß die Arche während der Herrschaft von Menasseh, der das Königreich Judäa von 693 bis 643 vor Christus regierte, aus dem Tempel entfernt wurde. Menasseh »führte ein Bild von Aserah (eine kanaanitische Göttin der Fruchtbarkeit) in den innersten Teil des Tempels – das Allerheiligste – ein«. Haran suggeriert, daß einige fromme Priester die Heilige Arche entfernt und versteckt haben könnten. Aber wo?

Auf der Suche nach der Arche

In einem im vergangenen Jahr veröffentlichten Buch ist zu lesen, daß die Arche vielleicht nach Axum in Äthiopien gebracht wurde – wo sie vermutlich immer noch sei, bewacht von einer isolierten christlichen Kirche, die als Heilige Maria von Zion bekannt ist. Das Buch »The Sign and the Seal: The Quest for the Lost Ark of the Covenant« wurde von Graham Hancock, einem ehemaligen Reporter für die britische Zeitschrift »The Economist«, geschrieben.

Die Geschichte, die das Buch erzählt, wird von Raphael Hadoni, dem »kes« oder Priester-Rabbi der äthiopischen jüdischen Gemeinde in Israel, fromm geglaubt. Hadoni meint, daß, als der Tempel 586 vor Christus zerstört wurde, eine Gruppe von Juden, darunter ein Priester namens Eliezer mit der Arche entkam und nach Ägypten ging.

Schließlich hätten sich diese Juden bis zum Nil begeben und auf der Nilinsel Elephantine in der Nähe von Assuan einen Tempel gebaut.

Es ist eine historische Tatsache, daß eine Gruppe von Juden dort lange Zeit, nachdem der Tempel von Jerusalem zerstört wurde, den Opferkult des Judaismus praktizierten. Aller Wahrscheinlichkeit nach hätten sie dies nicht ohne einen Priester (cohen) und einer Hauptreliquie aus dem ursprünglichen Tempel getan.

Einige Zeit später wurde die Arche nach Äthiopien gebracht und unter den Schutz der äthiopischen Juden gestellt, die von einer mächtigen Königin angeführt wurden. Schließlich wurde die Arche von christlichen Streitkräften erobert und in die Kirche der Heiligen Maria in Axum gebracht. Heute ist die Arche als das Tabot von Moses bekannt, aber wegen ihrer gefährlichen Macht – die jedem, der auch nur einen Blick darauf wirft, den Tod bringen kann – darf sich niemand in ihre Nähe begeben.

Noch ein biblisches Mysterium oder Rätsel? Aber Hancocks Buch ist mehr als die Suche nach der Arche. Es erzählt die Geschichte des Ursprungs der Tempelritter und der Freimaurer. Und allein dies macht das Buch lesenswert. □



Zionismus

Was ist gut für Israel?

Victor Marchetti

Mit einer Überheblichkeit und Heuchelei – oder schlichtweg »chutzpeh« – sondergleichen behauptet Norman Podhoretz, Dekan der jüdischen Neokonservativen, jetzt, er habe das »moralische Recht«, Israel zu kritisieren, »weil der Friedensprozeß in eine Falle geraten ist, aus der Israel nur schwer entkommen kann«. Der Versuch von Podhoretz und seiner Gesinnungsgenossen, sich in Angelegenheiten Israels einzumischen, kommt in einem Leitartikel in der April-Ausgabe von »Commentary«, der anspruchsvollen Monatszeitschrift des American Jewisch Committee, zum Ausdruck.

Podhoretz Erklärung ist praktisch eine Kriegserklärung an jeden amerikanischen Juden – oder was das betrifft an jeden anderen –, der glauben könnte, daß Frieden im Nahen Osten sowohl für Israel als auch für die Araber gut wäre. Der Kolumnenschreiber der »New York Times«, A. M. »Abe« Rosenthal, ein ebenso fanatischer Zionist, lobte bereits die Verkündung seines Herrn und Meisters auf einschmeichelnde Art, zweifellos in der Hoffnung, daß diese in der jüdischen Gemeinde, Israel und der Clinton-Regierung Unruhe hervorrufen wird.
Den zionistischen Staat zu kritisieren kam traditionell in jüdischen Kreise nicht in Frage. Jeder, der dies tat, wurde sofort als selbsthassender Jude oder gar Antisemit tituliert. Nichtsdestoweniger haben sowohl die jüdische Linke als auch die Rechte gerissene Mittel und Wege gefunden, dies zu tun. Es war nur dann Verrat, wenn der andere es getan hatte.

Als der Likud-Block des rechten Flügels von Yitzhak Shamir in Israel an der Macht war, waren Podhoretz und seine Anhänger die großen Verteidiger der herkömmlichen Moralität gegen jegliche Kritik an Israel. Liberale Juden, die es wagten, für den Frieden einzutreten und das Labor-Alignment unterstützten, wurden von der erbarmungslosen Podhoretz-Gruppe gnadenlos verdammt.

Jetzt sehen die Neokonservativen die Dinge jedoch in einem anderen Licht, und Podhoretz sagt kunstvoll, es sei durchaus in Ordnung, wenn er den Judenstaat kritisierte, weil die Liberalen dies zu tun pflegten. Und natürlich, weil »die antisemitistischen Propagandisten und ideologischen Feinde Israels ... sich hinter liberalen amerikanischen Juden verstecken konnten, um ihre giftigen Argumente zu verbreiten«.

Aber selbst der arrogante Podhoretz erkennt, daß dies allein noch kein ausreichender Grund ist, um sein Hin-und-Her zu rechtfertigen. Daher behauptet er, daß die Liberalen auch zu lügen pflegten, wenn sie ihre schmutzigen Tricks anwendeten. Er tut dann unbekümmert genau das Gleiche, wenn er sagt, daß Israel die zehn Milliarden Dollar der amerikanischen Anleihegarantie »lebenswichtig benötigt«.

Er sollte mit seinen Freunden im Likud reden, um herauszufinden, wie »lebenswichtig notwendig« diese Garantien waren und sind. Der Stratege der Likud-Partei, Dan Tichon, sagt, daß die Garantien dazu benutzt werden sollen, um auf dem amerikanischen Börsenmarkt zu investieren – nicht um sowjetische Juden aufzunehmen oder Israels Infrastruktur wieder aufzubauen, wie früher von amerikanischen zionistischen Eiferern und Podhoretz selbst verkündet worden war.

Und er benutzt andere nur scheinbar zutreffende Argumente, um seine moralische Kehrtwendung zu stützen. Podhoretz behauptet, er habe sehr viel schmerzliche Seelenforschung betrieben und »gebetet«, als er sich dazu entschloß, Israels derzeitige Arbeiter-Regierung zu dessen eigenem Wohlergehen zu kritisieren. »Kritik an Israels Politik durch amerikanische Juden schreit nach erneuter Untersuchung«, sagt er. Warum?



Als Yitzhak Shamir mit seiner Likud-Partei in Israel regierte, wagten liberale Juden keine Kritik.

Weil, erläutert der selbsternannte zionistische Guru, »es theoretisch möglich ist, daß der Grund, warum Israels derzeitige Politik so populär geworden ist, darin besteht, daß sie gut und klug ist und zu einem neuen Zeitalter des Friedens und der Harmonie führt. Und dennoch kann ich nicht umhin, zu argwöhnen, daß die Feinde Israels etwas über diese Politik wissen, was die Freunde Israels nicht erkennen.

Ich gehe sogar noch weiter und behaupte rundweg, daß, wenn diese Politik in gewissen Kreisen auf so viel Wohlwollen stößt, dies bedeuten muß, daß sie nicht gut für Israel ist.« Ist das wohl Sophisterei?

Was kann ein ehrlicher Jude davon halten?

Also, wie Podhoretz die Dinge sieht: »Wenn der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin sich einbildet, daß die Clinton-Regierung mit Autonomie zufriedener sein wird als die Palästinenser, dann ist dies eine schwere Fehleinschätzung des Ausmaßes bis zu dem praktisch jedermann in Washington – sowie praktisch jedermann in dem breiteren außenpolitischen Establishment – sich jetzt die Ansicht zu eigen gemacht hat, daß palästinensische Eigenstaatlichkeit sowohl eine politische als auch moralische Notwendigkeit darstellt.«

Dies könnte für Israel ein tödlicher Irrtum sein, behauptet Podhoretz, denn »die arabische Welt hat keineswegs ihren Traum, Israel von der Landkarte zu vertilgen, aufgegeben«. Wie die »Jerusalem Post« behauptet, sagt er, unterstützen die Araber »alle terroristischen Organisationen, die sich der Zerstörung Israels verschworen haben, und sie sind die Quelle der virulentesten antisemitischen Aktivitäten der Welt«.

Aber ist dieser ganze Unsinn der wirkliche Grund für Podhoretz' Besorgnis? Machen er und seine neokonservativen Anhänger sich wirklich so viel Sorgen um den Judenstaat? Oder befürchtet er vielmehr, daß Frieden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn ihn und seine Gruppe von zionistischen Clowns arbeitslos macht? Was soll ein ehrlicher Jude davon halten? □

Religion

Stephanus oder Paulus – ein Konflikt des Judentums mit dem Christentum

Peter Blackwood

Für diejenigen, die bezweifeln, daß es ein tiefes religiöses Fundament gibt, auf dem die Politik des Zionismus beruht, liefert die Zeitschrift jüdischen Gedankenguts der Theodor-Herzl-Stiftung »Midstream« mehr als genug Beweise für das Gegenteil. Die neueste Ausgabe der Zeitschrift bringt einen langen Artikel, in dem die antike Grundlage des Zionismus und der »wahre Konflikt« zwischen Judentum und Christentum erörtert wird.

Gershon Mamlak, ein preisgekrönter Essayist, der über die Philosophie des religiösen Zionismus schreibt, behauptet, daß die »Jesus Tradition« im wesentlichen die spätere Erweiterung des antiken griechischen Hellenismus sei – dem es »ein umfassendes theologisches Rahmenwerk« verleihe, um die »Ansicht über die tödliche Hilflosigkeit des Menschen, durch eigene Anstrengungen zum Heil zu gelangen und seine unvermeidliche Abhängigkeit von einem deifizierten körperlichen Erlöser« zu unterstützen.

Der Konflikt mit dem Volke Israels

Dies, sagt Mamlak, sei der direkte Konflikt mit dem Volke Israel, das »an seine Rolle als ›Auserwähltes‹ Volk glaubt, um durch sein verkündetes Gesetz und nationale Einzigartigkeit die innewohnende Fähigkeit des Menschen zu demonstrieren, dadurch zum Heil zu gelangen, daß er nach Gottes Geboten lebt«.

Wie dieser zionistische Theologe sagt, gehen die Tätigkeiten in Jerusalem von Stephanus, »des ersten christlichen Märtyrers«, nicht nur zeitlich voraus, sondern bilden die theologische Grundlage für Paulus' spätere Arbeit unter den Nichtjuden. »Stephanus'« Aktivitäten im Jesuskreis bringt den typischen Konflikt zwischen dem Judentum und dem aufkeimenden Christentum ans Tageslicht«, behauptet er.

Und Stephanus, nicht Paulus, war der »Entjudaisierer des Evangeliums von Jesus«.

Mamlak stellt fest, daß die vorherrschende Theorie, das Christentum habe seinen Ursprung im geistigen Bereich des Judentums gehabt, »in einer zweifachen Falschauffassung verankert ist. Erstens: Die Einzigartigkeit des Judentums beschränkt sich auf dessen monotheistisches Gottverständnis; zweitens, die ›Trennung der Wege‹ zwischen dem Jesuskreis und dem Judentum wird als Folge der Anpassung des ersteren – für die nichtjüdische Welt – an die Lehren der Christologie gesehen«.

Die erste Fehlkonzeption bedeutet: »Wenn die Verwandtschaft des Jesuskreises mit dem Judentum vom gemeinsamen Glauben an den Einen bewertet wird, getrennt von der Pflicht des Glaubenden, das Gesetz des Einen zu vollziehen und das Auserwählte Volk Israel als Sein Instrument anzuerkennen – dann wird der Glaube an den Einen zur Judenfeindlichkeit par excellence!«

Die Widerlegung des Stephanus

Was nun Paulus' Förderung der Christologie anbelangt (Fleischwerdung, Eucharistie, Jungfraugeburt), so sagt Mamlak, der Zionist: »Christologie war für das Jesus-Vermächtnis das, was die Mündliche Torah für das Judentum war. Die Pharisäer entwikkelten die Mündliche Torah zu einem Zaun, der die zentralen Auffassungen des Judentums schützte und erweiterte: Gesetz und die Eigenstaatlichkeit Israels. Die Anhänger von Jesus taten das Gleiche für das, was im Mittelpunkt des Jesus-Vermächtnisses stand: Das Axiom, daß die Erlösung durch Identifizierung mit Jesus komme. Das Pharisäertum hat das Judentum nicht verwandelt; Paulus' Christologie verwandelte die Jesus-Tradition nicht.«

Daher war es Stephanus – der in den Akten 6 und 7 erzählte –, der, zusammen mit sechs anderen, aus der unteren Schicht »als Mann voll des Glaubens und des Heiligen Geistes« auserwählt wude, um in den Synagogen von Jerusalem Jesus' Botschaft zu verbreiten, »die das Volk und die Ältesten, und die Schriftgelehrten aufwühlte«.

Als er festgenommen und der Gotteslästerung bezichtigt wurde, lief Stephanus' Verteidigung auf einen Angriff auf das Judentum hinaus. Er widerlegte »den eigentlichen Gedanken an Israels auserwählte Eigenstaatlichkeit, die Heiligkeit seines Landes und die Messia-Vision des Judentums«, sagt Mamlak. Stephanus ignorierte sogar Gottes Abkommen mit den Patriarchen, Israel ins Verheißene Land zu führen, spielte die Rolle von Moses herunter und deutete an, daß Salomon den Tempel gegen den Willen Gottes baute, behauptet Mamlak.

Die in der Wüste Sinai begonnene Tradition des Allerheiligsten »war eine Widerspiegelung der Vor-Eigenstaatlichkeit Israels«, und später war der Tempel »Israels Konsolidierung, ein Symbol des ewigen Abkommens zwischen Gott, Seinem Gesetz und Israels Natur als Auserwähltes Volk«. Daher war Stephanus' Verteidigungsrede »eine völlige Widerlegung des Judentums, nicht nur dessen Zukunft und Gegenwart, sondern auch dessen Vergangenheit«.

Stephanus' Widerlegung des Judentums ging Paulus' Episteln um ein Vierteljahrhundert voraus. Er ging auch weiter und forderte das Judentum beharrlicher heraus als Paulus in dessen »theologischen Schmähreden gegen Israel«. »Was auch immer Paulus' Beiträge zum Jesus-Evangelium gewesen sein mögen«, schreibt Mamlak, die »Trennung der Wege« gehörte nicht dazu. »Diese war bereits ein fait accompli in der Tradition der Juden aus Nazareth.«

Und dieser Ruf des Judentums war der Schlüssel für den Erfolg des Christentums innerhalb des Römischen Reiches. Die Ansicht der hellenistischen Welt, die das heidnische Imperium dominierte, war innerlich staatsfeindlich und daher judenfeindlich und israelfeindlich. Das Christentum bildete das theologische Rahmenwerk, das »dem hellenistischen Kampf mit dem Judentum einen neuen Auftrieb verlieh«. □



Zeitdokument

Zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges

Zweiter Teil und Schluß

Jacob Ruchti

Unter dem Titel »Zur Geschichte des Kriegsausbruchs nach den amtlichen Akten der königlich-großbritannischen Regierung, dargestellt von Dr. Jacob Ruchti, erschien 1916 im Verlag von Ferd. Wyss in Bern eine preisgekrönte Arbeit des historischen Seminars der Universität Bern. Wegen des allgemeinen Interesses an diesem Thema hat CODE in der Mai-Ausgabe den ersten Teil dieser Schrift veröffentlicht. Von der Seite der Redation wurden keine Änderungen vorgenommen, nur Zwischentitel im Text sind hinzugefügt.

Die russische Teilmobilisation betraf 14 Armeekoprs und war die Antwort auf die österreichische Kriegserklärung an Serbien am 28. Juli. Sassonoff erklärte dem österreichischen Botschafter, diese Verfügung sei harmlos.

Inzwischen war die von der deutschen Regierung angeregte direkte Verständigung zwischen Wien und Petersburg in Fluß gekommen. Die beiden Kabinette zeigten sich einer direkten Aussprache nicht abgeneigt, und Grey selbst hielt diese Methode für die beste. Wenn sie nicht zum Ziele führe, dann solle der deutsche Reichskanzler selbst den vier Mächten den Weg weisen, ›wie sie sich um die Erhaltung des europäischen Friedens verdient machen könnten‹.

In Wien herrschte ein grauenhafter Optimismus

Bei den direkten Unterhandlungen wollte Graf Berchtold jedoch nicht über die einzelnen Punkte des Ultimatums an Serbien diskutieren, Österreich könne sich von seinen Forderungen nichts abhandeln lassen.

Dagegen hatte er in Petersburg wiederholt erklären lassen, Österreich werde kein serbisches Gebiet annektieren, auch sei er bereit, über russische Interessen auf dem Balkan mit Sassonoff in Gedankenaustausch zu treten.

Das wurde in Petersburg zunächst so mißdeutet, als ob Österreich überhaupt jeden direkten Meinungsaustausch ablehne, ›die Türe zugeschlagen habe‹. Als sich dann das Mißverständnis aufklärte und die Unterhandlungen weitergeführt wurden, schien eine leichte Entspannung der allgemeinen Lage eintreten zu wollen. Noch am 1. August hat in Wien zwischen dem russischen Botschafter und dem Grafen Berchtold eine Besprechung stattgefunden.

In Wien herrschte bis zur letzten Stunde ein schier grauenhafter Optimismus. Rußland habe zwar mobilisiert, Österreich müsse natürlich dasselbe tun, aber »das dürfe nicht als eine Drohung angesehen werden.«

Während man sich so in Wien anscheinend in Sicherheit wiegte, ward in Petersburg der Bruch vorbereitet, und die Krise trat in das Stadium der Entscheidung.

Die Tendenz der Entente, für den ganzen Konflikt Deutschland verantwortlich zu machen, mehr als Österreich, haben wir schon am 24. Juli aus den Äußerungen Sassonoffs erkannt. Deutschland soll hinter der Note an Serbien stecken und Österreich den Rükken stärken. Später meint Grey immer wieder, Deutschland solle doch einen Vermittlungsvorschlag machen, es soll eine Methode, eine Formel finden zur Erhaltung des Friedens:

»Ich drängte wieder darauf, die deutsche Regierung solle irgend einen Vorschlag machen, wonach der gemeinsame Einfluß der vier Mächte dazu benutzt würde, um einem Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Rußland vorzubeugen. Sowohl Frankreich als Italien seien damit einverstanden. Deutschland möge irgend eine Methode ausarbeiten, um das vorgeschlagene Vermittlungsverfahren, das sogleich angewendet werden könne, einzuleiten, wenn die von mir beantragte Ausführung der deutschen Regierung nicht angemessen scheine; denn jeder auf den diesbezüglichen Zweck gerichtete Vorschlag Deutschlands würde im Interesse des Friedens das Zeichen hiezu geben.«

Aber die deutsche Regierung gab kein solches Zeichen. Sie kannte die ausgesprochen russenfreundliche Haltung des englischen Kabinetts jetzt schon zu gut, um zu einer solchen Vermittlungsarbeit Vertrauen zu fassen. Auch Italien hatte sich schon als österreichfeindlich entpuppt. Und Frankreich mußte schon von Haus aus für Rußlands Interessen eintreten. So wären drei für Rußland und nur einer für Österreich eingetreten.

Dagegen hatte Deutschland, das am ganzen Konflikt nur indirekt beteiligt war, als einfachste Lösung den Weg der direkten Verständigung empfohlen und damit immerhin soviel erreicht, daß die Unterhandlungen zwischen Rußland und Österreich bis zum 1. August fortgesetzt wurden, das heißt, bis zu dem Augenblick, da die russische Total-Mobilisation auch die letzte Friedenshoffnung zerstörte.

Wien erklärt Serbien den Krieg

Am 27. Juli bat Grey die deutsche Regierung, sie möchte in Wien dafür wirken, daß »die Antwort Serbiens wenigstens als Grundlage zu weitern Besprechungen« betrachtet würde.

Der Reichskanzler gab diese englische Anregung sofort an Wien weiter, worauf aber aus Wien die Antwort eintraf, der Vorschlag könne nicht mehr angenommen werden, da eben die Kriegserklärung an Serbien ergangen sei.

Hier scheint es nun – beweisen läßt es sich mit den vorliegenden Quellen nicht –, daß Österreich-Ungarn gerade in dem Augenblick, da der englische Vorschlag durch Vermittlung der deutschen Regierung eintraf, an Serbien den Krieg erklärte, um ein fait accompli zu schaffen. Der deutsche Staatssekretär selbst ist dieser Ansicht, und er bedauert die Handlungsweise des Wiener Kabinetts. Wenn diese Annahme zuträfe, dann hätte sich Österreich eines weniger rühmlichen Verhaltens gegenüber seinem deutschen Verbündeten schuldig gemacht.

Der Kanzler wandte sich dann sofort neuerdings nach Wien in folgendem Sinne: Er sei sich vollständig klar, daß Österreich-Ungarn nach den gemachten Erfahrungen für die Annahme sämtlicher Forderungen von Serbien Bürgschaft verlangen müsse. Wenn nun die eben eröffneten Feindseligkeiten den ausschließlichen Zweck haben, sich diese Bürgschaften zu sichern, dann rate er der österreichischen Regierung, sich offen in diesem Sinne zu äußern, um jedes Mißverständnis zu beseitigen.

Am folgenden Tage (30. Juli) ging die deutsche Regierung noch einen Schritt weiter und ließ in Petersburg erklären, daß sie die Bürgschaft für Serbiens Integrität übernehme.

Auch das genügte Sassanoff nicht. Er meinte, »Serbien würde

nichtsdestoweniger auf die Stufe eines österreichischen Vasallen herabsinken, gerade so, wie unter ähnlichen Umständen Buchara russischer Vasall geworden sei«.

Rußland mißt mit seinem eigenen Maßstab und traut andern genau dasselbe zu wie sich selbst.

Und ganz ähnlich wie Sassonoff sprach sich Grey aus: »Es lasse sich nicht denken, daß Österreich-Ungarn, ohne gerade die Unabhängigkeit Serbiens zu vernichten oder sich von dessen Gebiet anzueignen, dennoch das benachbarte Königreich in das Verhältnis eines Vasallenstaates bringen könnte.«

Um diese russisch-englischen Befürchtungen zu zerstreuen, ließ Graf Berchtold am 30. Juli durch den russischen Botschafter Schebeko der russischen Regierung die Zusicherung geben, »daß weder eine Verletzung der serbischen Souveränitätsrechte, noch eine Entreißung serbischen Gebietes seitens Österreich-Ungarns beabsichtigt sei«.

Gleichzeitig unternahm Deutschland noch zwei Versuche zur Erhaltung des Friedens, den einen in Wien, den andern in St. Petersburg.

Am 30. Juli frage der deutsche Staatssekretär v. Jagow die österreichische Regierung an, »ob sie eine Vermittlung unter der Bedingung annehmen würde, daß ihre Truppen Belgrad oder irgend einen andern Punkt besetzten und sie von dort aus ihre Forderungen veröffentliche«.

Diese Anregung kam von London, und es hat damit eine eigene Bewandtnis.

Die englische Regierung hatte in Petersburg anfragen lassen, welches die »wahren Absichten Rußlands« in der serbisch-österreichischen Angelegenheit seien und ob sich Rußland mit der Versicherung Österreichs, es werde den serbischen Länderbesitz und die serbische Staatsunabhängigkeit nicht antasten, zufrieden geben könne. Darauf hatte Sassonoff geantwortet, »daß, wenn Serbien angegriffen würde, Rußland sich mit keiner Versicherung Österreichs über diese beiden Punkte begnügen könne, und daß der russische Mobilisationsbefehl gegen Österreich an dem Tage proklamiert würde, an dem es die serbische Grenze überschreite.«

Der Krieg war die unausbleibliche Folge

Rußland wollte sich also mit keinen Versicherungen begnügen. Diese »wahren Absichten« waren Grey am 29. Juli bekannt, als er seinem Botschafter in Berlin telegraphiert:

»Wenn der Reichskanzler Österreich-Ungarn bewegen kann, Rußland zufrieden zu stellen und davon zurückzuhalten, daß es bis zu einem Zustammenstoß kommt, werden wir uns alle in tiefer Dankbarkeit gegen Seine Exzellenz für die Erhaltung des europäischen Friedens einig sein.«

Grey spornte die deutsche Regierung zu Friedensbemühungen an, obwohl er wußte, daß Rußland mit keinen Versprechungen zu befriedigen war!

Deutschland wußte das nicht, und so gab denn der deutsche Staatssekretär die englischen Vorschläge nach Wien weiter. Damit hat die deutsche Regierung ihren Standpunkt geändert: Jetzt, am 30. Juli, angesichts der Gefahr eines allgemeinen Krieges, legte Deutschland seinem Verbündeten den Gedanken nahe, eine europäische Vermittlung anzunehmen. Am selben Tage machte der deutsche Botschafter, Graf Pourtalès, in Petersburg eine fast demütigende Anstrengung: Morgens 2 Uhr hatte er mit Sassonoff noch eine Unterredung, während welcher der deutsche Diplomat vollständig zusammenbrach, als er merkte, daß der Krieg unvermeidlich geworden sei. »Er bat Herrn Sassonoff, ihm einen Vorschlag zu machen, den er als letzte Hoffnung seiner Regierung in Berlin telegraphisch übermitteln wolle. Daraufhin entwarf Herr Sassonoff eine Erklärung auf französisch und übergab dieselbe dem deutschen Botschafter. Auf deutsch lautet sie folgendermaßen:

»Wenn Österreich-Ungarn einwilligt, in Anbetracht dessen, daß sein Konflikt mit Serbien eine Frage europäischer Interessen geworden ist, sich bereit zu erklären, in seinem Ultimatum jene Forderungen zu streichen, welche dem Prinzip der Souveränität Serbiens zuwiderlaufen, verpflichtet sich Rußland, mit seinen militärischen Vorbereitungen innezuhalten.«

»Sollte Österreich-Ungarn diesen Vorschlag nicht annehmen, so wird mit den Maßnahmen für eine allgemeine Mobilisation fortgefahren, und ein europäischer Krieg wird die unausbleibliche Folge davon sein.«

Österreich soll also erklären:

1. Sein Streit mit Serbien sei eine europäische Angelegenheit.

2. Es soll in seinem Ultimatum alle Forderungen streichen, die Serbiens Souveräntität antasten.

Dann will Rußland innehalten.

Aber sogar Poincaré war der Ansicht, daß Österreich diese Forderungen nicht annehmen werde.

Und doch willigte jetzt endlich, am 31. Juli das Wienerkabinett ein, über den Inhalt der Note an Serbien mit sich reden zu lassen und gab damit einen bis jetzt zäh festgehaltenen Standpunkt auf. In diesem Sinne telegraphierte Graf Berchtold nach London, Petersburg und Berlin.

So schien am 31. Juli doch noch eine leise Hoffnung auf eine friedliche Lösung des Konflikts aufzugehen.

Diese Hoffnung wurde jedoch zerstört durch den Befehl zur allgemeinen Mobilisation in Rußland, der am selben Tag erging.

Wir wissen, daß bei einem Angriff Rußlands auf Österreich der Bündnisfall für Frankreich nicht eintrat. Ob Frankreich in diesem Falle doch marschiert wäre, ist eine Frage, die sich mit den Akten nicht beantworten läßt. Jedenfalls galt es für Rußland eine Lösung zu finden, die Frankreich unbedingt zur Hilfeleistung verpflichtete und gleichzeitig die russische Politik vor der Welt rechtfertigte: Es galt, die Lage soweit zuzuspitzen, daß Österreich dem Zarenreich den Krieg erklärte. Als nun aber die Donaumonarchie auch nach der russischen Teilmobilisation mit keiner Kriegserklärung antwortete, sondern sich am 31. Juli sogar bereit fand, das Ultimatum an Serbien mit Rußland zu diskutieren, da drohte der russische Plan zu scheitern. Es mußte ein anderer



So sieht das Ende des Ersten Weltkrieges aus: Aufgrund der Waffenstillstandsbestimmungen wird nutzlos gewordenes Kriegsgerät vernichtet.

Zeitdokument

Zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges

Ausweg gefunden werden. Was lag jetzt näher, als den Verbündeten Österreichs, eben das deutsche Reich, so zu reizen, daß es zum sichern Bruch kam? Daß Deutschland keinen Spaß verstehen werde, hatte Sassonoff schon vom englischen Botschafter vernommen. Jetzt war es höchste Zeit, einen entscheidenden Schritt zu tun, bevor irgend ein neuer Friedensvertrag von außen her die ganze russische Kombination verdarb.

Das sind die Voraussetzungen für die russische Gesamtmobilmachung am 31. Juli.

Die Deutschen sind schuld

Rußland hatte die Rechnung abgeschlossen, es kam jetzt nur noch darauf an, die Schuld abzulehnen. Das tat Sassonoff am 31. Juli. Dem österreichischen Botschafter drückte er den Wunsch aus, daß die Beziehungen zwischen Rußland und Österreich »freundliche bleiben möchten und bemerkte, daß dieselben im allgemeinen ganz zufriedenstellende seien, aber die gegenwärtig zu lösende Frage sei, ob Österreich-Ungarn Serbien vernichten, es seiner Unabhängigkeit berauben und zu einem Vasallenstaat erniedrigen wolle, oder ob das genannte Königreich ein freies Land bleiben solle.«
So stellt der russische Minister neuerdings eine Behauptung auf, die schon wiederholt und soeben wieder von Wien aus widerlegt worden war.

Viel energischer hat Sassonoff am folgenden Tage (1. August) gegenüber den Botschaftern Englands und Frankreichs die Verantwortung Rußlands abgelehnt:

»Es sei klar, daß für Rußland Serbiens Abhängigkeit von Österreich-Ungarn ebenso unerträglich sei, als für Großbritannien die Abhängigkeit der Niederlande von Deutschland. In der Tat sei dies für Rußland eine Frage seines eigenen Bestehens. Nicht nur sei die ganze Politik Österreich-Ungarns voller Winkelzüge, sondern sie sei auch unmoralisch gewesen und, auf den Beistand seines deutschen Verbündeten bauend, glaube man in Wien, Rußland herausfordernd behandeln zu können. Ebenso sei auch die Politik Deutschlands zweideutig und unaufrichtig und es sei von wenig Belang zu wissen, ob man in Berlin den Wortlaut des österreichisch-ungarischen Ultimatums schon vor dessen Veröffentlichung gekannt habe oder nicht. Aber wichtiger sei die Tatsache, daß die deutsche Regierung erst dann mit ihrem Einfluß in Wien eingesetzt habe, als man auf keinen Erfolg mehr rechnen konnte. In Wien und in St. Petersburg sei das Deutsche Reich schlecht vertreten, denn dessen Botschafter am Habsburger Kaiserhofe sei ein Russenhasser und habe Österreich aufgestachelt, während der deutsche Botschafter am Zarenhofe nach Hause berichtet habe, daß Rußland niemals Krieg führen würde. Herr Sassonoff habe nun ganz genug von den endlosen Anstrengungen, die er gemacht habe, um den Krieg zu vermeiden; er selbst habe keinen einzigen ihm gemachten Vorschlag abgewiesen:

Er habe die respektiven Vorschläge, eine Viermächte-Konferenz einzuberufen, eine Vermittlung Großbritanniens in die Wege zu leiten und direkte Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland anzubahnen, angenommen. Allein Deutschland und Österreich-Ungarn hätten alle diese Versuche, den Frieden zu wahren, entweder mit Ausflüchten zunichte gemacht oder sich überhaupt denselben gegenüber ablehnend verhalten.«

Während so der russische Minister des Auswärtigen die beiden Zentralmächte als die Urheber des Krieges hinstellt und seine Hände in Unschuld wäscht, rich-

In stolzer Haltung ziehen deutsche Truppen nach der Niederlage durch das Brandenburger Tor.



tet er nach London den Dank Rußlands:

»Seine Exzellenz (Sassonoff) drückte zum Schlusse Seiner Majestät Regierung den tiefgefühlten Dank aus für ihre Anstrengungen zur Rettung der Lage. Es wäre zum großen Teil ihr Verdienst, wenn der Krieg vermieden würde. Der Zar, die russische Regierung und das russische Volk würden die feste Haltung Großbritanniens nie vergessen.«

Rußlands Dank an London

Diese Stelle verdient es, unter die Lupe genommen zu werden. Am 31. Juli, an dem Tage, da Rußland seine allgemeine Mobilisation durchgeführt und – wie übrigens schon seit dem 24. Juli – zum Kriege entschlossen ist, übermittelt Sassonoff der englischen Regierung den »tiefgefühlten Dank« der russischen Nation und anerkennt damit, daß England für die russischen Interessen gearbeitet, indem es »eine feste Haltung« eingenommen habe.

In Österreich erging der Befehl zur allgemeinen Mobilisation am 1. August morgens; die Kriegserklärung an Rußland folgte erst am 5. August.

So stellt sich Ende Juli die europäische Lage wie folgt:

1. Serbien hat auf das Ultimatum Österreichs eine unbefriedigende Antwort gegeben. Österreich hat daher den Krieg beschlossen, ihn erklärt und will sich dabei nicht stören lassen.

2. Rußland konstruiert für seine Einmischung eine europäische Plattform und ist ebenfalls zum Krieg entschlossen, bevor noch die Frist des Ultimatums abgelaufen ist.

3. Die von England ausgehende Vermittlung wird von Deutschland mit Mißtrauen betrachtet und in der vorgeschlagenen Form der Konferenz abgelehnt.

4. Die Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg versprechen wenig Erfolg, einerseits wegen der anfänglichen Weigerung Österreichs, über die Punkte des Ultimatums zu verhandeln, andererseits wegen der russischen Mobilisation gegen Österreich und der zwar zweideutigen, aber für Rußland immerhin verständlichen Haltung Englands, besonders dessen Zustimmung zur russischen Mobilmachung und seiner eigenen Vorbereitungen zur See.

5. Die direkten Verhandlungen hat nicht Österreich abgebrochen, da erwiesen ist, daß Graf Berchtold den russischen Botschafter noch am 1. August nachmittags empfangen hat.

Österreich ließ sich in zwölfter Stunde herbei, mit Rußland über seine Forderungen an Serbien zu diskutieren. Inzwischen hatte aber Rußland den Bruch vollzogen.

Der europäische Krieg

Am 1. August berichtete Bunsen, der englische Botschafter in Wien, nach London, die Spannung zwischen Deutschland und Rußland scheine sogar größer zu sein als diejenige zwischen Rußland und Österreich.

Sassonoff behauptete schon am 30. Juli, Deutschland mobilisiere, besonders gegen den finnischen Meerbusen hin (!); »er sei im Besitz unwiderlegbarer Beweise« (die er uns leider nicht mitteilt); und auch die allzeit gut unterrichtete englische Diplomatie weiß nicht mehr, als daß Deutschland vor der russischen Gesamt-Mobilmachung seine beurlaubten Offiziere einberief. Aber Sassonoff braucht dieses völlig unbewiesene Argument, um seine eigene Total-Mobilisation zu rechtfertigen und die angegriffene Unschuld zu spielen.

Darauf folgte unmittelbar am 31. Juli das Ultimatum der deutschen Regierung an Rußland mit der kategorischen Forderung, zu demobilisieren und darüber innert 12 Stunden eine bestimmte Erklärung abzugeben. Als die Antwort der russischen Regierung ausblieb, ließ der Kanzler am 1. August abends in Petersburg die Fehde ansagen.

Gleichzeitig fragte Baron von Schoen am Quai d'Orsay an, ob Frankreich im Falle eines deutsch-russischen Krieges neutral bleiben werde, und erhielt von Viviani zur Antwort, Frankreich »werde das tun, was seine Interessen ihm geböten«, worauf am 3. August in Paris die deutsche Kriegsergklärung übergeben wurde.

Frankreich durfte am 1. August jene zwar ausweichende, jedoch kaum mißverständliche Antwort ruhig wagen: Am vorhergehenden Tage hatte sein Botschafter Cambon in London von Grey erfahren, daß England Deutschland gegenüber das verlangte Neutralitätsversprechen verweigert und beigefügt hatte, »wenn Frankreich und Rußland sich in einen Krieg verwickelt sähen«, würde England in denselben »ebenfalls hineingezogen werden«. Dann kommt aber sofort die Stimmungszerstörung, Greys ureigene diplomatische Kunst, mit dem Satz: »Das sei natürlich nicht dasselbe wie ein Frankreich gegebenes Versprechen.« Diese sehr geschickten Wendungen Greys sagen durch die Blume folgendes: Werden Frankreich und Rußland in einen Krieg verwikkelt, so bleibt England nicht neutral; es wird ebenfalls hineingezogen und auf welche Seite?

Die französische Regierung verstand die Sprache Greys, sie wußte schon jezt, am 31. Juli: England wird mittun. So konnte Viviani am folgenden Tage dem Freiherrn von Schoen ohne Übereilung jene Erklärung abgeben. Wo aber Frnakreichs Interessen lagen, darüber brauchte man sich in Berlin im Hinblick auf die französische Revanchepolitik seit 1871 nicht lange den Kopf zu zerbrechen; man erkannte auf deutscher Seite die Situation: Die Mitwirkung Frankreichs stand am 1. August außer allem Zweifel; Vivians Antwort war daher eine Herausforderung.

Italien wollte neutral bleiben

Völlig rechtzeitig ist man auch über die Haltung Italiens ins klare gekommen. Am 30. Juli ließ der Marchese di San Giuliano in London erklären, » er sei in jedem Fall dafür, den Meinungsaustausch mit der großbritannischen Regierung fortzusetzen, auch wenn sich der Plan, Verhandlungen zwischen den vier Mächten anzubahnen, als unausführbar erweise«.

So wußte Grey schon am 30. Juli, daß Italien sich mit der Sache seiner Verbündeten nicht solidarisch erklären, sondern »in jedem Fall« auf Englands Seite bleiben wolle. Die formelle Neutralitätserklärung Italiens vom 1. August überraschte daher niemanden mehr.

Während sich die Krise im Osten zuspitzte, bemühte sich die französische Regierung, Englands Waffenhilfe durch ein förmliches Abkommen sicherzustellen. Die englische Regierung machte aber ihre diesbezüglichen Entschließungen stets von einer »weitern Entwicklung der Dinge« (some new development) abhängig, teilte aber dem französischen Botschafter Paul Cambon rechtzeitig mit, daß die englische Flotte Vorsichtsmaßregeln treffe, wie Grey auch nicht versäumt hatte, dies in Rußland bekanntzumachen. Verpflichtungen habe England nicht; auf dieser Formel bestand Grey noch am 31. Juli, ja sogar noch am 1. August.

Der Sache nach wußte jedoch Frankreich längst, woran es war. Das geht hervor aus zwei Briefen vom 22. und 23. November 1912, eben aus jener Zeit, da die Verständigung zwischen England und Deutschland wegen der gegenseitigen Neutralität nicht zustande gekommen war.

Abmachungen in harmlos-unverbindlicher Form

Der erste dieser Briefe ist von Grey an den französischen Botschafter Paul Cambon gerichtet und datiert:

London, 22. Nov. 1912.

Sehr geehrter Herr Botschafter! (My dear ambassador.)

Fachleute der französischen und großbritannischen Militär- und Marinebehörden haben in den letzten Jahren oft zusammen beraten. Es wurde dabei immer angenommen, daß solche Beratungen keiner der beiden Regierungen es verwehren sollten, in Zukunft zu entscheiden, ob sie der andern mit den Waffen beizustehen habe oder nicht. Es wurde dabei festgelegt, daß die Beratungen der Fachleute niemals als ein Übereinkommen angesehen werden dürfen, das die eine oder die andere Regierung zum Eingreifen in einen Konflikt, der noch nie entstanden und viel-

Zeitdokument

Zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges

leicht nie entstehen wird, verpflichten solle. So ist zum Beispiel die gegenwärtige Verteilung der Flotten Frankreichs und Englands nicht derart, daß dieselben in einem Kriege zusammen wirken könnten.

Sie (Cambon) haben indessen darauf hingewiesen, daß, wenn die eine oder die andere Regierung schwerwiegende Gründe habe zu befürchten, sie könnte dem unverschuldeten Angriff oder einer anderen drohenden Friedensstörung ausgesetzt werden, es von größter Wichtigkeit wäre, zu wissen, ob in einem solchen Falle die eine auf die bewaffnete Hilfe der andern rechnen könnte.

Ich bin ganz damit einverstanden, daß, wenn die eine oder die andere Regierung schwerwiegende Gründe haben sollte, zu befürchten, sie könnte dem unverschuldeten Angriff einer dritten Macht oder einer andern drohenden Friedensstörung ausgesetzt werden, wir augenblicklich uns verständigten, ob wir zusammen den Angriff abwehren und den Frieden wahren sollten; in diesem Falle wäre zu erwägen, welche Maßnahmen die eine Regierung gemeinsam mit der andern zu ergreifen geneigt sei.

Sollten diese Maßnahmen militärische sein, dann würden die Ansichten der respektiven Generalstäbe eingeholt werden müssen, um nach Ermessen der Regierungen zu einer Entscheidung zu kommen.

Ihr aufrichtig ergebener
E. Grey.

So arbeitet die englische Diplomatie

Die Antwort Paul Cambons an Grey vom folgenden Tage gibt die völlige Zustimmung Frankreichs in übereinstimmenden Ausdrükken.

Auf diese Briefe kamen Cambon und Grey jetzt – angesichts der drohenden Lage im Osten – zurück.

In eine so harmlose unverbindliche Form hatte Grey im November 1912 die englisch-französischen Abmachungen gekleidet.

Auf diese Form gestützt glaubte sich die englische Regierung berechtigt, dem Parlament und Volk immer wieder zu versichern, England sei niemandem verpflichtet. Auf dieser Form bestand Grey noch am 1. August und behauptete dem deutschen Botschafter gegenüber, England habe seine Hände noch frei.

So arbeitet die englische Diplomatie.

Nachdem nun aber England sich am 2. August auch verbindlich für Frankreich entschieden, da mußte das britische Foreign Office sich doch entschließen, die beiden Briefe bekanntzugeben:

Grey verlas sie am 3. August im Unterhaus, und zwei Tage später erschienen sie im Weißbuch.

Sehr interessant ist nun aber die Art, in der Grey diese Briefe ins Weißbuch hineinbrachte und sie der Öffentlichkeit bekannt gab.

Das Schriftstück, dem er die beiden Briefe beilegt, ist Nr. 105 im Weißbuch, gerichtet an Bertie, den britischen Botschafter in Paris und datiert vom 30. Juli 1914.

Cambon habe Grey heute an den Brief erinnert, den er ihm vor zwei Jahren geschrieben haben.

Dann folgen Brief und Antwort als 1. und 2. Beilage, und als Beilage 3 tritt dann noch ein wundersames Aktenstück auf, eine Mitteilung des französischen Ministerpräsidenten Viviani an Cambon in London datiert vom 31. Juli 1914. Der Brief an Bertie ist am 30. Juli geschrieben, die beigelegte Mitteilung jedoch am 31.!

Und diese Mitteilung lautet im französischen Grundtext wie folgt:

»L'armée allemande a ses avant-postes sur nos bornes-frontières (Grenzpfählen), hier vendredi; par deux fois des patrouilles allemandes ont pénétré sur notre territoire ...«

Eine Fälschung unter englischer Flagge

Leider heißt es nicht, wo diese Grenzverletzung durch die Deutschen stattgefunden habe. – Es folgen dann Angaben über deutsche Truppenversammlungen an der deutsch-französischen Grenze, worauf der Brief wie folgt schließt:

»J'ajoute que toutes nos informations concordent pour montrer que les préparatifs allemands ont commencé samedi, le jour même de la remise de la note autrichienne.

Ces éléments ajoutés à ceux contenus dans mon télégramme d'hier, vous permettent de faire la preuve au Gouvernement britannique de la volonté pacifique de l'un et des intentions agressives de l'autre.«

Nun war der 31. Juli bekanntlich ein Freitag; der Brief Vivianis konnte demnach nicht vor dem 1. August geschrieben sein.

Im französischen Gelbbuch steht ein Brief Vivianis an Cambon, datiert vom 30. Juli, und ist in einzelnen Stellen mit dem von Grey beigelegten übereinstimmend, so daß das letztere als ein Auszug des erstern erscheint, jedoch dann wieder Dinge enthält, die im Schriftstück des Gelbbuches nicht stehen.

Wie dem immer sei, haben wir es hier mit einer Fälschung starker Sorte zu tun. Ob außer dem Foreign Office noch andere Amtsstellen dabei beteiligt sind, habe ich nicht zu untersuchen, die Fälschung segelt unter englischer Flagge und Verantwortung.

Sie schien Grey unerläßlich, um seinem Publikum die Notwendigkeit einer englischen Intervention zugunsten des schwer bedrohten und so vorzeitig angegriffenen Frankreich darzutun. Zugleich mußten die Akten bekannt gegeben werden, auf Grund deren England moralisch, wenn auch nicht formell, zur Waffenhilfe verpflichtet war.

Aber wie ein Verbrechen mitunter durch eine Kleinigkeit verraten wird, so ist die vorliegende Aktenfälschung an der mangelhaften Datierung verunglückt und als solche erkannt worden.

Grey muß übrigens selber erkannt haben, daß seine Manipulation noch nicht raffiniert genug durchgeführt war: In den spätern Ausgaben des Weißbuches sind in der Beilage 3 das Datum und das Wort »Freitag«, also die beiden verräterischen Elemente, weggelassen worden, wodurch das Ganze erst recht als Fälschung in die Augen springt.

Mittlerweile war die Krise in ihr vorläufig letztes Stadium getreten durch die Entscheidung Englands, das am 2. August auch formell aus seiner Neutralität heraustrat, indem es der französischen Regierung die Hilfe seiner Flotte zusagte, für den Fall eines deutschen Angriffs auf die französische Nordküste. Das geschah in einem Augenblick, da das deutsche Ultimatum an Belgien noch gar nicht ergangen, geschweige die Neutralität dieses Landes verletzt war.

Dessen ungeachtet behauptet sogar das offizielle England, sein Eingreifen in den Krieg hänge zusammen mit der belgischen Frage.

Grey hatte stets betont, der Konflikt Österreichs mit Serbien gehe England nichts an. Indes hatte er schon am 25. Juli nach Petersburg berichtet, »wenn der Krieg ausbrechen sollte, dann dürften weitere Entwicklungen der Lage England zur Teilnahme daran zwingen.«

In der Folge bildet diese Perspektive einer weitern Entwicklung (»some new development«) eine ständige Redensart in seinen Depeschen. Der französische Botschafter Paul Cambon, der schon wiederholt versucht hatte, das britische Kabinett zu einer Erklärung zu bewegen, bekam am 31. Juli zur Antwort, »daß es augenblicklich nicht gerechtfertigt wäre, unsererseits eine solche Verpflichtung einzugehen, aber bei einer weitern Entwicklung der Lage würden wir dies sogleich wieder in Erwägung ziehen«.

Nun aber war es für England von größtem Wert, die Haltung Frankreichs und Deutschlands in bezug auf die belgische Neutrali-

tät kennen zu lernen. Frankreich gab am 31. Juli eine klare zusagende Antwort, es sei entschlossen, die Neutralität Belgiens zu achten, Deutschland zögerte und lehnte schließlich ab.

Die belgische Neutralität lag England sehr am Herzen, wie Grey wiederholt versicherte. Immerhin konnte er am 31. Juli noch nicht sagen, ob die Verletzung derselben Großbritannien zum bewaffneten Eingreifen veranlassen würde oder nicht. Man mußte zuerst erwägen, inwiefern in einem solchen Falle englische Interessen auf dem Spiele stehen.

Die Entrüstung des Londoner Kabinetts

Andererseits suchte auch die deutsche Regierung die Haltung Englands im Falle eines ausbrechenden Krieges zu erforschen. Am 29. Juli ließ der Reichskanzler durch den englischen Botschafter in Berlin dem Londoner Kabinett folgendes schwerwiegende Angebot (strong bid) machen:

»Er führte aus, daß – soweit er die Grundzüge der englischen Politik zu beurteilen vermöge – es klar sei, daß England die Vernichtung Frankreichs in einem bevorstehenden Kriege nicht mitansehen könne. Deutschland beabsichtige indes keine solche Vernichtung, denn wenn die Neutralität Englands Tatsache sei, so werde die deutsche Regierung dem Londoner Kabinett die weitgehendste Versicherung geben, daß im Falle eines deutschen Sieges keine Gebietsabtretungen von Frankreich verlangt würden.«

»Ich (Goschen) berührte die Frage der französischen Kolonien, und S. Ex. sagte, daß er in dieser Hinsicht kein ähnliches Versprechen geben könne.«

Es hinge von Frankreichs Vorgehen ab, »wie weit Deutschland gezwungen werden könnte, in Belgien einzurücken; aber nach dem Kriege sollte die Integrität dieses Landes unverletzt bleiben, wenn es sich Deutschland gegenüber nicht feindlich verhalten haben würde«.

Einen solchen Vorschlag wies das Londoner Kabinett mit Entrüstung zurück. Gleichzeitig warnte Grey den deutschen Botschafter, »Deutschland möge nicht unter allen Umständen auf Englands Nichtbeteiligung rechnen,« und, wenn Frankreich in den Krieg verwickelt werden sollte, dann auch England mit einbezogen würde.

Solche Winke mit dem englischen Zaunpfahl verstand nun doch auch die deutsche Diplomatie, die bis jetzt indem verhängnisvollen Wahn gelebt hatte, England werde gegen das deutsche Reich nie das Schwert ziehen, und so entschloß sich jetzt die deutsche Regierung, in London einen großen, entscheidenden Schritt zu tun.

Das war am 1. August.

Grey empfing den deutschen Botschafter und sagte ihm, »die Antwort der Reichsregierung betreffend die Neutralität Belgiens gebe zu großem Bedauern Anlaß, da Großbritannien an dieser Frage rege Teilnahme bezeuge«. (Der deutsche Staatssekretär hatte eben noch gar keine bestimmte Antwort gegeben.)

Unter allen Umständen einen Krieg gegen den deutschen Rivalen

»Wenn sich Deutschland dazu verstünde«, so fuhr Grey fort, »dieselbe diesbezügliche Versicherung wie die von Frankreich gebotene zu geben, dann würden sowohl die Befürchtungen als auch die Spannung hier in England bedeutend abgeschwächt werden. Es würde schwer fallen, den Unwillen des englischen Volkes einzudämmen, wenn die Neutralität Belgiens von einem der Kriegführenden verletzt würde, während der andere sie achtete.

Ich (Grey) bemerkte, daß bei einem Ministerrat auf diese Frage eingegangen worden sei, und ich gab ihm dabei auftraggemäß den betreffenden Bericht.«

Jetzt rückte Fürst Lichnowsky mit einer verfänglichen Frage heraus:

»Er fragte mich (Grey), ob, im Falle Deutschland verspräche, die Neutralität Belgiens nicht zu verletzen, Großbritannien seinerseits das Versprechen, neutral zu bleiben, geben würde.«

Da war der englische Staatsmann in die Enge getrieben und an die Wand gedrückt – und sogar durch einen deutschen Diplomaten! Jetzt mußte es heraus, ob die belgische Neutralität England so heilig war und so nahe am Herzen lag, daß sie für das Verhalten des Inselvolkes den Ausschlag gab.

»Ich antwortete«, berichtet Grey weiter, »daß ich das nicht sagen könne, unsere Hände seien bis jetzt noch frei, und wir müßten erst die von uns einzunehmende Haltung erwägen. Was ich aber sagen könne, sei das, daß unser Verhalten größtenteils von der öffentlichen Meinung Englands abhinge und daß sich diese sehr um die Neutralität Belgiens bekümmere. Wir seien wohl außerstande, neutral zu bleiben auf Deutschlands bloßes Versprechen hin, das nicht weiter ginge, als die Neutralität Belgiens zu achten.«

Da führte Lichnowsky noch einen Schlag auf die Geheimfächer der englischen Politik und schloß in sein Angebot außer der Neutralität Belgiens auch die Integrität Frankreichs und seines Kolonialgebiets mit ein: »Der Botschafter«, so berichtet Grey, »drang in mich, ob ich die Bedingungen, unter welchen wir neutral bleiben würden, nicht nennen könne. Er meinte sogar, daß es möglich wäre, die Integrität Frankreichs und seines Kolonialgebiets zu gewährleisten.«

Angesichts dieser Eröffnungen des deutschen Botschafters mußte Grey auch noch den letzten Schleier lüften, hinter dem er bis jetzt seine Kombination sorgsam verborgen hatte: »Ich sagte, daß es mir unmöglich sei, auf diese Bedingung hin ein bestimmtes Versprechen zu geben, daß wir neutral bleiben wollten, und ich könne daher nichts weiteres beifügen, als daß wir unsere Hände frei lassen müßten.«

Die deutsche Regierung wußte genug. Sie wußte jetzt, daß England im Sinne hatte, unter allen Umständen an einem Kriege gegen den deutschen Rivalen teilzunehmen.

Verschweigen der deutschen Vorschläge

Diese Tatsache ist für alle Zeiten durch das englische Weißbuch selber festgenagelt und nicht mehr aus der Welt zu schaffen.

Man kann sich billig fragen, wie dieses Aktenstück, das wie kein anderes, den ganzen Hintergrund der englischen Politik beleuchtet, in die amtliche Sammlung hineingeraten ist. Das erklärt sich wohl nur durch die große Eile, mit der das Weißbuch zusammengestellt und herausgegeben wurde: Am 4. August abgeschlossen, war es am 5. schon gedruckt und gelangte vor das Parlament.

Am 4. August, als Grey die Gewißheit hatte, daß die belgische Neutralität durch deutsche Truppen wirklich verletzt war, so daß der englische Kriegsvorwand durch gar keine deutschen Zugeständnisse mehr gefährdet werden konnte, da erging das Ultimatum Englands an das Deutsche Reich, worin die Respektierung der Neutralität Belgiens verlangt wurde – derselben Neutralität, die England durch sein eigenes Neutralitätsversprechen hätte schützen können!

Am 3. August hielt Grey im Unterhaus seine große Rede zur Vorbereitung der Gemüter auf die englische Kriegserklärung. Er verschwieg dabei die letzten Vorschläge Deutschlands und rechnete aus, daß England, wenn es in den Krieg eingreife, nicht viel mehr geschädigt werde, als wenn es beiseite stehe.

Am 6. August trat der Premier Asquith vor das Parlament zur Begründung der Kriegserklärung. Er baute diese Begründung auf die Vorschläge des deutschen Reichskanzlers vom 29. Juli, wies im Brustton der tiefsten sittlichen Empörung das Ansinnen der deutschen Regierung zurück, unterschlag gleich seinem »recht ehrenwerten Freunde« Grey die Verhandlungen mit dem deutschen Botschafter am 1. August (Nr. 123) und gab dem Parlament, dem englischen Volk und der ganzen Welt eine bewußt falsche Darstellung der Tatsachen.

Aber die Geschichte läßt sich auf die Dauer nicht fälschen, die Legende vermag vor der wissenschaftlichen Forschung nicht standzuhalten, das dunkle Gewebe wird ans Licht gebracht und zerrissen, auch wenn es noch so kunstvoll und fein gesponnen war. □

Rotchina läßt Studentenführer frei

Die Volksrepublik China gab bekannt, daß sie zwei prominente Studentenführer entlassen werde, und behauptete, alle Studenten, die 1889 wegen der Proteste der Demokratischen Bewegung festgenommen worden waren, seien jetzt wieder auf freiem Fuß. Die beiden jetzt Entlassenen sind Wang Dan, 25, Nummer eins auf der Liste der 21 »am meisten Gesuchten«, und Guo Haifeng, 27, der zur Zeit der Bewegung von 1989 ein Hochschulabsolvent war.

Wang Dan sagte zu Journalisten: »Sie können schreiben, daß ich meinen politischen Standpunkt niemals ändern werde. Ich habe das bislang nicht getan und werde es auch in der Zukunft nicht tun.«

Obwohl das amerikanische Außenministerium und verschiedene chinesische Organisationen in Übersee die Freilassung der Dissidenten begrüßten, unterstrich die Internationale Föderation Chinesischer Studenten (IFCSS), niemand dürfe sich durch diesen oberflächlichen Versuch der Regierung in Peking, ihren Ruf in Hinsicht Menschenrechte aufzubessern, beirren lassen.

Pekings Behauptung, daß jetzt alle wieder in Freiheit seien, steht im Gegensatz zu der weiter andauernden Kerkerhaft des Studentenführers Liu Gang und anderer Studenten, die ohne Prozeß festgehalten werden. Eine unbekannte Anzahl von dissidenten Intellektuellen und anderer Personen sind nach wie vor im Gefängnis.

Es gibt zwei unmittelbare Fragen in Zusammenhang mit dieser Freilassung. Eine davon betrifft Chinas Wunsch, von den Vereinigten Staaten den Status einer meistbegünstigten Nation zugebilligt zu bekommen. Bill Clinton gelobte während seines Wahlkampfes um die Präsidentschaft, den Status der meistbegünstigten Nation von einer Verbesserung der Haltung Chinas in Sachen Menschenrechte abhängig machen zu wollen.

Die andere Sache ist die, daß die Vereinigten Staaten chinesischen Staatsbürgern, die vor dem 11. April 1990 in die Vereinigten Staaten eingereist sind, spätestens Ende Juli dieses Jahres den ständigen Wohnsitz zuerkennen werden, unter der Bedingung, daß der Präsident dem Kongreß nicht berichten kann, daß die Menschenrechte in China bis dahin wesentlich verbessert worden sind. Die IFCSS war die hauptsächliche Interessensgruppe für einen solchen Plan, im Exil lebende Mitglieder der Demokratischen Bewegung zu schützen. □

Beschuldigungen gegen Haitis Aristide

Die Strategie des gestürzten haitischen Präsidenten Jean-Bertrand Aristide würde darin bestehen, »die militärische Institution einzukreisen und zu zerstören«, warnte Hubert de Roncary, ein Führer der Bewegung für Nationale Unabhängigkeit Haitis, der der Presseagentur IPS mitteilte, daß seine Partei, zusammen mit 30 anderen politischen Gruppierungen, absolut gegen die Rückkehr Aristides aus dem Exil seien.

Stattdessen, sagte Roncary, müsse der ehemalige Interim-Präsident Joseph Nerette wieder eingesetzt werden, der 1991 nach Aristides Sturz diente, niemals offiziel aus dem Amt ausschied und kürzlich alternative Lösungen für Haitis Krise vorgeschlagen habe, die den von den Vereinten Nationen und der Organization of American States (OAS) vorgeschlagenen zuwiderlaufen.

De Roncery erläuterte, daß Aristides jüngster Aufruf, 3000 Beobachter für die Menschenrechte nach Haiti zu entsenden, Teil der »Strategie der Einkreisung und Zerstörung der militärischen Institution mit Unterstützung der Vereinten Nationen und der OAS« sei. Aristide sagte er, will »die 7000 Soldaten der haitischen Armee beseitigen und sie durch eine Volksarmee ersetzen, von der 200 Personen 1991 nach Kuba zur Ausbildung geschickt wurden«. □

Panamas Endara verbietet Film über Einmarsch der USA

Die von den Vereinigten Staaten installierte panamaische Regierung von Präsident Guillermo »Honeybun« Endara hat einen Dokumentationsfilm über den Einmarsch der Amerikaner vom Dezember 1989, der ihn an die Macht brachte, verboten. Der Film mit dem Titel »Einmarsch in Panama« war für die Verleihung des Oskar-Preises vorgesehen. Endara verbot ihn mit der Begründung, daß er das »Image« seiner Marionetten-Regierung »beeinträchtige«.

In einem anderen Beispiel für »Demokratie bei der Arbeit« hat das Oberste Gericht Anklage gegen den Kolumnenschreiber Luis De Janon sowie gegen die Herausgeber der oppositionellen Tageszeitung »La Estrella« wegen »Verschwörung gegen die Staatssicherheit« erhoben, weil De Janon ein paar schäbige Bemerkungen bezüglich des Oberrichters Carlos Lucas López Tejada veröffentlicht habe. Anscheinend war der Richter ein früherer Partner von Gilberto Rodríguez Orejula und Jorge Luis Ochoa, Angelpunkte der kolumbianischen Kartelle Cali beziehungsweise Medellin.

Informationen unserer Korrespondenten aus Kreisen der Geheimdienste wurden zur Vorbereitung der Dokumentation und für mehrere der Artikel von De Janon herangezogen. □

Zambia ruft den Notstand aus

Die Regierung von Zambia rief den Notstand aus und nahm sieben hohe Offiziere der Armee fest, die unter Anklage stehen überall im Land einen Putschversuch gegen das Regime von Präsident Frederick Chiluba vorbereitet zu haben. Sie taten das angeblich auf Betreiben des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, die dem Land eine drakonische Sparpolitik auferlegt haben. Die British Broadcasting Corporation (BBC) berichtet, daß die »Times of Zambia« sensationelle Enthüllungen darüber veröffentlicht hat, daß die in der Opposition stehende Partei einen »Null-Option«-Plan zum Sturz der Regierung ausgeheckt habe, und zwar über eine landesweite Kampagne von Streiks, Störung der Industrie und dergleichen.

Die zambianische Presse zitiert den ehemaligen Präsidenten Kenneth Kaunda, der behauptet habe, er sei als Teil eines »amerikanischen Planes« zum Sturz seines Regimes entmachtet worden. Chiluba kam im Oktober 1991 nach einer demokratischen freien Wahl, um die als »trendlegend« geworben worden war, zur Macht. Vor dieser Zeit war Zambia ein Einparteienstaat gewesen. □

Kirche Venezuelas gegen Verteilung von Kondomen

Die ständige Kommission der venezolanischen Bischöfe, hat eine Erklärung herausgegeben, in der die Kampagne der Regierung zur kostenlosen Abgabe von Kondomen an alle scharf angegriffen wird. Organisiert von der Familienplanungs-Organisation, wurde das Programm bereits im Februar gestartet; 500 Freiwillige verteilten sich auf U-Bahn-Stationen und belebte Straßen und verteilten 200000 Kondome.

Der Programmleiter Alfredo Díaz Bruzual rechtfertigte den Plan als Mittel zur »Herbeiführung eines Bewußtseins für AIDS und andere Geschlechtskrankheiten«. Jeder Erwachsene erhält ein Kondom in einer Streichholzschachtel mit der Inschrift: »Spiele nicht mit Feuer« und eine Broschüre über den Gebrauch der Kondome.

Monseigneur Mario Moronta, Sekretär der Bischofs-Konferenz und Hilfsbischof von Caracas, er-

klärte, daß »diese Kampagne keine Lösung für das AIDS-Problem ist und auch keine unerwünschten Schwangerschaften verhindern wird. Im Grunde genommen ist dies eine Einladung zum moralischen Relativismus und zur Promiskuität«.

Pater Aldo Fonti, Leiter der sozial-pastoralen Kommission der Bischöfe, schrieb an die Medien: »Das Problem sind nicht Kondome, sondern die Schaffung einer humanisierten Gesellschaft zur Erziehung von Männern und Frauen als Ganzes.« □

Spaniens Bauern verlangen Schuldenerlaß

Zehntausende von spanischen Bauern riefen auf einer landesweiten Protestversammlung in Madrid zum Erlaß der Schulden und zu einer neuen landwirtschaftlichen Kreditpolitik, einschließlich einer merklichen Senkung der Zinssätze auf dem Banken-Sektor, auf. Die Landwirtschaftspolitik der Europäischen Kommission, der Maastricht-Vertrag zur europäischen Einheit und das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) kamen ebenfalls ins Kreuzfeuer der Kritik.

Die Massenversammlung, die als eine der größten in Spaniens Geschichte der Bauernproteste bezeichnet wurde, kam durch eine Mobilisierung aller Kräfte zustande, wobei Traktor-Karawanen aus allen Teilen des Landes in die Hauptstadt rollten.

Gemessen an den größtenteils unprogrammatischen und radikalisierten Protesten von Bauern in anderen europäischen Staaten, sind die Forderungen der spanischen Bauern unter dem Aspekt, der Ursache des Zusammenbruchs der landwirtschaftlichen Produktion auf die Spur zu kommen, politisch und wirtschaftlich sehr viel präziser.

In Deutschland riefen mittlerweile Führer der Jungbauernverbände in Bayern und Baden-Württemberg zu einem Boykott gegen amerikanisches Getreidefutter auf, als Vergeltung für amerikanische Handelssanktionen und gegen die »Ungerechtigkeit der GATT-Vereinbarungen« auf.

Die Initiative kritisierte die Europäische Kommission in Brüssel wegen ihrer Bereitschaft zu Konzessionen in bezug auf Ausfuhren aus Europa in die Vereinigten Staaten, die amerikanische Exporte von Getreidefutter in die Europäische Gemeinde aber unbehelligt zu lassen. □

Britanniens Probleme mit der »Kuh-Seuche«

Die Angst davor, daß Menschen von der »Wahnsinnige-Kuh«-Seuche befallen werden könnten, wächst in Britannien nach dem Tod durch Gehirnstörung eines Milchbauern, dessen Herde mit dem Tiervirus infiziert war, berichtete Reuter.

Wissenschaftler, die für die britische Ärzte-Zeitschrift »Lancet« schreiben, sagten, dies sei der erste Todesfall der auf unmittelbarem beruflichen Kontakt mit der »Wahnsinnige-Kuh«-Krankheit zurückzuführen ist. Sein Tod »löste die Möglichkeit eines kausalen Zusammenhangs aus«, schrieben sie.

Viele britische Gesundheitsbehörden empfehlen eindringlich, daß die Politik der »gütigen Vernachlässigung«, vertreten von Prinz Philip, die in bezug auf den AIDS-Virus betrieben werde, in diesem Fall nicht erneut angewendet wird. □

Bayern verlangt Festnahme serbischer Kriegsverbrecher

Gebhard Gluck, Arbeitsminister des Landes Bayern, gab bekannt, daß er für die strafrechtliche Verfolgung gegen drei serbische Staatsbürger, Zeijlko Raznjatovic, Vojslav Seselj und Drago Prcac, die Kriegsverbrechen begangen haben sollen, eintrete. Dies ist das erste Mal, daß ein europäischer Regierungsbeamter einen solchen Schritt auf der Grundlage des heimischen Strafgesetzbuches unternommen hat.

Gluck sagte: »Es könnte Jahre dauern bis der Internationale Gerichtshof, wie von Außenminister Kinkel vorgeschlagen, überhaupt die Sache aufgreift, wohingegen unser Strafgesetzbuch diese Eventualität unter der Überschrift Stichwort ›Massenmord‹ vorsieht. Es ist auch klar, daß dieser Paragraph es möglich macht, im Ausland begangene Verbrechen strafrechtlich zu ahnden.«

Gluck glaubt, das Oberste Gericht in Bayern habe die Befugnis, über solche Fälle zu verhandeln, und daß der Beschuldigte in dem Augenblick festgenommen werden könne, wo er deutschen Boden betritt. Glück meint, daß alle Länder, die die Völkermord-Konvention von 1948 unterzeichnet haben, dazu verpflichtet seien, ebenso zu handeln, und er hat den deutschen Außenminister dazu aufgefordert, diese Länder in Verzug zu setzen. □

Bosnischer Bürgermeister verurteilt Frankreichs General Morillon

Der Bürgermeister der ostbosnischen Stadt Tuzla, Saad Hadzic, erklärte den General Philippe Morillon, den französischen Kommandeur der Truppen der Vereinten Nationen in Bosnien, zur persona non grata auf dem gesamten Territorium von Bosnien-Herzogowina wegen seiner »unrichtigen und zynischen Behauptung« bezüglich der Massaker in Ostbosnien. Während seines Aufenthalts in der mit Flüchtlingen vollgestopften, von den Serben belagerten Stadt Konjevic Polje: Morillon hatte behauptet es gebe »keine Spuren eines Massakers ... Ich habe den Geruch des Todes nicht vernommen«.

Bürgermeister Hadzic sagte in einer Erklärung sarkastisch, daß Morillon gewisse Dinge nicht »gerochen« habe, weil er »zu spät eintraf«, nachdem die Stadt »in die Hände der Serben« gefallen war. Morillon habe auch nichts getan, um 1500 Verwundete zu evakuieren und den »Angreifern geholfen«, indem er erst dann eingriff, nachdem die Serben den Sieg über die Bosnier davongetragen hätten, äußerte Hadzic.

Die Londoner »Sunday Times« zitierte verschiedene Mitarbeiter der Hochkommission der Vereinten Nationen für Flüchtlingsangelegenheiten, die erzählt hätten, wie die Mätzchen des Generals die Pläne für Hilfsmaßnahmen für Ostbosnien »verzögert« haben.

Morillon wurde international bekannt, weil er es zugelassen hatte, daß der bosnische stellvertretende Ministerpräsident Hakija Turajlic am 8. Januar dieses Jahres ermordet wurde, als dieser unter dem Schutz der Vereinten Nationen in einer Fahrzeugkolonne mitfuhr. □

Australien auf Menschenrechtskonferenz von der Abstimmung ausgeschlossen

Asiatische Länder haben Australien auf einer regionalen Konferenz der Vereinten Nationen von der Abstimmung ausgesperrt, berichtete das in Melbourne erscheinende Blatt »Age«.
Fünfundvierzig Länder von Syrien bis Japan haben auf der Sitzung, auf der die asiatische Position für die geplante UNO-Menschenrechtskonferenz koordiniert wurde, Abstimmungsrecht. »Die asiatischen Mitgliedstaaten scheinen sich in Sachen Menschenrechte gegen den Westen zusammenzuschließen«, argumentierten Diplomaten gegenüber »Age«.
Australiens Außenpolitik ist für anglo-amerikanische Interessen in der Region stets eine »Katzenpfote« gewesen. Der von den asiatischen Ländern angewendete Mechanismus, Australien von der vollen Teilnahme an der Bangkok-Konferenz auszuschließen, war die Tatsache, daß die Vereinten Nationen Australien und Neuseeland technisch in die Reihe der westlichen Länder eingruppiert. □

Briefe

Betr.: Persischer Golf »Die Aufrüstung des Iran«, Nr. 3/93.

Die exrussischen Iranboote der Kilo-Klasse sind als dieselgetriebene Angriffs-U-Boote (SS) konzipiert und durch ihren technischen Standard von beachtlichem Kampfwert.

Im Duell U-Boot oder Überwassereinheiten entscheidet hauptsächlich die akustische Aktiv- und Passiv-Ortung über Leben und Tod: »Wer zuerst geortet wird, hat die Sonne zum letztenmal gesehen.« In dieser Hinsicht haben die Iran-Boote jedoch gute Karten:

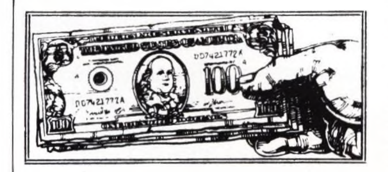
Die Unterwasserverdrängung von nur 3000t und eine schallschluckende Rumpfbeschichtung erschweren die aktive Sonar-Ortung. Diese Beschichtung geht auf eine deutsche Entwicklung im Zweiten Weltkrieg zurück, wo sie unter dem Decknamen »Alberich« lief und manches Boot gegnerischer Ortung und Vernichtung entzog. (Stealth-Überzüge hingegen sind eine US-Entwicklung gegen die Flugzeugortung mittels Radar; sie hat ebenso wie der Begriff »kondensierte Molekularstrahlen« mit der Unterwasserortung nichts zu tun.)

Die tropfenförmige Rumpfausbildung sichert hohe Unterwassergeschwindigkeit und Geräuscharmut durch wirbelfreie Umströmung des Schiffskörpers. Es ist ebenfalls eine deutsche, 1944 im U-Boot-Typ XXI realisierte Entwicklung. Eine Elektro-Maschine von 5000 PS in Verbindung mit einer großen, jedoch nur langsam drehenden Antriebsschraube ermöglicht eine fast lautlose Tauchfahrt mit 10 km; der Horchpeilung sind daher enge Grenzen gesetzt.

Mit gestoppten Maschinen auf Grund liegend, sind sie daher kaum zu entdecken. Die US-Atom-U-Boote hingegen stehen hier schlechter da. Ihre akustische Achillesferse ist – systembedingt – die ständige Geräuschentwicklung durch den Dauerbetrieb der Kreislaufpumpen und Hilfsmaschinen für den Kernreaktor sowie das Untersetzungsgetriebe zwischen Dampfturbine und der Antriebswelle.

Daher sind die Iran-Boote mit 60 Mann hochtrainierter Besatzung, sechs Bugtorpedorohren auch für heimliche Minenoperationen und modernen Geräten für die Aktiv- und Passivortung durchaus in der Lage, die Öl-Nabelschnur in der Straße von Hormuz nachhaltig zu stören. Zudem haben die Boote noch Zeit, sich mit den Besonderheiten der Gewässer ihres Operationsgebietes eingehend vertraut zu machen.

Dr. Kurt Dannhäuser, Ettlingen



Betr.: Revisionismus »Ein Bericht über den Einsatz vor Ort«, Nr. 4/93.

Das durchdachte Anfassen wichtiger Themata deutscher Politik erfordert auch die Auseinandersetzung mit fremdgesteuerten Einflüssen, die von den Etablierten ohnehin zur Unterstützung der von ihnen für richtig gehaltene Politik genutzt werden.

Die größte Partei im Lande, die Nichtwähler, wissen offensichtlich sehr gut, was sie wollen, wenn sie den etablierten Machthabern ihre Zustimmung verweigern, von den Stimmen für die Rechtsparteien ganz abgesehen.
Das Festhalten an der ausschließlichen Kriegsschuld Deutschlands und die Flucht in die Jurisdiktion, wenn es um Fragen tatsächlicher oder fraglicher deutscher Kriegsverbrechen geht, ist die Grundlage der Machtstrukturen, die heute als demokratisch verkauft werden, und die obendrein noch das Fundament der alliierten Machtpolitik darstellen. (E. Barnes).

Im Gefolge dieser Politik treten Schwächeerscheinungen dieses Parteiensystems zutage, die mit drakonischen Strafen unterbunden werden sollen, und bei gleichzeitiger Anwendung subtilerer, wirtschaftlicher Druckmethoden Dauererfolg garantieren könnten.

Zur Schaffung autoritären Respekts vor diesen pseudo-demokratischen Methoden, steht dann immer die Drohung mit dem Verfassungsschutz bereit, obwohl doch, in der Tat, die Verfassung vor der Zerstörung der Meinungsfreiheit geschützt werden müßte. Wen wundert es, daß die Mitteldeutschen, die derartige Maßnahmen in noch schlimmerer Form gewohnt waren, ob solcher Verhältnisse sich die Augen reiben. Daß hierbei Gehilfen des Massenmordes wie Honecker und Konsorten sich elegantissime in den Urlaub begeben durften, und Schreibtischtäter, wie der Stalinist Stephan Heym eingehende Würdigungen seitens der Medien erfahren – wobei, horrible dictu auch der hochdekorierte Chairman Herbert Wehner als Sowjetagent bloßgestellt wurde, – kommt unseren Landsleuten in Mitteldeutschland wie ein böser Traum vor; wir kannten es bereits. Sicherlich werden die »Berichterstatter vor Ort« die Dinge genausogut gekannt haben, sagten sie doch nichts dazu.

Die Linke in Deutschland, nach Nolte ewig, hat die Zeichen der Welt erkannt, als sie dem Untergang der geliebten Marx'schen Ideologie schnell die Lichterketten folgen ließ. So schmiedet man Solidarität auf dem Rücken der Nation. Die Scheinasylanten, mit Sicherheit auch ein Deutschland aufgebürdetes Problem, strömen mittlerweile weiter ins Land, die »Berichterstatter vor Ort« werden es nicht ohne Schadenfreude sehen.

Allerdings täuschen sie sich in diesem deutschen Volk, das zwei 30jährige Kriege seit 1618 überstanden hat und Europa von der Napoleonsherrschaft im wesentlichen mitbefreite, denn es zeigte seine wahre Stärke stets in der Not.

Dr. R. O. Muth, Unna

Betr.: Vertrauliches »Sportverletzungen führen zur Übertragung von Aids«, Nr. 3/93.

Da in Ihrer o.a. Ausgabe von dem traurigen Fall eines Fußballspielers berichtet wird, der bei einem Fußballspiel mit einem HIV-positiven Gegenspieler zusammengestoßen ist und sich dabei mit AIDS infiziert hat, wird es höchste Zeit, über das AIDS-Problem einmal Grundsätzliches festzustellen.

Wenn ein HIV-Test positiv ausfällt, heißt das im Grunde nichts anderes, als daß das Immunsystem der Testperson erfreulicherweise optimal funktioniert hat und gar kein Grund zur Trauer, sondern eher zur Freude gegeben ist.

Leider wird jedoch noch heute jeder Patient mit positivem HIV-Test von seinem Arzt, seiner Umwelt, seinen Freunden und seiner Familie in die Depression getrieben, sowie fragwürdigen Therapien ausgesetzt, bis sein Immunsystem tatsächlich krank wird. Denn der Befund »HIV-positiv« bedeutet für die meisten noch heute soviel, wie »zum Tode verurteilt«.

Dabei hat der tatsächliche Entdecker des HIV-Virus (Dr. Luc Montagnier – der es zuerst LAV-Virus nannte) seine Meinung über dieses Virus wie folgt zusammengefaßt: ...daß »das HIV die Zellen des menschlichen Immunsystems nicht schädigt oder abtötet und deshalb die Krankheit (also AIDS) nicht verursachen kann.«

Und der deutsch-amerikanische Virologe Peter Duesberg hat seit längerem schlüssig nachgewiesen, daß die Krankheit »AIDS nicht eine durch dieses Virus (also HIV-Virus) hervorgerufene Krankheit« ist, »sondern eine aus 20 bis 25 verschiedenen Einzelerkrankungen sich zusammensetzendes Syndrom«. Auch hat Professor Duesberg sich angeboten, sich das Blut eines HIV-Positiven injizieren zu lassen, um zu beweisen, daß es kein Virus gibt, das AIDS auslöst, jedenfalls kein spezifisches HIV-Virus.
Mit anderen Worten: Ein spezifisches AIDS-Virus gibt es nicht und das HIV-Virus führt primär nicht zur AIDS-Krankheit, zumal bei den Voll-AIDS-Kranken nur in den seltensten Fällen HIV-Viren nachgewiesen werden können.

Im Übrigen gibt es auf dem Büchermarkt seit 1989 – unter dem Arzt-Pseudonym »Bob Owen« (Verlag Waldhausen – 2864 Ritterhude) ein Buch zu kaufen mit dem Titel »Geheilt von AIDS«; darin wird beschrieben, wie ein Arzt seinen AIDS-kranken Kollegen – der bereits unter einem Kaposi-Sarkom litt – durch eine Fastenkur und anschließender Diätbehandlung völlig geheilt hat. In diesem Buch finden sich auch Hinweise, an wen sich HIV-Positive wenden können und welche biologischen Bücher sie zur Eigeninformation lesen sollten.

Dr. Winfried Hellemann, Bonn

Betr.: Geheimdienste »Wer fördert die Gewalt in Deutschland?«, Nr. 3/93.

Der Eindruck drängt sich auf, als hätten gewisse Kreise auf die Ausschreitungen geradezu gelauert, um uns wieder einmal zu zeigen, daß wir den Krieg verloren haben. Es rächt sich jetzt furchtbar, daß alle Bundesregierungen seit Bestehen unserer Republik nichts gegen die Politik der Siegermächte unternommen haben, uns Deutschen die alleinige Schuld am letzten Weltkrieg sowie alle Kriegsverbrechen anzulasten und dies als »historische Schuld«, die nichts anderes als eine ewige Kollektivschuld ist, festzuschreiben. So braucht sie jetzt nur aufgewärmt zu werden.

Ob die Bonner Regierungen nicht wollten, durften oder konnten, wird wohl Gegenstand künftiger Geschichtsschreibung werden, – genug, sie taten es nicht. Wenn verantwortungsbewußte Historiker wie Nolte und Hillgruber in dem sogenannten Historikerstreit 1986/87 dazu aufriefen, endlich zu einer objektiven, also wissenschaftlichen Behandlung der Geschichte des Dritten Reiches zu kommen, wurden sie nicht nur von den beamteten Hofchronisten, sondern auch von hohen Politikern wie Kohl und Brandt öffentlich zurechtgewiesen.
Vielleicht glaubt man immer noch, durch Nachgiebigkeit und Willfährigkeit sich Schonung erkaufen zu können, so wie unsere Erfüllungspolitiker nach dem Ersten Weltkrieg dies irrtümlicherweise auch glaubten nach dem unwürdigen Motto Erzbergers »Mer müsse nur immer fleißig erfülle, dann werden's uns schon verzeihe«.

Daß deutsche Herrscher und Behörden die Interessen fremder Mächte gegen die eigenen Bürger durchsetzen, hat übrigens Tradition. Auf Anweisung Napoleons wurde 1806 der Nürnberger Buchdrucker Johann Philipp Palm verurteilt und hingerichtet. Er hatte nach der Gründung des Rheinbundes und der dadurch veranlaßten Auflösung des Deutschen Reiches eine Flugschrift »Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung« verlegt und war damit, weil er ein Europa unter französischer Führung nicht wollte, zu seiner Zeit wohl auch eine Art Rechtsradikaler. Vollstrecker des französischen Willens: Die bayerischen Behörden.

Dr. Helmut Fasbender,
Bergisch Gladbach



Ein Volk nach dem anderen wird vom Moloch "Neue Weltordnung" geschluckt. Über das Geld soll das politische Ziel einer Weltregierung geschaffen werden. Die Gruppe, die die "Neuerschaffung der Welt" will, versteckt sich hinter vielen Namen. Das Nachschlagewerk informiert über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.



Peter Blackwood:
"Das ABC der Insider"
537 Seiten mit vielen Abbildungen.
DM/Sfr 40,-
ISBN 3-923864-05-1
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg.
Verlagsauslieferung: SPS-Verlagsservice GmbH, D-5400 Koblenz, Telefon: 02 61/8 07 06-0, Telefax: 02 61/8 07 06 54
Zu beziehen über den Buchhandel.